

1999

Jahresbericht



Gesamtüberblick

(in Mio EUR)	1999	1998
Unterzeichnete Verträge	31 800	29 526
in der Europäischen Union	27 765	25 116
außerhalb der Europäischen Union	4 035	4 410
• Beitrittsländer	2 373	2 375
(davon Vor-Beitritts-Fazilität)	(1 467)	(1 370)
• Mittelmeerraum (ohne Zypern)	802	886
• Afrika, Karibik, Pazifik, ÜLG	341	560
Südafrika	150	135
• Asien und Lateinamerika	310	362
• Westlicher Balkan	60	92
Genehmigte Darlehen	35 117	33 369
in der Europäischen Union	30 380	28 246
außerhalb der Europäischen Union	4 732	5 123
Auszahlungen	27 612	27 993
aus eigenen Mitteln	27 449	27 792
aus sonstigen Mitteln	163	201
Mittelbeschaffung (nach Swaps)	28 355	30 098
in Gemeinschaftswährungen	19 658	23 395
in Währungen von Drittländern	8 697	6 703
Ausstehende Beträge		
Darlehen aus eigenen Mitteln der Bank	178 775	155 333
Garantien	277	347
Finanzierungen aus Haushaltsmitteln	2 352	2 360
Lang-, mittel- und kurzfristige Anleiheverbindlichkeiten	146 223	123 767
Eigenmittel	20 494	19 306
Bilanzsumme	201 104	176 544
Gezeichnetes Kapital zum 31.12.	100 000	62 013
davon eingezahltes Kapital	6 000	4 652

1999

Jahresbericht



42. Jahresbericht der Europäischen Investitionsbank



	<i>Seite</i>
<i>Geleitwort des Präsidenten</i>	4
<i>1999: Gesamtüberblick</i>	6
<i>Der Operative Gesamtplan der Bank</i>	8
<i>Im Dienste der europäischen Integration</i>	11
Regionalentwicklung	11
Humankapital	16
Europäische Verkehrs- und Telekommunikationsinfrastruktur	18
Natürliche und städtische Umwelt	22
Energieversorgung	25
Wettbewerbsfähigkeit der Industrie	26
KMU	28
<i>Unterstützung der Politik der Kooperation mit Drittländern</i>	33
Beitrittsländer	35
Länder der Partnerschaft Europa-Mittelmeer	39
Afrika, Karibik, Pazifik und ÜLG	41
Südafrika	42
Asien und Lateinamerika	43
<i>Mittelbeschaffung</i>	47
Die Tätigkeit der EIB auf den Finanzmärkten	47
Verwaltung der liquiden Mittel	58
Ergebnis der Verwaltung der liquiden Mittel	59
<i>Leitung und Personal der EIB</i>	63
Leitende Organe	63
Organisatorischer Aufbau	68
Personal der EIB	71
<i>Rechnungslegung</i>	75
Jahresergebnis	77
Finanzausweise	78
Bestätigungsvermerk der externen Abschlußprüfer	99
Erklärung des Prüfungsausschusses	100
<i>Anlagen</i>	
Die Finanzierungen in der Europäischen Union	103
Die Finanzierungen außerhalb der Europäischen Union	116
Statistische Übersichten	123



Europäische Investitionsbank

Geleitwort des Präsidenten



Auch 1999 hat sich die Europäische Investitionsbank mit vollem Einsatz der Aufgabe gewidmet, im Dienste der Union Projekte zu finanzieren, die die europäische Integration fördern und die Lebensqualität der Bürger der Union verbessern.

Die EIB, die dabei in Ergänzung zum europäischen Bankensektor handelt, hat Darlehen über 28 Mrd EUR gewährt, um den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt der Union zu stärken und die Wirtschaftstätigkeit in der EU zu fördern. Das Investitionsvolumen der Vorhaben, die die Bank im Laufe des Jahres finanziert hat, entspricht mehr als 5 % der gesamten Investitionen in Europa. Die Projekte haben ihren Standort vorwiegend in den strukturschwachen Regionen der Union, auf die fast 70 % der Finanzierungsbeiträge der Bank entfallen. In ihre Finanzierungstätigkeit hat die EIB auch die rund 180 Partnerinstitute einbezogen, mit denen sie in Europa bei der Unterstützung von fast 30 000 Investitionen von KMU und von Gebietskörperschaften durch Darlehen und bei 40 Risikokapitaloperationen zur Stärkung der Eigenmittelbasis von innovativen KMU zusammenarbeitet.

Auch für die Finanzierung von etwa 40 größeren Projekten sowie von rund 100 Infrastrukturvorhaben mittleren Umfangs im Gesundheits- und im Bildungswesen hat die Bank Mittel bereitgestellt. Diese Investitionen schaffen die Grundlage für die weitere Entwicklung unserer Gesellschaft und bieten zahlreichen Unternehmen Beschäftigung. Mit der Unterstützung durch die EIB steht ihnen eine zuverlässige Darlehensquelle zur Verfügung, die die Ausarbeitung solider Finanzierungskonzepte erleichtert. Dies gilt insbesondere, wenn es sich um Operationen im Rahmen von öffentlich-privaten Partnerschaften handelt.

Da eine moderne Wirtschaft die Schaffung leistungsfähiger Telekommunikations- und Verkehrsnetze unter gleichzeitiger Berücksichtigung des Umweltschutzes erfordert, hat die EIB ihre Fördertätigkeit in diesen beiden Bereichen fortgesetzt. Bereits seit fast einem Jahrzehnt ist die EIB die wichtigste Quelle für die bankmäßige Finanzierung von Transeuropäischen Netzen, für die sie seit ihrer Identifizierung durch den Europäischen Rat Essen im Jahre 1994 mehr als 65 Mrd EUR bereitgestellt hat. Parallel dazu finanziert sie Vorhaben zum Schutz der natürlichen und zur Verbesserung der städtischen Umwelt; auf diesen Bereich entfällt im Durchschnitt ein Drittel ihrer Darlehen.

Als bedeutendster nichtstaatlicher Anleiheemittent in Europa unterstützt die EIB die Zielsetzungen der EU auch durch ihre Mittelbeschaffungstätigkeit auf den Kapitalmärkten. So hat sie bereits seit 1996 die Einführung der neuen gemeinsamen Währung durch die Emission von auf Euro lautenden Anleihen vorbereitet und eine kritische Masse von entsprechenden Titeln geschaffen, deren Volumen 60 Mrd EUR übersteigt. In diesem Zusammenhang hat sie auf dem Markt für Euro sowohl strukturierte Operationen zur Deckung eines spezifischen Anlegerbedarfs durchgeführt als auch eine Emissions-Rahmenfazilität für ihre Referenzanleihen in dieser Währung geschaffen.

Zur Unterstützung der Entwicklungshilfepolitik der Union und ihrer Zusammenarbeit mit weltweit rund 150 Ländern hat die Bank 1999 insgesamt 4 Mrd EUR in Form von langfristigen Darlehen, nachrangigen Finanzierungen und Risikokapitalmitteln bereitgestellt. Der größte Teil dieser Finanzierungen kam natürlich den Ländern der im Süden und Osten an die EU angrenzenden Regionen zugute und diente zum einen der Förderung der Ziele des „Barcelona-Prozesses“ im Mittelmeerraum und zum anderen der Vorbereitung der Beitrittsländer auf die EU-Mitgliedschaft.

In diesen Ländern, in denen die EIB die bei weitem wichtigste multilaterale Finanzierungsquelle ist, vergibt die Bank ihre Darlehen zu einem großen Teil im Rahmen ihrer Vor-Beitritts-Fazilität, das heißt auf ihr eigenes Risiko. Sie zeigt damit ihre Bereitschaft, ohne Belastung der öffentlichen Finanzen einen direkten Beitrag zur Modernisierung dieser Volkswirtschaften zu leisten. Ihre Tätigkeit dient der Übertragung des „acquis communautaire“, insbesondere im Zusammenhang mit Projekten in der Industrie

oder Vorhaben zur Verbesserung der Lebensqualität, auf die derzeit mehr als die Hälfte der ausstehenden Darlehen der Bank in Mittel- und Osteuropa entfallen.

Die Bilanz für das Jahr 1999 ist Ausdruck der erfolgreichen Tätigkeit meines Vorgängers, Sir Brian Unwin. Unter der Leitung von Sir Brian ist die EIB zu einer Bank geworden, die nicht nur den Willen hat, einen maßgeblichen Beitrag zur Verwirklichung der Zielsetzungen der Union zu leisten, sondern aufgrund ihrer finanziellen Stärke und ihrer Zusammenarbeit mit dem Bankensektor auch dazu in der Lage ist. Es gibt praktisch keine Tagung des Europäischen Rates mehr, auf der nicht auf die Handlungsmöglichkeiten und die Innovationskraft der EIB zurückgegriffen wird, um zur Lösung einer Vielfalt von Aufgaben im Zusammenhang mit der harmonischen Entwicklung der europäischen Wirtschaft beizutragen.

So wird die Bank zur Unterstützung des vom Europäischen Rat Lissabon vorgegebenen Ziels, die Entwicklung einer „Wissens- und Innovationsgesellschaft“ in den EU-Ländern zu fördern, ein „Innovation-2000-Initiative“ genanntes Programm einrichten. Dieses Programm wird neue Maßnahmen im Bereich der Informationsnetze, der Stärkung des Humankapitals und der immateriellen Investitionen von Unternehmen umfassen. Die entsprechenden Investitionen, deren Volumen die Bank für die drei nächsten Jahre auf rund 40 Mrd EUR schätzt, werden dazu beitragen, die Grundlagen für ein dynamisches Wachstum in Europa zu schaffen. Sie werden das Fundament einer offeneren Gesellschaft bilden, die allen Bürgern den Zugang zu Wissen und Informationen erleichtert.

Diese „Innovation-2000-Initiative“ sowie die Umsetzung der neuen Vor-Beitritts-Fazilität für die Kandidatenländer werden für die Tätigkeit der Bank im Zeitraum 2000-2002 vorrangig sein. Sie müssen in einem sich wandelnden Umfeld, das insbesondere durch die Einführung des Euro gekennzeichnet ist, konkretisiert werden und erfordern von der Bank verstärkte Anstrengungen zur Entwicklung neuer Produkte, die noch besser auf die spezifischen Bedürfnisse ihrer Kunden zugeschnitten sind.

Ich hoffe, daß dieser Bericht über die Tätigkeit der Bank im Jahre 1999 und die Ausführungen zu Europa Ihr Interesse finden.



Philippe Maystadt

Präsident der EIB und Vorsitzender ihres Verwaltungsrats



Das Direktorium
der EIB



1999:

Gesamtüberblick

Die EIB, deren gezeichnetes Kapital sich seit dem 1. Januar 1999 auf 100 Mrd EUR beläuft, hat im vergangenen Jahr ihre Tätigkeit im Dienste der großen Zielsetzungen der Europäischen Union fortgesetzt. In diesem Zusammenhang hat sie insbesondere ihre Darlehensvergabe zur Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts der Union und zur Vorbereitung der Kandidatenländer auf den EU-Beitritt auf einem hohen Niveau gehalten und ihre aktive Strategie im Bereich der auf Euro lautenden Emissionen fortgesetzt. Ihr Beitrag zum Erreichen der Zielsetzungen der Union wurde vom Europäischen Rat Berlin (24. und 25. März 1999) und anschließend vom Europäischen Rat Köln (3. und 4. Juni 1999) hervorgehoben.

Der Gesamtbetrag der unterzeichneten Darlehen der Bank erreichte 31,8 Mrd EUR nach 29,5 Mrd im Vorjahr. Die Finanzierungstätigkeit der EIB im Jahre 1999, in der sich die Breite und die Vielfältigkeit ihrer Aufgaben widerspiegeln, steht in der Kontinuität ihrer Aktivitäten im Jahre 1998.

Die Auszahlungen erreichten 27,4 Mrd, davon 24,6 Mrd in den Mitgliedstaaten. Die rund 310 von der Bank im vergangenen Jahr geprüften Investitionsvorhaben führten zu Darlehensgenehmigungen von insgesamt 35,1 Mrd, womit das Ergebnis des Vorjahres (33,4 Mrd) übertroffen wurde.

Ende 1999 belief sich der ausstehende Betrag der Darlehen aus eigenen Mitteln und der Garantien auf insgesamt 179,1 Mrd. Der ausstehende Gesamtbetrag der Anleihen erreichte 146,2 Mrd, und die Bilanzsumme stieg auf 201,1 Mrd.

Aktive Förderung des Euro

Die EIB hat ihre aktive Förderung der am 1. Januar eingeführten einheitlichen europäischen Währung fortgesetzt: Fast 45% der von ihr begebenen An-

leihen lauteten auf Euro, womit sie zur Schaffung einer „kritischen Masse“ von auf die neue Währung lautenden Titeln beigetragen hat. Mehr als die Hälfte der Mittelbeschaffung in Euro erfolgte im Rahmen der EARN-Fazilität (Euro Area Reference Note). Dieses Emissionsrahmenprogramm, das seit März 1999 in enger Zusammenarbeit mit großen internationalen Banken durchgeführt wird, soll den Anlegern Liquidität, Transparenz und regelmäßige Emissionen bieten. Der Betrag der unterzeichneten Anleiheoperationen erreichte 29,3 Mrd und ist damit gegenüber dem Vorjahr leicht gesunken. Darin sind Emissionen im Umfang von fast 1 Mrd enthalten, die im Rahmen des Programms zum Umtausch von bestehenden Anleihen in neue, auf Euro lautende Anleihen erfolgten.

Unterstützung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts der Union

Der Gesamtbetrag der für Vorhaben in der Europäischen Union unterzeichneten Finanzierungsverträge beläuft sich auf 27,8 Mrd, was einen Anstieg um 10,5% gegenüber 1998 darstellt. 71% der von der Bank vergebenen Mittel kamen der Regionalentwicklung zugute, womit gleichzeitig der Zusammenhalt der Union gefördert und die Wirtschafts- und Währungsunion gestärkt werden. Andere für die Tätigkeit der Bank wichtige Bereiche waren der Ausbau der Transeuropäischen Verkehrs- und Telekommunikationsnetze, die Unterstützung von KMU sowie die Darlehensvergabe im Bildungs- und Gesundheitswesen, mit der die Bank die vom Europäischen Rat Amsterdam verabschiedete Entschließung über Wachstum und Beschäftigung unterstützt.

Sämtliche Beträge in diesem Bericht lauten - sofern nicht anders angegeben - auf Mio EUR.



Verstärkte Unterstützung von KMU und von fortgeschrittenen Technologien

Der Europäische Rat Köln hat die Bank aufgefordert, im Zeitraum 2000-2003 ihre der Förderung der Investitionstätigkeit und der Beschäftigung dienenden Aktivitäten - insbesondere im Bereich der Kapitalbeteiligungen - auszuweiten. In diesem Zusammenhang genehmigten die Gouverneure die Aufstockung der ASAP-Reserve (Amsterdam Sonderaktionsprogramm) um weitere 500 Mio, die dem Überschuß für das Jahr 1998 entnommen wurden. Diese Reserve, die sich damit auf 1 Mrd erhöht, ist dazu bestimmt, das mit den Risikokapitaloperationen der Bank verbundene Risiko abzudecken. Im Mai 1999 hatte der Verwaltungsrat seine Zustimmung dazu gegeben, die Dotation der Europäischen Technologiefazilität, die der Europäische Investitionsfonds im Auftrag der EIB verwaltet, von 125 Mio auf 250 Mio zu verdoppeln. Die Bank hat damit die Voraussetzungen geschaffen, auf deren Grundlage sie dem europäischen Risikokapitalmarkt wichtige Impulse geben kann. Außerdem hat die kontinuierliche Zunahme der Finanzierungen in den Bereichen Bildung und Gesundheit die Gouverneure dazu veranlaßt, diese zu einem festen Bestandteil der Einschaltungsbereiche der EIB zu machen, während nach dem ASAP-Beschluß von 1997 die Förderwürdigkeit derartiger Vorhaben auf einen Zeitraum von drei Jahren begrenzt war.

Ebenfalls als unmittelbare Reaktion auf die Schlußfolgerungen des Europäischen Rates Köln haben die Gouverneure die Bank aufgefordert, ihre Unterstützung von Projekten im Zusammenhang mit Hochtechnologienetzen zu verstärken und die Finanzierung von Transeuropäischen Verkehrs- und Telekommunikationsnetzen fortzusetzen, wobei auch Partnerschaften zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor genutzt werden sollen.

Vorbereitung der EU-Erweiterung

Die Finanzierungen außerhalb der Union beliefen sich auf 4 Mrd und sind damit gegenüber dem Vorjahr um 8,5% zurückgegangen. Die in den 10 Kandidatenländern Mittel- und Osteuropas und in Zypern bereitgestellten Mittel erreichten mit 2,4 Mrd erneut ein hohes Niveau, das mehr als der Hälfte der insgesamt außerhalb der Europäischen Union vergebenen Darlehen entspricht.

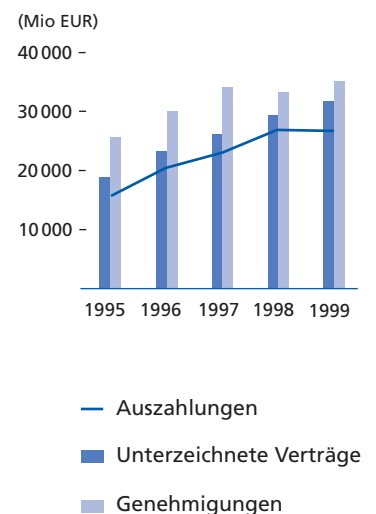
Die Gouverneure haben ihre grundsätzliche Zustimmung dazu gegeben, die bestehende Vor-Beitritts-Fazilität ab dem 31. Januar 2000 für den Zeitraum 2000-2003 zu verlängern und ihren Betrag deutlich zu erhöhen (auf 8,5 Mrd).

Ein erneuerter Rahmen für die Tätigkeit außerhalb der Union

Die Finanzierungen außerhalb der EU erreichten mehr als 4 Mrd. Da die Mandate, in deren Rahmen die Bank die Kooperations- und Entwicklungshilfepolitik der Union unterstützt, Anfang des Jahres 2000 ausgelaufen sind, hat der Rat am 22. Dezember 1999 eine neue Garantie für die außerhalb der EU vergebenen EIB-Darlehen beschlossen. Diese Globalgarantie deckt den Zeitraum 2000-2007 ab und gilt für Darlehen im Gesamtbetrag von 18,41 Mrd, die in den Ländern Mittel- und Osteuropas, im Mittelmeerraum, in Asien und Lateinamerika sowie in Südafrika gewährt werden.

Im übrigen eröffnen die Ende 1999 bereits weit fortgeschrittenen Verhandlungen über ein neues Abkommen, das die Beziehungen zu den AKP-Staaten regelt, der EIB die Perspektive, in diesem Bereich eine noch wichtigere Rolle zu spielen.

Auszahlungen, unterzeichnete Verträge und Finanzierungs-genehmigungen (1990-1999)





Der Operative Gesamtplan der Bank

Um die Finanzierungen der Bank besser auf die Zielsetzungen der Gemeinschaftspolitik innerhalb und außerhalb der Union ausrichten zu können, genehmigte der Verwaltungsrat im Januar 1999 den ersten Operativen Gesamtplan (OGP) der Bank, der den Zeitraum 1999-2000 abdeckt. Dieser Plan steht in Einklang mit dem Strategischen Rahmen, den der Rat der Gouverneure am 5. Juni 1998 in Zusammenhang mit seinem Beschluß, das gezeichnete Kapital der Bank zu erhöhen, annahm. Er hat einen beweglichen Zeithorizont: In späteren Jahren wird es möglich sein, dem OGP auf der Grundlage der gewonnenen Erfahrungen eine längere Geltungsdauer zu geben.

Die Zielsetzungen der Politik der Bank:

Innerhalb der Union haben folgende Elemente **absolute Priorität**:

- die Förderung der Regionalentwicklung und des Zusammenhalts der Union, insbesondere durch eine enge Zusammenarbeit mit der Kommission im Rahmen der Umsetzung der Agenda 2000;
- das Humankapital (Gesundheit und Bildung), das zu einem vorrangigen Einschaltungsbereich der Bank im normalen Rahmen ihrer Tätigkeit in der gesamten Union wird;
- Risikokapitalfinanzierungen zugunsten von KMU in Zusammenarbeit mit dem Finanzsektor der EU und mit dem EIF.

Eine **hohe Priorität** werden weiterhin die folgenden Bereiche haben:

- die Transeuropäischen Netze (TEN) und der Umweltschutz, wobei qualitativen Anpassungen besondere Bedeutung beigemessen wird;
- die Fortsetzung der engen Zusammenarbeit mit dem Bankensektor. Diese ist umso notwendiger, als die Einführung des Euro und die damit verbundenen tiefgreifenden Veränderungen eine enge Zusammenarbeit zwischen der EIB und den Banken auf den Kapitalmärkten erfordern.

Bei den Darlehen zugunsten von Unternehmen außerhalb der Fördergebiete wird die Bank einen selektiveren Ansatz verfolgen, der auf einer Definition der Einschaltungskriterien beruht, die eine bessere Bestimmung des durch die Einschaltung der Bank bewirkten zusätzlichen Nutzens erlaubt. Außerdem beabsichtigt die Bank, gewisse Anpassungen bei den Modalitäten für die Finanzierung von KMU vorzunehmen.

Außerhalb der Union, wo die traditionellen Operationen im Auftrag der Union und der Mitgliedstaaten weiterhin den Kern der Aktivitäten bilden, werden für die Tätigkeit der Bank die folgenden Zielsetzungen maßgeblich sein:

- Fortsetzung der Übertragung des „gemeinschaftlichen Besitzstandes“ (acquis communautaire) auf die Kandidatenländer, was durch die Erneuerung der Vor-Beitritts-Fazilität ermöglicht wird;
- Unterstützung der Entwicklung und der Privatisierung des produktiven Sektors;
- verstärkte Unterstützung der nationalen Bankensektoren.

In all diesen Bereichen setzt das Erreichen der Zielsetzungen des OGP eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Kommission voraus.

Diese Verankerung der Bank in der Europäischen Gemeinschaft zeigt sich in dem Bemühen um



Synergien mit bzw. Ergänzungen zu den Aktionen und Maßnahmen der Kommission, und zwar sowohl innerhalb als auch außerhalb der Union.

Die drei Pfeiler des „zusätzlichen Nutzens“

Die Finanzierungsentscheidungen werden auf drei Kriterien beruhen:

- der Übereinstimmung jeder Operation mit den vorrangigen Zielsetzungen der Union;
- der Qualität und der Berechtigung des betreffenden Investitionsvorhabens;
- dem spezifischen finanziellen Nutzen, der aus der Inanspruchnahme von EIB-Mitteln resultiert.

Die Bank wird zur Verbesserung von Investitionsvorhaben beitragen, indem sie ihr Know-how und die von ihr gewonnenen konkreten Erfahrungen zur Verfügung stellt. Sie wird sich bemühen, neuartige Lösungen vorzulegen und die Verbreitung der in ihren Tätigkeitsbereichen jeweils geltenden „best practice“ zu fördern. Ihre beratende Rolle bei komplexen Finanzierungsstrukturen (Partnerschaften zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor bei der Finanzierung von Infrastruktureinrichtungen) wird die Bank weiter ausbauen.

Präsenz auf den Kapitalmärkten

Um die von ihr verfolgten Zielsetzungen zu fördern, wird die Bank weiterhin ihr AAA-Rating nutzen und ihr Know-how auf den Kapitalmärkten zur Verfügung stellen. Sie wird ihre Maßnahmen zur Förderung des Euro, ihre Unterstützung der Entwicklung der Kapitalmärkte in den Beitrittsländern und ihre Politik einer breiten Präsenz auf den Kapitalmärkten fortsetzen. Außerdem wird sie sich darum bemühen, insbesondere durch die Entwicklung innovativer Produkte den Bedürfnissen ihrer Darlehens- und ihrer Anleihenehmer besser gerecht zu werden.

Ende 1999 hatte die Bank bereits eine Reihe von Maßnahmen in den vorrangigen Bereichen ergriffen, die in den Rahmen des OGP fallen.

- Regionalpolitik: Am 19. Januar 2000 wurde ein neues Rahmenabkommen mit der Kommission

unterzeichnet, in dem die Grundsätze einer intensiveren Zusammenarbeit bei der Umsetzung der Strukturfonds festgelegt sind. Außerdem hat die Bank sich bereit erklärt, beim Einsatz des neuen Finanzierungsinstruments für den Europäischen Wirtschaftsraum mitzuwirken.

- Humankapital: Die Sektoren Bildung und Gesundheit sind zu normalen Einschaltungsbereichen der Bank geworden. Die Zusammenarbeit mit der Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat ihren Niederschlag in der Organisation eines gemeinsamen Seminars über die verschiedenen Systeme des Gesundheitswesens gefunden.
- Risikokapital: Die Bank bereitet einen Vorschlag an ihren Verwaltungsrat und ihren Rat der Gouverneure vor, der im ersten Halbjahr 2000 vorgelegt werden soll und die Verdoppelung der Mittel für ihre „KMU-Fazilität“ vorsieht. Dieser Vorschlag verdeutlicht die zunehmende Bedeutung der Bank auf dem europäischen Risikokapitalmarkt. Die EIB ist außerdem Mitglied der EVCA (European Venture Capital Association) geworden.
- Transeuropäische Netze: Die Bank hat ihre Beteiligung an der Finanzierung von Projekten, die im Rahmen von Partnerschaften zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor durchgeführt werden, nochmals verstärkt. Daneben hat sie mehrere Studien zur Vorbereitung von Infrastruktur- oder Umweltschutzprojekten unterstützt.
- Umweltschutz: Die Möglichkeiten zur praktischen Umsetzung der Vereinbarungen von Kyoto werden zusammen mit der Kommission geprüft.

In qualitativer Hinsicht hat der OGP die traditionellen Zielsetzungen der EIB bestätigt und sie nach ihrer Priorität eingeteilt; außerdem hat er die drei Pfeiler des aus den Finanzierungen der Bank resultierenden „zusätzlichen Nutzens“ definiert und die Bedeutung der Zusammenarbeit mit der Kommission unterstrichen.

*Oberstes Ziel der Finanzierungen der EIB:
Förderung des Zusammenhalts der Union*





Im Dienste der europäischen Integration

Die Europäische Investitionsbank fördert mit ihren langfristigen Darlehen die Integration, die ausgewogene Entwicklung und den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt der Mitgliedstaaten der Union. Auf diese Weise trägt sie zur Bewältigung der Herausforderungen bei, die sich dem Europa von morgen stellen.

Die EIB unterstützt im Rahmen ihrer Aufgabenstellung die gemeinschaftspolitischen Zielsetzungen. Dabei legt die Bank den Schwerpunkt auf die Förderung der weniger entwickelten Regionen. Gleichzeitig orientiert sie ihre Tätigkeit an den anderen Prioritäten, die von ihrem Rat der Gouverneure und vom Europäischen Rat definiert wurden. Die Darlehen der Bank, denen volkswirtschaftlich gerechtfertigte Projekte zugrunde liegen müssen, dienen einer Vielzahl von Zielsetzungen: Ausbau von Verkehrs- und Telekommunikationsnetzen sowie von Basisinfrastruktur, Schutz der natürlichen und der städtischen Umwelt, Finanzierung von KMU und von Vorhaben im Bildungs- und im Gesundheitswesen sowie von Projekten im Energiesektor, in der Industrie und im Dienstleistungssektor.

Regionalentwicklung

Um eine ausgewogene Entwicklung der Regionen zu erreichen, ist im Vertrag von Amsterdam die Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts als eines der vorrangigen gemeinschaftspolitischen Ziele verankert. Er bestätigt damit das Ziel einer harmonischen Entwicklung, das bereits 1958 im Vertrag von Rom festgelegt worden war. Als wichtigste Aufgabe wurde der Europäischen Investitionsbank damals die Finanzierung von Projekten übertragen, die der Förderung der strukturschwachen Gebiete dienen. Die Ausweitung der Tätigkeitsbereiche der Bank, die sowohl im Rahmen der Diversifizierung der Unionspolitiken als auch im Zuge des Beitritts neuer Mitgliedstaaten erfolgte, hat weder dieser spezifischen Rolle noch der Vorrangstellung der Regionalentwicklung etwas von ihrer Bedeutung genommen.

Der strategische Rahmen für die Tätigkeit der EIB wurde vom Rat der Gouverneure im Juni 1998 definiert und mit dem Operativen Gesamtplan (OGP) umgesetzt. Er bestätigt, daß die Finanzierungstätigkeit der Bank vorrangig auf die Förderung der benachteiligten Regionen und der Randgebiete auszurichten ist. Dementsprechend ist die Bank bestrebt, die produktionswirtschaftlichen Strukturen in denjenigen Regionen der Union zu stärken, die einen Entwicklungsrückstand aufweisen. Ihre Darlehen dienen dort dem Ausbau der Basisinfrastruktur in den Bereichen Verkehr und Telekommunikation, Umweltschutz und Energie sowie der Verbesserung der sozialen Infrastruktur. Damit sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, um die wirtschaftliche Entwicklung stimulieren und dauerhaft unterstützen zu können.

Im Rahmen der Neuplanung der Strukturfonds, die auf der Grundlage der „Agenda 2000“ erfolgt, werden die Rolle und die Aufgabe der Bank im Rahmen der Strukturpolitik der Gemeinschaft weiter gestärkt werden. In diesem Zusammenhang wurde im Januar 2000 in Luxemburg ein Kooperationsabkommen zwischen der Kommission, vertreten durch Kommissar Barnier, und der EIB unterzeichnet. Es soll im Zeitraum 2000-2006 die Effizienz der Strukturmaßnahmen der Gemeinschaft steigern und die Komplementarität der Hilfen aus dem Gemeinschaftshaushalt und der Finanzierungen der Bank verbessern.

Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in Hamburg (Elbtunnel)



Aufgliederung der Darlehen für die Regionalentwicklung nach Wirtschaftsbereichen (1999)

	(Mio EUR)	
	Insgesamt	
	Betrag	%
Energie	1 820	14
Verkehr und Telekommunikation	7 389	57
Wasser und Sonstiges	1 071	8
Strukturverbesserung städtischer Gebiete	402	3
Industrie, Landwirtschaft	1 394	11
Bildung, Gesundheit	391	3
Sonstige Dienstleistungsbereiche	411	3
Einzeldarlehen insgesamt	12 877	100
Globaldarlehen	4 650	

Mehr als zwei

Drittel der Einzeldarlehen

kamen benachteiligten

Regionen zugute

Nach diesem Abkommen kann die Kommission das Know-how der EIB nicht nur - wie bisher schon - für die Prüfung von Investitionen in den Unionsländern nutzen, die für eine Finanzierung aus dem Kohäsionsfonds in Betracht kommen. Nunmehr kann es auch für Vorhaben eingesetzt werden, die in der Union aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) bzw. in den Kandidatenländern im Rahmen des Strukturpolitischen Instruments zur Vorbereitung auf den Beitritt (ISPA) finanziert werden sollen. Bei jedem dieser Instrumente werden die Kommission und die EIB regelmäßig Informationen austauschen, um zu gewährleisten, daß die jeweiligen Finanzierungen optimal geplant werden und frühzeitig festgestellt wird, ob die Projekte machbar sind. Die Kommission kann das Know-how der Bank sowohl für Projekte nutzen, die von der Bank und aus dem Gemeinschaftshaushalt kofinanziert werden, als auch nur für sich in Anspruch nehmen, wenn eine Kofinanzierung nicht vorgesehen ist.

1999 erreichten die **Einzeldarlehen** der EIB in den benachteiligten Regionen der Union **12,9 Mrd.**, was 71% der insgesamt gewährten Einzeldarlehen entspricht. Dies steht in Einklang mit den Zielen des OGP, der diesen Operationen höchste Priorität einräumt und für sie einen Anteil von zwei Dritteln an den Gesamtfinanzierungen in der Union vorsieht.

Hinzu kommen die laufenden Globaldarlehen, aus denen für kleine und mittlere Vorhaben in Regionalfördergebieten Finanzierungsbeiträge von insgesamt **4 650 Mio** vergeben wurden.

Der **Gesamtbetrag der Finanzierungen**, die 1999 zugunsten der Regionalentwicklung durchgeführt wurden, erreichte somit **17,5 Mrd.**

48% der Darlehen für die Regionalentwicklung kommen Ziel-1-Gebieten zugute

1999 wurden in den **Ziel-1-Gebieten** (Regionen mit Entwicklungsrückstand) **Einzeldarlehen** von insgesamt **6 208 Mio** bereitgestellt. Dies ist gegenüber 1998 mit 4 600 Mio eine deutliche Zunahme. Von dem Gesamtbetrag entfielen 839 Mio auf die ost-deutschen Bundesländer, 4 075 Mio auf die Länder, die für Mittel aus dem Kohäsionsfonds in Frage kommen (Spanien, Portugal, Irland und Griechenland), und 600 Mio auf Süditalien.

Für die Verkehrs- und die Telekommunikationsinfrastruktur sowie die Energienetze waren 66% der Mittel bestimmt. Diese Finanzierungen tragen zur Milderung der aus der geographischen Lage dieser Regionen resultierenden Benachteiligungen bei. 13% der Mittel dienten der Verbesserung der natürlichen und der städtischen Umwelt. Der Industrie und dem Dienstleistungssektor kamen 15% und dem Bildungs- und dem Gesundheitswesen 6% der Darlehen zugute.

Für den Wiederaufbau nach dem Erdbeben, das im September den Großraum Athen erschütterte, hat die EIB ein Darlehen von 300 Mio gewährt. Es ist Bestandteil eines Rahmenvertrags über 900 Mio, die in einem Zeitraum von zwei bis drei Jahren bereitgestellt werden sollen.

Beschleunigung der wirtschaftlichen Anpassung

In den Industrieregionen mit rückläufiger Entwicklung (**Ziel 2**), in den ländlichen Umstellungsgebieten (**Ziel 5b**) und in den schwach besiedelten Gebieten (**Ziel 6**) erreichten die **Einzeldarlehen** insgesamt **3 663 Mio**.

In diesen Gebieten zeigt eine Aufgliederung der Finanzierungen nach Wirtschaftsbereichen den hohen Anteil der Verkehrsinfrastruktur (45%) und die Bedeutung, die dem Schutz der natürlichen und der städtischen Umwelt (18%) beigemessen wird. Der Industrie und dem Dienstleistungssektor flossen 15% der Mittel zu.

Unterstützung der Finanzierung von Infrastrukturnetzen

Ein Betrag von 3 000 Mio diente der Finanzierung von Infrastrukturnetzen, die verschiedene Förder-



gebiete oder ein Land in seiner Gesamtheit betreffen. Die Finanzierungen kamen den Bereichen Post, Telekommunikation und Verkehr sowie dem Stromverbund zugute.

EWR-Finanzierungsmechanismus

Die EIB verwaltet weiter den Finanzierungsmechanismus des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR), der von der Kommission und den zum EWR gehörenden EFTA-Ländern finanziert wird. Der 1994 festgelegte Rahmen - Zinsvergütungen für Darlehen der EIB im Gesamtvolumen von 1,5 Mrd und Zuschüsse bis zum Betrag von 500 Mio - ist für Projekte in Griechenland, in Portugal, auf der Insel Irland und in Spanien vollständig ausgeschöpft worden. Die Durchführung dieser Projekte ist 1999 fortgesetzt worden.

Bilanz der Finanzierungen der EIB seit der Reform der Strukturfonds 1989

Seitdem die Reform der Strukturfonds 1989 eingeleitet wurde, haben die **Einzeldarlehen** der EIB für die Finanzierung von Projekten in Regionalentwicklungsgebieten insgesamt **104,4 Mrd** erreicht. Dies entspricht 70% des Gesamtbetrags der Einzeldarlehen.

Die Darlehen zugunsten der Regionalförderung haben sich im Zeitraum 1989-1999 von 5,4 Mrd auf

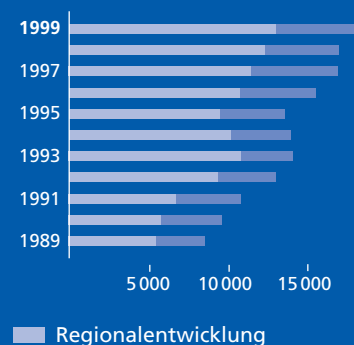
12,9 Mrd jährlich erhöht. Das ist eine durchschnittliche Zunahme um 9% pro Jahr, die über der der unterzeichneten Darlehen insgesamt liegt (8% pro Jahr).

Hinzu kommen die laufenden **Globaldarlehen**, aus denen für kleine und mittlere Infrastrukturvorhaben und für KMU in Regionalfördergebieten Mittel bereitgestellt wurden. Das Volumen der pro Land unterzeichneten Globaldarlehen ergibt gewichtet mit dem Anteil der in Regionalfördergebieten lebenden Bevölkerung einen Betrag von schätzungsweise **28,5 Mrd**.

Der **Gesamtbetrag** der Finanzierungsbeiträge, die die EIB im Zeitraum 1989-1999 zugunsten der Regionalentwicklung vergeben hat, erreichte somit **133 Mrd**.

Diese Finanzierungen erfolgten im Rahmen einer engen Zusammenarbeit zwischen der Bank und den Gemeinschaftsinstitutionen. Dies gilt insbesondere für die Kommission, die die Haushaltsinstrumente für die Strukturanpassung in diesen Regionen einsetzt.

Einzeldarlehen für die Regionalentwicklung 1989-1999: 104 Mrd



Im Zeitraum 1989-1999 erreichten die Einzeldarlehen für die Regionalentwicklung insgesamt 104 Mrd. Ihre jährliche Zunahme (9%) lag über der der gesamten Finanzierungstätigkeit der Bank.

Einzeldarlehen für die Regionalentwicklung im Zeitraum 1989-1999: 104 Mrd

	1989-1993		1994-1999	
Tätigkeit der EIB in den Mitgliedsländern (Einzeldarlehen)	55,5	100%	94,5	100%
Regionalentwicklung, davon:	37,8	68%	66,5	70%
* Ziel-1-Gebiete	21,3	56%	30,6	46%
* Ziel-2-, Ziel-5b- und Ziel-6-Gebiete	12,8	34%	23,7	36%
* Gebiete, denen spezifische Gemeinschaftsmaßnahmen oder nationale Hilfsmaßnahmen zugute kommen; überregionale Vorhaben, die verschiedene Fördergebiete betreffen (*)	3,8	10%	12,2	18%

(*) hauptsächlich Verkehrs- und Telekommunikationsnetze



Bilanz des Zeitraums 1994-1999

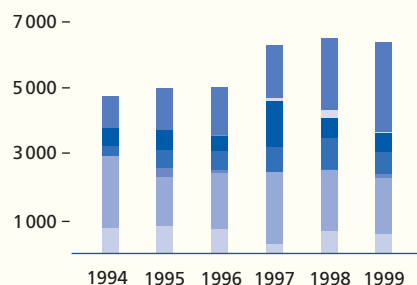
In der zweiten Förderperiode der Strukturfonds (1994-1999) betrugen die von der EIB in Regionalentwicklungsgebieten gewährten Einzeldarlehen 66,5 Mrd. Sie betrafen - alle Gebiete zusammengekommen - die Bereiche Verkehr (25 Mrd), Energie (11,8 Mrd), Telekommunikation (11 Mrd), Umwelt (7,7 Mrd), Industrie und Dienstleistungen (9,4 Mrd) sowie Humankapital (1,7 Mrd). Darüber hinaus erreichten die unterzeichneten Globaldarlehen zugunsten dieser Gebiete rund 19,5 Mrd; sie waren für KMU und für kleine lokale Infrastrukturvorhaben bestimmt.

In den Ziel-1-Gebieten (Regionen mit Entwicklungsrückstand) gewährte die EIB Einzeldarlehen von insgesamt 30,6 Mrd. Ihre Finanzierungen dienten vor allem dem Ausbau der Basisinfrastruktur (Verkehr 40%, Telekommunikation 8%, Energienetze 24%), um die aus der geographischen Lage resultierenden Benachteiligungen zu mildern. Außerdem unterstützt sie in diesen Gebieten seit Beginn der Umsetzung des ASAP im November 1997 Ope-

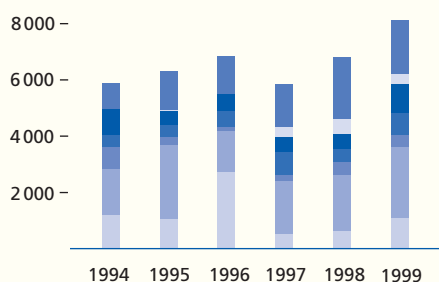
rationen im Bildungs- und im Gesundheitswesen (4%), deren Gesamtvolumen stetig zugenommen hat.

In den Ziel-2-, Ziel-5b- und Ziel-6-Gebieten (Gebiete, in denen eine wirtschaftliche Umstrukturierung erforderlich ist oder die sehr dünn besiedelt sind) wurden Einzeldarlehen von insgesamt 23,7 Mrd vergeben. Die Finanzierungen der Bank sollen vor allem die wirtschaftliche Anpassung erleichtern und unterstützen den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur (46%) und der Energieübertragungsnetze sowie Investitionen zur Verbesserung des Umweltschutzes (jeweils 16%).

Aufgliederung der Darlehen in den Ziel-2-, Ziel-5b- und Ziel-6-Gebieten nach Wirtschaftsbereichen



Aufgliederung der Darlehen in den Ziel-1-Gebieten nach Wirtschaftsbereichen





Leitlinien für die künftige Finanzierungstätigkeit der Bank zugunsten der Regionalentwicklung

Die Finanzierungstätigkeit der EIB zugunsten der Regionalentwicklung in den nächsten Jahren wird in den Aktionsrahmen für die Struktur- und die Kohäsionspolitik der Union im Zeitraum 2000-2006 eingebettet. Auf diese Weise sollen die Bemühungen der Gemeinschaft um die Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts unterstützt werden.

Die EIB wird diese Finanzierungen in enger **Zusammenarbeit** mit der Kommission, aber auch unter Beachtung des Aspekts der **Komplementarität** durchführen. Dies steht in Einklang mit den Schlußfolgerungen des Europäischen Rates Köln vom 3. und 4. Juni 1999, der die Bank zur „Unterstützung und Ergänzung der Struktur- und Regionalförderung der Gemeinschaft insbesondere in Gebieten, die künftig nicht mehr förderfähig sein werden“ aufgefordert hat.

Die Komplementarität der Finanzierungen der EIB wirkt sich in zweierlei Hinsicht aus:

- **Geographische Komplementarität:** Förderung von Investitionen in bestimmten Regionen, die aufgrund ihrer verbesserten Wirtschaftslage in absehbarer Zeit nicht mehr oder nur in wesentlich geringerem Maße für Strukturmaßnahmen in Betracht kommen.
- **Sektorale Komplementarität:** Finanzierung von Projekten in Sektoren, in denen aufgrund ausreichend hoher Erträge der Investitionen öffentliche Zuschüsse trotz der regionalwirtschaftlichen Bedeutung der Vorhaben nicht gerechtfertigt sind. Dies ist insbesondere der Fall bei bestimmten Infrastrukturvorhaben in den Bereichen Verkehr und Telekommunikation, Energie und Abwasser.

Auf diesen Grundlagen beabsichtigt die Bank, ihre Finanzierungen an zwei Hauptzielsetzungen auszurichten:

- **Förderung der Ansiedlung von Produktionstätigkeiten in den benachteiligten Gebieten durch:**
 - Verstärkte Förderung von innovativen Unternehmen sowie von Infrastruktur und Dienstleistungen der Informationsgesellschaft;
 - Verbesserung des Lebensrahmens und des Potentials der Städte;
 - Förderung von Bildungs- und Fortbildungsprogrammen;
 - Bereitstellung der für die künftige Entwicklung dieser Regionen erforderlichen Basisinfrastruktur in den Bereichen Energie, Verkehr und Telekommunikation sowie Umwelt.
- **Weitere Integration der benachteiligten Regionen und der Randgebiete durch:**
 - Ausbau nicht nur der Transeuropäischen Netze (TEN), sondern auch von Abschnitten nationaler Netze, die den Zugang zu den TEN gewährleisten; Durchführung von übergreifenden Umweltschutzmaßnahmen;
 - Entwicklung der Netzinfrastrukturen, die die Übertragung von Informationen und die damit verbundenen Dienstleistungen ermöglichen.

Parallel zu diesen Maßnahmen wird die Bank natürlich der Vorbereitung des Beitritts der Kandidatenländer besondere Aufmerksamkeit widmen. Dies wird zum einen über eine Verstärkung ihrer direkten Einschaltungen mit den gleichen Zielsetzungen wie in den Mitgliedstaaten erfolgen. Zum anderen wird sie die Gemeinschaftsinstitutionen bei der Ermittlung der Operationen unterstützen, die besonders vorrangig sind und deren Förderung aus Haushaltsmitteln wirtschaftlich gerechtfertigt ist.

**Zusammenarbeit mit
der Kommission und
Komplementarität der
Finanzierungen**





Humankapital (Bildung und Gesundheit)

Im Anschluß an die vom Europäischen Rat Amsterdam (Juni 1997) verabschiedete Entschließung über Wachstum und Beschäftigung wurde von der EIB das Amsterdam Sonderaktionsprogramm (ASAP) eingerichtet. Seitdem kommen die Bereiche Bildung und Gesundheit während eines Zeitraums von drei Jahren für Finanzierungsbeiträge der Bank in Betracht.

Der Europäische Rat Köln (Juni 1999) hat die EIB zu „Fortsetzung und Ausbau der Kreditgewährung in den Sektoren ..., Bildung und Gesundheit ...“ über das Jahr 2000 hinaus aufgefordert. Seit Juli 1999 sind somit Projekte im Gesundheitswesen genauso wie Vorhaben im Bildungsbereich als Teil der Bemühungen um Stärkung und Erhaltung des Humankapitals in der gesamten Union uneingeschränkt finanzierungswürdig.

Die Bank verfolgt - auf der Erfahrung der vergangenen Jahre aufbauend - sowohl im Bildungs- als auch im Gesundheitswesen die Politik, ihre Darlehen auf der Grundlage einer soliden Kenntnis der nationalen Gegebenheiten bereitzustellen und sie auf die spezifischen Investitionsprogramme, die von den nationalen und regionalen Entscheidungsträgern ausgearbeitet wurden, abzustimmen.

Die Finanzierungen der Bank für diese Projekte tragen somit dem wirtschaftlichen und dem sozialen Kontext der jeweiligen Länder oder Regionen Rechnung. Dabei berücksichtigt sie auch das Ziel, der Bevölkerung in Randgebieten oder in Regionen mit sozialen Problemen einen besseren Zugang zu Gesundheits- und Bildungsinfrastrukturen zu ermöglichen, deren Qualität dem in der übrigen Union erreichten Niveau entspricht.

Seit der Aufnahme ihrer Finanzierungstätigkeit im Gesundheits- und im Bildungswesen hat die EIB ihre Erfahrungen in diesem Bereich erweitern können. Sie hat Konferenzen veranstaltet und Kontakte zu einschlägigen europäischen Fachkreisen aufgebaut. So hat sie beispielsweise gemeinsam mit der Weltgesundheitsorganisation, der Weltbank, dem spanischen und dem norwegischen Staat, der London School of Economics und der London School of Hygiene and Tropical Medicine das European Observatory on Health Care Systems errichtet. Außerdem unterhält sie diesbezüglich enge Kontakte zur OECD. Durch diese Verbindungen hat die EIB Zugang zu Daten und Fachwissen, die ihr die Verbesserung ihrer Projektprüfungsverfahren ermöglichen.

1999 hat die Bank für Projekte zur Förderung des Humankapitals, dem im OGP hohe Priorität eingeräumt wird, **Einzeldarlehen** von insgesamt **571 Mio** bereitgestellt. Sie betrafen den Bau von Krankenhäusern in Spanien, Deutschland und Italien sowie von Bildungseinrichtungen in Frankreich, Deutschland, Schweden, Spanien und Italien.

Darüber hinaus wurden zahlreiche Schulen und Krankenhäuser im Rahmen von Globaldarlehen finanziert, vor allem in Deutschland, in den Niederlanden und in Belgien. Nach Angaben der zwischengeschalteten Institute beliefen sich die

betreffenden **Teilfinanzierungen aus Globaldarlehen** auf **626 Mio**.

Von 1997 bis Ende 1999 sind **Einzeldarlehen** von insgesamt **1,8 Mrd** in acht Ländern unterzeichnet worden. Davon entfallen 778 Mio auf das Bildungswesen und 1 Mrd auf den Bereich Gesundheit.

Die betreffenden Projekte haben ihren Standort zu 91% in Regionalentwicklungsgebieten.

Seit Einführung des ASAP im Jahre 1997 sind insgesamt 4,5 Mrd für 32 Projekte in elf Unionsländern genehmigt worden.



Die Genehmigungen des Jahres 1999 betrafen:

- Zehn Projekte im Bildungswesen. Erwähnenswert ist beispielsweise die Hochschule für Film und Fernsehen in Potsdam-Babelsberg, bei der es sich um den interessanten Fall einer Finanzierung zugunsten eines sehr spezifischen Projekts im Bildungswesen handelt. Des weiteren unterstützte die Bank die Finanzierung von Schulen in

Glasgow, Stoke-on-Trent und Sheffield (Vereinigtes Königreich) im Rahmen öffentlich-privater Partnerschaften sowie von Universitätseinrichtungen in Turin, Valencia und Athen.

- Zwei Projekte im Gesundheitswesen zur Modernisierung von Krankenhauszentren in Sachsen-Anhalt und in Österreich.

91% der seit 1997

finanzierten Projekte zur

Stärkung des

Humankapitals haben

ihren Standort

in Regionalentwick-

lungsgebieten

Amsterdam Sonderaktionsprogramm (ASAP): Wichtigste Merkmale

Die EIB hat auf die Entschliebung über Wachstum und Beschäftigung des Europäischen Rates Amsterdam (Juni 1997) mit der Einrichtung ihres Amsterdam Sonderaktionsprogramms (ASAP) reagiert. Im Rahmen dieses Programms hat die Bank neue Aufgaben bei der Mobilisierung zusätzlicher Ressourcen übernommen, durch die das wirtschaftliche Wachstum gefördert und damit neue Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden sollen.

Das ASAP, das sich zunächst über einen Zeitraum von drei Jahren (September 1997 - 2000) erstreckt, umfaßt drei Hauptelemente (nähere Angaben enthält der Jahresbericht 1998, Seiten 16 und 17):

- Eine „KMU-Spezialfazilität“, mit der neue Risikokapitalinstrumente zur Stärkung der Eigenkapitalbasis technologieorientierter und wachstumsstarker KMU angeboten werden. Die mit diesen Operationen verbundenen Risiken werden durch eine Reserve unterlegt, die durch den Einsatz von bis zu 1 Mrd EUR aus den Jahresüberschüssen der Bank gebildet wird. Auf die mit dieser Fazilität erzielten Ergebnisse wird im Kapitel „Die Finanzierung von KMU“ auf den Seiten 29 und 30 eingegangen.
- Die Verstärkung der Finanzierungstätigkeit der Bank in den Bereichen Bildung und Gesundheit. Nähere Angaben zu diesen Sektoren, die seit Juli 1999 uneingeschränkt finanzierungswürdig sind, enthält das vorstehende Kapitel.
- Die Ausweitung der bereits erheblichen Finanzierungstätigkeit der Bank zugunsten der TEN und anderer großer Infrastrukturnetze sowie der Bereiche städtische Umwelt und Umweltschutz. Die Finanzierungen, die diesen Zielsetzungen entsprechen, werden auf den Seiten 19-24 behandelt. Die Bank kann für TEN-Projekte in den Bereichen Verkehr und Umwelt auch vorbereitende Untersuchungen oder Machbarkeitsstudien finanzieren.





Europäische Verkehrs- und Telekommunikationsinfrastruktur

Im Rahmen der ihr übertragenen Aufgaben nimmt die Bank seit jeher aktiv an der Entwicklung der Infrastrukturen von europäischem Interesse im Bereich der Verkehrs-, Telekommunikations- und Energienetze teil.

Die Schaffung der Transeuropäischen Netze (TEN) leistet einen wesentlichen Beitrag zur wirtschaftlichen Integration der Union, aber auch zur Entwicklung der Wirtschaft in den benachteiligten Regionen. Besondere Aufmerksamkeit wird dabei zum einen den Randgebieten und abgelegenen Regionen und zum anderen der Beseitigung von durch überalterte Infrastrukturen entstehenden Engpässen insbesondere in den in Umstellung befindlichen Gebieten und in den Ballungsräumen gewidmet.

Im Bericht über den Europäischen Beschäftigungspakt, der den Schlußfolgerungen des Europäischen Rates Köln als Anhang beigelegt ist, wird vor allem betont: „Die europäische Infrastruktur sollte durch Transeuropäische Netze - insbesondere die prioritären Vorhaben im Verkehrsbereich sowie die Entwicklung innovations- und wettbewerbsfördernder Projekte in der Telekommunikations- und Informationstechnologie - und die Fördermaßnahmen der Europäischen Investitionsbank weiter verbessert werden.“

Die Mitteilung der Kommission zur Finanzierung von Projekten im Bereich der Transeuropäischen Verkehrsnetze durch Partnerschaften zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor wurde im Januar 1999 vom Europäischen Parlament positiv aufgenommen. Das Parlament vertrat die Auffassung, daß es sich dabei um eine wesentliche Finanzierungsform für die Schaffung der Transeuropäischen Netze handelt.

Bei sämtlichen Projekten im Bereich des europäischen Verkehrs- und Nachrichtenwesens fördert die Bank maßgeblich öffentlich-private Partnerschaften. Mit ihren im Laufe der Jahre gesammelten Erfahrungen kann die EIB weiterhin einen zusätzlichen Nutzen bieten, was insbesondere für den Verkehrssektor gilt: Hauptziel der Politik der Gemeinschaft ist hier die Integration der Länder der Union und die Verbesserung der Verbindungen mit Drittländern, namentlich den Beitrittsländern.

Im Telekommunikationssektor, der in sämtlichen Ländern der EU liberalisiert und für den Wettbewerb geöffnet ist, unterstützt die Bank nicht nur Vorhaben für die Kapazitätserweiterung, sondern auch Projekte, die der Einführung neuer Dienste und dem Ausbau der Netze dienen. Damit fördert sie die neuen Entwicklungen, die es erlauben werden, die Möglichkeiten der im Entstehen begriffenen Informationsgesellschaft voll zu nutzen.

1999 erreichten die Finanzierungen zugunsten der europäischen Verkehrs- und Telekommunikationsinfrastruktur **10 269 Mio.**

Damit hatten sie einen Anteil von 56% am Gesamtbetrag der Einzeldarlehen in der Union. 70% der mitfinanzierten Vorhaben haben ihren Standort in Regionalfördergebieten.

In den letzten fünf Jahren hat die EIB für diese vor-

rangige Tätigkeit, die einen wesentlichen Beitrag zur ausgewogenen Entwicklung der verschiedenen Regionen der Union leistet, Darlehen von etwa 40,8 Mrd - 30 Mrd für die Verkehrsnetze und 10,8 Mrd für die Telekommunikationsnetze - vergeben.

Zunahme im Verkehrssektor

Die Darlehensstätigkeit im Verkehrssektor (7,9 Mrd) verzeichnete einen starken Anstieg und übertraf



Europäische Verkehrs- und Telekommunikationsinfrastruktur (1999)

	(Mio EUR)
Verkehr	7 887
Außergewöhnliche Projekte (*)	547
Eisenbahn	1 736
Straßen und Autobahnen	3 541
Luftverkehr und Seeschifffahrt	2 064
Post und Telekommunikation	2 382
Netze und Vermittlungsstellen	1 702
Mobilfunk	424
Post	256
Insgesamt	10 269

(*) Großer Belt und Öresund

damit das bereits sehr hohe Niveau des Jahres 1997 (6,8 Mrd). Dies ist auf die weiterhin lebhaft Tätigkeit in den Bereichen Straßen- und Luftverkehr zurückzuführen.

Die Finanzierungen zugunsten des **Schieneverkehrs** (1 736 Mio) betrafen zum einen die Fertigstellung großer Projekte (belgischer Abschnitt des Hochgeschwindigkeitsnetzes Paris-Brüssel-Köln-Amsterdam-London; TGV Paris-Mittelmeer); mit anderen wird gerade begonnen. Die 1999 unterzeichneten Darlehensverträge betreffen hauptsächlich die Abschnitte Bologna-Florenz und Rom-Neapel des italienischen Hochgeschwindigkeits-Eisenbahnnetzes, die Modernisierung und den Ausbau der Eisenbahnstrecke West Coast Main Line von London nach Glasgow sowie die Modernisierungsprogramme in Finnland und in Spanien.

Die Darlehen für **Straßen- und Autobahninvestitionen** (3 541 Mio) sind deutlich gestiegen. Neben dem Bau neuer Autobahnabschnitte in Deutschland, in den Kohäsionsländern und in Norwegen betrafen sie die teilweise Modernisierung des französischen und des italienischen Autobahnnetzes.

Die Finanzierungen in den Bereichen **Luftverkehr und Seeschifffahrt** (2 064 Mio) nahmen ebenfalls

stark zu. Mehr als die Hälfte der Darlehen war für die Erneuerung und Erweiterung von Flugzeugflotten in sieben EU-Ländern (1 148 Mio) bestimmt. An zweiter Stelle folgte der Neubau bzw. Ausbau der Flughäfen Nürnberg und Köln/Bonn, Athen, Madrid, Mülhausen/Basel, Mailand-Malpensa, Rom-Fiumicino und London-Heathrow. Darüber hinaus wurden Projekte zum Ausbau von Hafenanlagen in Kotka/Finnland und in Liverpool mitfinanziert.

Gleichzeitig hat die EIB sich weiterhin an der Finanzierung der beiden wichtigen festen Verkehrsverbindungen über den Großen Belt und den Öresund beteiligt.

Rückgang im Telekommunikationssektor

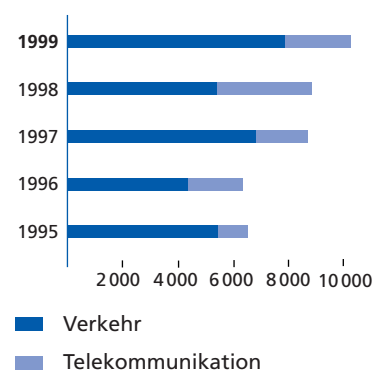
In diesem Bereich lagen die Finanzierungen 1999 (2 126 Mio) wieder etwa auf dem Niveau von 1997. 1 702 Mio kamen Vorhaben zur Erweiterung der **Festnetze** in Dänemark, in Spanien, in Italien, in Finnland und im Vereinigten Königreich zugute, während für den Ausbau der **Mobilfunknetze** in Griechenland und in Portugal 424 Mio zur Verfügung gestellt wurden. Darüber hinaus wurde die Rationalisierung der **Postdienste** in Deutschland, in Dänemark und in Schweden mit 256 Mio unterstützt.



Im Fünfjahreszeitraum

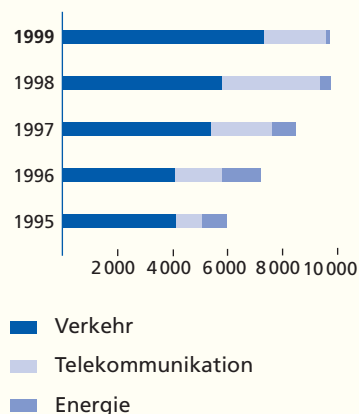
1995-1999 beliefen sich die Darlehen zugunsten der europäischen Verkehrs- und Telekommunikationsinfrastruktur - hauptsächlich in Regionalfördergebieten - auf insgesamt 40,8 Mrd

Europäische Verkehrs- und Telekommunikationsinfrastruktur 1995-1999: 40,8 Mrd



Seit 1993
hat die EIB
65 Mrd für TEN
und ihre Weiterführung
außerhalb der Union
genehmigt

**Transeuropäische Netze
1995-1999:
41 Mrd unterzeichnet**



Die Finanzierung der Transeuropäischen Netze

Seit 1993 hat die Bank ihre Tätigkeit zugunsten der Transeuropäischen Netze (TEN) in den Bereichen Verkehr, Energie und Telekommunikation sowie ihrer Weiterführung in die EU-Nachbarländer - insbesondere in die Kandidatenländer Mittel- und Osteuropas - ausgeweitet. Dabei stützte sie sich auf die Arbeiten der hochrangigen Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz von EU-Kommissar Christophersen, die vorrangige Projekte ermittelte, die dann durch den Europäischen Rat Essen vom Dezember 1994 bestätigt wurden.

So genehmigte sie **seit 1993** innerhalb und außerhalb der Union Darlehen von 65 Mrd, wobei die Gesamtkosten der Projekte auf rund 206 Mrd veranschlagt werden können.

Ende 1999 beliefen sich die genehmigten Darlehen für 10 der 14 **Projekte im Verkehrssektor**, die vom Europäischen Rat Essen im Dezember 1994 als **vorrangig** eingestuft worden waren, auf 13,5 Mrd. Der Betrag der unterzeichneten Darlehensverträge für diese Projekte erreichte 9,8 Mrd; auf 1999 entfielen hiervon 1,6 Mrd.

Für 7 der 10 **vorrangigen Projekte im Energiesektor** erreichten die Darlehensgenehmigungen insgesamt über 2,5 Mrd, während sich die unterzeichneten Darlehen auf 2,2 Mrd beliefen.

Im Zeitraum **1995-1999** erreichten die Genehmigungen für TEN-Projekte in der Europäischen Union 42 Mrd; hiervon entfielen 28 Mrd auf Verkehrsnetze, 3 Mrd auf Energietransportnetze und 11 Mrd auf Telekommunikationsinfrastrukturen. Von diesem Gesamtbetrag wurden bereits Darlehensverträge über 36 Mrd unterzeichnet.

In den Ländern Mittel- und Osteuropas und des Mittelmeerraums wurden 6 Mrd für Verkehrsprojekte, Strom- und Gasleitungen sowie den Ausbau der Telekommunikationsnetze genehmigt. Der unterzeichnete Betrag für diese Projekte beläuft sich auf 5 Mrd.

Die Darlehensunterzeichnungen zugunsten der Transeuropäischen Netze stiegen im Zeitraum 1995-1999 um durchschnittlich 13% p.a. - von 6 Mrd im Jahre 1995 auf 9,7 Mrd im Jahre 1999. Dieser Anstieg lag damit deutlich über dem durchschnittlichen Zuwachs der Darlehensstätigkeit der Bank.

Die Aufgliederung dieser Unterzeichnungen über den gesamten Zeitraum nach Sektoren zeigt die Bedeutung der verkehrsbezogenen Darlehen, die einen Anteil von 65% an den Finanzierungen der EIB hatten. Auf die Entwicklung der Telekommunikationsnetze entfielen 26% und auf die Transportnetze für Energie 19% des Gesamtbetrags der Finanzierungen.



Bereits 1994 hat die EIB einen Katalog von spezifischen Maßnahmen, die sogenannte „TEN-Fazilität“, eingerichtet; hierbei ging es um die Anpassung ihrer Einschaltungskriterien an die spezifischen Erfordernisse der Investitionen in diese Netze - große Operationen, die mit erheblichen Kosten verbunden sind und deren Durchführung



sich über mehrere Jahre erstreckt - und um die Beschleunigung der Ausarbeitung der betreffenden Vorhaben. Neben einer verstärkten Einschaltung bereits bei der Konzeption der Projekte mit dem Ziel maßgeschneiderter Finanzierungsstrukturen hat sich die Bank kontinuierlich um eine Verlängerung der Laufzeiten ihrer Darlehen und der tilgungsfreien Zeiten bemüht.

Darüber hinaus hat sie einen aktiven Beitrag zur Entwicklung öffentlich-privater Partnerschaften geleistet, die für den Ausbau dieser Netze gebildet werden. Zu den bedeutendsten Projekten zählen der Flughafen von Athen, die Hochgeschwindigkeitsverbindung von London zum Kanal-tunnel (CTRL), die Öresund-Verbindung, der neue Elbtunnel in Hamburg, die Autobahn E18 in Norwegen - eine Finanzierung auf der Grundlage von Artikel 18 Absatz 1 Unterabsatz 2 der Satzung der Bank - sowie mehrere Autobahnabschnitte im Vereinigten Königreich und in Portugal.

Der Aufforderung des Europäischen Rates Köln (3. und 4. Juni 1999) entsprechend wird die Bank ihre Kooperation mit der Kommission und mit den Mitgliedstaaten fortsetzen und dabei die Entwicklung innovativer Finanzierungskonzepte fördern, die eine Kombination öffentlicher und privater Finanzierungsquellen ermöglichen.



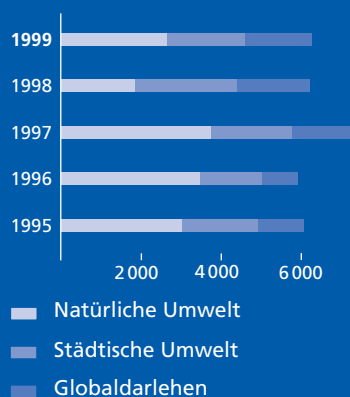
EIB-Finanzierungen für Transeuropäische Netze sowie für Straßen- und Eisenbahnverkehrsachsen in Nachbarländern der EU 1993-1999

- Die vorrangigen Transeuropäischen Netze (TEN)
- Die Abschnitte dieser TEN, für die Finanzierungen genehmigt wurden
- Weitere mitfinanzierte Infrastrukturen und Netze von europäischem Interesse
- Straßen- und Eisenbahnverkehrsachsen in den Ländern Mittel- und Osteuropas
- Die bereits mitfinanzierten Abschnitte dieser Straßen- und Eisenbahnverkehrsachsen
- Straße/Eisenbahn
- ↔ Strom
- Gas
- ✈ Flughafen
- ◆ Zentrum für kombinierten Verkehr
- ▼ Hafen
- Luftverkehrskontrolle
- ↗ Gewinnung von Erdöl und Erdgas



Wasserturm in Rom

Natürliche und städtische Umwelt 1995-1999: 31,5 Mrd



Kläranlage in
Wuppertal



Natürliche und städtische Umwelt

Die EIB leistet seit vielen Jahren einen ganz konkreten Beitrag zur Umweltpolitik der Union, und zwar nicht nur durch Finanzierungen zugunsten spezifischer Projekte zum Schutz der Umwelt, sondern auch durch die Berücksichtigung von Umweltaspekten bei der Prüfung aller ihr vorgelegten Projekte. Die Beachtung des geltenden Umweltschutzrechts und die Anwendung der am besten geeigneten Umweltschutztechniken sind unabdingbare Voraussetzung für die Gewährung eines Darlehens durch die EIB.

Die Tätigkeit der Bank im Bereich Umweltschutz ist sowohl auf die natürliche Umwelt – Wasser- und Abfallwirtschaft, Reinhaltung des Bodens und der Luft – als auch auf die städtische Umwelt – öffentliche Verkehrssysteme auf eigener Trasse und Stadterneuerung – gerichtet. Letztere wurde im übrigen bei den Tagungen des Europäischen Rats in Amsterdam und Köln als tragendes Element einer neuen wirtschaftlichen Dynamik und wichtiger Faktor für die Entstehung von Arbeitsplätzen hervorgehoben.

Der Europäische Rat Köln hat die Bank zu „Fortsetzung und Ausbau der Kreditgewährung in den Sektoren Stadterneuerung... sowie Schutz der Umwelt einschließlich der Förderung erneuerbarer Energie“ aufgefordert. Er hat außerdem den Wunsch der Union hervorgehoben, den auf der Konferenz von Kyoto über Klimaänderungen eingegangenen Verpflichtungen zur Reduzierung von Treibhausgasen nachzukommen und das Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls zu ermöglichen. Damit wird die Verpflichtung des Rates, den Umweltaspekt bei der Festlegung der übrigen Politiken der Union zu berücksichtigen, bestätigt.

Die Bank, die die Umsetzung der umweltpolitischen Prioritäten der Union unterstützt, hat in den vergangenen fünf Jahren bei den Finanzierungen zugunsten des Umweltschutzes ein hohes Niveau aufrechterhalten; im Durchschnitt entsprachen etwa 30% der innerhalb der Europäischen Union vergebenen Darlehen dieser Zielsetzung. Den Finanzierungen zugunsten erneuerbarer Energien läßt sich eine Reduktion der CO₂-Emissionen von etwa 23 Mio Tonnen jährlich zurechnen.

Darüber hinaus widmet die EIB umweltpolitischen Problemen außerhalb der Union besondere Aufmerksamkeit. Im Hinblick darauf hat sie 1990 zusammen mit der Weltbank das Programm zur technischen Unterstützung des Umweltschutzes im Mittelmeerraum (METAP) eingeführt, das von der Europäischen Kommission und dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen finanziell unterstützt wird.

Die 1998 für die Beitrittsländer in Mittel- und Osteuropa sowie für Zypern eingerichtete (und ab 2000 auch für Malta geltende) Vor-Beitritts-Fazilität sieht eine verstärkte Unterstützung von Umweltschutzprojekten bzw. von Vorhaben vor, bei denen die Umweltschutzkomponente eine große Rolle spielt.



1999 stiegen die **Einzeldarlehen** zugunsten der Erhaltung der natürlichen und städtischen Umwelt im Vergleich zu 1998 um 4,8% an und erreichten **4 577 Mio.** Dies entspricht 25% der Einzeldarlehen insgesamt.

Hinzu kamen noch etwa **1 650 Mio** an Krediten im Rahmen von traditionellen **Globaldarlehen**, die im wesentlichen in Deutschland zugunsten von kleinen Projekten in den Bereichen Abwasserentsorgung und Strukturverbesserung städtischer Gebiete vergeben wurden. Damit beliefen sich die **gesamten Finanzierungsbeiträge** zugunsten der Umwelt auf **6,2 Mrd**; dieser Betrag entspricht dem des Vorjahres.

Die Verteilung der Finanzierungen auf natürliche Umwelt und städtische Umwelt hat sich im Vergleich zu 1998 umgekehrt. 42% der Einzeldarlehen wurden für das Verkehrswesen und die Strukturverbesserung städtischer Gebiete vergeben; im Vorjahr waren es 58% gewesen. Die Finanzierungen in diesem Bereich lagen damit dennoch höher als im Zeitraum 1995 - 1997, als sie nur 35% der für Umweltschutzprojekte bereitgestellten Mittel entsprachen.

Insgesamt entfielen von 1995 bis 1999 41% der Finanzierungstätigkeit im Bereich Umwelt auf die städtische Umwelt.

Anstieg bei den Projekten in den Bereichen Wasser- und Abfallwirtschaft

Auf die Abwasserentsorgung und die Versorgung mit Trinkwasser entfielen 32% der Darlehen; dies ist ein deutlicher Anstieg im Vergleich zu 1998 (881 Mio bzw. 20%).

Projekte in diesem Bereich wurden in Österreich, Belgien, Deutschland, Spanien, dem Vereinigten Königreich, Italien, den Niederlanden, Portugal und Schweden unterstützt.

Darlehen für Vorhaben zur Entsorgung von Siedlungsabfällen wurden in Österreich, Deutschland, Dänemark, Frankreich, Portugal und Schwe-

den gewährt. Die Verbrennung der Abfälle ist im allgemeinen mit Wärmegewinnung und Stromerzeugung verbunden; die gewonnene Energie wird wieder in die Städte zurückgeführt.

Verringerung schädlicher Emissionen

Die Darlehen, die der Verringerung der Luftverschmutzung dienten, betreffen den industriellen Sektor - insbesondere die Chemie und die Petrochemie - in Österreich, Deutschland, Italien und Schweden.

Kontinuierliche Förderung des städtischen Nahverkehrs

Projekten zugunsten des städtischen Nahverkehrs kamen 27% der Finanzierungsbeiträge im Umweltbereich zugute, was dem Vorjahresniveau entspricht. Sie betreffen Bahnnetze in Stadtgebieten in Deutschland, Dänemark, Spanien und Griechenland sowie eine Straßenbahn in Frankreich.

Die Finanzierungstätigkeit zur Strukturverbesserung städtischer Gebiete war rückläufig, da einige umfangreiche Projekte abgeschlossen wurden. Neue Finanzierungen erfolgten jedoch zur Sanierung von Sozialwohnungen in Portugal und im Vereinigten Königreich sowie zur Verbesserung der städtischen Umwelt in Frankreich (Bastia und Lyon) und in Italien (Bologna und Venedig).



Natürliche und städtische Umwelt (1999)

	(Mio EUR)
	Insgesamt
Natürliche Umwelt	2 640
Wasserwirtschaft	1 465
Abfallwirtschaft	656
Reinhaltung der Luft	519
Städtische Umwelt	1 937
Öffentlicher Nahverkehr	1 200
Strukturverbesserung städtischer Gebiete	737
Einzeldarlehen insgesamt	4 577
Globaldarlehen	1 650








Stadterneuerung in Malmö



Stadtbahn in Manchester

**10 Mrd in fünf Jahren -
die Darlehen zugunsten
der städtischen Umwelt
machen 41% der Finan-
zierungen der EIB
im Bereich Umwelt aus.**

Finanzierungen zugunsten der Strukturverbesserung städtischer Gebiete (1995-1999)

-  Öffentlicher Nahverkehr
-  Ring- und Umgehungsstraßen
-  Fernheizung und/oder Müllverbrennung
-  Strukturverbesserung städtischer Gebiete
-  Sozialwohnungsbau
-  Wasserwirtschaft in Städten
-  Wasserwirtschaft, Regionalprogramme

Finanzierung einer tragfähigen städtischen Entwicklung

Die effiziente Verwaltung städtischer Ballungsgebiete trägt zur Schaffung von Arbeitsplätzen bei und verbessert die Lebensqualität eines großen Teils der Bürger der Union.

Seit 1987 können innerhalb der ganzen Union Darlehen der EIB für Investitionen in städtische Nahverkehrssysteme, in Projekte zur Erneuerung des Straßennetzes und zur Erhaltung von Stätten des kulturhistorischen und architektonischen Erbes bereitgestellt werden. Der Europäische Rat Amsterdam (Juni 1997) forderte die EIB auf, ihre Finanzierungen zugunsten der Stadterneuerung auszuweiten; dieser Bereich wurde in das Amsterdam Sonderaktionsprogramm aufgenommen, wobei die Förderungswürdigkeit auf den Sozialwohnungsbau und die Sanierung von Stadtzentren ausgedehnt wurde. Diese Empfehlung wurde vom Europäischen Rat Köln (3. und 4. Juni 1999) bestätigt.

In den letzten fünf Jahren (1995-1999) wurden für Projekte zur Verbesserung der Lebensbedingungen in städtischen Gebieten Darlehen in Höhe von 10 Mrd vergeben. Sie betrafen in erster Linie die Entwicklung des **städtischen Nahverkehrs** und der damit unmittelbar verbundenen Dienstleistungen (U-Bahnlinien, Straßenbahnen und Busse, Vorortzüge, Bau von Parkplätzen) sowie den Bau von Umgehungsstraßen, Ringstraßen und Tunnels.

In zahlreichen Städten wurden Maßnahmen zur **Stadterneuerung** durchgeführt: Strukturverbesserung in Stadtteilen, Schaffung von Parks und Sportanlagen, Sanierung von Sozialwohnungen und Aufwertung des kulturellen Erbes. Darüber hinaus wurden **Hausmüllverbrennungsanlagen** mit Wärme- und Stromerzeugung sowie zahlreiche Wasserversorgungsnetze und Netze zur **Abwasser-sammlung und -behandlung** finanziert, die im allgemeinen Teil von umfangreicheren Programmen zugunsten einer gesamten Region sind.



Energieversorgung

Im Laufe des Jahres 1999 hat die Europäische Union die Verwirklichung der drei großen Ziele der Energiepolitik der Gemeinschaft weiterverfolgt: Sicherung der Energieversorgung, Liberalisierung des Binnenmarktes für Energie und dauerhafte Entwicklung.

Die Schaffung von Transeuropäischen Netzen zur Gas- und Stromversorgung behält sicherlich ihre Priorität, jedoch wurden die vorrangigen Großprojekte und die wichtigsten Verbundvorhaben im wesentlichen realisiert. Dagegen sollen die Einsparung von Energie und die Einführung neuer effizienter Technologien sowie die Nutzung erneuerbarer Energien mehr und mehr gefördert werden.

Das neue mehrjährige Programm zur Verbesserung der Energieeffizienz wurde im Dezember genehmigt. Es soll zur rationellen und effizienten Energienutzung beitragen, indem es Maßnahmen zur Energieeinsparung in allen Sektoren fördert, und steht damit in Einklang mit den von der Union auf der Konferenz von Kyoto eingegangenen Verpflichtungen.

1999 beliefen sich die von der EIB vergebenen Einzeldarlehen auf **2 571 Mio** und bewegten sich damit auf dem Stand der Jahre 1998 und 1997.

Vorrang für eine rationelle Energienutzung

Die Finanzierungen zugunsten der rationellen Nutzung von Energie machten 83% des Gesamtbetrags aus. Sie betrafen fast vollständig Projekte im Energiesektor: Verteilung von Wärme und Strom in Österreich, Dänemark, Spanien, Finnland, Frankreich, Italien, Portugal, Deutschland, im Vereinigten Königreich und in Schweden sowie ein Kombikraftwerk in Griechenland.

In der Industrie betrafen sie die Modernisierung einer Ölraffinerie und die Forschung im Bereich Metallurgietechnik in Österreich sowie Investitionen in zwei Raffinerien in Schweden.

Die Finanzierungen zugunsten der rationellen Energienutzung haben sich stetig erhöht; sie stiegen von 41% der gesamten Darlehen für den Energiebereich im Jahre 1995 auf 57% im Jahre 1997 und erreichten 1999 83%.

Erschließung von Energiequellen

Im Hinblick auf die Erschließung eigener Energiequellen wurden Wasserkraftwerke in Österreich und Portugal sowie die Erschließung von zwei Erdöl- und Erdgasvorkommen in Italien mitfinanziert.

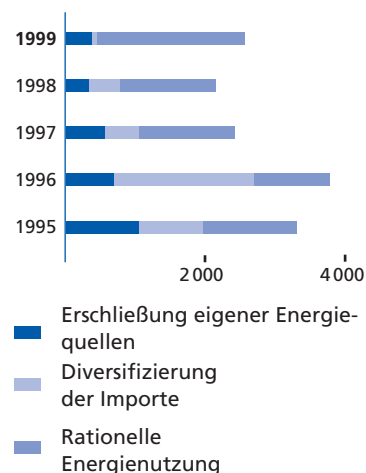
Darüber hinaus waren die Darlehen zur Diversifizierung der Energieimporte für den Abschluß der Programme zur Einführung von Erdgas in Portugal und Deutschland bestimmt.

Energiepolitische Ziele (1999)

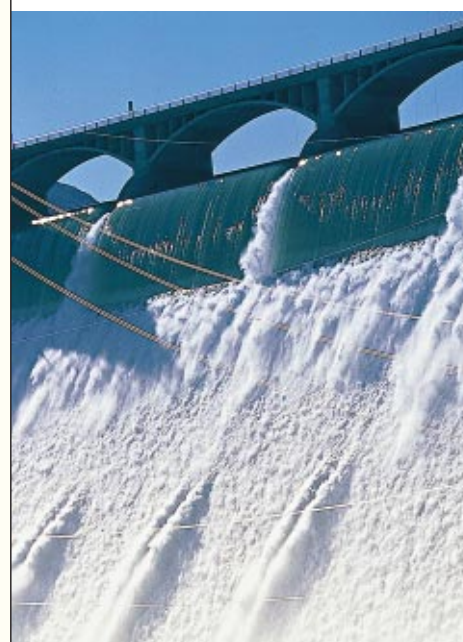
(Mio EUR)

Erschließung eigener Energiequellen	367
Erdöl und Erdgas	200
Wasserkraft	167
Diversifizierung der Importe	71
Erdgas	71
Rationelle Energienutzung	2 133
in der Energiewirtschaft	2 014
in der Industrie	119
Insgesamt	2 571

Energiepolitische Ziele 1995-1999: 14,3 Mrd



**Von 1995 bis 1999 wurden
52% der Darlehen im Bereich
Energie für Projekte zur
rationellen Energienutzung
vergeben.**





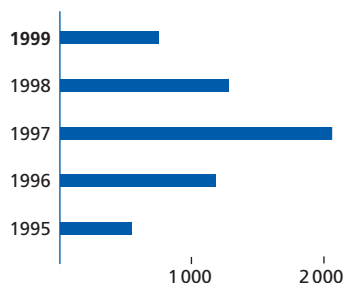
Wettbewerbsfähigkeit der Industrie

Die Bank vergibt Einzeldarlehen zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Industrie der Gemeinschaft. Die Unterstützung von Industrievorhaben durch die EIB erfolgt im Rahmen der industriepolitischen Ziele der Union; sie betreffen namentlich die Strukturanpassung und die Verbesserung der Produktivität in Regionen mit Entwicklungsrückstand, die Förderung der Hochtechnologie in Sektoren mit hohem Wachstumspotential und von Know-how in reifen Industriezweigen sowie die Steigerung des energetischen Wirkungsgrads.

Auf Empfehlung des Europäischen Rates Wien (Dezember 1998) hat der Rat „Industrie“ am 29. April 1999 die „Schlußfolgerungen über die Einbeziehung des Umweltschutzes und der nachhaltigen Entwicklung in die Industriepolitik der Europäischen Union“ angenommen.

In Einklang mit den im Operativen Gesamtplan der EIB aufgestellten Zielen ging die Bank bei der Auswahl von Industrieunternehmen, die für eine Finanzierung in Betracht kommen, weiterhin selektiv vor. So entfielen 1999 fast die gesamten Finanzierungen (94%) auf Unternehmen, die ihren Standort in Regionalfördergebieten haben.

1995-1999: 5,8 Mrd



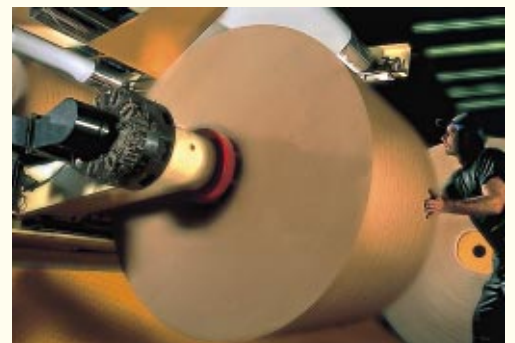
1999 beliefen sich die **Einzeldarlehen** zugunsten der Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Industrie der Gemeinschaft auf **749 Mio.** Dieses Ergebnis entspricht der diesem Ziel im Operativen Gesamtplan eingeräumten geringeren Priorität und dem selektiveren Vorgehen bei Vorhaben außerhalb von Fördergebieten.

Finanzierungen in diversen Sektoren

Die Vorhaben, die ihren Standort in sieben verschiedenen Ländern haben, betreffen die Herstellung elektrischer und elektronischer Komponenten sowie von Haushaltsgeräten in Deutschland und Italien, die chemische Industrie und die Kunststoffverarbeitung in Deutschland und Belgien, die Modernisierung von Anlagen zur Herstellung von Papier und Papierstoff in Italien, Deutschland, Schweden und Finnland sowie Teigwarenfabriken in Griechenland und in Italien.

Darüber hinaus wurden Darlehen für Forschung und Entwicklung im Bereich Metallurgietechnik sowie für die Dampferzeugung für industrielle Zwecke in Österreich vergeben.

Diese Investitionen dienen auch dem Schutz der Umwelt durch die Einführung von weniger umweltbelastenden Technologien.





Verstärkte Zusammenarbeit mit dem Bankensektor

Die Bank mißt der Zusammenarbeit mit dem Bankensektor ständig hohe Bedeutung bei. Diese Zusammenarbeit ist für die EIB wesentlich, damit sie

- ihre Tätigkeit auf den Kapitalmärkten optimieren kann;
- zur Finanzierung von wichtigen Einzelprojekten beitragen kann, da sie von vielen dieser Vorhaben über die Banken erfährt und ein Teil der Finanzierung unter Zwischenschaltung von Kreditinstituten erfolgen kann;
- zur Finanzierung einzelner privater Projekte auf geeignete Sicherheiten zurückgreifen kann, wobei ein Drittel der Bürgschaften zugunsten der EIB von Banken oder Finanzinstitutionen übernommen wird;
- eine Katalysatorrolle bei der Zusammenführung solider Finanzpartner übernehmen kann, so daß die Finanzierung der Projekte zu den besten Konditionen hinsichtlich Zinsen und Laufzeit gewährleistet wird.

Zur Verbesserung des finanziellen Umfeldes der KMU und der Gebietskörperschaften stärkt die EIB das Mittelangebot des Bankensektors, indem sie ihm Globaldarlehen zur Finanzierung von KMU oder von kleinen Infrastrukturen zur Verfügung stellt. Diese 1968 aufgenommene Zusammenarbeit, der das Gemeinschaftsprinzip der Subsidiarität zugrunde liegt, ist kontinuierlich ausgeweitet worden. Nahezu 180 Finanzinstitutionen und Geschäftsbanken, die über die erforderlichen Geschäftsstellennetze und das nötige Fachwissen verfügen, sind oder waren bisher an der Umsetzung der Globaldarlehen der Bank beteiligt.

Ausweitung der Einschaltungskriterien für Globaldarlehen

Ursprünglich waren die Globaldarlehen für kleine Investitionen von Unternehmen in Regionalfördergebieten vorgesehen. Schrittweise wurde der Anwendungsbereich der Globaldarlehen auf alle KMU ausgeweitet, um der Entwicklung des Bedarfs der Unternehmen und der Diversifizierung der Wirtschaftspolitiken der Gemeinschaft und der Mitgliedstaaten besser zu entsprechen. Darüber hinaus wurde der Einsatzbereich der Globaldarlehen auf kleine Infrastrukturvorhaben von Gebietskörperschaften (1979), auf Umweltschutzprojekte (1986) und vor kurzem auf den Bereich Humankapital (Bildung, Gesundheit) ausgedehnt. Auf den Infrastruktursektor entfällt zur Zeit etwa die Hälfte der im Rahmen von Globaldarlehen vergebenen Mittel.

Im Jahresbericht 1998, Seite 28, wurde im einzelnen dargestellt, wie der Anwendungsbereich der Globaldarlehen nach und nach ausgeweitet wurde.

Diversifizierung der zwischengeschalteten Institute und der Darlehensinstrumente

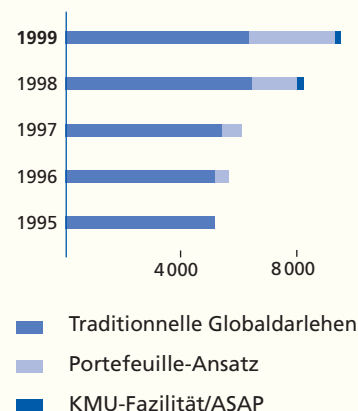
Die Bank ist bestrebt, ihr Netz an zwischengeschalteten Banken weiter zu diversifizieren, um den Endbegünstigten eine größere Zahl von Ansprechpartnern und Finanzprodukten bieten zu können. 1999 wurden 23 neue Institute in diesen Kreis aufgenommen, wovon 10 nur auf regionaler Ebene tätig sind.

Um die Abwicklung der Globaldarlehen durch bewährte Partnerbanken zu erleichtern, hat die Bank seit 1996 ein neues Verfahren entwickelt, den sogenannten Portefeuille-Ansatz. Die Finanzierung von Projekten erfolgt dabei nicht mehr auf individueller Basis, sondern auf der Basis des Darlehensportefeuilles des zwischengeschalteten Instituts und seiner Qualität. Operationen dieser Art erfolgten in Frankreich und Deutschland.

Parallel dazu bringt die EIB im Rahmen des Amsterdam Sonderaktionsprogramms zusammen mit dem Bankensektor ihre sogenannte „KMU-Spezialfazilität“ zum Einsatz. Die in diesem Rahmen durchgeführten Operationen, die eine Risikoteilung beinhalten, dienen der Entwicklung von Risikokapitalinstrumenten zur Finanzierung hochtechnologieorientierter KMU mit hohem Wachstumspotential (s. Seite 29).

Globaldarlehen in der EU

1995-1999: 34,7 Mrd



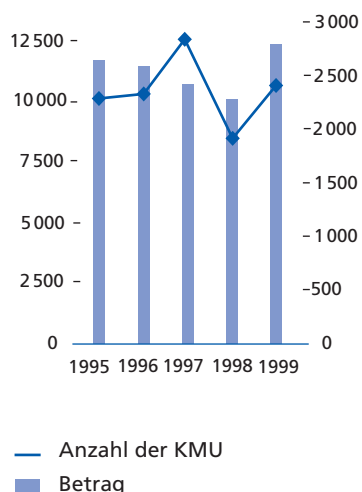


Die Finanzierung von KMU

Seit über 30 Jahren räumt die EIB der Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen Priorität ein und trägt zur Verbesserung ihres finanziellen Umfelds bei. Die Unterstützung der Aktivitäten dieser Unternehmen ist von entscheidender Bedeutung, da die über 18,5 Millionen KMU in Europa zahlenmäßig 99% aller privaten Unternehmen ausmachen. Über 70 Millionen Mitarbeiter sind in kleinen und mittleren Unternehmen beschäftigt, während auf die großen Unternehmen 38 Millionen entfallen. KMU spielen außerdem eine maßgebliche Rolle bei der Einführung fortgeschrittener Technologien.

Der Europäische Rat Amsterdam (Juni 1997) forderte die EIB auf, neue Risikokapitalinstrumente für die Finanzierung technologieorientierter KMU mit hohem Wachstumspotential zu schaffen, wobei den nationalen bzw. regionalen Besonderheiten und Bedürfnissen Rechnung getragen werden sollte. Die Bank hat dieser Aufforderung durch die Einrichtung der KMU-Spezialfazilität (s. Seite 29) entsprochen. Der Europäische Rat Wien (Dezember 1998) verlieh diesen Bestrebungen neue Impulse und ersuchte die Bank, die Bereitstellung von Mitteln für Risikokapitalfinanzierungen zu beschleunigen. Schließlich forderte der Europäische Rat Köln (Juni 1999) die EIB auf, ihre Tätigkeit zugunsten von KMU zu verstärken.

1995-1999: Finanzierungen zugunsten von 55 000 KMU



Die Finanzierung von KMU im Rahmen "traditioneller" Globaldarlehen

Diese Globaldarlehen werden Partnerinstituten der EIB - das heißt auf regionaler oder auf nationaler Ebene tätigen Finanzinstituten - eingeräumt.

Den Angaben der zwischengeschalteten Institute zufolge wurden 1999 aus Globaldarlehen der EIB 2 800 Mio zur Finanzierung von Vorhaben von rund 11 500 KMU ausgereicht.

In den vergangenen fünf Jahren wurden 12,8 Mrd für die Gründung, die Modernisierung oder die Er-

Vorhaben kleiner und mittlerer Unternehmen

Teilfinanzierungen aus laufenden traditionellen Globaldarlehen

	1999		1995-1999	
	Anzahl	Betrag	Anzahl	Betrag
Belgien	488	224	2 605	1 175
Dänemark	24	12	814	193
Deutschland	510	410	3 888	1 958
Griechenland	15	42	98	165
Spanien	2 274	567	4 987	1 262
Frankreich	5 644	356	30 128	2 001
Irland	387	85	652	161
Italien	599	463	3 866	3 289
Luxemburg	2	2	6	5
Österreich	180	107	479	246
Niederlande	27	24	459	363
Portugal	85	45	345	171
Finnland	1	1	85	57
Schweden	1	1	57	16
Vereinigtes Königreich	1 234	461	5 931	1 670
Insgesamt	11 471	2 799	54 400	12 731



weiterung von rund 55 000 KMU in produktiven Wirtschaftsbereichen bereitgestellt. 8,6 Mrd kamen Vorhaben in der Industrie und in der Landwirtschaft zugute, während 4,2 Mrd den Dienstleistungssektor betrafen.

Die sektorale Aufgliederung der Teilfinanzierungen zeigt, daß den Bereichen Metallverarbeitung und Maschinenbau (22%), Bauindustrie und Baustoffe (16%), Papier und Papierstoff (12%) sowie Landwirtschaft und Nahrungsmittelindustrie (11%) große Bedeutung zukommt.

Auf die Dienstleistungen für Unternehmen entfielen 22% der Finanzierungen im Rahmen von Globaldar-

lehen, gefolgt von den Bereichen Handel mit 15% und Fremdenverkehr mit 10%.

Der Durchschnittsbetrag der Teilfinanzierungen zugunsten von KMU beläuft sich auf 230 000 EUR, was den Bedürfnissen dieser Unternehmen voll entspricht.

Aus einer Untersuchung der Größe der mitfinanzierten Unternehmen geht hervor, daß die kleinsten unter ihnen von besonderer Bedeutung waren: 85% der gesamten Finanzierungsbeiträge gingen an Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten. Außerdem wurden 69% des Gesamtbetrags der Teilfinanzierungen für Vorhaben in benachteiligten Regionen bereitgestellt.

Von 1995 bis 1999 kamen die Globaldarlehen 55 000 KMU zugute, von denen 85% weniger als 50 Mitarbeiter beschäftigen.

Die Risikokapitalfinanzierungen

Seit 1997 fördert die Bank die Entwicklung von Risikokapitalinstrumenten in der Europäischen Union. Im Rahmen der KMU-Spezialfazilität - die innovativste Komponente des ASAP - sollen technologieorientierten, wachstumsstarken KMU Eigenmittel oder Quasi-Eigenmittel zur Verfügung gestellt werden, wobei den nationalen Besonderheiten Rechnung getragen wird. Bei der Umsetzung dieser Fazilität arbeitet die Bank eng mit dem Europäischen Investitionsfonds (EIF) und mit Banken und Finanzinstitutionen der Mitgliedstaaten zusammen. Deren Beteiligung stellt sicher, daß die Finanzierungen der EIB einen erheblichen Multiplikatoreffekt haben. Um die mit diesen Operationen verbundenen Risiken abzudecken, wurde ein Betrag von 1 Mrd aus den Überschüssen der Bank bereitgestellt.

Die Finanzierungstätigkeit im Rahmen der KMU-Spezialfazilität nimmt zwei verschiedene Formen an:

- 1999 hat die Bank direkt zur Finanzierung von 17 Risikokapitalfonds beigetragen. Damit lag der Umfang der Tätigkeit in etwa auf dem Niveau des Vorjahres (19 Operationen). Von den 1999 unterzeichneten oder genehmigten Operationen sind vor allem die Beteiligungen an Hochtechnologiefonds wie zum Beispiel dem Merlin European Biosciences Fund (erster paneuropäischer Fonds, an dem sich die Bank beteiligt) in Höhe von 50 Mio und dem Eqvitec Technology Mezzanine Fund (Finnland) in Höhe von 17 Mio zu nennen.
- Die EIB hat dem EIF, der damit die Rolle eines Dachfonds übernimmt, 125 Mio für die Einrichtung der Europäischen Technologiefazilität (ETF 1) zur Verfügung gestellt. Bis Ende 1999 waren im Rahmen der ETF 85 Mio für 19 Fonds in zehn Ländern der Union vergeben. Am 22. Oktober 1999 wurde dem EIF ein neues Mandat (ETF 2 im Gesamtbetrag von höchstens 125 Mio) erteilt. Die Bank und der EIF haben sich zum Ziel gesetzt, ihre Zusammenarbeit neu zu gestalten, um die Komplementarität ihrer jeweiligen Instrumente zugunsten kleiner und mittlerer Unternehmen und vor allem ihrer Risikokapitaloperationen zu optimieren. In diesem Zusammenhang sollen unter anderem die geographische Abdeckung durch die Operationen erweitert und die Entwicklung der Wagniskapitalmärkte der Kohäsionsländer gefördert werden.



Seit Aufnahme der Wagniskapitaloperationen bis Ende 1999 wurden insgesamt 39 Beteiligungen in 14 Mitgliedstaaten im Gesamtbetrag von 775 Mio genehmigt und davon über 477 Mio Verträge unterzeichnet (ohne ETF 1 und ETF 2). Der Durchschnittsbetrag der für Beteiligungen unterzeichneten Verträge beläuft sich auf 19 Mio, und die einzelnen Beträge liegen zwischen 5 Mio und 51 Mio.

Die Operationen tragen in der Regel zur Gründung von Wagniskapitalgesellschaften bei, an denen sich auch andere Finanzinstitutionen beteiligen. Außerdem konnten im Rahmen derartiger Operationen bestehenden Wagniskapitalgesellschaften Garantieinstrumente zur Verfügung gestellt werden.

Wenngleich einige von der Bank unterstützte Wagniskapitalfonds auf eine bestimmte Region spezialisiert sind (wie zum Beispiel der Midland Enterprise Innovation Fund im Vereinigten Königreich oder der Regionale Beteiligungsfonds Süd in Deutschland), geht im allgemeinen die geographische Reichweite der jeweiligen Fonds potentiell über einzelne Mitgliedstaaten hinaus.

Es ist noch zu früh, um eine aussagekräftige Bilanz des Beschäftigungseffekts dieser Finanzierungen zu ziehen. In jedem Fall überwacht die Bank die Auswirkungen ihrer Wagniskapitaloperationen auf die Beschäftigung, und die ersten Beobachtungen geben Anlaß zu Optimismus.

Die insgesamt im Rahmen der "ASAP-Reserve" (maximal 1 Mrd, bereits aus den Überschüssen der Jahre 1996, 1997 und 1998 entnommen) genehmigten Operationen beliefen sich per Ende 1999 auf 775 Mio. Hinzu kommen 250 Mio für ETF-Operationen. In welchem Umfang jede einzelne Operation angerechnet wird, hängt von ihrem spezifischen Risikoprofil ab.

Es wird deshalb erwartet, daß sich bis zum Ende des ersten Halbjahres 2000 die Notwendigkeit ergeben wird, aus dem Überschuß der Bank für das Jahr 1999 zusätzliche Mittel freizugeben, um die Bank in die Lage zu versetzen, ihr Engagement im Bereich der Risikokapitalfinanzierungen fortzusetzen.

Finanzierung von Investitionsvorhaben und Schaffung von Arbeitsplätzen in der Union

Die Förderung von Arbeitsplätze schaffenden Investitionsvorhaben (Entscheidung über Wachstum und Beschäftigung des Europäischen Rates Amsterdam vom Juni 1997) zählt zu den vorrangigen Zielen der EIB. Gleichzeitig verfolgt sie andere Ziele wie die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie der Europäischen Union, die rationelle Energienutzung oder die Rationalisierung von Produktionsverfahren zum Schutz der Umwelt, deren Auswirkungen auf die Beschäftigung negativ sein können. Weitere Aktivitäten, wie zum Beispiel die Finanzierung Transeuropäischer Verkehrs- und Telekommunikationsnetze, haben nur einen indirekten Beschäftigungseffekt. Die Bewertung des Beschäftigungseffekts der Finanzierungen der EIB kann deshalb nur global erfolgen und muß unter dem Aspekt der Förderung von Investitionen zur Belebung der Wirtschaftstätigkeit gesehen werden.

Die Auswirkungen der Finanzierungen der Bank auf die Wirtschaftstätigkeit sind nicht unerheblich: Das gesamte Investitionsvolumen der von der Bank 1999 mitfinanzierten Projekte entsprach 5,1% der Bruttoanlageinvestitionen in Europa, wobei der Anteil in Regionalentwicklungsgebieten viel höher ist: Er erreichte in Ostdeutschland 6,2% und in den Kohäsionsländern 10,5%.

Eine Untersuchung des Beschäftigungseffekts einer Investitionssumme von 1 Mrd - mittels Input-Output-Modellen - führt zu folgenden makroökonomischen Beobachtungen.





Die Finanzierungen im Infrastrukturbereich

Sie machen den größten Teil der Finanzierungen der Bank aus: 1999 entfielen auf sie 21 Mrd.

Der Beschäftigungseffekt **während der Bauzeit** ist relativ unabhängig vom jeweiligen Sektor. Etwa ein Viertel des Beschäftigungseffekts entsteht im allgemeinen im Dienstleistungssektor, was wiederum aus den von den Lieferanten bezogenen Leistungen resultiert. Geht man davon aus, daß mit einem Investitionsvolumen von 1 Mrd ein vorübergehender Beschäftigungseffekt während der Bauzeit eines Infrastrukturvorhabens entsteht, der 20 000 Arbeitsplätzen entspricht, und daß die Bauzeit der von der EIB mitfinanzierten Vorhaben im Durchschnitt 3-3,5 Jahre beträgt, so sind durch die von der Bank vergebenen Mittel pro Milliarde EUR jährlich direkt oder indirekt 6 000 bis 7 000 Arbeitsplätze betroffen. Infolgedessen hat die Bank 1999 mit den von ihr zugunsten von Infrastrukturprojekten ausgereichten 21 Mrd rund 125 000 Arbeitsplätze während der Bauzeit dieser Vorhaben ausgelastet. Da die Bank im Durchschnitt 33% der Investitionskosten von Infrastrukturprojekten deckt, ist anzunehmen, daß das Gesamtvolumen der 1999 von ihr mitfinanzierten Projekte zur Erhaltung von jährlich rund 380 000 Arbeitsplätzen beiträgt.

Der direkte und der indirekte Beschäftigungseffekt der finanzierten Infrastrukturvorhaben **während des Betriebs** kann anhand des Verhältnisses Arbeitsplätze zu Kapitalstock bewertet werden. Bei einer vorsichtigen Schätzung kann davon ausgegangen werden, daß Neuinvestitionen von 1 Mrd im Infrastruktursektor wirtschaftliche Aktivitäten induzieren, die rund 3 000 Arbeitsplätze betreffen. Es ist daher anzunehmen, daß die Aktivitäten, die direkt oder indirekt durch die 1999 von der Bank finanzierten Infrastrukturvorhaben ausgelöst wurden, nach Abschluß der Vorhaben - das heißt im Durchschnitt nach drei bis dreieinhalb Jahren - zur Schaffung von rund 190 000 Dauerarbeitsplätzen führen werden.

Die Finanzierungen in der Industrie

In den vergangenen zehn Jahren übertraf die Zahl der von KMU geschaffenen Arbeitsplätze (260 000 pro Jahr) die Zahl der Stellen, die aufgrund von großen Rationalisierungsvorhaben in der Industrie abgebaut wurden (220 000 pro Jahr).

1999 hat die Bank zur Unterstützung von 11 500 KMU 2,8 Mrd bereitgestellt. 70% dieser Unternehmen haben ihren Standort in Regionalfördergebieten. Geht man davon aus, daß das Verhältnis Arbeitsplätze zu Kapitalstock im verarbeitenden Gewerbe etwa 8 000 Arbeitsplätze pro 1 Mrd Investitionsvolumen beträgt, und berücksichtigt man, daß die Finanzierungen aus Globaldarlehen im Durchschnitt 45-50% der Fremdfinanzierung von Investitionen kleiner und mittlerer Unternehmen entsprechen, so läßt sich daraus ableiten, daß das gesamte Volumen der Vorhaben von KMU, die 1999 aus Globaldarlehen der Bank mitfinanziert wurden, zur Sicherung bzw. Schaffung von 40 000 Dauerarbeitsplätzen beigetragen hat.

Zu den Aktivitäten im Rahmen der KMU-Spezialfazilität des ASAP (seit 1997 wurden Verträge über insgesamt 477 Mio unterzeichnet) ist anzumerken, daß sie der Stärkung von Risikokapitalfonds dienen, die innovative oder wachstumsstarke KMU unterstützen. Allerdings besteht die Gefahr, daß ein Teil der geförderten Unternehmen nicht überlebt (Grund für die Bildung der "ASAP-Reserve" in Höhe von 1 Mrd aus den Überschüssen der Bank, die zur Deckung der mit diesen Finanzierungen verbundenen Risiken bestimmt ist) und/oder in der Entwicklungsphase übernommen wird bzw. fusioniert, was zum Abbau oder zur Gefährdung der geschaffenen Arbeitsplätze führt. Dagegen dürften sich andere Unternehmen gut entwickeln und tatsächlich Arbeitsplätze schaffen. Daher kann der Beschäftigungseffekt der Operationen der Bank im Rahmen der KMU-Spezialfazilität erst dann bewertet werden, wenn nach fünf bis zehn Jahren eine abschließende Beurteilung der gesamten Beteiligungen möglich ist.



Erneuerung des Rahmens für die künftige Tätigkeit außerhalb der Union



Unterstützung der Politik der Kooperation mit Drittländern

Außerhalb der Union erfolgte die Tätigkeit der Bank 1999 auf der Grundlage

- eines Finanzierungsmandats, das der Bank vom Europäischen Rat für den Dreijahreszeitraum vom 31.1.1997 bis 31.1.2000 erteilt wurde und das sich auf die folgenden Länder bzw. Regionen erstreckt:

- die Länder Mittel- und Osteuropas	3 520 Mio
seit Mai 1998 einschließlich der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien	150 Mio
und seit Dezember 1998 einschließlich Bosnien und Herzegowina	100 Mio
- die Mittelmeerländer	2 310 Mio
- die Länder Asiens und Lateinamerikas	900 Mio
- die Republik Südafrika	375 Mio

(Geltungsdauer: 3 Jahre ab dem 1. Juli 1997)
- eines langfristigen Finanzierungsmandats nach Maßgabe des Vierten Abkommens von Lome; das Zweite Finanzprotokoll zu diesem Abkommen (2 658 Mio, davon 1 Mrd in Form von Risikokapitalmitteln) deckt den Zeitraum 1998-2000 ab und gilt für die 71 AKP-Länder. Im gleichen Zeitraum sind für die Überseeischen Länder und Gebiete (ÜLG), die besondere Beziehungen zu verschiedenen Mitgliedstaaten unterhalten, Finanzierungen bis zu einem Gesamtplafond von 65 Mio (davon 30 Mio Risikokapitalmittel) vorgesehen.

Diese Aktivitäten im Auftrag der EU und der Mitgliedstaaten sind durch ein System von Globalgarantien zu Lasten des Gemeinschaftshaushalts unterlegt, mit denen die Risiken im Zusammenhang mit in diesen Ländern durchgeführten Operationen abgedeckt werden sollen. Im Rahmen bestimmter Finanzierungsmandate werden aus Haushaltsmitteln der EU oder der Mitgliedstaaten Zinsvergütungen für die Darlehen der Bank gewährt oder Risikokapitalmittel bereitgestellt, die von der EIB verwaltet und vergeben werden.

Im übrigen hat die Bank 1998 eine **Vor-Beitritts-Fazilität** im Gesamtbetrag von höchstens 3 500 Mio für Zypern sowie die zehn mittel- und osteuropäischen Beitrittsländer eingerichtet. In ihrem Rahmen werden ausschließlich eigene Mittel der Bank eingesetzt, und für die Finanzierungen wird keine Garantie zu Lasten des Gemeinschaftshaushalts oder der Haushalte der Mitgliedstaaten eingeräumt.

Ende 1999 waren die im Rahmen des Gesamtmandats und der Vor-Beitritts-Fazilität verfügbaren Mittel fast vollständig in genehmigten Finanzierungen gebunden.

Die **Finanzierungen der Bank außerhalb der Europäischen Union** erreichten 1999 einen Betrag von 4 035 Mio. Davon entfielen 3 834 Mio auf Darlehen aus eigenen Mitteln und 201 Mio auf Risikokapitaloperationen aus Haushaltsmitteln der Union oder der Mitgliedstaaten.

Tabelle H auf Seite 131 enthält eine Übersicht über die Abkommen, Finanzprotokolle und Beschlüsse, die die Grundlage für die Tätigkeit der Bank außerhalb der Union bilden.

Die Seiten 103 bis 121 enthalten das Verzeichnis der Finanzierungen außerhalb der Union.

*Hafen von Klaipeda
in Litauen*



Erneuerung des Rahmens für die Weiterführung der Tätigkeit

Um die Fortsetzung der finanziellen Hilfe der Union für die durch die Garantie des Gemeinschaftshaushalts abgedeckten Regionen zu ermöglichen, hat der Rat am 22. Dezember 1999 neue Garantievereinbarungen für die Darlehen der EIB beschlossen. Diese neuen Garantievereinbarungen gelten ab dem 1. Februar 2000 (bzw. ab dem 1. Juli 2000 für die Republik Südafrika). Sie sehen eine Globalgarantie von 65% zu Lasten des Gesamthaushalts der Gemeinschaft für sämtliche Darlehen bis zu einer Obergrenze von insgesamt 18,410 Mrd vor, die am 31. Januar 2007 abläuft.

Dieser Betrag gliedert sich folgendermaßen auf:

- Mittel- und Osteuropa	8 680 Mio
- Mittelmeerraum	6 425 Mio
- Asien und Lateinamerika	2 480 Mio
- Südafrika	825 Mio

Parallel dazu genehmigte der Verwaltungsrat der Bank im November 1999 die Erneuerung der **Vor-Beitritts-Fazilität**, wobei für den Zeitraum 2000-2003 ein **indikativer Gesamtbetrag von 8 500 Mio** vorgesehen ist. Dieser würde entsprechend der Entwicklung überprüft. Die Finanzierungen im Rahmen der Fazilität erfolgen ausschließlich aus eigenen Mitteln der Bank und sind für Projekte in den zehn Beitrittsländern Mittel- und Osteuropas sowie in Malta und Zypern bestimmt. Sie sind nicht durch die Gemeinschaftsgarantie abgedeckt. Der Rat der Gouverneure der Bank hat die Fazilität am 4. Januar 2000 genehmigt.

Der Europäische Rat Helsinki vom Dezember 1999 hat beschlossen, die Beitrittsverhandlungen mit Bulgarien, Litauen, Rumänien und der Slowakei sowie mit Malta ebenfalls zu eröffnen und die Türkei als Beitrittskandidaten anzuerkennen.

Die Bank hat ein Sondermandat angenommen, in dessen Rahmen sie in den nächsten drei Jahren Finanzierungen bis zu einem Höchstbetrag von insgesamt 600 Mio für den Wiederaufbau in den türkischen Erdbebengebieten vornehmen soll (vgl. Kasten, Seite 40).

Beitrittsländer

In den Beitrittsländern erfolgte die Tätigkeit der Bank 1999 zum einen auf der Grundlage des allgemeinen Finanzierungsmandats für die mittel- und osteuropäischen Länder (3 520 Mio bis zum 31. Januar 2000) sowie - im Fall Zyperns - im Rahmen der Partnerschaft Europa-Mittelmeer und zum anderen im Rahmen der Vor-Beitritts-Fazilität (3 500 Mio), die ebenfalls am 31. Januar 2000 abläuft.

Durch diese zusätzliche Fazilität wurden die verfügbaren Mittel verdoppelt. Auf diese Weise konnte die EIB eine wichtige Rolle in den elf Beitrittsländern spielen und – im Hinblick auf die Regionalentwicklung – deren Bemühungen namentlich in den Bereichen Umweltschutz, Ausbau der Verkehrs-, Telekommunikations- und Energienetze sowie Verbesserung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit unterstützen.

Der Europäische Rat Köln vom 3. und 4. Juni 1999 hat die wachsende Rolle der EIB bei der Unterstützung der Länder, die sich auf den Beitritt zur EU vorbereiten, sowie die Bedeutung dieser Aktivitäten für die Union selbst anerkannt. In den Schlußfolgerungen des Vorsitzes fordern die Staats- und Regierungschefs die Bank auf, zur „Flankierung der Heranführungsstrategie der Gemeinschaft durch Ausbau der Kreditgewährung an die Beitrittskandidaten“ beizutragen, und zwar in erster Linie in den Ländern, in denen der Integrationsprozeß beschleunigt werden muß. Mit ihren Finanzierungen im Rahmen der erneuerten Vor-Beitritts-Fazilität wird die Bank vor allem zum Erreichen der wichtigen Ziele der Gemeinschaftspolitik – namentlich in den Bereichen Verkehr und Telekommunikation, Energie, Umweltschutz, Industrie und KMU und, soweit dies möglich ist, Bildung und Gesundheit – beitragen. Besonders berücksichtigt werden Projekte zur Förderung der Regionalentwicklung.

Die Bank wird weiterhin eng mit der Kommission zusammenarbeiten, um die Allokation der Ressourcen zu optimieren. Im übrigen wird sie auch ihre Kooperation mit den anderen multilateralen Finanzinstitutionen, den in der Region tätigen Einrichtungen der Mitgliedsländer sowie den nationalen und internationalen Bankinstituten fortsetzen.

Die Darlehen in den Beitrittsländern erreichten 1999 einen Gesamtbetrag von 2 373 Mio und lagen damit auf dem Niveau von 1998 (2 375 Mio). Davon wurden 1 467 Mio im Rahmen der Vor-Beitritts-Fazilität und 906 Mio auf der Grundlage der Finanzierungsmandate bereitgestellt.

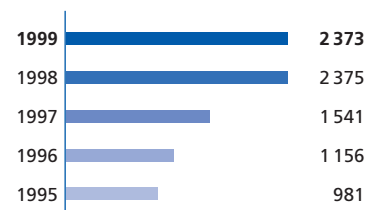
Verstärkte Unterstützung der Verkehrsinfrastruktur

Die sektorale Aufgliederung der Finanzierungen im Jahr 1999 bestätigt, daß die Empfängerländer und die Union der Verkehrsinfrastruktur Priorität einräumen. Bereits 1994 waren auf der gesamt-

europäischen Verkehrsministerkonferenz auf Kreta im Hinblick auf die Weiterführung der Transeuropäischen Netze vorrangige Straßen- und Eisenbahnverkehrsachsen definiert worden.

Ein leistungsfähiges Verkehrsnetz sowohl auf nationaler als auch auf regionaler bzw. gesamteuropäischer Ebene ist für die Entwicklung der Binnenmärkte dieser Länder und ihre Integration in die Union von maßgeblicher Bedeutung.

Beitrittsländer: 1995-1999: 8,4 Mrd





Zehn Jahre Präsenz in Mittel- und Osteuropa

Als sich im Jahre 1989 die politischen Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa beschleunigten, hat die Europäische Union sehr rasch reagiert und die Länder der Region, die sich in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage befanden, finanziell unterstützt. So hat die EIB bereits 1990 ihre ersten Darlehen für Investitionsvorhaben in Polen und Ungarn bereitgestellt. Von Anfang an konzentrierten sich ihre Finanzierungen auf die Bereiche Energie, Verkehr und Telekommunikation, die im Hinblick auf die Transformation der Wirtschaftssysteme und den Aufbau einer wettbewerbsfähigen Industrie in diesen Ländern vorrangig saniert bzw. modernisiert werden mußten. 1990 wurden außerdem die ersten Globaldarlehen an inländische Banken vergeben, damit sie kleinen und mittleren Unternehmen Mittel bereitstellen konnten.

Die EIB hat sich in kurzer Zeit zur wichtigsten internationalen Finanzierungsquelle für Investitionsvorhaben in Mittel- und Osteuropa entwickelt. Die Finanzierungsmandate, die der Bank von ihrem Rat der Gouverneure nach und nach erteilt wurden, umfassen nicht nur die zehn Länder, die ihre Mitgliedschaft in der Union beantragt haben, sondern auch Albanien, Bosnien und Herzegowina und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien.

Verkehrsvorhaben im Mittelpunkt

Bis Ende 1999 hatte die Bank fast 11 Mrd für Vorhaben in den folgenden zwölf mittel- und osteuropäischen Staaten bereitgestellt: Albanien, Bulgarien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik und Ungarn. Fast die Hälfte dieses Gesamtbetrags war für Verkehrsvorhaben – davon 1,5 Mrd für Eisenbahnnetze – bestimmt. Auf die Bereiche Industrie, Umwelt und Telekommunikation entfielen jeweils etwa 15% des Gesamtbetrags, während die verbleibenden 6% für Energievorhaben vergeben wurden.

Verbesserung der städtischen Umwelt

Die Beitrittsländer müssen unter anderem die europäischen Umweltnormen erfüllen, um Mitglied der Union werden zu können. Ein großer Teil der von der Bank mitfinanzierten Verkehrs- und Energievorhaben hat bereits zur Verbesserung der natürlichen und städtischen Umwelt beigetragen. Die Bank hat ihre Aktivitäten in diesem Bereich verstärkt und große städtische Nahverkehrsprojekte in Bukarest und Krakau finanziert, die eine Alternative zur weiteren Zunahme des Individualverkehrs schaffen sollen. Sie hat außerdem Umweltschutzvorhaben in zahlreichen Kommunen geprüft, die den Erhalt oder die Verbesserung der Lebensqualität in Städten zum Ziel haben. Ein umfangreiches Darlehen für Umweltschutzinvestitionen ging an die Stadt Budapest. Finanziert wurden der Ersatz alter Straßenbahnwagen, Abwasseranlagen, Müllverbrennungsanlagen, Parks, Freizeiteinrichtungen, Thermalbäder und andere städtische Infrastruktureinrichtungen, um Engpässe zu beseitigen und die Umwelt zu entlasten.





Nach Ablauf der alten Finanzierungsmandate Genehmigung neuer

Die Geltungsdauer des Darlehen der Bank bis zu einem Höchstbetrag von 3,5 Mrd umfassenden Finanzierungsmandats zugunsten der Länder Mittel- und Osteuropas und der Vor-Beitritts-Fazilität im Gesamtvolumen von 3,5 Mrd für Vorhaben in den zehn Beitrittsländern der Region und in Zypern ist am 31. Januar 2000 abgelaufen. Der Rat der Gouverneure der Bank hat ein neues Finanzierungsmandat für den Zeitraum 2000-2006 genehmigt, das einen Gesamtplafond von 8,68 Mrd für Darlehen in den zehn Beitrittsländern sowie in Albanien, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und Bosnien und Herzegowina vorsieht. Er hat darüber hinaus der Erneuerung der Vor-Beitritts-Fazilität zugestimmt, wobei ein indikativer Gesamtbetrag von 8,5 Mrd vorgesehen ist, der im Dreijahreszeitraum 2000-2003 für Finanzierungen in den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern sowie in Zypern und Malta verwendet werden soll.

Während in den vergangenen zehn Jahren im Jahresdurchschnitt Darlehen von insgesamt 1 Mrd in Mittel- und Osteuropa vergeben wurden – wobei der Durchschnitt in den vergangenen zwei Jahren über 2 Mrd betrug –, wird es auf der Grundlage der bereits gefaßten Beschlüsse möglich sein, den Jahresdurchschnitt der Darlehen in den kommenden sieben Jahren auf 3,5 bis 4 Mrd anzuheben.

Kombination von Darlehen und Zuschüssen der EU, Kofinanzierungen mit Entwicklungsbanken

Die Union gewährt den Ländern Mittel- und Osteuropas finanzielle Unterstützung, wobei sie sich bemüht, Zuschüsse und Darlehen möglichst effizient miteinander zu kombinieren und so den Einsatz von Bankmitteln und Haushaltsmitteln der Union zu optimieren. Diese Kombination der Instrumente ist das Ergebnis einer engen und fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen der EIB und der Europäischen Kommission, die ihrerseits die nicht rückzahlbaren Hilfen und die diese Region betreffenden Programme – PHARE, ISPA und SAPARD – verwaltet. Im übrigen kooperiert die EIB – sofern es die Bedeutung des jeweiligen Projekts erfordert – mit anderen in dieser Region tätigen multilateralen Finanzierungsinstitutionen wie zum Beispiel insbesondere der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung oder der Weltbank.

Förderung der Entwicklung der Kapitalmärkte in Mittel- und Osteuropa

Seit 1996 nimmt die EIB Emissionen in den Währungen mittel- und osteuropäischer Länder vor. Auf dem Euromarkt begab sie zunächst Anleihen in tschechischen Kronen, später in estnischen und slowakischen Kronen sowie in synthetischen polnischen Zloty. Diese Emissionen haben auch dazu beigetragen, daß die Ersparnis aus westlichen Ländern auf diese Region gelenkt wird. Seit 1997 hat die Bank Emissions-Rahmenverträge zunächst in ungarischen Forint und später in tschechischen Kronen abgeschlossen. Dadurch ist sie auf dem tschechischen und dem ungarischen Inlands-Kapitalmarkt präsent, was es ihr erlaubt, langfristige Benchmarks für dieses Marktsegment zu setzen und gleichzeitig dazu beizutragen, die inländische Ersparnis in produktive Projekte zu lenken. Die Bank konnte so – sofern die nationale Gesetzgebung dies erlaubte – Darlehen in den Inlandswährungen anbieten und das Wechselkursrisiko für die Darlehensnehmer ausschalten.



**Beitrittsländer:
1999 gewährte Darlehen**

	(Mio EUR)
Rumänien	396
Slowenien	375
Polen	347
Tschechische Republik	270
Slowakei	270
Ungarn	170
Bulgarien	128
Lettland	98
Litauen	84
Estland	35
<i>Mittel- und Osteuropa</i>	<i>2 173</i>
Zypern	200
Beitrittsländer *	2 373

* davon Vor-Beitritts-Fazilität:
1 467 Mio

Die Finanzierungen zugunsten von **Verkehrs-**infrastrukturvorhaben erreichten 1 543 Mio. 55% dieses Betrags betrafen den Ausbau des Straßen- und Autobahnnetzes, 32% die Verbesserung des Eisenbahnnetzes und 13% andere Bereiche wie den städtischen Verkehr sowie den Luft- und Seeverkehr.

Die Modernisierung von Eisenbahnstrecken wurde in Polen, der Slowakei, Bulgarien und Litauen unterstützt. In Rumänien, Slowenien, der Tschechischen Republik, Estland und Zypern wurden Darlehen für den Ausbau und die Sanierung von Straßen- und Autobahnabschnitten – vor allem auf den Europäischen Achsen IV und V – gewährt.

Verbesserung der Umwelt und Energieerzeugung

In der Tschechischen Republik (Prag), Bulgarien (Maritza-Becken), Lettland und Litauen wurden Projekte finanziert, die die Sanierung und

den Ausbau von Trinkwasserverteilungs- und Kanalisationsnetzen sowie die Verbesserung der städtischen Infrastruktur (119 Mio) betrafen. 139 Mio kamen dem Bau von Heizkraftwerken in Ungarn, der Instandsetzung eines Fernwärmenetzes in Rumänien und der Erweiterung eines Kraftwerks in Zypern zugute.

Förderung der Industrie

In Ungarn wurden 85 Mio für den Bau eines Werks für Dieseleinspritzpumpen und einer Delayed-Coking-Anlage bereitgestellt, während in der Slowakei ein Darlehen von 40 Mio dem Bau eines Automobilwerks in Bratislava zugute kam. Im übrigen gingen Globaldarlehen im Betrag von insgesamt 312 Mio zur Finanzierung von Vorhaben kleiner und mittlerer Unternehmen an Partnerinstitute der Bank; dabei handelt es sich entweder um in der Region ansässige Bankinstitute der Union oder um inländische Institute.



Task-Force Balkan

Die EIB ist Mitunterzeichner des Stabilitätspakts für Südosteuropa und richtete im Juni 1999 eine Task-Force Balkan ein. Sie soll die vorrangigen Infrastrukturprojekte für den Wiederaufbau der im Balkankrieg zerstörten Regionen identifizieren, die für eine schnelle Finanzierung durch die EIB in Betracht kommen.

Darüber hinaus ist die Task-Force für die Koordinierung der diesbezüglichen Aktivitäten der EIB mit der Europäischen Kommission, dem Koordinator für den Stabilitätspakt und den anderen am Wiederaufbau in der Balkanregion mitwirkenden internationalen Finanzierungsinstitutionen zuständig.



Länder der Partnerschaft Europa-Mittelmeer

Die Partnerschaft Europa-Mittelmeer erhielt 1999 durch die Europa-Mittelmeer-Konferenz der Außenminister der EU-Mitgliedstaaten und der Partnerländer des Mittelmeerraums, die am 15. und 16. April in Stuttgart stattfand und an der auf besondere Einladung des Vorsitzes erstmals auch Libyen teilnahm, neue Anstöße.

Die Minister bekräftigten die im November 1995 anlässlich der Konferenz von Barcelona festgelegten Prioritäten (Definition eines gemeinsamen Stabilitätsraums, Schaffung einer Region gemeinsamen Wohlstands durch Errichtung einer Freihandelszone und Entwicklung einer Partnerschaft im sozialen, kulturellen und menschlichen Bereich). Gleichzeitig kamen sie überein, ihrer Partnerschaft insbesondere durch eine Verbesserung der intraregionalen und subregionalen Zusammenarbeit neue kräftige Impulse zu geben.

Das Europäische Parlament empfahl seinerseits am 11. März 1999, daß die Mittelmeerdrittländer, die gegenwärtig noch nicht am Barcelona-Prozeß teilnehmen, mit einbezogen werden sollten.

1999 erreichten die Darlehen in den Partnerländern des Mittelmeerraums (ohne Zypern) 802 Mio, von denen 56 Mio aus Risikokapitalmitteln stammten.

Sie gliedern sich in Einzeldarlehen von 655 Mio und in Globaldarlehen von 147 Mio an Partnerinstitute; diese Partnerinstitute verwenden die Mittel der Bank für die Finanzierung von KMU, von kleinen lokalen Infrastrukturvorhaben sowie von kleinen Vorhaben im Energie- und im Umweltsektor.

Schwerpunkt der Tätigkeit: der Industriesektor

In die Industrie gingen Einzeldarlehen von 330 Mio; sie betrafen Vorhaben der chemischen und der petrochemischen Industrie in Ägypten, in Jordanien, in Marokko und in Tunesien sowie den Ausbau eines Phosphatwerks in Jordanien. Im Dienstleistungssektor wird ferner die Modernisierung von Hotels der gehobenen Kategorie in Tunesien mit 4 Mio unterstützt.

Die Globaldarlehen und die Übernahmen von Beteiligungen am Kapital privater Unternehmen erreichten 82 Mio.

Ausbau der Verkehrsinfrastruktur

Dem Verkehrssektor kamen 171 Mio zugute; diese betrafen die Modernisierung von Hafenanlagen in

Marokko, die Verbesserung des Straßennetzes in verschiedenen Städten Tunesiens und den Ausbau einer Eisenbahnstrecke in Marokko.

Verbesserung der Umweltsituation

In drei Ländern – Ägypten, Marokko und Türkei – hat die Bank die Sanierung von Kanalisations- und Kläranlagen mitfinanziert. Im Gazastreifen/Westjordanland trug sie außerdem zur Finanzierung eines Programms zur Modernisierung kleiner Infrastruktureinrichtungen im Umweltschutzbereich bei.

Weiterhin wird ein Globaldarlehen in Ägypten die Finanzierung umweltfreundlicher Infrastrukturen in den Fremdenverkehrsgebieten der Halbinsel Sinai und am Roten Meer ermöglichen.

... und der Energieversorgung

Für den Bau einer Gasleitung in Ägypten wurden 28 Mio bereitgestellt. Des weiteren war ein Globaldarlehen von 40 Mio in der Türkei für die Finanzierung kleiner Kombikraftwerke für die Eigenerzeugung von Wärme und Strom im industriellen Sektor bestimmt.

Mittelmeerdrittländer: 1995-1999: 4,4 Mrd

1999	802
1998	886
1997	1067
1996	627
1995	1028

Mittelmeerdrittländer: 1999 gewährte Darlehen

	(Mio EUR)	
	Insgesamt	davon aus Risikokapitalmitteln
Ägypten	188	
Marokko	263	2
Tunesien	132	34
Gazastreifen/ Westjordanland	18	8
Jordanien	80	
Türkei	90	12
Libanon	30	
Mittelmeerdrittländer	802	56



**Zwischen 1997 und 1999
stellte die EIB mehr als
900 Mio für die Entwicklung
des privaten Sektors
und innovativer
Finanzierungsstrukturen
in den Mittelmeerdrittländern
bereit.**



Unterstützung des Finanzsektors

Angesichts der geplanten Errichtung einer Freihandelszone EU-Mittelmeerraum ist die Entwicklung eines leistungs- und wettbewerbsfähigen privaten Sektors für die Länder des Mittelmeerraums von grundlegender Bedeutung. Deshalb räumt die Bank diesem Ziel Vorrang ein, wobei sie über zwei Instrumente verfügt:

- Die klassischen Globaldarlehen aus eigenen Mitteln der EIB. Hierbei handelt es sich um langfristige Kreditlinien zugunsten zwischengeschalteter Institute in den jeweiligen Ländern. Im Zeitraum 1997-1999 wurden so etwa 255 Mio an KMU in den Bereichen Industrie, Fremdenverkehr und Dienstleistungen in 8 Drittländern des Mittelmeerraums weitergeleitet.

Weiterhin hat die EIB Einzeldarlehen im Umfang von 500 Mio für Projekte im Industriesektor vergeben.

- Die aus dem Haushalt der Union stammenden Risikokapitalmittel (MEDA-Programm). Finanzierungen auf dieser Basis dienen der Stärkung der Eigenmittelausstattung von Unternehmen in den Mittelmeerdrittländern, die im Industrie-, im Fremdenverkehrs- und im Dienstleistungssektor tätig sind; sie erfolgen mittels Übernahme von direkten oder indirekten Beteiligungen. Diese im südlichen Mittelmeerraum noch unzureichend entwickelte Finanzierungsform ermöglicht eine Anpassung der Vergütung und der Rückzahlungsbedingungen an den Erfolg des jeweiligen Projekts und zugleich eine Stärkung der Finanzkraft des als Projektträger fungierenden Unternehmens. Seit 1997 hat die Bank in den Drittländern des Mittelmeerraums sowie im Gazastreifen/Westjordanland Risikokapitalmittel in Höhe von insgesamt 160 Mio bereitgestellt. Außerdem hat sie an der Gründung regionaler Investitionsfonds (wie beispielsweise des Mediterranean Growth Fund) mitgewirkt.

Diese Operationen der Bank tragen zur Liberalisierung des Finanzsektors bei, weil damit Finanzprodukte zur Verfügung stehen, die die Schaffung neuer Instrumente – beispielsweise Investitionsfonds (Egycap Investment Fund in Ägypten), Risikokapitalgesellschaften (SPPP in Marokko) oder Anlagekapitalgesellschaften (Lebanon Invest und Jordan Invest) – möglich machen. Vor dem Hintergrund der notwendigen Anpassung der Unternehmen in den Mittelmeerländern können die Risikokapitalmittel auch zur Verbesserung der verhältnismäßig geringen Kapitalausstattung der dortigen Unternehmen beitragen, die diese gegenüber den europäischen Unternehmen, die eine ausgewogenere Bilanzstruktur aufweisen, benachteiligt. Bei Privatisierungen – Beispiele lassen sich in Marokko und in Tunesien aufzeigen – können schließlich die Risikokapitalmittel zur Stärkung der Eigenmittel der privatisierten Unternehmen dienen, oder, wenn Investoren im Rahmen von Konzessionen für öffentliche Dienste Investitionen tätigen, begleitend zum Einsatz kommen.

TERRA: Eine Rahmen-Fazilität für den Wiederaufbau in der Türkei nach dem Erdbeben im August 1999

Auf Ersuchen des Ministerrats und nach positiver Stellungnahme des Europäischen Parlaments hat die EIB ein drei Jahre laufendes Finanzierungsmandat über 600 Mio angenommen; es sieht die Gewährung von Darlehen mit Garantie zu Lasten des Gemeinschaftshaushalts vor. Die Darlehen werden in den von den Erdbeben im August 1999 verwüsteten Provinzen Kocaeli (Izmit), Sakarya (Adapazarı), Yalova und Bolu für den Wiederaufbau von Basisinfrastruktureinrichtungen – in den Bereichen Verkehr, Energie und Umwelt –, Wohnungen und kleinen Unternehmen sowie für die Instandsetzung von Industrieanlagen eingesetzt.

Darüber hinaus spendete die EIB einen Betrag von 1 Mio für den Wiederaufbau eines Waisenhauses im Großraum Izmit.

Die Bank hat schon früher bei zahlreichen Naturkatastrophen mit Darlehen oder mit Spenden geholfen, zuletzt in Polen und in der Tschechischen Republik (1997), in Honduras und in Nicaragua (1998) sowie in Griechenland (1999).

Afrika, Karibik, Pazifik und ÜLG

1999 war ein bedeutendes Jahr für die Entwicklung der Beziehungen der Gemeinschaft zu den AKP-Staaten: In diesem Jahr fanden nämlich die Verhandlungen über ein neues entwicklungsorientiertes Partnerschaftsabkommen statt, das an das Vierte Abkommen von Lome anschließen soll. Auf drei Ministerkonferenzen – im Februar in Dakar sowie im Juli und Dezember in Brüssel – wurden die einzelnen Modalitäten erörtert. Auf der vierten und letzten Konferenz am 2. und 3. Februar 2000 in Brüssel wurde schließlich eine Übereinkunft zwischen den Parteien erzielt.

Das neue Abkommen, das Mitte dieses Jahres in Fidschi unterzeichnet werden soll, wird eine Geltungsdauer von 20 Jahren haben. An die Stelle der Risikokapitalmittel wird eine Investitionsfazilität treten, durch die die Entwicklung wirtschaftlich lebensfähiger Unternehmen hauptsächlich des privaten Sektors gefördert werden soll. Die EIB wird den Einsatz dieses neuen Instruments übernehmen, das für die ersten fünf Jahre mit 2,2 Mrd ausgestattet wird. Gleichzeitig wird die Bank Darlehen aus eigenen Mitteln bis zu einem Betrag von 1,7 Mrd gewähren können.

Die Tätigkeit der Bank – Finanzierungen von 341 Mio, davon 145 Mio aus Risikokapitalmitteln – erfolgte 1999 auf der Grundlage des Zweiten Finanzprotokolls zum Vierten Abkommen von Lome. Die Finanzierungen waren gegenüber 1998, als das Zweite Finanzprotokoll in Kraft getreten war, stark rückläufig und lagen auf einem ähnlichen Niveau wie in den vorangegangenen Jahren.

Die Bank führte Finanzierungen in 21 AKP-Staaten und ÜLG sowie zugunsten von zwei Regionalvorhaben durch. Ihre Einzeldarlehen erreichten 242 Mio, während Globaldarlehen im Umfang von 99 Mio der Finanzierung kleiner und mittlerer Vorhaben des privaten Sektors und der Übernahme von Beteiligungen am Kapital von Unternehmen dienen.

Schwerpunkt: Unterstützung der Industrie

Für die industrielle Entwicklung wurden 176 Mio, das sind 52% der gesamten Finanzierungen, bereitgestellt. In 5 Ländern wurden Vorhaben in der Industrie – chemische Industrie, Agrar- und Nahrungsmittelindustrie, Bergbau und Metallurgie – mitfinanziert. In Madagaskar beteiligte sich die Bank an der Finanzierung eines Aquakulturbetriebs und in Trinidad und Tobago an der Finan-

zierung einer Machbarkeitsstudie. Finanzinstitute in zehn Ländern erhielten Globaldarlehen zur Förderung kleiner und mittlerer privater Investitionen. Zwei regional ausgerichtete Operationen ermöglichen Beteiligungsfinanzierungen in Westafrika und in der Karibik.

Ausbau der Energieversorgung

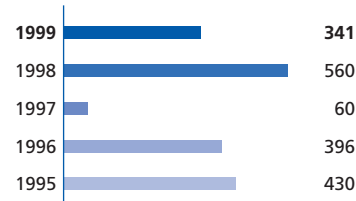
In den Bereichen Stromerzeugung, -übertragung und -verteilung wurden 98 Mio bereitgestellt, und zwar insbesondere für die Schaffung eines Verbunds der Netze Südafrikas, Swasilands und Mosambiks.

Die übrigen Finanzierungen betrafen Verkehrsinfrastrukturen und die Modernisierung der Wasserversorgungsnetze sowie der Kanalisations- und Kläranlagen in drei Ländern.

Das Zweite Finanzprotokoll zum Vierten Abkommen von Lome ist zusammen mit dem Beschluß des Rates betreffend die ÜLG erst am 1. Juni 1998 in Kraft getreten. Es sieht einen Gesamtbetrag von 1 693 Mio aus eigenen Mitteln (davon 35 Mio für die ÜLG) sowie 1 030 Mio aus Risikokapitalmitteln (davon 30 Mio für die ÜLG) vor. Ende 1999 waren Verträge über Darlehen aus eigenen Mitteln der Bank im Betrag von 441 Mio und über Darlehen aus Risikokapitalmitteln im Betrag von 400 Mio unterzeichnet.

AKP-ÜLG:

1995-1999: 1,8 Mrd



AKP-ÜLG:

1999 gewährte Darlehen

	(Mio EUR)	
	Insge- samt	davon aus Risiko- kapital- mitteln
Afrika	287	114
<i>Südliches Afrika</i>	85	42
<i>Zentral- und Äquatorialafrika</i>	15	10
<i>Ostafrika</i>	94	42
<i>Westafrika</i>	93	21
Karibik	28	18
Pazifik	7	7
ÜLG	19	6
AKP-ÜLG	341	145

Südafrika

1999 hat die Europäische Union ihre Beziehungen zu Südafrika insbesondere mit der Unterzeichnung eines Kooperations- und Entwicklungsabkommens intensiviert.

Die Finanzierungen der Bank erfolgten auf der Grundlage des in Kraft befindlichen speziellen Finanzierungsmandats über 375 Mio und parallel zum Hilfsprogramm der Kommission, das Zuschüsse von 125 Mio pro Jahr vorsieht.

Die Finanzierungen (150 Mio) betrafen den Verbund der Stromübertragungsnetze Südafrikas, Swasilands und Mosambiks, die weitere Erschließung eines Gasvorkommens und den Ausbau einer

wichtigen Straßenverbindung. Weiter trägt ein Globaldarlehen zur Finanzierung kleiner Infrastrukturvorhaben im Umweltbereich bei.

Bilanz der Finanzierungen in Südafrika im Zeitraum 1995-1999

Die Bank nahm ihre Finanzierungstätigkeit in Südafrika 1995 auf, um den Übergang zur Demokratie zu unterstützen und zur Finanzierung des Programms für Wiederaufbau und Entwicklung beizutragen.



Die Operationen erfolgten zunächst auf der Grundlage eines Ratsbeschlusses, der für den Zeitraum von Juni 1995 bis Juni 1997 ein Volumen von 300 Mio vorsah.

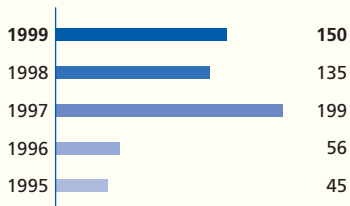
Im Juli 1997 wurde der EIB ein neues Finanzierungsmandat erteilt, das die Vergabe von 375 Mio – ebenfalls während drei Jahren – beinhaltet. Das erste Mandat ist bereits vollständig ausgeschöpft, das zweite zu 76%.

Die Finanzierungen (585 Mio) betrafen:

- den Energiesektor, hauptsächlich den Bereich Stromübertragung (27%);
- die Wasserversorgungsnetze sowie die Kanalisations- und Kläranlagen mittels Einzeldarlehen (z.B. Transport von Wasser zwischen verschiedenen Regionen) sowie die Schaffung städtischer Infrastrukturen über Globaldarlehen (46%);
- den Verkehrssektor – Ausbau einer gebührenpflichtigen Schnellstraße (7%);
- kleine und mittlere Unternehmen (20%).

Seit 1996 sind zur Refinanzierung eines Teils der gewährten Darlehen 246 Mio Rand (ZAR) aufgenommen worden; auf diese Weise wurden Wechselkursrisiken für die Darlehensnehmer vermieden.

Südafrika: 1995-1999: 585 Mio



Asien und Lateinamerika

In den Ländern Asiens und Lateinamerikas erfolgt die Tätigkeit der Bank auf der Grundlage des gemeinsamen Finanzierungsmandats (Januar 1997-Januar 2000), das die Bereitstellung von Darlehen bis zu einem Höchstbetrag von 900 Mio umfaßt.

1999 erreichten die Darlehen der Bank in den Ländern Asiens und Lateinamerikas 310 Mio.

Tätigkeit in Lateinamerika

In Lateinamerika (215 Mio) wurden in Brasilien Darlehen für die Modernisierung von drei Reifenfabriken sowie für die Modernisierung und Erweiterung eines Mobilfunknetzes vergeben; ferner dienen Globaldarlehen an zwei private Banken der Finanzierung kleiner und mittlerer Vorhaben. In Mexiko beteiligte sich die Bank an der Finanzierung des Baus

eines Gasverteilungsnetzes im Großraum von Mexiko-Stadt. In den vom Hurrikan Mitch betroffenen Gebieten ist ein Globaldarlehen für den Wiederaufbau bzw. für Vorhaben des privaten Sektors bestimmt.

Tätigkeit in Asien

In Asien (95 Mio) betrafen die Finanzierungen den Bau eines Kombikraftwerks in Thailand und den Bau einer Trinkwasseraufbereitungsanlage in der Stadt Chengdu in China.

Vorläufige Bilanz des Finanzierungsmandats Januar 1997-2000

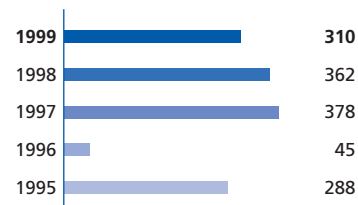
Dieses Mandat sah bis Januar 2000 ein Finanzierungsvolumen von 900 Mio in Ländern Asiens und Lateinamerikas vor. Es ermöglichte die Einschaltung der EIB zugunsten von Vorhaben von gemeinsamem Interesse für das jeweilige Land und die Union: Joint Ventures europäischer und örtlicher Unternehmen, Transfer von Technologie und Know-how aus Europa sowie Zusammenarbeit in den Bereichen Energieversorgung und Umweltverbesserung.

Per 31. Dezember 1999 waren Verträge über 764 Mio unterzeichnet, während der verbleibende Betrag bereits genehmigt war. Die Aufgliederung der Vertragsunterzeichnungen nach Ländern und nach Wirtschaftsbereichen läßt einige allgemeine Tendenzen erkennen:

In den Ländern Lateinamerikas betrafen die Finanzierungen (439 Mio) 5 Länder und ein Regionalvorhaben. Die Aufgliederung nach Wirtschaftsbereichen zeigt die besondere Bedeutung der Telekommunikationsprojekte (36%), gefolgt von den Finanzierungen kleiner und mittlerer Vorhaben durch Globaldarlehen (21%), der Energieversorgung (19%), der Unterstützung des industriellen Sektors (16%) und der Wasserwirtschaft (8%). In Asien (325 Mio) waren die Finanzierungen, die in 5 Länder gingen, auf 3 Bereiche konzentriert: die Wasserwirtschaft (54%), den Energiesektor (38%) und den Verkehrssektor (8%).

Insgesamt wurden 18 Projekte finanziert, 10 in Lateinamerika und 8 in Asien.

Asien und Lateinamerika 1995-1999: 1,4 Mrd

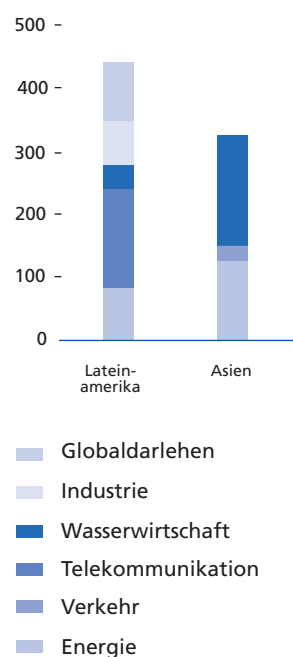


Asien und Lateinamerika: 1999 gewährte Darlehen

(Mio EUR)

Lateinamerika	215
Brasilien	154
Regionalvorhaben - Mittelamerika	35
Mexiko	26
Asien	95
Thailand	70
China	25
Asien, Lateinamerika	310

Geographische und sektorale Aufgliederung



Evaluierung von Operationen durch die EIB

1999 hat die Einheit für die Evaluierung der Operationen der EIB zwei Berichte veröffentlicht:

- eine Studie über die Evaluierung von 17 Projekten im Wasserwirtschaftssektor im Mittelmeerraum;
- eine Studie über die Auswirkungen der Mittelbeschaffungstätigkeit der EIB auf die Integration neuer Kapitalmärkte.

Die beiden Studien unterscheiden sich grundlegend in ihrer Bedeutung und ihrem Gegenstand. Die Studie zu den Projekten im Wasserwirtschaftssektor im Mittelmeerraum verfolgte das Ziel, Stärken und Schwächen der Projekte im Hinblick auf ihre Ergebnisse und ihre Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung und die Umwelt aufzuzeigen. Es überrascht nicht, daß diese Projekte zwar in sozialer, umweltpolitischer und wirtschaftlicher Hinsicht gerechtfertigt sind, ihre Planung und die finanzielle Abwicklung der Operationen jedoch Schwächen aufweisen bzw. unter der Unzulänglichkeit der Institutionen vor Ort leiden. Die EIB ist sich dessen bewußt, daß dieser Sektor der weiteren Unterstützung bedarf; um seine nachhaltige Entwicklung sicherzustellen, muß sie sich in erster Linie auf die Stärkung der institutionellen und finanziellen Aspekte der Vorhaben konzentrieren.

Die Studie über die Mittelbeschaffungstätigkeit ist insofern eine Innovation, als zum erstenmal eine internationale Entwicklungsbank ihre Mittelaufnahmetätigkeit einer Evaluierung unterzieht. Die Studie, die auf den in Portugal, Spanien und Griechenland gewonnenen Erfahrungen beruht, gelangt zu dem Schluß, daß zum einen multilaterale Entwicklungsbanken einen erheblichen Einfluß auf das Entstehen nationaler Kapitalmärkte und ihre Einbeziehung in die internationalen Kapitalmärkte haben können und daß sie zum anderen noch weitere Anstrengungen in dieser Richtung unternehmen sollten.

Die Regional- und Wirtschaftsentwicklung, der die EIB grundlegende Bedeutung beimißt, bleibt ein Schwerpunkt für die Analysen der Evaluierungseinheit. Neben den beiden veröffentlichten Studien hat sie verschiedene Unterlagen und Berichte verfaßt, die der internen Diskussion in der EIB dienen. So wurde im Rahmen der gegenwärtigen Reflexionen über die Regionalentwicklung



Kläranlage bei Barcelona



im Jahr 1999 – ausgehend von den Ergebnissen vorangegangener Studien zu diesem Thema – eine wichtige Fallstudie (über zwei große Eisenbahn-Infrastrukturprojekte in Europa) erstellt.

Ein weiterer wichtiger Gegenstand der aktuellen Reflexion über die interne Weiterentwicklung ist die Frage der Projektüberwachung durch die EIB. Es stellt sich immer klarer heraus, daß eine Reihe von Projekten, insbesondere innerhalb der Union, nach Auszahlung der Darlehen der weiteren kritischen Beobachtung bedarf; ein verstärkter Dialog mit den Projektträgern und verbesserte Kenntnisse der Dienststellen der EIB über die Ergebnisse und die Auswirkungen der finanzierten Projekte dürften sich günstig auf zukünftige Operationen auswirken und darüber hinaus der internen Überprüfung der Politiken der EIB und ihrer Strategie dienen. Angesichts der Bedeutung dieser Faktoren ergreift die EIB zur Zeit Maßnahmen zur Verbesserung ihrer internen Verfahren; dies geschieht zum einen durch die stärkere Integration der Überwachungsfunktion in den organisatorischen Ablauf – unter Einbeziehung der mit Konzeption und Aushandlung der Operationen befaßten Mitarbeiter (dieser Prozeß wird in den internationalen Finanzinstitutionen als „Selbstevaluierung“ bezeichnet) – und zum anderen durch eine systematischere Ausgestaltung der jährlichen Berichterstattung an den Verwaltungsrat.

Um bei den internationalen Entwicklungen im Bereich der Evaluierung stets auf dem neuesten Stand zu sein, hat die EIB ihre Kontakte zur Kommission und zu anderen Finanzinstitutionen ausgebaut; parallel dazu beteiligt sie sich an der Erörterung dieser Thematik im Rahmen internationaler Gremien, wie z.B. der European Evaluation Society. Die EIB unterstützt die Verbreitung von Evaluierungsverfahren in Europa, da sie überzeugt ist, daß Transparenz und Rechenschaftspflicht unerläßlich sind, um die interne Effizienz und die Qualität der Operationen sicherzustellen. Im gleichen Sinne arbeitet die EIB auf praktischer und technischer Ebene mit der Evaluation Co-operation Group der multilateralen Entwicklungsbanken zusammen, um gemeinsame Definitionen und Verfahren auszuarbeiten und die Einführung eines Standards der besten Evaluierungsverfahren für die internationalen Entwicklungsbanken zu fördern.

Die Evaluierungstätigkeit in der EIB wird weiterhin von größter Bedeutung für die Weiterentwicklung der Rechenschaftspflicht und der Transparenz der Operationen sein. Darüber hinaus muß – wie sich aufgrund der Erfahrung im vergangenen Jahr gezeigt hat – die Rolle der Evaluierung als Katalysator für die interne Entwicklung betont werden. Die Notwendigkeit, den Nutzen der Finanzierungen und die Projektqualität zu optimieren, bestimmt wesentlich die Debatte über Indikatoren betreffend Ergebnisse und zusätzlichen Nutzen, über Ziele und Vergabekriterien und damit über den grundlegenden Beitrag der EIB zu den europäischen Politiken. Das zukünftige Arbeitsprogramm der Evaluierungseinheit ist daher insbesondere auf solche Fragen ausgerichtet; damit wird der Bedeutung, die die aus der Evaluierung der Operationen gewonnenen wichtigen analytischen Erkenntnisse für die operationelle Tätigkeit haben können, Rechnung getragen.

Kapitalmärkte: Präsenz und Diversifizierung





Mittelbeschaffung

Bestärkt durch den Erfolg ihrer wesentlichen strategischen Zielrichtungen, die ihre Mittelbeschaffungspolitik seit mehreren Jahren bestimmen - **Beschaffung liquider Mittel und Senkung der Mittelbeschaffungskosten, Entwicklung der Märkte der mittel- und osteuropäischen Länder (MOEL) und Präsenz auf den meisten Kapitalmärkten** -, war die EIB bestrebt, ihre Position als wichtigster nichtstaatlicher Emittent von Referenzanleihen mit AAA-Rating zu konsolidieren. **Das erste Ziel** wurde dadurch erreicht, daß 90% der Mittel in den **drei wichtigsten Währungen Euro, Pfund Sterling und US-Dollar** beschafft (28,3 Mrd EUR) und entlang der jeweiligen Zinskurven Referenzanleihen begeben wurden. Der **Euro** war aufgrund der von der Bank seit 1996 verfolgten Strategie einer der Hauptpfeiler der Mittelbeschaffungstätigkeit im Jahr 1999. So wurde der EUR-Teilbereich langfristig von der Einrichtung der **EARN-Rahmenfazilität** zur Emission von Referenzanleihen für den Euro-Raum (**„Euro Area Reference Notes“**) beeinflusst. Die gute Verfassung, in der sich die **GBP-** und **USD-Märkte** während des gesamten Jahres befanden, ermöglichte es der EIB, dort ihre Position als bedeutender Emittent von Referenzanleihen zu verstärken und ihre Darlehensnehmer davon profitieren zu lassen. Darüber hinaus konnte sie durch das Angebot strukturierter Produkte, die dem Bedarf ihrer institutionellen bzw. privaten Anleger auf bestimmten Inlandsmärkten entsprachen, einerseits ihre Mittelbeschaffungskosten beträchtlich senken und andererseits eine an günstigen Finanzinstrumenten interessierte Kundschaft dauerhaft für sich gewinnen. **Das zweite Ziel** bestand in der weiteren Unterstützung und Entwicklung der Kapitalmärkte der MOEL, die den Beitritt zur Europäischen Union beantragt haben. Die Bank konnte sich insbesondere durch einen Emissions-Rahmenvertrag für tschechische Kronen profilieren, mit dem eine neue, den am Euromarkt üblichen Verfahren entsprechende Emissionstechnik eingeführt wurde, die es bislang auf dem tschechischen Inlandsmarkt nicht gab. Sie eröffnete auch den Zehn-Jahres-Laufzeitenbereich auf diesem Markt. **Das dritte Ziel** war schließlich ihre Präsenz auf den meisten Kapitalmärkten außerhalb der Märkte der europäischen Länder und der Vereinigten Staaten (Südafrika, Asien und Australien). Die Verwirklichung der Ziele der Bank konnte außerdem durch eine effiziente Risikokontrolle erreicht werden, die ein grundlegendes Element ihrer Verwaltung ist. In diesem Bereich hat sie auch ihre Richtlinien verstärkt.

Im Jahr 2000 wird sich die EIB insbesondere darauf konzentrieren, Produktinnovationen vorzunehmen, sich besser auf die Bedürfnisse ihrer Kunden (Darlehensnehmer und Anleger) einzustellen, die Schwellenländer verstärkt zu unterstützen - hier vor allem die mittel- und osteuropäischen Länder -, um sie für die großen Märkte zu öffnen, und ihren geographischen und sektoralen Einschaltungsbereich zu erweitern. Darüber hinaus wird sie den Einsatz moderner Kommunikationstechniken (Internet) optimieren und so für ihre Mittelbeschaffungstätigkeit im Dienste ihrer Kunden einen Mehrwert erbringen und ihr größere Transparenz verleihen.

Der **Gesamtbetrag der unterzeichneten Anleiheoperationen vor Währungs- oder Zins-Swaps** belief sich auf **29 295 Mio EUR**, was ein Rückgang um 7% gegenüber 1998 (31 463 Mio) ist. Auf Währungen von EU-Mitgliedstaaten entfielen wie 1998 68%, während der Anteil des EUR 43% betrug

(41% im Jahr 1998, bezogen auf die 11 am Euro teilnehmenden Währungen). Davon wurden **961 Mio EUR** im Rahmen des zweiten Angebots für den Umtausch der ausstehenden Anleiheverbindlichkeiten in Euro unterzeichnet, mit dem im Juni 1998 (1 318 Mio) begonnen worden war,



während **28 334 Mio EUR** für die Finanzierung der Darlehenstätigkeit und die Abdeckung negativer Cash-flows auf den Kapitalmärkten beschafft wurden.

Die Verringerung der **Mittelbeschaffung** um 6% ist vor allem auf eine Verlangsamung der Auszahlungen auf Darlehen, eine gegenüber 1998 geringere Aufnahmefähigkeit bestimmter Finanzmärkte und eine gewisse Zurückhaltung der Anleger im Hinblick auf das Jahr 2000 zurückzuführen. Die Mittelbeschaffungstätigkeit war von einer beträchtlichen Inanspruchnahme der Märkte für die **drei wichtigsten Währungen gekennzeichnet: EUR (41% gegenüber 39% in den „Euro-11“-Währungen im Jahr 1998), GBP (25%) und USD (23%),** auf die zusammen fast **90% aller Emissionen** entfielen.

Die Einführung des Euro hatte selbstverständlich eine deutliche Verringerung der Zahl der Währungen, in denen sich die Bank Mittel beschafft, zur Folge. Die gesamte Mittelbeschaffung erfolgte jedoch in 16 verschiedenen Währungen (22 im Jahr 1998) durch 120 Operationen, von denen 64 im Rahmen von Debt-Issuance-Programmen oder Emissions-Rahmenverträgen und 4 im Rahmen der EARN-Fazilität (ohne Berücksichtigung einer im Zuge des Programms für den Anleiheverbindlichkeiten-Umtausch in Euro begebenen Anleihe) durchgeführt wurden. Von den Emissionen entfielen 101 auf öffentliche Anleihen und 19 auf Privatplazierungen.

Nach Währungs- oder Zins-Swaps, durch die insbesondere dem Bedarf der Darlehensnehmer der Bank entsprochen wurde, belief sich der Betrag der **beschafften Mittel** auf **28 355 Mio EUR** (1998: 30 098 Mio).

Auf die **drei wichtigsten Währungen EUR, USD und GBP** entfielen **97%** der Mittelbeschaffung. Der Anteil des EUR beträgt 44%, während in GBP und in USD aufgrund der sehr günstigen Konditionen für diese zwei Währungen, die die Bank an

ihre Darlehensnehmer weitergeben konnte, mehr als die Hälfte aller Mittel beschafft wurde. Bei den **Gemeinschaftswährungen** war gegenüber 1998 ein Rückgang zu verzeichnen (**69%** gegenüber 78%), was vor allem auf die erhebliche Zunahme der Tätigkeit in USD (28% gegenüber 21%) zurückzuführen ist.

Der Betrag der **Mittel mit variabler Verzinsung** (**21 850 Mio EUR** gegenüber 14 141 Mio 1998) ist mit einem Anteil von 77% an der gesamten Mittelbeschaffung (47% im Jahr 1998) deutlich höher als der der **Festsatzmittel** (**6 506 Mio EUR** gegenüber 15 957 Mio 1998). Dieser beträchtliche Anstieg spiegelt die besonders attraktiven Arbitragemöglichkeiten auf dem Swap-Markt wider, die von den Darlehensnehmern der Bank sehr geschätzt wurden und vor allem USD, EUR und GBP sowie schwedische Kronen (SEK), griechische Drachmen (GRD) und tschechische Kronen (CZK) betrafen.

Seit 1995 ist die Mittelbeschaffungsstrategie der Bank auf zwei verschiedene Verfahren ausgerichtet: Operationen zur **Beschaffung liquider Mittel**, die vor allem Referenzanleihen umfassen, und sogenannte opportunistische Operationen zur **Senkung der Mittelbeschaffungskosten**, durch die den Anlegern eine breite Palette von Produkten geboten wird. **22 545 Mio EUR** wurden durch **liquide Anleihen** beschafft, was durch die Emission neuer Titel oder fungibler Tranchen die Bildung von Referenzanleihen entlang der gesamten Zinskurve ermöglichte und so die Stellung der Bank als internationaler Emittent von Referenzanleihen mit AAA-Rating bestätigte. Auf die **opportunistischen Operationen**, deren Anteil seit ihrer Einführung ständig gestiegen ist, entfällt derzeit ein Fünftel der gesamten Mittelbeschaffung (**5 789 Mio EUR**). Sie werden in der Regel in strukturierter Form durchgeführt, um den Wünschen bestimmter Anleger zu entsprechen. Bei diesen Emissionen widmet die Bank der Prüfung der damit verbundenen Risiken besondere Aufmerksamkeit.

Die **mittlere Laufzeit der Anleihen** hat sich gegenüber dem Vorjahr praktisch nicht verändert (**10,1 Jahre** gegenüber 10,2 Jahren 1998), während die Laufzeiten der einzelnen Anleihen zwischen 3 und 40 Jahren (gegenüber 3 bis 30 Jahren im Jahr 1998) liegen. Generell sind die langen Laufzeiten besonders bei den GBP-Operationen anzutreffen (bis zu 40 Jahre), und zwar sowohl bei strukturierten als auch bei Standard-Emissionen. Bei den opportunistischen Operationen hat sich die mittlere Laufzeit gegenüber 1998 deutlich verlängert (14,1 Jahre gegenüber 8,7 Jahren), was vor allem auf strukturierte Emissionen, darunter auch Anleihen mit Koppelung an Börsenindizes oder Nullkupon-Anleihen, zurückzuführen war.

Im Rahmen der **Verwaltung ihrer Anleiheverbindlichkeiten** hat die Bank **vorzeitige Anleiherückzahlungen und Rückkäufe** im Betrag von **1 005 Mio EUR** vorgenommen.

Die Bank hat die **Swap-Märkte** weiterhin stark in **Anspruch genommen** (87% der Mittelbeschaffung gegenüber 62% im Jahr 1998). Der Gesamtbetrag belief sich vor Umwandlung in variabel bzw. fest verzinsten Produkte auf **24 581 Mio EUR** - gegenüber 20 586 Mio im Vorjahr - und betraf wie 1998 122 Operationen. Diese deutliche Zunahme des Betrags ist auf die Anpassung der Mittelaufnahme an den Bedarf der Darlehensnehmer hinsichtlich Währungen und Zinsarten und die Umwandlung strukturierter Emissionen in einfache, generell variabel verzinsten Produkte zurückzuführen.

Die **Absicherung gegen Zinsrisiken**, die 16% der beschafften Festsatzmittel nach Swaps betraf, erfolgte im wesentlichen durch Swaps von variablen in feste Zinssätze und durch das Hedging-Portfolio, das aus Festsatzanleihen besteht, die die gleichen Merkmale wie die von der Bank begebenen Anleihen aufweisen, und aus dem je nach Auszahlungsbedarf Titel veräußert werden.

Euro-Strategie der Bank

Nach der Einführung des Euro als einheitliche Währung für den neuen Währungsraum hat die Bank ihre Anstrengungen fortgesetzt und auf den Finanzmarkt für diese neue Währung konzentriert. Sie hat zum einen die Strategie der vorangegangenen Jahre fortgeführt und sich zum anderen auf dem Markt mit der Einführung der neuen EARN-Fazilität als Ergänzung zu den Staatsanleihen der an der neuen Währungsunion teilnehmenden Länder präsentiert.

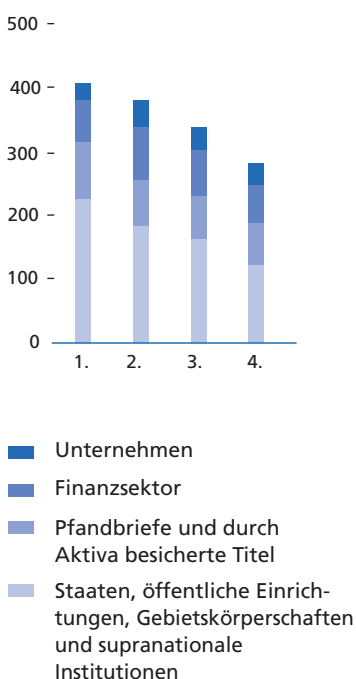
Das EARN-Programm

■ Merkmale des Programms

Dieses Programm im Betrag von maximal 15 Mrd wurde im März unterzeichnet und sah für 1999 die Begebung von EARN-Anleihen im Betrag von mindestens 2 Mio pro verbleibendem Quartal vor. Für diese Emissionen konnten drei Verfahren eingesetzt werden: Syndizierung, Auktionsverfahren und Umtauschangebote. Mit diesen Operationen ist eine Gruppe von 10 „Primärhändlern“ (spezialisierte zwischengeschaltete Finanzinstitute) befaßt, die auf dem Primärmarkt als Konsortialführer oder Mitführer fungieren und sich verpflichten, die Liquidität auf dem Sekundärmarkt zu gewährleisten und Kurse mit geringen Spannen zwischen Geld- und Briefkurs zu stellen, wobei sie gleichzeitig die Schaffung eines Repo-Marktes fördern sollen. Eine Gruppe von 21 „Händlern“ (zwischengeschaltete Finanzinstitute) führt die Tätigkeit dieser Primärhändler fort, wobei sie sowohl auf dem Primärmarkt durch die Beteiligung an den Emissionen der Bank als auch auf dem Sekundärmarkt tätig werden und ihrem Erfolg entsprechend auch „Primärhändler“ werden können.



Emissionstätigkeit in Euro im Jahr 1999 nach Sektoren pro Quartal



Euro-Anleihemärkte im Jahr 1999

Es wurde erwartet, daß die Einführung des Euro die Entwicklung der europäischen Kapitalmärkte fördern würde, da durch die neue Währung die Aufsplitterung in einzelne Landeswährungen verringert und der Markt sowohl hinsichtlich seiner Liquidität als auch des Bonitätsspektrums vertieft wird. Diese Erwartungen haben sich im ersten Jahr des Bestehens des Euro offensichtlich erfüllt. Angaben von Capital Data zufolge war bei den auf Euro lautenden internationalen Anleiheemissionen 1999 ein Anstieg um 40% zu verzeichnen, während die Dollar-Emissionen nur um 12% zunahmen. Der auf Euro-Anleihen entfallende Marktanteil erhöhte sich so weltweit von 35% im Jahr 1998 auf 45% 1999 und war damit höher als der Anteil der USD-Anleihen, der sich auf 43% belief. Diese Erhöhung des Marktanteils wäre sogar noch deutlicher ausgefallen, wenn sie nicht zum Teil durch die Abschwächung des Euro wieder aufgezehrt worden wäre. Die Europäische Kommission schätzt den Gesamtbetrag der auf Euro lautenden Anleiheemissionen (einschließlich der Emissionen auf Inlandsmärkten) des Jahres 1999 auf rund 1,4 Billionen EUR.

Von der Entwicklung eines breiteren Euro-Anleihemarktes profitierten vor allem Emittenten aus dem Euro-Raum selbst, was verständlich ist, da sie nicht mit Wechselkursrisiken konfrontiert sind, wenn sie in ihrer eigenen Währung Anleihen begeben. Auf Emittenten aus den USA entfielen rund 10% des im letzten Jahr in EUR begebenen Gesamtbetrags. Während Emittenten aus den meisten Schwellenländern weiterhin hauptsächlich Mittel in Dollar aufnahmen, konnte sich der Euro insbesondere bei den Emittenten aus osteuropäischen Ländern als bevorzugte Emissions-Fremdwährung gut etablieren. Da die Währungen vieler dieser Länder auf irgendeine Weise an den Euro gekoppelt sind, ist die Mittelaufnahme in Euro ein geeigneter Weg zur Verringerung des Wechselkursrisikos bei der Verwaltung ihrer Schulden.

Der Anstieg der Emissionstätigkeit im Jahr 1999 betraf nicht alle Sektoren gleichermaßen. In der Struktur des europäischen Anleihemarktes sind deutliche Veränderungen in Richtung einer Erhöhung des Anteils der Unternehmensanleihen festzustellen.

• **Staatliche Emittenten** verringern ihre Emissionstätigkeit aufgrund der besseren staatlichen Finanzlage weiter, und zwar sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in Europa. Der Gesamtbetrag der von Staaten begebenen Euro-Anleihen (im wesentlichen Staatstitel von Ländern des Euro-Raums) belief sich 1999 auf 621 Mrd EUR, das ist ein Rückgang um rund 10% gegenüber dem Vorjahr. Staatliche Emissionen trugen 1999 zur Verstärkung der traditionell saisonalen Planung der Anleiheemissionen bei, da die Staaten ihre Emissionen auf das erste Halbjahr vorverlegten, um so rasch wie möglich Referenzanleihen zu schaffen und von den niedrigeren Zinsen zu profitieren. Der Wettlauf um den Referenzanleihen-Status ist noch nicht vollständig beendet. Während die deutschen Bundesanleihen bei der Laufzeit von 10 Jahren offensichtlich Referenzstatus erlangt haben, wiesen die französischen Staatstitel im Laufzeitenbereich ca. 5 bis 7 Jahre die niedrigsten Renditen auf. Das Bestreben, von einem größeren und konzentrierteren Anleihemarkt in Europa zu profitieren, führte 1999 zu einem höheren durchschnittlichen Emissionsvolumen, insbesondere bei den Staatsanleihen.



- **Private Emittenten** erhöhten ihren Anteil am Gesamtbetrag der auf Euro lautenden Emissionen im Jahr 1999 auf knapp über 50%. In gewissem Maße spiegelt dies die schwächere Präsenz staatlicher Emittenten wider, jedoch hat die Einführung des Euro dem Privatsektor auch den Zugang zum internationalen Anleihemarkt erleichtert.

- **Finanzinstitute**, die seit jeher den nichtstaatlichen Anleihemarkt dominieren, konnten 1999 ein anhaltend starkes Wachstum ihrer Emissionen verzeichnen und nehmen mit einem Marktanteil von 20% nach wie vor die führende Position im Teilbereich der nichtstaatlichen Emittenten ein.

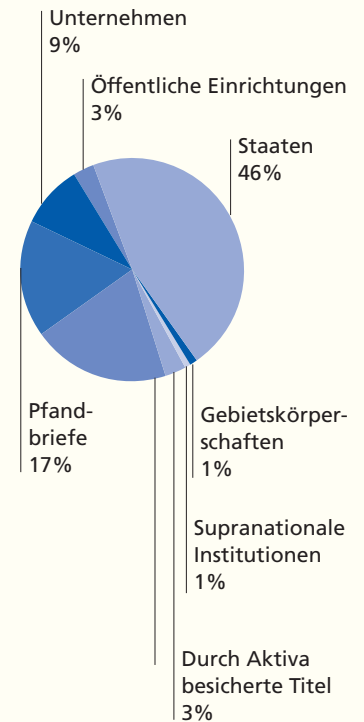
- Im **Pfandbrief**-Bereich war 1999 eine relative Stagnation zu verzeichnen, sein langsames Wachstum spiegelt zum Teil jedoch seine mit 17% aller auf Euro lautenden Anleiheemissionen bereits starke Stellung auf dem privaten Anleihemarkt wider. Der Markt für Pfandbriefe erstreckt sich inzwischen über die Grenzen seines Herkunftslandes Deutschland hinaus, da neue gesetzliche Regelungen die Einführung auch in Spanien und Frankreich erleichtert haben.

- Die **Unternehmensanleihen** haben auf dem Anleihemarkt am meisten von der Einführung einer gemeinsamen Währung profitiert. Die internationalen Anleiheemissionen von Industrie-, Dienstleistungs- und Versorgungsunternehmen haben sich den Angaben von Capital Data Bondware zufolge von 44 Mrd EUR im Jahr 1998 auf 135 Mrd EUR 1999 erhöht und damit mehr als verdreifacht. Zum Teil hängt diese beträchtliche Ausweitung wahrscheinlich mit dem erheblichen Umfang der Fusions- und Übernahmeaktivitäten zusammen, die wiederum die Folge der aus der Einführung des Euro resultierenden stärkeren wirtschaftlichen Integration, jedoch auch der neuen Finanzierungsmöglichkeiten sind, die sich auf dem weit größeren Finanzmarkt für Euro bieten.

Die Strukturveränderungen auf dem Euro-Anleihemarkt können auch unter einem etwas anderen Aspekt, nämlich dem der Bonität, betrachtet werden. Während vieler Jahre waren die Anleihemärkte der Währungen, die jetzt durch den Euro ersetzt worden sind, staatlichen und anderen Emittenten mit erstklassigem Rating vorbehalten. Im ersten Jahr seines Bestehens war auf dem Euro-Anleihemarkt eine Verschlechterung der Ratings von Neuemissionen festzustellen. Der Anteil der Anleihen mit AAA-Rating ging zurück, während der Anteil aller anderen als „Investment-Grade“ eingestuft Anleihen deutlich zugenommen hat, insbesondere auf den niedrigeren Stufen dieser Kategorie. Eine weitere bemerkenswerte Entwicklung besteht darin, daß der Anteil der Anleihen, die von den wichtigsten Rating-Agenturen nicht offiziell eingestuft sind, auf dem zunehmend anonymer und größer werdenden europäischen Anleihemarkt beträchtlich zurückgegangen ist.

Die meisten der vorgenannten Entwicklungen sind auf die veränderte Nachfrage der Anleger zurückzuführen. Ein großer Teil der Anleiheemissionen wurde üblicherweise von Privatanlegern erworben. In den neunziger Jahren konzentrierte sich die Anlagetätigkeit jedoch zunehmend auf professionelle Vermögensverwalter, die weit weniger dazu neigen, ihre Anlagen über einen längeren Zeitraum hinweg zu halten. Sie sind in der Regel stärker an der Erhaltung der Liquidität ihrer Anlagen interessiert. Die Einführung des Euro hat diese Strukturmerkmale verstärkt. Der durchschnittliche Umfang der einzelnen Anleiheemissionen auf dem Euro-Anleihemarkt hat sich gemessen an den vorangegangenen Jahren 1999 verdoppelt, während sich die Verteilung des Euro-Emissionsumfangs in weniger als einem Jahr der des USD-Markts angenähert hat.

Sektorale Aufgliederung der gesamten Anleihe-Emissionen in Euro im Jahr 1999





■ Umsetzung des Programms

1999 begab die Bank Referenzanleihen im Betrag von 10 Mrd EUR, die EARN-Emissionen (7 Mrd) in einem begebenen Mindestbetrag von 2 Mrd sowie betragsmäßig weniger umfangreiche Operationen zur Aufstockung des ausstehenden Betrags bestehender EARN-Emissionen umfaßten. Eine Neuemission im Betrag von 2 Mrd EUR mit einer Laufzeit bis 2006 wurde vorgenommen, und bestehende EARN-Referenzanleihen wurden wiedereröffnet. Ende 1999 deckte die aus sieben Referenzanleihen der Bank bestehende Laufzeitenkurve den Zeitraum 2003-2009 ab und betraf einen ausstehenden Gesamtbetrag von 24 Mrd.

Dank der Einrichtung des Programms konnten sich die Renditen dieser Emissionen günstig entwickeln, und zwar sowohl gegenüber denen anderer Staatsanleihen von an der Währungsunion teilnehmenden Ländern, die nicht als Referenzanleihen für den Markt (französische Staatstitel und deutsche Bundesanleihen) gelten, als auch gegenüber denen anderer europäischer öffentlicher Institute.

■ Angebot für den Anleiheverbindlichkeiten-Umtausch in Euro

Die Bank setzte das bereits im Vorjahr begonnene Programm fort und schlug den Inhabern von DEM-, FRF-, ITL- und EUR-Emissionen vor, diese in neue EARN-Anleihen umzutauschen. Dieses zweite Umtauschangebot, das über eine Internet-Adresse erfolgte, ermöglichte es, den ausstehenden Betrag der 2005 bzw. 2009 fälligen EARN-Emissionen um 423 Mio bzw. 538 Mio aufzustocken.

Per 31. Dezember 1999

ausstehende EARN-Emissionen

Zinssatz (%)	Fälligkeit	Betrag (Mio EUR)
4,500	15.02.2003	3 160
5,250	15.04.2004	4 619
3,875	15.04.2005	2 000
4,875	15.04.2006	2 000
5,750	15.02.2007	2 578
5,000	15.04.2008	5 082
4,000	15.04.2009	4 538
		23 977

Senkung der Mittelbeschaffungskosten durch Nutzung von Marktmöglichkeiten

Ergänzend zum EARN-Programm, das der Beschaffung liquider, auf Euro lautender Mittel dient, hat die Bank Operationen durchgeführt, die im wesentlichen in strukturierter Form erfolgten und es ihr ermöglichten, die Gesamtkosten ihrer Mittelaufnahme in Euro zu senken. Diese Operationen, auf die ein erheblicher Betrag entfiel (2,1 Mrd), waren hauptsächlich für Privatkunden bestimmt, die bereit waren, im Hinblick auf die Erzielung eventuell höherer Renditen für ihre Anlagen gewisse Risiken einzugehen. Sie wiesen unterschiedliche Formen auf (Koppelung an Börsenindizes, „Step-down/One Coupon“) und erforderten von der Bank besondere Sorgfalt bei der Beurteilung der damit verbundenen Risiken.



Umstellung der ausstehenden Anleiheverbindlichkeiten auf Euro

Diese im Vorjahr begonnene Umstellung wurde fortgesetzt. Der Gesamtbetrag der umgestellten Anleiheverbindlichkeiten erreichte Ende 1999 32 Mrd EUR, was 61% des ausstehenden Betrags der auf Währungen der an der Währungsunion teilnehmenden Länder lautenden Anleihen (53 Mrd) entspricht. Die Umstellung der Eurowandelanleihen erfolgte durch drei Operationen mit Fälligkeit am 15. Februar, am 15. April und am 15. Juli im Gesamtbetrag von 10,9 Mrd. Außerdem konnten DEM- und IEP-Anleihen sowie auf ITL und FRF lautende, auf den Inlandsmärkten begebene Emissionen im Gesamtbetrag von 10,1 Mrd umgestellt werden. Der Betrag der auf Euro umgestellten ECU-Emissionen erreichte 11 Mrd.

Die großen Finanzmärkte dienen der Liquiditätsbeschaffung

Ein erheblicher Teil der Mittelbeschaffung der Bank erfolgte wiederum in GBP und USD, die prozentual eine Zunahme verzeichneten. Zusammen mit dem Euro entfielen auf diese Währungen mehr als 90% des Gesamtbetrags der Mittelbeschaffung vor Swaps bzw. 97% nach Swaps.

GBP 4 617 Mio (6 974 Mio EUR) - keine Swaps

Die Mittelaufnahme in GBP entsprach 25% der gesamten Mittelbeschaffung der Bank, die sich damit als Emittent von Referenzanleihen mit AAA-Rating in dieser Währung etablieren konnte. Die Strategie der Bank war nach wie vor darauf ausgerichtet, den ausstehenden Betrag bestehender Emissionen zu erhöhen oder neue Anleihen mit mittleren (Fälligkeit in den Jahren 2003-2009) und insbesondere langen Laufzeiten (Fälligkeit in den Jahren 2021 und 2028) zu begeben, bei denen die Anleihen der Bank als Ersatz für britische Staatsanleihen betrachtet werden können. Die Strategie der Bank zielte auch auf die Diversifizierung der

Produkte durch strukturierte Operationen (Annuitäten-Anleihe mit variabler Rückzahlung entsprechend der Entwicklung des Swap-Marktes) und der Anleger durch eine Plazierung in Japan ab.

USD 7 098 Mio (6 447 Mio EUR) vor Swaps bzw. 8 571 Mio (7 825 Mio EUR) nach Swaps

Der USD war die drittwichtigste (23%) auf den Kapitalmärkten aufgenommene Währung. Auf einem volatilen und unsicheren Markt, wo die günstigen Zeiträume nur von kurzer Dauer waren, hat die Bank ihre Strategie der Bildung von Referenzanleihen mit Laufzeiten von 3, 5 und 10 Jahren entlang der gesamten Renditekurve fortgesetzt, und zwar entweder durch Begebung neuer oder Aufstockung bestehender Emissionen. Durch diese Politik konnte sie die ausstehenden Anleiheverbindlichkeiten auf diesem Markt auf 5,9 Mrd USD erhöhen und damit einen deutlich höheren Betrag als andere große internationale Emittenten erreichen.

Ergänzend zur Begebung von Referenzanleihen wurden betragsmäßig kleinere, generell strukturierte Operationen durchgeführt, um der Nachfrage von Privatanlegern in Europa und in Japan zu entsprechen.



1999 unterzeichnete Anleihen

(Mio EUR)

	vor Swaps		Swap- betrag	nach Swaps	
	Betrag	%		Betrag	%

LANG- UND MITTELFRISTIGE OPERATIONEN

1. Mittelbeschaffung

Europäische Union	18 909	66,7	749	19 658	69,3
EUR	11 646	41,1	776	12 422	43,8
DKK			186	186	0,7
GBP	6 974	24,6	0	6 974	24,6
GRD	289	1,0	– 274	15	0,1
SEK			60	60	0,2
„Pre-in“ insgesamt	7 263	25,6		7 236	25,5
Währungen von Drittländern	9 425	33,3	– 727	8 697	30,7
AUD	244	0,9	– 244		
CAD	14	0,0	– 14		
CHF	622	2,2	0	622	2,2
CZK	85	0,3	0	85	0,3
HKD	514	1,8	– 514		
HUF	49	0,2	0	49	0,2
JPY	753	2,7	– 753		
NOK	190	0,7	– 190		
NZD	45	0,2	– 45		
SKK	66	0,2	– 66		
TWD	179	0,6	– 179		
USD	6 447	22,8	1 378	7 825	27,6
ZAR	217	0,8	– 101	116	0,4
INSGESAMT	28 334	100,0	22	28 355	100,0
davon:					
- zu festen Zinssätzen	27 046	95,5	– 20 540	6 506	22,9
- zu variablen Zinssätzen	1 288	4,5	20 562	21 850	77,1

2. Programm für den Anleiheverbindlichkeiten-Umtausch in Euro

EUR	961		961
GESAMTBETRAG	29 295		29 317

Entwicklung der Märkte der Beitrittsländer und Streben nach Diversifizierung der Märkte

* Die Finanzmärkte der mittel- und osteuropäischen Länder

Auf diesen Märkten konzentrierte sich die Tätigkeit der Bank vor allem auf Ungarn und die Tschechische Republik. Im Rahmen eines Emissions-Rahmenvertrags für CZK wurde unmittelbar nach seiner Unterzeichnung im Februar 1999 eine Anleihe im Betrag von 3 Mrd CZK mit einer Laufzeit von 10 Jahren - die längste auf diesem Markt angebotene Laufzeit - begeben. Ebenfalls im Rahmen eines Emissions-Rahmenvertrags wurden zwei fungible Festsatz-Operationen in ungarischen Forint (HUF) durchgeführt, die die erste nicht-staatliche fungible Anleiheemission dieser Art auf dem ungarischen Markt darstellten. Auf dem internationalen Markt wurden die ersten Anleihen in slowakischen Kronen (SKK) begeben.

* Die Präsenz der Bank auf den anderen Märkten

Auf den verschiedenen Märkten, die für sie günstige Bedingungen boten, hat die Bank weiterhin Emissionen vorgenommen. In den *nicht an der Währungsunion teilnehmenden Währungen* (ohne GBP) war die Bank vor allem in GRD, CHF und NOK tätig. *Auf den asiatischen Märkten*, die nach der Finanzkrise im zweiten Quartal 1998 wieder in Anspruch genommen werden konnten, wurden 7 auf Hongkong-Dollar (HKD) lautende Operationen und eine zweite Emission in Taiwan-Dollar (TWD) durchgeführt. Was die Währungen von *Commonwealth-Ländern* betrifft, so war die Tätigkeit der Bank insbesondere in südafrikanischen Rand (ZAR) und in australischen Dollar (AUD) umfangreich. In ZAR wurden 12 Emissionen durchgeführt, was Auszahlungen in dieser Währung an Darle-

hensnehmer der Bank in Form von Back-to-back-Operationen ermöglichte. In Australien kehrte die Bank nach siebenjähriger Abwesenheit auf den Markt zurück, wo sie einen Emissions-Rahmenvertrag unterzeichnete und im Rahmen dieses Vertrags eine Emission vornahm.

Im Rahmen von Debt-Issuance-Programmen bzw. Emissions-Rahmenverträgen unterzeichnete Emissionen (vor Swaps)

(Betrag in Mio)				
	Anzahl der Operationen	Währung		EUR
EU insgesamt	12			1 828
Euro	4	EUR	569	569
	2	GBP	635	970
	6	GRD	95 000	289
„Pre-in“	8			1 259
Summe				
Drittwährungen	52			6 882
	1	AUD	400	244
	1	CAD	25	14
	1	CZK	3 000	85
	7	HKD	4 250	514
	2	HUF	12 500	49
	2	JPY	85 930	753
	3	NOK	1 600	190
	1	NZD	100	45
	2	SKK	3 000	66
	20	USD	5 098	4 705
	12	ZAR	1 420	217
Gesamtbetrag	64			8 709

Entwicklung der Kapitalmärkte im Jahr 1999

Im Zuge der Wiederbelebung der Weltwirtschaft verzeichneten die Zinssätze Anfang 1999 wieder eine steigende Tendenz. Der Preisauftrieb in Europa, jedoch insbesondere in den Vereinigten Staaten, verringerte sich unter dem Einfluß der deflationären Welle, die auf die asiatische Krise folgte, beträchtlich. Dies war ein entscheidender Faktor für ein anhaltendes Wachstum in Europa und in den Vereinigten Staaten. Die Nettoexporte belasteten zwar das Wachstum, die Deflation ermöglichte jedoch eine offensive Lockerung der Geldpolitik in den Vereinigten Staaten und in Europa, wodurch die Binnennachfrage gestützt wurde. Insbesondere in den Vereinigten Staaten hat die asiatische Krise möglicherweise zu einer Verlängerung des Wirtschaftsaufschwungs geführt, da sie eine Verschärfung der Geldpolitik zur Dämpfung des Inflationsdrucks zu einem früheren Zeitpunkt verhindert hat. Der Wiederanstieg der maßgeblichen amerikanischen Inflationsrate im Jahr 1999 unterstreicht jedoch auch den vorübergehenden Charakter der Entlastung durch die asiatische Krise. Mitte 1999 war der größte Teil dieser Einflußfaktoren nicht mehr vorhanden, und die Inflation näherte sich rasch wieder ihrem jüngsten historischen Durchschnitt von etwa 3%, was namentlich auf den Anstieg der Ölpreise zurückzuführen war. Mit dem Schwinden der importierten Deflation erhielt die Binneninflation wieder Auftrieb, und nichts deutet darauf hin, daß die auf Hochtouren laufende Wirtschaft ihr Tempo verlangsamt und daß ihr überdurchschnittliches Wachstum von 4% unter diese Marke zurückgehen könnte. In Europa war der Inflationsdruck aufgrund des langsameren Anstiegs der Inlandsnachfrage und einer größeren Produktionslücke weiterhin erheblich schwächer.

Die Anleiherenditen paßten sich rasch an die Normalisierung der Wirtschaftslage in den Vereinigten Staaten und in Europa an. Die Rendite der US-amerikanischen Staatsanleihen mit zehnjähriger Laufzeit stabilisierte sich im Januar 1999 auf einem Niveau von 4,6% und stieg in der Folgezeit bis zum Jahresende wieder auf etwas über 6% an. In Europa verzeichneten die Renditen trotz eines langsameren Wachstums ebenfalls einen Anstieg und erhöhten sich von einem Tiefstand von 3,6% im Februar 1999 bis Dezember auf etwa 5,2%. Der Anstieg in den Vereinigten Staaten und insbesondere in Deutschland zeigt eine Normalisierung der Renditen auf Vor-Krisenniveau und deutet nicht auf einen nennenswerten Anstieg der grundsätzlichen Inflationserwartungen hin, was auch durch die Inflationserwartungen bestätigt wird, die in den Staatsanleihen mit Koppelung an die Preissteigerungsrate zum Ausdruck kommen.

Was die kurzfristigen Zinssätze betrifft, ist festzustellen, daß sie aus den gleichen Gründen wieder auf ihr Vor-Krisenniveau zurückgekehrt sind. In diesem Bereich ist der Unterschied zwischen den Vereinigten Staaten und Europa jedoch ausgeprägter, da sich die Vereinigten Staaten erst am Anfang einer anhaltenden und möglicherweise offensiven Restriktionsphase im Hinblick auf die Verringerung des Wachstums der Inlandsnachfrage und damit die Drosselung des weiteren Inflationsanstiegs befinden dürften. Der Drei-Monats-Satz am Eurodollarmarkt erhöhte sich zwischen Februar und Dezember um 120 Basispunkte auf etwa 6,1%. Die kurzfristigen deutschen Zinssätze verzeichneten einen schwächeren Anstieg um 90 Basispunkte auf 3,4%, was nach wie vor sehr gering ist. Erwähnenswert im Zusammenhang mit dem großen Abstand zwischen den

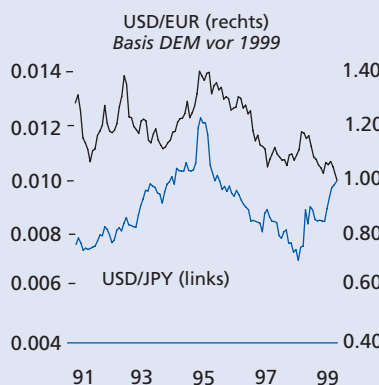
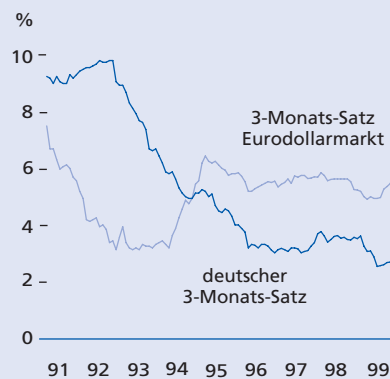
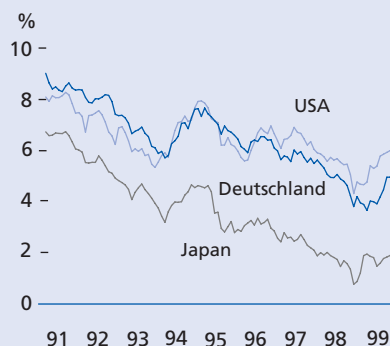
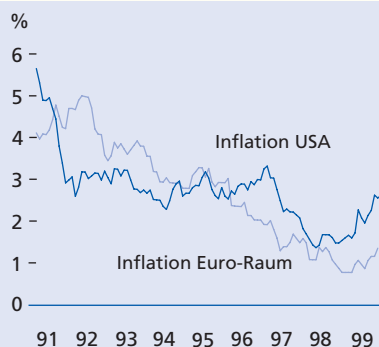




amerikanischen und den deutschen Sätzen (im Dezember 270 Basispunkte) ist dessen Stabilität in den letzten 4 Jahren, worin sich der nach wie vor bestehende Wachstumsunterschied zwischen den zwei Ländern widerspiegelt.

Auf den Devisenmärkten ist als bemerkenswertestes Ereignis des Jahres 1999 zu erwähnen, daß die zuvor starke Korrelation zwischen dem japanischen Wechselkurs und den europäischen Wechselkursen gegenüber dem Dollar nicht weiter fortbestand. Bis Mitte 1998 wurden die Wechselkursbewegungen hauptsächlich vom ständigen Anstieg des Dollarkurses beeinflusst. Infolgedessen tendierten die europäischen Währungen und der Yen gemeinsam nach unten. Demgegenüber verzeichnete der Euro im vergangenen Jahr einen Kursverlust, während sich der japanische Yen in bemerkenswerter Weise befestigte.

Während dem Wechselkursverlust des Euro gegenüber dem Dollar 1999 erhebliche Aufmerksamkeit gewidmet wurde, zeigt die Betrachtung eines längeren Zeitraums, daß die Abwärtsbewegung des Euro im Jahr 1999 im wesentlichen die Fortsetzung eines Trends ist, der bereits 1995 begonnen hatte. In diesem breiteren Zeitrahmen fällt nicht so sehr die Schwäche des Euro in den letzten Monaten auf, als vielmehr seine kurze Befestigung Ende 1998. Die meisten Schätzungen betreffend das Wechselkursgleichgewicht zwischen Euro und Dollar gehen dahin, daß es schließlich bei 1,20 EUR für 1 USD erreicht sein sollte, was dem durchschnittlichen Kurs in der ersten Hälfte der neunziger Jahre entspricht.



Inflationsrate (Verbraucherpreisindex) in den USA und im Euro-Raum

Renditen 10-jähriger Staatsanleihen

Kurzfristige Zinssätze

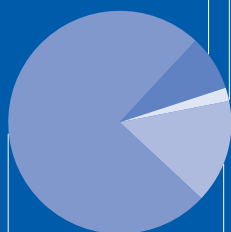
Starke Abweichung zwischen Yen und Euro seit dem 2. Quartal 1998



Verwaltung der liquiden Mittel

Operationelles
Anleihe-Portfolio
externe Verwalter
2%

Operationelles
Hedging-Portfolio
8%



Anlage-Portfolio
15%

Operationelles
Geldmarkt-Portfolio
75%

Verwaltung der liquiden Mittel

Die **liquiden Mittel** belaufen sich zum 31. Dezember 1999 auf **insgesamt rund 16 Mrd EUR**, bzw. abzüglich der kurzfristigen Engagements auf 14 Mrd EUR; sie verteilen sich auf 17 Währungen, darunter der Euro. Der Euro hat an den gesamten liquiden Mitteln einen Anteil von 66%. Auf die Währungen der Europäischen Union entfallen 73% der gesamten liquiden Mittel. Die liquiden Mittel lassen sich wie folgt aufgliedern:

Der größte Teil der Liquidität, der die Liquidität erster Ordnung bildet, entfällt mit **12,2 Mrd EUR** (9,9 Mrd abzüglich der kurzfristigen Engagements) auf das **operationelle Geldmarkt-Portfolio**.

Das operationelle Geldmarkt-Portfolio wird im wesentlichen aus Anleiheerlösen und Cash-flow-Überschüssen gebildet. Der Hauptzweck dieses Portfolios besteht darin, den laufenden Liquiditätsbedarf der Bank zu sichern. Es muß die künftigen Auszahlungen auf Darlehen der Bank decken können.

Das operationelle Geldmarkt-Portfolio besteht per definitionem aus liquiden Instrumenten mit kurzen Laufzeiten. Per Ende 1999 war der größte Teil dieser Mittel in erstklassigen Produkten, der Rest in mobilisierbaren Geldmarktinstrumenten angelegt.

Das operationelle Hedging-Portfolio (1,3 Mrd EUR) ist dazu bestimmt, durch den Erwerb von Anleihen das Zinsrisiko von Anleihe-Neuemissionen der Bank zu Festsätzen ganz oder teilweise abzuschern. Dieses Portfolio ermöglicht es, Anleiheer-

löse unabhängig von Auszahlungsbedarf im Liquiditätsbestand zu halten.

Das operationelle Anleihe-Portfolio (externe Verwalter) dient dem Zweck, eine zusätzliche Liquiditätslinie in Form von Instrumenten bereitzustellen, die einen höheren Ertrag als Anlagen am Geldmarkt bieten. Auf dieses Portfolio entfallen **0,3 Mrd EUR**.

Das Anlage-Portfolio (2,5 Mrd EUR) bildet die Liquidität zweiter Ordnung. Es umfaßt von Staaten der Europäischen Union und erstklassigen öffentlichen Institutionen begebene Anleihen. Mehr als 99% des Gesamtbetrags der im Portfolio befindlichen Titel sind als AA1 eingestuft oder wurden von Mitgliedstaaten der Europäischen Union begeben.

Ergebnis der Verwaltung der liquiden Mittel

Insgesamt gingen die Geldmarktzinssätze 1999 gemessen an den durchschnittlichen Zinssätzen des Jahres 1998 zurück. Das vierte Quartal war jedoch von einem Wiederanstieg der Anleihe- und der Geldmarktzinssätze gekennzeichnet.

Die Verwaltung der liquiden Mittel der Bank erbrachte 1999 ein Nettoergebnis von 496 Mio EUR, das entspricht einer buchmäßigen Gesamtrendite von 3,76%.

Die Mittelanlagen im Rahmen des **operativen Geldmarkt-Portfolios** erbrachten bei einem durchschnittlich angelegten Kapitalbetrag von 8,5 Mrd EUR ein Nettoergebnis von 327 Mio EUR, was eine Rendite von 3,85% ergibt, wobei die kurzfristigen Zinssätze gemessen am Jahr 1998 durchschnittlich niedriger waren.

Mit Anlagen im **operativen Anleihe-Portfolio (externe Verwalter)**, die ausschließlich auf EUR lauten, wurde bei einem durchschnittlich angelegten Kapitalbetrag von 312 Mio EUR ein Nettoergebnis von 8,0 Mio EUR erzielt, was eine Nettorendite nach Provisionen von 2,7% ergibt.

Das **Anlage-Portfolio** erzielte 1999 bei einem durchschnittlich angelegten Kapitalbetrag von 2,5 Mrd EUR ein Gesamtergebnis von 155 Mio EUR (einschließlich Ertrag aus der Veräußerung von Titeln in Höhe von 10 Mio EUR). Seine Gesamtrendite beläuft sich auf 6,18% (5,78% ohne Ertrag aus der Veräußerung von Titeln) gegenüber 7,90% im Vorjahr. Der Rückgang der Rendite ohne Ertrag aus der Veräußerung ist auf die Wiederranlage von Mitteln aus fällig gewordenen Wertpapieren in Titeln mit längerer Laufzeit und niedrigerer Nominalverzinsung zurückzuführen. Die durchschnittliche Duration des Anlage-Portfolios beträgt zum 31. Dezember

1999 5,2 Jahre, gegenüber 1,9 Jahren zum 31. Dezember 1998. Die Duration wurde dem Durationziel für die Eigenmittel der Bank von 5-6 Jahren angepaßt. Der Marktwert des Portfolios beläuft sich zum 31. Dezember 1999 auf 2 491 Mio, gegenüber einem Einbuchungswert von 2 449 Mio.

(Stand 31.12.1999, in Mio EUR)

	1999	1998
Liquide Mittel insgesamt (netto) ohne Engagements		
Gesamtergebnis	496	595
Durchschnittlich angelegter Betrag	13 209	13 046
Durchschnittliche Rendite	3,76%	4,56%
<i>davon operationelles Geldmarkt-Portfolio ohne Engagements</i>		
Gesamtergebnis	327	365
Durchschnittlich angelegter Betrag	8 497	6 766
Durchschnittliche Rendite	3,85%	5,40%
<i>davon operationelles Anleihe-Portfolio (externe Verwalter)</i>		
Gesamtergebnis	8	8
Durchschnittlich angelegter Betrag	312	174
Durchschnittliche Rendite	2,73%	4,24%
<i>davon Anlage-Portfolio</i>		
Gesamtergebnis	155	196
Durchschnittlich angelegter Betrag	2 512	2 479
Durchschnittliche Rendite	6,18%	7,90%

21. Oktober 1999

Eröffnung des Forums:

Sir Brian Unwin, Präsident der EIB
und Vorsitzender ihres
Verwaltungsrats

*„Herausforderung Euroraum - eine
neue dynamische Entwicklung“*

Vorsitzender:

Wolfgang Roth,

Vizepräsident der EIB

- **Giuliano Amato**, Minister für das Staatsvermögen, den Haushalt und die Wirtschaftsplanung; EIB-Gouverneur für Italien
- **Felix G. Rohatyn**, Botschafter der USA in Frankreich, ehemaliger geschäftsführender Direktor der Lazard Frères and Co., New York
- **Jean-Pierre Tirouflet**, Präsident und Vorstandsvorsitzender, Rhodia (Frankreich)
- **Richard Summers**, Direktor für Kontinentaleuropa, 3i Group plc (Vereinigtes Königreich)
- **Jean-Jacques Laffont**, Professor für Volkswirtschaft, Universität Toulouse (Frankreich), und früherer Präsident des Europäischen Wirtschaftsbundes

Forum-Abendessen mit Gastredner

Pedro Solbes Mira, Mitglied der Europäischen Kommission, zuständig für Wirtschafts- und Währungsangelegenheiten

EIB-Forum - Märkte für den Euro: Künftige Entwicklungen

Am fünften EIB-Forum, das am 21. und 22. Oktober 1999 in Paris stattfand, nahmen etwa 400 Fachleute aus dem Bankwesen, der Industrie und der Politik, von internationalen Organisationen, Universitäten und Medien teil, um über die neuen Märkte für den Euro und ihre Perspektiven zu diskutieren. Diese Märkte, zum Zeitpunkt des Forums noch ein völlig neues Phänomen, waren als Thema gewählt worden, um die Bedeutung der neuen Währung für den Erfolg der Wirtschafts- und Währungsunion zu unterstreichen.

In der ersten Sitzung des Forums wurde das gesamtwirtschaftliche Umfeld erörtert, insbesondere die Auswirkungen der Währungsunion auf Wachstum und Beschäftigung. Dies erlaubte es, an das Thema des EIB-Forums von 1998 anzuknüpfen, das den Zusammenhang zwischen Investitionen und der Schaffung von Arbeitsplätzen behandelt hatte. Darüber hinaus wurde während der Sitzung erörtert, auf welche Weise der gegenwärtige Umstrukturierungsprozeß die globale Wettbewerbsposition Europas beeinflusst. Die Beiträge und Diskussionen des zweiten Tags betrafen die Umstrukturierungen im Bankensektor und die neuen Entwicklungen im Bereich der Kapitalmärkte.

Generell tendierten die Redner dazu, eher die positiven Seiten des Euro hervorzuheben, fügten jedoch hinzu „Nicht gut genug – kann sich noch verbessern“; dabei wurde die Belebung des Wirtschaftswachstums in Europa nicht allein dem Euro zugeschrieben. Was den Unternehmenssektor betrifft, so wurde der neue einheitliche Markt für den Euro als besonders günstig für den Prozeß der Umstrukturierungen und Fusionen in Europa angesehen. Mehrere Redner wiesen darauf hin, daß diese Fusionen und Übernahmen in zunehmendem Maße grenzüberschreitend erfolgen und so zum Entstehen großer europäischer Unternehmensgruppen führen, die in der Lage sind, sich im internationalen Wettbewerb erfolgreich zu behaupten. Auf den Kapitalmärkten hat die Einheitswährung zu einer außerordentlichen Zunahme der auf Euro lautenden Anleiheemissionen geführt, insbesondere im Bereich der von großen europäischen Unternehmen begebenen Titel zur Finanzierung ihrer ehrgeizigen Entwicklungsstrategien.

Die Redner machten auch darauf aufmerksam, daß es Europa noch nicht gelungen ist, einen großen einheitlichen Finanzmarkt wie in den Vereinigten Staaten zu schaffen. Zu viele fiskalische und regulatorische Hindernisse müssen hier noch beseitigt werden, bevor europäische Unternehmen von homogenen Rahmenbedingungen auf steuerlichem und sozialem Gebiet profitieren können, wie

*Sir Brian Unwin
auf dem EIB-Forum
in Paris*





dies in den USA der Fall ist. Im übrigen bietet Größe durch Neugruppierungen auf nationaler Ebene bzw. durch grenzüberschreitende Fusionen im Bankensektor noch keine Gewähr für Rentabilität. Fusionen, mit denen eine europäische Dimension erlangt werden soll, sind nur dann zweckmäßig, wenn sie hochspezialisierte Sparten mit einer deutlichen internationalen Komponente betreffen. Darüber hinaus wurde darauf hingewiesen, daß zwar ein geeigneter gesamtwirtschaftlicher und monetärer Rahmen inzwischen geschaffen wurde, die erforderlichen Strukturreformen jedoch noch durchgeführt werden müssen.

Gastredner waren Pedro Solbes Mira, Mitglied der Europäischen Kommission, zuständig für Wirtschafts- und Währungsangelegenheiten, sowie Dominique Strauss-Kahn, seinerzeit französischer Minister für Wirtschaft, Finanzen und Industrie und EIB-Gouverneur für Frankreich. Beide brachten ihren Optimismus in bezug auf die Zukunft des Euro zum Ausdruck. Dominique Strauss-Kahn hob insbesondere den stabilisierenden Effekt des Euro hervor, der es ermöglichte, die negativen Auswirkungen der internationalen Finanzkrise von 1998 und Anfang 1999 in Grenzen zu halten. Der Euro hat der Europäischen Union auch neue Impulse auf dem Weg zur Vollbeschäftigung gegeben. Um diese Entwicklung nachhaltig zu unterstützen, müssen die Mitgliedstaaten ihre Bemühungen zur Senkung der öffentlichen Ausgaben, der Inflation und der Zinsen in Einklang mit den Kriterien des Vertrags von Maastricht fortsetzen. Dominique Strauss-Kahn ist überzeugt, daß die Mitgliedstaaten der EU in einem günstigen wirtschaftlichen Umfeld das im Vertrag festgesetzte Kriterium für die öffentlichen Ausgaben erfüllen werden.

Pedro Solbes Mira sieht für Europa eine anhaltende Phase nachhaltiger Wirtschaftsexpansion und der Schaffung von Arbeitsplätzen vorher. Er betont, daß die Mitgliedstaaten weiterhin die Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspakts einhalten müssen. Im Hinblick auf das Euro-Währungsgebiet spricht er sich eindeutig für den Beitritt der vier Mitgliedstaaten aus, die sich nicht von Anfang an an der Wirtschafts- und Währungsunion beteiligt haben. Die Währungsunion soll aber nicht auf die 15 EU-Mitgliedstaaten beschränkt bleiben, da die Beitrittskandidaten ebenfalls danach streben, der WWU beizutreten und den Euro einzuführen. Dabei wird es sich allerdings um einen schrittweisen Prozeß handeln und keineswegs um eine automatische und sofortige Folge ihres Eintritts in die Europäische Union. Nach ihrem Beitritt benötigen die neuen Mitglieder vermutlich eine Übergangsperiode, um sich an die Bedingungen des Vertrags anzupassen.

In seinem Schlußwort hält Francis Mayer, Vizepräsident der EIB, fest, daß der Euro keinen Selbstzweck darstellt. Die Einheitswährung erweist sich zwar schon jetzt als beachtlicher finanzieller und technischer Erfolg, gefordert ist nunmehr jedoch eine Politik, die dafür sorgt, daß der Euro einen Beitrag zu Frieden und Stabilität für die Einwohner der Europäischen Union und ihre Nachbarn im Osten und Süden leistet. Dies ist das Kriterium, an dem mittelfristig der tatsächliche Erfolg des Euro zu messen sein wird.

22. Oktober 1999

„Veränderungen im Finanzsektor des Euroraums“

Einleitung von Alfred Steinherr,
Chefvolkswirt der EIB

1. Sitzung:

„Die Umstrukturierungen im Bankensektor“

Vorsitzender:

Massimo Ponzellini,
Vizepräsident der EIB

- **Marc Antoine Autheman,**
Vorstandsvorsitzender, Crédit Agricole Indosuez (Frankreich)
- **Artur Santos Silva,** Präsident,
Banco Português de Investimento (Portugal)
- **Maurizio Sella,** Präsident des
italienischen Bankenverbandes
und geschäftsführender Direktor,
Banca Sella S.p.A. (Italien)

2. Sitzung:

„Eine wichtigere Rolle für die Kapitalmärkte?“

Vorsitzender:

Ewald Nowotny,
Vizepräsident der EIB

- **Gerd Häusler,** Mitglied des
Vorstands, Dresdner Bank AG
(Deutschland)
- **Fernando Abril Hernández,**
Präsident und Mitglied des
Verwaltungsrates der TPI,
Telefónica-Gruppe (Spanien)
- **Rodolfo Boggi,** Mitglied des
Vorstands der Gruppe, UBS AG
(Schweiz)

Gastredner:

Dominique Strauss-Kahn, Minister für
Wirtschaft, Finanzen und Industrie;
EIB-Gouverneur für Frankreich

Schlußrede:

Francis Mayer,
Vizepräsident der EIB

Die Finanzierungsinstitution der Europäischen Union





Leitung und Personal der EIB

Rat der Gouverneure

Der Rat der Gouverneure besteht aus den von den Mitgliedstaaten benannten Ministern, bei denen es sich in der Regel um die Finanzminister handelt. Sie vertreten die Mitgliedstaaten in ihrer Eigenschaft als Anteilseigner der Bank.

Der Rat der Gouverneure erläßt die Richtlinien für die Kreditpolitik der Bank, genehmigt den Jahresabschluß und den Jahresbericht, entscheidet über Kapitalerhöhungen und bestellt die Mitglieder des Verwaltungsrats, des Direktoriums und des Prüfungsausschusses.

Bis April 1999 war Erik ÅSBRINK, Gouverneur für Schweden, Vorsitzender des Rates der Gouverneure. Sein Nachfolger Bosse RINGHOLM, ebenfalls Gouverneur für Schweden, übernahm den Vorsitz bis zur Jahressitzung im Juni 1999. Anschlie-

Bend ging der Vorsitz turnusmäßig auf Gordon BROWN, Gouverneur für das Vereinigte Königreich, über.

Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat gewährleistet, daß die Tätigkeit der Bank den Bestimmungen des EG-Vertrags und ihrer Satzung sowie den vom Rat der Gouverneure erlassenen allgemeinen Richtlinien entspricht. Er hat die ausschließliche Entscheidungsbefugnis für die Gewährung von Darlehen und Bürgschaften sowie die Aufnahme von Anleihen. Die Mitglieder des Verwaltungsrats werden von den Mitgliedstaaten benannt und vom Rat der Gouverneure für fünf Jahre bestellt; ihre Wiederbestellung ist zulässig. Sie sind ausschließlich der Bank verantwortlich. Nach Maßgabe von Artikel 11 Absatz 2 der Satzung der Bank in seiner geänderten Fassung besteht der Verwaltungsrat aus 25 ordentlichen und 13 stellvertretenden Mitgliedern. 24 bzw. 12 Mitglieder werden von den Mitgliedstaaten, ein ordentliches und ein stellvertretendes Mitglied von der Europäischen Kommission benannt.

Seit der Veröffentlichung des Jahresberichts 1998 sind im Verwaltungsrat folgende Veränderungen eingetreten: Anstelle von Fernando BECKER ZUAZUA, Vittorio GRILLI, Paul McINTYRE, Pedro Antonio MERINO GARCÍA und Francis MAYER wurden José GASSET LORING, Lorenzo BINI SMAGHI, Ivan ROGERS, Iñigo FERNÁNDEZ DE MESA und Stéphane PALLEZ zu ordentlichen Mitgliedern bestellt. Die durch Aus-

scheiden von Léon HERRERA SANTA MARÍA, Eneko LANDÁBURU ILLARRAMENDI und Xavier MUSCA freigewordenen Sitze stellvertretender Verwaltungsratsmitglieder wurden mit ..., Guy CRAUSER und Bruno DELETRÉ besetzt. Der Verwaltungsrat dankt den ausgeschiedenen Mitgliedern für ihren Beitrag zu seiner Tätigkeit.

Rat der Gouverneure

Präsident

Gordon BROWN (Vereinigtes Königreich)
Bosse RINGHOLM, *bis Juni 1999* (Schweden)
Erik ÅSBRINK, *bis April 1999* (Schweden)

Belgien	Didier REYNERS, Ministre des Finances Jean-Jacques VISEUR, Ministre des Finances, <i>bis Juli 1999</i>
Dänemark	Marianne JELVED, økonomiminister og minister for nordisk samarbejde, vicestatsminister Mogens LYKKETOFT, finansminister, <i>bis Februar 2000</i>
Deutschland	Hans EICHEL, Bundesminister der Finanzen Oskar LAFONTAINE, Bundesminister der Finanzen, <i>bis März 1999</i>
Griechenland	Yannos PAPANTONIOU, Wirtschafts- und Finanzminister
Spanien	Rodrigo DE RATO Y FIGAREDO, Vicepresidente del Gobierno y Ministro de Economía y Hacienda
Frankreich	Laurent FABIUS, Ministre de l'Économie, des Finances et de l'Industrie Christian SAUTTER, Ministre de l'Économie, des Finances et de l'Industrie, <i>bis März 2000</i> Dominique STRAUSS-KAHN, Ministre de l'Économie, des Finances et de l'Industrie, <i>bis November 1999</i>
Irland	Charles MCCREEVY, Minister for Finance
Italien	Vincenzo VISCO, Ministro del Tesoro, del Bilancio e della Programmazione Economica Giuliano AMATO, Ministro del Tesoro, del Bilancio e della Programmazione Economica, <i>bis April 2000</i> Carlo Azeglio CIAMPI, Ministro del Tesoro, del Bilancio e della Programmazione Economica, <i>bis Mai 1999</i>
Luxemburg	Jean-Claude JUNCKER, Premier Ministre, Ministre des Finances
Niederlande	Gerrit ZALM, Minister van Financiën
Österreich	Karl-Heinz GASSER, Bundesminister für Finanzen Rudolph EDLINGER, Bundesminister für Finanzen, <i>bis Februar 2000</i>
Portugal	Joaquim PINA MOURA, Ministro das Finanças António SOUSA FRANCO, Ministro das Finanças, <i>bis Oktober 1999</i>
Finnland	Suvi-Anne SIIMES, Ministeri, Valtiovarainministeriö Jouko SKINNARI, Ministeri, Valtiovarainministeriö, <i>bis April 1999</i>
Schweden	Bosse RINGHOLM, Finansminister Erik ÅSBRINK, Finansminister, <i>bis April 1999</i>
Vereinigtes Königreich	Gordon BROWN, Chancellor of the Exchequer

Prüfungsausschuß

Präsident

Yrjö TUOKKO, Managing Director, Tuokko Deloitte & Touche Oy, Helsinki

Mitglieder

Michael J. SOMERS, Chief Executive, National Treasury Management Agency, Dublin
Albert HANSEN, Chef de Cabinet du Grand-Duc héritier, Luxemburg

Beobachter

Emídio MARIA, Subinspector-Geral de Finanças, Inspeção-Geral de Finanças, Lissabon

Stand 1. Mai 2000



Verwaltungsrat

Präsident
Philippe MAYSTADT

Vizepräsidenten
Wolfgang ROTH
Panagiotis-Loukas GENNIMATAS
Massimo PONZELLINI
Luis MARTÍ
Rudolf de KORTE
Ewald NOWOTNY
Francis MAYER
Peter SEDGWICK

Ordentliche Mitglieder

Jean-Pierre ARNOLDI	Administrateur général de la Trésorerie, Ministère des Finances, Brüssel
Lorenzo BINI SMAGHI	Dirigente Generale, Capo della Direzione III, Dipartimento del Tesoro, Ministero del Tesoro, Rom
Sinbad J.D. COLERIDGE	Project Finance Director of Private Financial Holdings Limited, EFG Private Bank, London
Isabel CORREIA BARATA	Consultora da Direcção, Departamento de Relações Internacionais, Banco de Portugal, Lissabon
Wedige Hanns von DEWITZ	Ministerialdirektor, Leiter der Abteilung Außenwirtschafts- und Europapolitik, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Berlin
Tony FAINT	Director (International), Department for International Development, London
Iñigo FERNÁNDEZ DE MESA	Subdirector General de Coordinación de Organismos Monetarios Internacionales, Ministerio de Economía y Hacienda, Madrid
José GASSET LORING	Presidente del Instituto de Crédito Oficial, Madrid
Inga-Maria GRÖHN	Finanssineuvos, Valtiovarainministeriö, Helsinki
Rainer MASERA	Amministratore Delegato e Direttore Generale, San Paolo IMI, Rom
Konstantinos MASSOURAS	Direktor für Finanz- und Haushaltsangelegenheiten, Ministerium für Wirtschaft, Athen
Sven-Olof JOHANSSON	Finansråd, Internationella avdelningen, Finansdepartementet, Stockholm
Noel Thomas O’GORMAN	Second Secretary, Finance Division, Department of Finance, Dublin
Stéphane PALLEZ	Service des Affaires Européennes et Internationales, Direction du Trésor, Ministère de l’Économie, des Finances et de l’Industrie, Paris
Vincenzo PONTOLILLO	Direttore Centrale, Banca d’Italia, Rom
Antoine POUILLIEUTE	Directeur général, Groupe Agence Française de Développement, Paris
Giovanni RAVASIO	Generaldirektor für Wirtschaft und Finanzen, Europäische Kommission, Brüssel
Gaston REINESCH	Directeur général, Ministère des Finances, Luxemburg
Emmanuel RODOCANACHI	Chargé de mission, Direction du Personnel et de la Modernisation administrative, Ministère de l’Économie, des Finances et de l’Industrie, Paris
Ivan ROGERS	Deputy Director for Europe and International Finance Directorate, HM Treasury, London
Gerd SAUPE	Ministerialdirigent, Bundesministerium der Finanzen, Berlin
Lars TYBJERG	Direktør, finansstyrelsen, Kopenhagen
Gert VOGT	Sprecher a.D. des Vorstands der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt
Jos de VRIES	Plaatsvervangend Directeur Financiële Betrekkingen, Ministerie van Financiën, Den Haag
Thomas WIESER	Sektionschef, Leiter der Integrations- und Zollsektion, Bundesministerium für Finanzen, Wien

Stellvertretende Mitglieder

Gino ALZETTA	Directeur, Trésorerie, Ministère des Finances, Brüssel
Gerhard BOEHMER	Ministerialdirigent, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Bonn
Guy CRAUSER	Generaldirektor für Regionalpolitik, Europäische Kommission, Brüssel
Bruno DELETRÉ	Sous-Directeur Europe et Affaires monétaires internationales, Direction du Trésor, Ministère de l’Économie, des Finances et de l’Industrie, Paris
Nunzio GUGLIELMINO	Dirigente Generale, Capo della Direzione VP, Dipartimento del Tesoro, Ministero del Tesoro, Rom
Giuseppe MARESCA	Dirigente Superiore, Direzione Generale del Tesoro, Ministero del Tesoro, Rom
Annette MOE	Spezialkonsulent, finansstyrelsen, Kopenhagen
John Francis NUGÉE	Chief Manager, Reserves Management, Bank of England, London
Kaarina RAUTALA	Hallitusneuvos, Valtiovarainministeriö, Helsinki
Pierre RICHARD	Président-Directeur général du Crédit Local de France-DEXIA, Paris
Philip RUTNAM	Head of Enterprise Team, HM Treasury, London
Konrad SOMMER	Ministerialrat Referat E A3, Bundesministerium der Finanzen, Berlin
...	...

Stand 1. Mai 2000



Direktorium

Das Direktorium ist das auf Vollzeitbasis tätige Exekutivorgan der Bank. Es nimmt unter der Aufsicht des Präsidenten und der Kontrolle des Verwaltungsrats die laufenden Geschäfte der EIB wahr. Alle wichtigen Entscheidungen werden auf kollektiver Basis getroffen. Die Hauptzuständigkeiten der Mitglieder des Direktoriums für die Betreuung der verschiedenen Tätigkeitsbereiche sind der nachstehenden Übersicht zu entnehmen. Das Direktorium bereitet die Entscheidungen des Verwaltungsrats vor und sorgt für deren Durchführung. In den Sitzungen des Verwaltungsrats führt der Präsident oder bei seiner Verhinderung einer der Vizepräsidenten den Vorsitz. Die Mitglieder des Direktoriums sind ausschließlich der Bank verantwortlich. Sie werden vom Rat der Gouverneure auf Vorschlag des Verwaltungsrats für sechs Jahre bestellt.

Der Rat der Gouverneure hat am 22. Dezember 1999 beschlossen, die Zahl der Vizepräsidenten im Direktorium der Bank für den Zeitraum vom 1. Januar 2000 bis zum 30. Juni 2000 von sieben auf acht zu erhöhen. Damit wird einer Ausnahmesituation Rechnung getragen, die sich aus den von den Gouverneuren bereits beschlossenen Bestellungen ergab.

Der Rat der Gouverneure hat Philippe MAYSTADT mit Wirkung vom 1. Januar 2000 zum Präsidenten der Europäischen Investitionsbank bestellt. Als belgischer Finanzminister war Philippe MAYSTADT von Juni 1988 bis Juni 1998 Gouverneur der EIB. Er ist Nachfolger von Sir Brian UNWIN, der das Amt des Präsidenten seit dem 1. April 1993 innehatte.

Der Rat der Gouverneure hat ferner folgende Bestellungen zu Vizepräsidenten der EIB vorgenommen: mit Wirkung vom 1. September 1999 Ewald NOWOTNY, Abgeordneter zum Nationalrat Österreichs und Vorsitzender seines Finanzausschusses,

als Nachfolger von Claes de NEERGAARD, der seit dem 1. September 1995 Vizepräsident der EIB war; mit Wirkung vom 1. Oktober 1999 Francis MAYER, Chef du Service des Affaires européennes et internationales in der Direction du Trésor des französischen Ministeriums für Wirtschaft, Finanzen und Industrie als Nachfolger von Ariane OBOLENSKY, die seit dem 1. Juli 1994 Vizepräsidentin der EIB war; ferner mit Wirkung vom 1. Januar 2000 Peter SEDGWICK, stellvertretender Direktor im Public Spending Directorate des britischen Schatzamts, in der Nachfolge von Sir Brian UNWIN, Präsident.

Der Rat der Gouverneure und der Verwaltungsrat haben dem Präsidenten, Sir Brian UNWIN, sowie den Vizepräsidenten Ariane OBOLENSKY und Claes de NEERGAARD ihre große Anerkennung zum Ausdruck gebracht. Der Rat der Gouverneure hat in Ansehung ihrer Verdienste für die Bank Sir Brian UNWIN den Titel eines Ehren-Präsidenten sowie Ariane OBOLENSKY bzw. Claes de NEERGAARD den Titel eines Ehren-Vizepräsidenten verliehen.



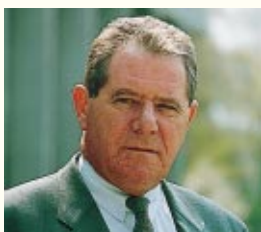
Die kollegiale Leitung der Bank: die Mitglieder des Direktoriums und die von ihnen betreuten Bereiche

Massimo PONZELLINI
Vizepräsident



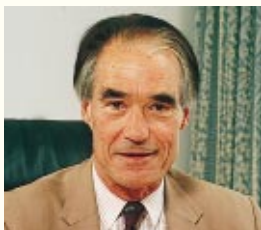
- Finanzierungen in Italien und Beziehungen zur Schweiz
- Kreditrisiken und Verwaltung der Finanzierungen
- Buchhaltung und Finanzrisikokontrolle
- Beziehungen zum EIF
- Tätigkeit zugunsten von KMU

Wolfgang ROTH
Vizepräsident



- Finanzierungen in Deutschland und in Mittel- und Osteuropa
- Information und Kommunikation
- Stellvertretender Gouverneur der EBWE

Rudolf de KORTE
Vizepräsident



- Finanzierungen in Belgien, Luxemburg und den Niederlanden, in Asien und Südafrika
- Rechtsfragen und Beziehungen zum Europäischen Gerichtshof
- Umweltschutz
- Kontakte zur AsDB

Philippe MAYSTADT
Präsident der Bank und Vorsitzender ihres Verwaltungsrats



- Beziehungen zum Parlament
- Finanzkontrolle
- Personal
- Budget
- Präsident des Aufsichtsrats des EIF
- Gouverneur der EBWE

Francis MAYER
Vizepräsident



- Finanzierungen in Frankreich, in den Maghreb- und den Maschrik-Ländern, in Israel, im Gazastreifen/ Westjordanland
- Finanzpolitik
- Kapitalmärkte
- Treasury

Panagiotis-Loukas GENNIMATAS
Vizepräsident



- Finanzierungen in Dänemark, Griechenland und Irland, in Albanien, Zypern, Malta, der Türkei und in den Ländern des ehemaligen Jugoslawien
- Evaluierung der Projekte
- Regionalentwicklung, Kohäsionsfonds

Peter SEDGWICK
Vizepräsident



- Finanzierungen im Vereinigten Königreich
- Öffnung und Transparenz
- Beziehungen zu den nicht-staatlichen Organisationen

Luis MARTÍ
Vizepräsident



- Finanzierungen in Spanien, Portugal und Lateinamerika
- Informationstechnik
- Interne und externe Prüfung
- Kontakte zur IaDB

Ewald NOWOTNY
Vizepräsident



- Finanzierungen in Österreich, Schweden und Finnland, in Island und Norwegen, in den AKP-Staaten
- Wirtschafts- und Finanzstudien
- Transeuropäische Netze
- Ex-post-Evaluierung
- Erweiterung der EU (institutionelle Aspekte)
- Kontakte zur NIB und zur AfDB

Organisationsstruktur der EIB

(Stand 15. April 2000)

Generalsekretariat

Francis CARPENTER
Generalsekretär



Allgemeine Angelegenheiten

Rémy JACOB
Direktor

Sekretariat
Hugo WOESTMANN
Planung, Budget und Kontrolle
Theoharry GRAMMATIKOS
Übersetzung
Georg AIGNER
Einkauf und Verwaltungsdienste
Manfredo PAULUCCI DE CALBOLI
Koordination
Evelyne POURTEAU

Gemeinsame Dienste und Facilities Management
Adriaan ZILVOLD
Direktor

Agustín AURÍA

Repräsentationsbüro in Brüssel

Andreas VERYKIOS
Direktor

Autonome Hauptabteilungen

Personal

Gerlando GENUARDI
Direktor
Personalverwaltung
Zacharias ZACHARIADIS
Personalpolitik
Margareta HÖLCKE
Einstellungen
Jörg-Alexander UEBBING

Informationstechnik

Dominique de CRAYENCOUR
Direktor
Software-Projekte
Alexander ANDO
EDV-Dienste
Andrew ALLEN
Ernest FOUSSE

Umsetzung von Prüfungsempfehlungen
Helmut KUHRT

Direktion Finanzierungen in der Europäischen Union

Michel DELEAU
Direktor mit Generalvollmacht



Italien (Rom)

Thomas HACKETT
Direktor

Infrastruktur

...
Energie
Michael O'HALLORAN
Industrie, Kreditinstitute
Jean-Christophe CHALINE

Belgien, Frankreich, Luxemburg, Niederlande

Alain BELLAVOINE
Direktor

Frankreich - Infrastruktur
Jacques DIOT
Frankreich - Unternehmen
Konstantin SYNADINO
Belgien, Luxemburg, Niederlande
Ferdinand SASSEN

Deutschland, Österreich

Emanuel MARAVIC
Direktor

Büro in Berlin
Franz-Josef VETTER
Deutschland (nördliche Länder)
Laurent DE MAUTORT
Deutschland (südliche Länder), Österreich
Joachim LINK

Spanien, Portugal

Armin ROSE
Direktor

Spanien - Öffentlicher Sektor
Francisco DOMINGUEZ
Spanien - Privater Sektor
Fernando DE LA FUENTE
Büro in Madrid
José Miguel ZUDAIRE
Portugal
Filipe CARTAXO
Büro in Lissabon
David COKER

Irland, Vereinigtes Königreich, Nordsee

Thomas BARRETT
Direktor

Banken, Industrie und Forderungsverbriefung
Bruno LAGO
Versorgung und Infrastruktur
Tilman SEIBERT
Strukturierte Finanzierungen und öffentlich-private Partnerschaften
...
Büro in London
Guy BAIRD

Griechenland, Finnland, Dänemark, Schweden

Antonio PUGLIESE
Direktor

Griechenland, Finnland
Christopher KNOWLES
Büro in Athen
Arghyro ELEFThERiADOU
Dänemark, Schweden
Paul DONNERUP

Koordination

Jos VAN KAAM
Direktor

Koordination
Guy CLAUSSE
Business Support
Ralph BAST

Direktion Finanzierungen außerhalb der Europäischen Union

...
Direktor mit Generalvollmacht

Afrika, Karibik, Pazifik

Martin CURWEN
Direktor

Flavia PALANZA

Westafrika und Sahelzone
Tassilo HENDUS
Zentral- und Ostafrika
Jacqueline NOËL
Südliches Afrika und Indischer Ozean
Justin LOASBY
Karibik und Pazifik
Stephen MCCARTHY

Mittelmeerraum

Jean-Louis BIANCARELLI
Direktor

Daniel OTTOLENGHI
Philippe OSTENC

Maghreb, Türkei
Alain SÈVE
Maschrik, Naher Osten, Malta, Zypern
Patrick WALSH

Mittel- und Osteuropa

Walter CERNOIA
Direktor

Estland, Lettland, Litauen, Polen
Grammatiki TSINGOU-PAPADOPETROU
Ungarn, Slowakei, Slowenien, Euratom
Henk DELSING
Albanien, Bulgarien, Rumänien, Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Bundesrepublik Jugoslawien, ehem. jugoslawische Republik Mazedonien
Guido BRUCH
Tschechische Republik, Globaldarlehen Osteuropa
Jean VRLA

Asien und Lateinamerika

Claudio CORTESE
Direktor

Asien
Siward DE VRIES
Lateinamerika
Matthias ZÖLLNER

Koordination und Kontrolle

Manfred KNETSCH
Direktor

Koordination
Marc BECKER
Kontrolle: Mittelmeerraum, Mittel- und Osteuropa, Asien und Lateinamerika
Christian CAREAGA
Kontrolle: AKP-Länder und Finanzinstitute
Guy BERMAN

Da sich die Organisationsstruktur der Bank ändert, kann die jeweils neueste Version des Organigramms auf der Internet-Seite der EIB www.eib.org eingesehen werden.



Direktion für Finanzen

René KARSENTI
Direktor mit Generalvollmacht



Kapitalmärkte

Jean-Claude BRESSON
Direktor

Barbara BARGAGLI PETRUCCI
Stellv. Direktorin

Euro - Benchmark-Operationen
Carlos FERREIRA DA SILVA

Euro - Sonstige Operationen
Joseph VOGTEN

Europa (außer Euro)

Mittel- und Osteuropa, Mittelmeerraum, Afrika
Barbara BARGAGLI PETRUCCI

Nord- und Südamerika, Asien, Pazifik
Carlos GUILLE

Treasury

Anneli PESHKOFF
Direktor

Portfolio
James RANAIVOSON

Liquidität
Francis ZEGHERS

Aktiv-Passiv-Management
Jean-Dominique POTOCKI

Planung und Abwicklung

Eberhard UHLMANN
Direktor

Back-Office Darlehen
Francisco DE PAULA COELHO

Back-Office Treasury
Erling CRONQVIST

Back-Office Anleihen
Yves KIRPACH

Koordination
Henri-Pierre SAUNIER

Finanzierungsgrundsätze, Aktiv-Passiv-Management und Kontrolle der Marktrisiken
Alain GODARD

Direktion Projekte

Caroline REID
Direktorin mit Generalvollmacht



Jacques GIRARD
(Allgemeine wirtschaftliche Fragen)

Agostino FONTANA
(Gemeinschaftspolitik)

Peter CARTER
(Umweltpolitik)

Infrastruktur

Peter BOND
Direktor

Luft- und Seeschifffahrt
Jean-Pierre DAUBET

(Auftragsvergabe)
Barendt STOFKOPER
Städtische Infrastruktur
Luis LÓPEZ RODRÍGUEZ
Straßen/Eisenbahn und Koordination Umweltschutz
Lars NORDIN
Wasserversorgung und Abwasserentsorgung
José FRADE
Wirtschaftsfragen
Mateo TURRO

Energie/Telekommunikation

Günter WESTERMANN
Direktor

Elektrische Energie, Erdöl und Erdgas
René VAN ZONNEVELD

Angelo BOIOLI
(Koordination Umweltschutz)

Heiko GEBHARDT

(Abfallwirtschaft)

Telekommunikation

Patrick MULHERN

Juan ALARIO GASULLA

Industrie

...

Bergbau, Schwerindustrie
Constantin CHRISTOFIDIS

(Koordination Umweltschutz)
Jean-Jacques MERTENS

(Verarbeitende Industrie)

Bernard BÉLIER

Carillo ROVERE

Bildung, Gesundheit

Stephen WRIGHT

Dienstleistungen, Fremdenverkehr, Agroindustrie, zwischengeschaltete Finanzinstitute

Peder PEDERSEN

Pedro OCHOA

Koordination und Kontrolle
Patrice GÉRAUD

Direktion für Rechtsfragen

Alessandro MORBILLI
Chefsyndikus



Finanzfragen
Marc DUFRESNE
Co-Direktor

Koordination und institutionelle Grundsatzfragen
Pauliine KOSKELO
Co-Direktorin

Operationelle Grundsatzfragen
Roderick DUNNETT

Operationen

Konstantin ANDREOPOULOS
Stellv. Chefsyndikus

Hans-Jürgen SEELIGER

Deutschland, Österreich

Gerhard HÜTZ

Spanien, Portugal

Alfonso QUEREJETA

Griechenland, Irland, Vereinigtes Königreich

Patrick Hugh CHAMBERLAIN

Belgien, Frankreich, Luxemburg, Niederlande

Pierre ALBOUZE

Dänemark, Finnland, Schweden, Mittel- und Osteuropa

Robert WAGENER

AKP, Asien und Lateinamerika, Mittelmeerraum, ÜLG
Marco PADOVAN
Italien
Manfredi TONCI OTTIERI

Direktion Wirtschaftsstudien und Information

Alfred STEINHERR
Chefvolkswirt



Wirtschafts- und Finanzstudien

Christopher HURST

Eric PERÉE

Dokumentation und Bibliothek

Marie-Odile KLEIBER

Information und Kommunikation

Henry MARTY-GAUQUIÉ
Direktor

Beziehungen zu den Medien

Adam McDONAUGH

Kommunikationspolitik

Paul Gerd LÖSER

Koordination

Daphné VENTURAS

Evaluierung der Operationen

Horst FEUERSTEIN
Direktor



Peter HELGER

Kreditrisiken

Terence BROWN
Direktor



Koordination und Kontrolle

Pier Luigi GILBERT

Stellv. Direktor

Infrastruktur

Per JEDEFORS

Stellv. Direktor Operationen und Infrastruktur

Projekt- und Risikokapitalfinanzierungen

Klaus TRÖMEL

Energie und Industrie

John Anthony HOLLOWAY

Banken

Georg HUBER

Finanzkontrolle

Patrick KLAEDTKE
Direktor



Buchhaltung

Luis BOTELLA MORALES

Stellv. Direktor

Projektmanagement und Koordination

Charles ANIZET

Interne Kontrollsysteme und Controlling

...

Innenrevision

Peter MAERTENS

Prüfungsausschuß

Die drei Mitglieder des Prüfungsausschusses werden vom Rat der Gouverneure für drei Jahre ernannt; die Wiederernennung ist zulässig. Seit 1996 gehört dem Prüfungsausschuß ferner ein Beobachter an; er wird jedes Jahr für die Dauer eines Jahres ernannt. Als unabhängiges Organ, das unmittelbar dem Rat der Gouverneure verantwortlich ist, prüft der Ausschuß die Übereinstimmung der Geschäfte der Bank mit den Bestimmungen ihrer Satzung und die Ordnungsmäßigkeit der Bücher der Bank. Der Rat der Gouverneure nimmt vom Bericht, von den Schlußfolgerungen sowie von der Erklärung des Prüfungsausschusses Kenntnis, bevor er den Jahresbericht des Verwaltungsrats genehmigt.

Am 14. Juni 1999 hat der Rat der Gouverneure Albert HANSEN als Nachfolger von Emidio MARIA, dessen Mandat abgelaufen war, ernannt. Im jährlichen turnusmäßigen Wechsel hat Yrjö TUOKKO den Vorsitz im Prüfungsausschuß übernommen, den bis zum 14. Juni 1999 Emidio MARIA geführt hatte.

In der Jahressitzung im Juni 1999 haben die Gouverneure ferner beschlossen, Emidio MARIA für die Dauer eines Jahres das Mandat eines Beobachters im Prüfungsausschuß zu übertragen.



Seiner Aufgabe entsprechend hält der Prüfungsausschuß monatliche Sitzungen mit dem Direktorium und den Leitern der wichtigsten Dienststellen der Bank ab, koordiniert die Arbeiten der externen Abschlußprüfer und der Innenrevision der Bank, deren Berichte er prüft, und wertet die Informationen aus, die von den für die Überwachung und die Kontrolle zuständigen Hauptabteilungen der Bank geliefert werden.

Der Prüfungsausschuß führt außerdem vor Ort Besichtigungen von Projekten durch, die von der Bank finanziert wurden. 1999 hat er gemeinsam mit dem Rechnungshof der Europäischen Gemeinschaften verschiedene Projekte in Spanien und Portugal besichtigt, die in Form von nichtrückzahlbarer Hilfe bzw. in Form von Darlehen finanziert bzw. kofinanziert wurden oder für die im Rahmen der Bestimmungen des EWR-Finanzierungsmechanismus vorgesehene Zinsvergütungen gewährt wurden.

Ferner hat der Ausschuß im Anschluß an die in sämtlichen Ländern der EU mit dem Rechnungshof durchgeführten Vor-Ort-Besuche die Umsetzung und die Auswirkungen der zeitlich begrenzten KMU-Fazilität geprüft, die im April 1994 im Hinblick auf die Schaffung von Arbeitsplätzen eingerichtet worden war (Fazilität von Kopenhagen).

Personalführung

Um sämtlichen ihr übertragenen Aufgaben bestmöglich nachkommen zu können, ist die EIB der Förderung einer dynamischen Personalverwaltung durch die Verbesserung der internen Mobilität und der Entwicklungsmöglichkeiten ihrer Mitarbeiter verpflichtet. 1999 waren ihre Bemühungen vor allem auf die Weiterentwicklung der oberen Führungskräfte ausgerichtet. Auch hat sie ihre Maßnahmen in den Bereichen Mitarbeiterfortbildung, Chancengleichheit und Dialog mit den Personalvertretern aktiv fortgesetzt.

Des weiteren ist die Bank bestrebt, für die Einhaltung der höchsten ethischen Normen bei der Durchführung ihrer Aktivitäten Sorge zu tragen. Sie arbeitet daher Verhaltenskodizes für ihr Personal und ihre leitenden Organe aus und führt Verfahren zur Betrugsbekämpfung ein.

Personalpolitik

Mobilität und neue Aufstiegsmöglichkeiten

Eine wichtige Komponente der Personalpolitik stellt die Mobilität dar, von der in jedem Jahr rund hundert Mitarbeiter Gebrauch machen. Zusammen mit den Direktionen wurden in diesem Kontext Ar-

beiten durchgeführt, die die Mobilität fördern und sie zu einem Mittel für die Entwicklung des Personals machen. So wurde insbesondere eine Studie über die Tätigkeitsfelder Kreditreferenten und Sekretärinnen im Hinblick darauf durchgeführt, eine intermediäre Assistentenebene zu definieren und auf diese Weise neue Aufstiegsmöglichkeiten zu schaffen. Mit entsprechender Zielsetzung wurde ein Projekt in die Wege geleitet, das die Stärkung der Verantwortlichkeiten auf einem bestimmten Posten zum Ziel hat und mit dem es Mitgliedern des ausführenden Personals, bei denen ein entsprechendes Potential ermittelt wurde, durch eine angemessene Fortbildung ermöglicht werden soll, Aufgaben zu übernehmen, die derzeit in die Zuständigkeit der Führungskräfte fallen.

Programm zur Weiterentwicklung der Führungskräfte

Der andere wichtige Bereich der Personalverwaltung betrifft die Fortbildung, die für das Personal eine verstärkte Nutzung des Potentials und den Erwerb neuer Kompetenzen bedeutet. Angesichts der maßgeblichen Bedeutung, die der Führungsebene bei der Entwicklung, der Fortbildung und der Motivierung der Mitarbeiter zukommt, hat die Bank ein Programm zur Weiterentwicklung der Führungskräfte aufgestellt.

Dieses Programm umfaßt mehrere Fortbildungsseminare in einer (mittels Ausschreibung ausgewählten) führenden europäischen Management-schule, an die sich ein individuelles Coaching der einzelnen Teilnehmer anschließt, um sie bei der Anwendung der neu erworbenen Kompetenzen zu unterstützen.

Wie in jedem Jahr hat die Bank auch 1999 ein hohes Niveau bei der Fortbildung für ihr gesamtes Personal aufrechterhalten, wobei sich diese auf die wesentlichen Fähigkeiten konzentrierte, die die Bank zur Erfüllung ihrer Aufgaben braucht.





Chancengleichheit

Die Bank räumt der Chancengleichheit von Männern und Frauen einen besonderen Stellenwert ein. Der 1994 eingesetzte paritätische Ausschuß für die Chancengleichheit hat im vergangenen Jahr sein Mehrjahres-Aktionsprogramm fortgeführt und die Kontakte zu anderen Einrichtungen, namentlich dem ORIGIN-Netz und der Intercopec, gepflegt. Die Fortschritte, die hinsichtlich einer paritätischen Vertretung von Männern und Frauen in allen beruflichen Kategorien erzielt wurden, lassen erkennen, daß ein echter Wille zum Wandel in der Institution gegeben ist; die Bank wird ihre Anstrengungen in diesem Bereich fortsetzen.

Personalvertretung

Im Mai 1999 wurde eine neue Personalvertretung gewählt. Die wichtigsten Themen der mit der Leitung der Bank aufgenommenen Erörterungen betreffen die Modernisierung der Personalpolitik und der Arbeitsbedingungen. Ein paritätischer Ausschuß, der sich mit Fragen der Gesundheit, Hygiene und der Sicherheit am Arbeitsplatz befaßt, wurde formal eingesetzt. Angesichts der Komplexität der anstehenden Themen wurde der Sprecher der Personalvertreter für einen Zeitraum von sechs Monaten auf Vollzeitbasis für die Arbeiten der Personalvertretung freigestellt.

Öffnung der Pensionseinrichtung

Der Verwaltungsrat hat eine Änderung der Pensionsordnung für das Personal der Bank genehmigt, um die Übertragung von Kapitalbeträgen aus vorhergehenden Pensionseinrichtungen zu erleichtern und somit den Kauf von Versicherungsjahren zu ermöglichen. Diese verstärkte Flexibilisierung dürfte die Rahmenbedingungen für die Einstellung von Personal verbessern, ohne dabei die finanzielle Solidität der Pensionseinrichtung zu gefährden. Die konkrete Umsetzung dieser Möglichkeit setzt allerdings Vereinbarungen zur Übertragung von Ansprüchen mit den jeweiligen externen Pensionseinrichtungen voraus, wobei hier in

einigen Mitgliedstaaten noch Schwierigkeiten gegeben sind.

Einstellungen und Personalbestand

Die Bank hat 1999 ihre proaktive Politik im Hinblick auf die Suche neuer Mitarbeiter fortgesetzt und dabei unterschiedliche Methoden angewandt; so hat sie beispielsweise im Internet eine Seite mit Stellenangeboten („jobs“) eingerichtet. Ferner hat sie an Job-Messen in verschiedenen Ländern teilgenommen, den Kontakt zum postuniversitären Bereich gepflegt und eine Datei mit Studienabsolventen angelegt, in der potentielle Kandidaten entsprechend den spezifischen Erfordernissen der Bank geführt werden. Bei den Einstellungen insgesamt gesehen wurde erstmals 1999 ein Gleichstand zwischen Männern und Frauen erzielt; bei den Führungs- und Bankfachkräften entfiel ein Drittel der Einstellungen auf Frauen. Ende Dezember 1999 hatte die Bank 1 011 Mitarbeiter, was gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme um 1,3 % bedeutet.

Personal

	Mit- arbeiter	Führungs- und Bank- fachkräfte	Sonstige Mitar- beiter
1996	948	535	413
1997	977	562	415
1998	998	581	417
1999	1 011	590	421





Ethik

Verhaltenskodizes

Das Direktorium hat 1997 einen Verhaltenskodex für das Personal der Bank genehmigt; darin wurden berufsethische Grundsätze und Werte zusammengefaßt. Auch für die leitenden Organe der Bank wurden bzw. werden entsprechende Kodizes ausgearbeitet. So hat der Rat der Gouverneure 1999 einen Verhaltenskodex für die Mitglieder des Direktoriums verabschiedet. Die den Verwaltungsrat und den Prüfungsausschuß betreffenden Kodizes dürften in Kürze fertiggestellt werden.

Betrugsbekämpfung

Vor dem Hintergrund der jüngsten Ereignisse auf Gemeinschaftsebene wurde seitens der Leitung der Bank eine Überprüfung ihrer Politik zur Betrugsbekämpfung vorgenommen; auf diese Weise soll sichergestellt werden, daß die finanziellen Interessen der Bank und Dritter bestmöglich geschützt werden. In diesem Zusammenhang hat das Direktorium eine ganze Reihe von Regeln und Verfahren genehmigt, die Mitteilungen bei Verdacht auf Betrug seitens der Mitarbeiter der Bank bzw. ihrer leitenden Organe betreffen.

Führungsstrukturen der Bank

Die Bank nimmt angesichts der sich wandelnden Bedingungen in ihrem Umfeld und der Entwicklung ihrer Aktivitäten regelmäßige Anpassungen ihrer organisatorischen und operationellen Strukturen vor.

Seit Veröffentlichung des Jahresberichts 1998 haben sich folgende Änderungen ergeben, die im Organigramm auf den Seiten 68 und 69 erfaßt sind:

- Eine unabhängige Hauptabteilung Finanzkontrolle wurde geschaffen.
- In der Direktion Projekte wurden Verantwortlichkeiten und Aufgaben der verschiedenen Hauptabteilungen neu festgelegt. Die Direktion

setzt sich nunmehr aus den drei Hauptabteilungen Infrastruktur, Energie und Industrie sowie einer Abteilung Koordination zusammen.

- Ferner wurde die frühere Hauptabteilung Verwaltungsdienste in zwei Abteilungen aufgespalten; die eine ist für den Einkauf und die Verwaltungsdienste zuständig und der Hauptabteilung Allgemeine Angelegenheiten unterstellt, während die andere für die gemeinsamen Dienste und das Facilities Management verantwortlich zeichnet und dem Generalsekretariat zugeordnet ist.

Die Entwicklungen der operationellen Struktur werden in den Publikationen der Bank veröffentlicht und ebenfalls in das Organigramm aufgenommen, das regelmäßig auf den neuesten Stand gebracht wird und auf der Internet-Seite der EIB eingesehen werden kann.

Personalien

Auch auf der Ebene des Senior Managements haben sich zahlreiche Änderungen ergeben, die hauptsächlich durch Pensionierungen erforderlich wurden (*).

- Direktion Finanzierungen in der Europäischen Union: Thomas BARRETT wurde Direktor der Hauptabteilung Irland, Vereinigtes Königreich und Nordsee. Er ist Nachfolger von Thomas HACKETT, der Direktor der Hauptabteilung Italien wurde. Antonio PUGLIESE tritt die Nachfolge von Ernest LAMERS (*) als Direktor der Hauptabteilung für Finanzierungen in Griechenland, Finnland, Dänemark und Schweden an. Jos VAN KAAM löst André DUNAND (*) als Direktor der Hauptabteilung Koordination ab.

- Direktion Finanzierungen außerhalb der Europäischen Union: Fridolin WEBER-KREBS (*) ist aus der Direktion ausgeschieden. Claudio CORTESE wurde zum Direktor der Hauptabteilung Asien und Lateinamerika ernannt. Er ist Nachfolger von Patrick THOMAS, der von der Bank auf den Posten eines Exekutivdirektors in der Asiatischen Entwicklungsbank abgeordnet wurde.

(*) Pensionierung

- Direktion für Finanzen: Jean-Claude BRESSON hat die Nachfolge von Ulrich Damm (*) als Direktor der Hauptabteilung Kapitalmärkte angetreten, und Barbara BARGAGLI PETRUCCI wurde zur stellvertretenden Direktorin dieser Hauptabteilung ernannt.

- Hauptabteilung Finanzkontrolle: Luis BOTTELLA wurde zum stellvertretenden Direktor ernannt.

- Hauptabteilung Evaluierung der Operationen: Horst FEUERSTEIN tritt die Nachfolge von Jean-Jacques SCHUL (*) als Direktor dieser Hauptabteilung an.

- Direktion für Rechtsfragen: Pauline KOSKELO wurde zur Co-Direktorin dieser Direktion ernannt.

- Hauptabteilung Personal: Gerlando GENUARDI wurde als Nachfolger von Roger LAVELLE zum Vertreter der EIB im Direktorium der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung ernannt.

- Hauptabteilung Verwaltungsdienste: Adriaan ZILVOLD (*) verläßt die Hauptabteilung.

Sonstige Entwicklungen

1998 und 1999 hat die Bank ebenso wie andere Finanzinstitutionen umfangreiche Anstrengungen im EDV-Bereich zunächst im Hinblick auf die Einführung des Euro und dann auf den Übergang zum Jahr 2000 unternommen.

Im vergangenen Jahr hat sie eine strategische Überprüfung ihrer EDV-Systeme vorgenommen. Dadurch konnten zahlreiche wichtige Bereiche zur Weiterentwicklung ermittelt werden, die gewährleisten sollen, daß die Systeme den künftigen Anforderungen der Bank entsprechen. Dazu gehört eine mög-

liche Konsolidierung der bestehenden automatisierten Systeme, die die Finanzoperationen und die Verwaltung unterstützen. Darauf aufbauend müssen die Bemühungen vorrangig darauf ausgerichtet werden, Informationen rechtzeitig und auf sichere und verlässliche Weise verfügbar zu machen, um die Beschlußfassung und die Risikokontrolle zu erleichtern. Auch sind Investitionen in die Infrastruktur geplant, die die Bank insbesondere in die Lage versetzen sollen, die künftig durch das Internet eröffneten Möglichkeiten zu nutzen.

Diese technischen Innovationen werden außerdem Änderungen der Arbeitsprozesse und -methoden erforderlich machen, durch die die Bank sämtliche Vorteile ihrer Investitionen nutzen und die raschen Entwicklungen auf den Finanzmärkten mitvollziehen kann.

Der Verwaltungsrat spricht dem Personal der Bank seinen Dank und seine Anerkennung für das Volumen und die Qualität der im Jahre 1999 geleisteten Arbeit aus. Er gibt seiner Überzeugung Ausdruck, daß es die Tätigkeit der Bank auch in Zukunft mit der bewährten Kompetenz und Einsatzbereitschaft tatkräftig unterstützen wird.

Luxemburg, den 20. April 2000



Der Vorsitzende des Verwaltungsrats

Philippe Maystadt

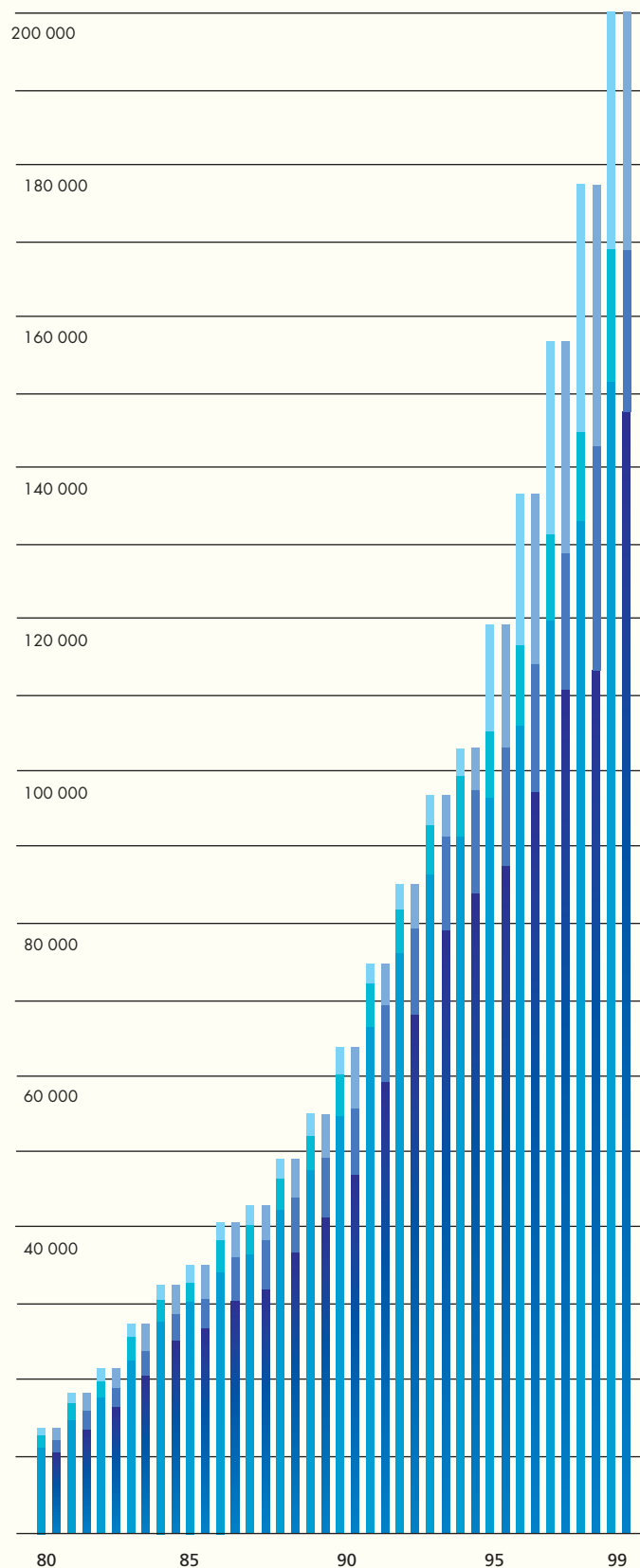


Der Verwaltungsrat (siehe Seite 65) gewährleistet, daß die Tätigkeit der Bank den Bestimmungen des EG-Vertrags und ihrer Satzung sowie den vom Rat der Gouverneure erlassenen allgemeinen Richtlinien entspricht. Er hat die ausschließliche Entscheidungsbefugnis für die Gewährung von Darlehen und Bürgschaften sowie die Aufnahme von Anleihen. Die Mitglieder des Verwaltungsrats werden vom Rat der Gouverneure bestellt.

Rechnungslegung

Entwicklung der Bilanz der Bank	76
Jahresergebnis	77
Finanzausweise	78
Bestätigungsvermerk der externen Abschlußprüfer	99
Erklärung des Prüfungsausschusses	100

Entwicklung der Bilanz der Bank



Aktiva

- Ausstehende Darlehen aus eigenen Mitteln
- Liquide Mittel
- Sonstige Aktiva

Passiva

- Ausstehende Anleihen
- Kapital, Rücklagen, Rückstellungen
- Sonstige Passiva

Jahresergebnis

Der **Jahresüberschuß 1999** belief sich auf **1 067 Mio** und ging damit gegenüber 1 195 Mio im Jahre 1998 um 10,7 % zurück. Das Ergebnis der Geschäftstätigkeit erreichte 1999 vor Dotierung der Rückstellungen 1 187 Mio, nach 1 345 Mio im Jahre 1998, was einem Rückgang um 11,7 % entspricht. Dieser moderate Rückgang des Ergebnisses war in erster Linie auf die längerfristigen Auswirkungen der rückläufigen Zinstendenz im Zeitraum 1995-1999 zurückzuführen, die den Effekt der Ausweitung der Bilanzsumme kompensierten.

Der Rückgang der langfristigen Zinssätze für die wichtigsten europäischen Währungen, mit denen die Bank arbeitet, bewirkte eine Verringerung des durchschnittlichen Zinssatzes ihrer Darlehen von 6,70 % im Jahre 1998 auf 5,91 % im Jahre 1999. Dies entsprach namentlich der Entwicklung der Zinssätze für den Euro gegenüber denen der IN-Währungen vor 1999.

Die **Zins- und Provisionserträge aus Darlehen** beliefen sich 1999 auf **8 608 Mio**, nach 8 428 Mio im Jahre 1998, während die **Zinsen und Kosten für Anleihen 7 712 Mio**, nach 7 492 Mio im Jahre 1998, erreichten.

Insgesamt haben die **Treasury-Aktivitäten** 1999 ein Nettoergebnis von **496 Mio**, nach 594 Mio im Jahre 1998, erbracht, was ein Rückgang um 98 Mio ist; dieses Ergebnis entspricht einer durchschnittlichen Gesamtrendite von 3,76 % im Jahre 1999, nach 4,56 % im Jahre 1998.

Der Rückgang des Ergebnisses der Treasury-Aktivitäten im Jahre 1999 war im wesentlichen auf folgende Faktoren zurückzuführen:

- Das Nettoergebnis aus Anlagen am Geldmarkt ist 1999 gegenüber 1998, bedingt durch die rückläufige Entwicklung der durchschnittlichen kurzfristigen Zinssätze und trotz einer Erhöhung des durchschnittlichen Bestands des Geldmarkt-Portfolios (netto) um 26 %, um 38 Mio zurückgegangen.
- Das Ergebnis des Anlage-Portfolios ist 1999 gegenüber 1998, bedingt durch die rückläufige Entwicklung der langfristigen Zinssätze, die sich im

Zuge des Ersatzes fällig gewordener Titel ausgewirkt hat, um 41 Mio zurückgegangen.

Eine detaillierte Analyse für die verschiedenen Treasury-Portfolios findet sich auf Seite 59 des Jahresberichts.

Die **allgemeinen Verwaltungsaufwendungen** einschließlich der Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte beliefen sich 1999 auf **173,5 Mio**, was einem Anstieg gegenüber 1998 (165 Mio) um 5,4 % entspricht.

Der Rat der Gouverneure hat in seiner Jahressitzung vom 14. Juni 1999 beschlossen, den Jahresüberschuß 1998, der sich nach Dotierung der Rückstellung für allgemeine Bankrisiken mit 150 000 000 EUR auf 1 194 963 181 EUR belief, wie folgt zu verwenden: a) Zuweisung von 500 000 000 EUR zu den Mitteln für das Amsterdam Sonderaktionsprogramm (ASAP) und b) Zuweisung des verbleibenden Betrages von 694 963 181 EUR zur Zusätzlichen Rücklage.

Auf Vorschlag des Direktoriums empfiehlt der Verwaltungsrat dem Rat der Gouverneure, den Jahresüberschuß 1999, der sich nach Dotierung der Rückstellung für allgemeine Bankrisiken mit 120 000 000 EUR auf 1 067 390 168 EUR beläuft, wie folgt zu verwenden:

- Zuweisung von 500 000 000 EUR zu den Mitteln für Risikokapitaloperationen;
- Einstellung des verbleibenden Betrags von 567 390 168 EUR in die Zusätzliche Rücklage.

Dieser Vorschlag unterscheidet sich von dem, der in den Finanzausweisen im Abschnitt „Eigenmittel und Ergebnisverwendung“ aufgeführt ist, da der Beschluß über die Verwendung des Jahresüberschusses 1999 vom Verwaltungsrat in seiner Sitzung vom 9. Mai 2000 gefaßt worden ist, also nach dem Zeitpunkt der Genehmigung der Finanzausweise durch den Verwaltungsrat am 22. Februar 2000.

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 1999

In Tsd EUR

AKTIVA	31.12.1999	31.12.1998
1. Kassenbestand, Guthaben bei Zentralnotenbanken und Postgiroämtern	11 542	27 170
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind (Anmerkung B) .	2 066 543	3 446 435
3. Forderungen an Kreditinstitute		
a) Täglich fällig	77 228	42 472
b) Sonstige Forderungen (Anmerkung C)	11 022 396	6 196 174
c) Darlehen (Anmerkung D)	65 234 401	50 614 348
	76 334 025	56 852 994
4. Forderungen an Kunden		
Darlehen (Anmerkung D)	88 122 260	82 451 072
Sonderrückstellungen (Anmerkung A.4)	- 175 000	- 175 000
	87 947 260	82 276 072
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (Anmerkung B)		
a) Von öffentlichen Emittenten	2 241 863	2 142 415
b) Von anderen Emittenten	856 165	1 066 879
	3 098 028	3 209 294
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (Anmerkung E)	137 188	125 151
7. Beteiligungen (Anmerkung E)	160 000	160 000
8. Immaterielle Anlagewerte (Anmerkung F)	7 195	4 800
9. Sachanlagen (Anmerkung F)	80 913	82 604
10. Sonstige Vermögenswerte		
a) Forderungen aufgrund von Vorauszahlungen von EWS-Zinsvergütungen (Anmerkung H)	13 483	19 020
b) Sonstige Aktiva (Anmerkung I)	394 242	847 755
c) Forderungen aus Währungs-Swap-Verträgen	27 552 657	26 343 804
	27 960 382	27 210 579
11. Rechnungsabgrenzungsposten (Anmerkung J)	3 300 496	3 149 302
	201 103 572	176 544 402

Zu den Anmerkungen siehe den Anhang zu den Finanzausweisen

PASSIVA

31.12.1999

31.12.1998

1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			
a) Täglich fällig	0	0	
b) Mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (Anmerkung K)	336 626	643 624	
		336 626	643 624
2. Verbriefte Verbindlichkeiten (Anmerkung L)			
a) Begebene Schuldverschreibungen	147 240 921	122 942 325	
b) Andere	845 441	824 918	
		148 086 362	123 767 243
3. Sonstige Verbindlichkeiten			
a) Verbindlichkeiten gegenüber den Mitgliedstaaten (Anmerkung G)	0	4 159	
b) Im voraus erhaltene Zinsvergütungen (Anmerkung H)	348 897	324 004	
c) Sonstige Passiva (Anmerkung I)	456 134	766 188	
d) Verbindlichkeiten aus Währungs-Swap-Verträgen	26 032 992	26 787 028	
e) Verschiedenes	34 112	32 994	
		26 872 135	27 914 374
4. Rechnungsabgrenzungsposten (Anmerkung J)		4 918 307	4 555 545
5. Rückstellung für den Pensionsfonds der Mitarbeiter (Anmerkung M)		395 898	356 763
6. Rückstellung für allgemeine Bankrisiken (Anmerkung N)		870 000	750 000
7. Kapital			
Gezeichnetes Kapital	100 000 000	62 013 000	
Davon nicht eingefordert	– 94 000 000	– 57 361 015	
		6 000 000	4 651 985
8. Rücklagen			
a) Reservefonds	10 000 000	6 201 300	
b) Zusätzliche Rücklage	1 556 854	6 008 605	
		11 556 854	12 209 905
9. Mittel für das Amsterdam Sonderaktionsprogramm		1 000 000	500 000
10. Jahresüberschuß		1 067 390	1 194 963
		201 103 572	176 544 402

NICHT BILANZWIRKSAME POSTEN

31.12.1999

31.12.1998

Verpflichtungen

- EBWE-Beteiligung (Anmerkung E)			
. Nicht eingefordert		442 500	442 500
. Noch einzuzahlen		50 625	59 062
- EIF-Beteiligung (Anmerkung E)			
. Nicht eingefordert		640 000	640 000
- Nicht ausgezahlte Darlehen (Anmerkung D)			
. Kreditinstitute (davon 51,1 Mio im Rahmen der vom EIF verwalteten ETF von 250 Mio)	7 649 125	6 325 144	
. Kunden	18 276 584	15 942 646	
		25 925 709	22 267 790
Garantien (Anmerkung D)			
. Für von Dritten gewährte Darlehen	334 857	346 969	
Für die Bedienung von Anleihen hinterlegte Gelder (Anmerkung R)		1 208 891	4 765 957
Wertpapierbestand (Anmerkung S)			
. zu liefernde Titel		0	263 945
Nominalwert der Zins-Swap-Verträge und der Verträge mit aufgeschobener Zinsfestsetzung (Anmerkung V)		82 781 300	56 540 900
Aufgelegte, noch nicht unterzeichnete Anleihen		361 911	1 200 000
Vereinbarte, noch nicht unterzeichnete Darlehen		884 481	0

STATUS DER SPEZIALSEKTION ⁽¹⁾ ZUM 31. DEZEMBER 1999

In Tsd EUR

AKTIVA	31.12.1999	31.12.1998
Mitgliedsländer der Union		
<i>Aus Mitteln der Europäischen Atomgemeinschaft</i>		
- Ausstehende ausgezahlte Darlehen ⁽²⁾	12 238	27 743
<i>Aus Mitteln der Europäischen Gemeinschaft</i>		
<i>(Neues Gemeinschaftsinstrument für Anleihen und Darlehen)</i>		
- Ausstehende ausgezahlte Darlehen ⁽³⁾	145 995	208 999
Türkei		
<i>Aus Mitteln der Mitgliedstaaten</i>		
- Ausstehende ausgezahlte Darlehen ⁽⁴⁾	86 248	98 267
Länder des Mittelmeerraums		
<i>Aus Mitteln der Europäischen Gemeinschaft</i>		
- Ausstehende ausgezahlte Darlehen	229 564	238 494
Risikokapitalfinanzierungen		
- Noch auszufüllen	148 486	131 463
- Ausgezahlt	130 436	102 360
	278 922	233 823
Summe ⁽⁵⁾	508 486	472 317
Länder in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean sowie Überseeische Länder und Gebiete		
<i>Aus Mitteln der Europäischen Gemeinschaft</i>		
Abkommen von Jaunde		
Ausstehende ausgezahlte Darlehen	47 833	50 475
Beiträge zur Bildung von haftendem Kapital		
Ausgezahlt	419	419
Summe ⁽⁶⁾	48 252	50 894
Abkommen von Lome		
Risikokapitalfinanzierungen		
- Noch auszufüllen	466 818	479 601
- Ausgezahlt	1 084 122	1 022 599
Summe ⁽⁷⁾	1 550 940	1 502 200
Insgesamt	2 352 159	2 360 420

Anmerkung:

Die Bank hat im Auftrag der EG das Inkasso der Zins- und Tilgungsbeträge für von der Kommission gewährte Darlehen zu Sonderbedingungen übernommen. Die auf diese Darlehen ausgezahlten und noch nicht zurückgezählten Beträge erreichten folgende Höhe:

- a) Darlehen im Rahmen des Ersten, des Zweiten und des Dritten Abkommens von Lome: zum 31.12.1999: 1 477 066 (zum 31.12.1998: 1 488 790)
b) Darlehen im Rahmen der Finanzprotokolle mit den Ländern des Mittelmeerraums: zum 31.12.1999: 169 626 (zum 31.12.1998: 174 900).

(1) Die Spezialsektion wurde vom Rat der Gouverneure am 27. Mai 1963 eingerichtet. Ihr Zweck wurde durch Beschluß vom 4. August 1977 in dem Sinne neu definiert, daß hier die Operationen verbucht werden, die die Bank im Auftrag und für Rechnung Dritter durchführt.

(2) Ursprünglicher Betrag der Verträge, die - im Rahmen der Beschlüsse des Rates der Europäischen Gemeinschaften (77/271/Euratom) vom 29. März 1977, (80/29/Euratom) vom 20. Dezember 1979, (82/170/Euratom) vom 15. März 1982 und (85/537/Euratom) vom 5. De-

zember 1985 betr. einen Höchstbetrag von insgesamt 3 Mrd EUR - zur Finanzierung von Kernkraftwerken in den Ländern der Gemeinschaft im Auftrag, für Rechnung und auf Gefahr der Europäischen Atomgemeinschaft abgeschlossen wurden: 2 773 167
Zuzüglich: Wechselkursangleichungen + 181 690
Abzüglich: Rückzahlungen - 2 942 619
12 238

Mittel in Treuhandverwaltung

Im Auftrag der Europäischen Gemeinschaften

Europäische Atomgemeinschaft	12 238	27 743
Europäische Gemeinschaft:		
- Neues Gemeinschaftsinstrument	145 995	208 999
- Finanzprotokolle mit den Ländern des Mittelmeerraums	360 000	340 854
- Abkommen von Jaunde	48 252	50 894
- Abkommen von Lome	1 084 122	1 022 599
	<u>1 650 607</u>	<u>1 651 089</u>
Im Auftrag der Mitgliedstaaten	86 248	98 267
Summe	1 736 855	1 749 356

Auszahlende Mittel

Auf Darlehen und auf Risikokapitalfinanzierungen in den Ländern des Mittelmeerraums	148 486	131 463
Auf Risikokapitalfinanzierungen im Rahmen der Abkommen von Lome	466 818	479 601
Summe	615 304	611 064
Insgesamt	2 352 159	2 360 420

(3) Ursprünglicher Betrag der Verträge, die im Rahmen der Beschlüsse des Rates der Europäischen Gemeinschaften (78/870/EWG) vom 16. Oktober 1978, (82/169/EWG) vom 15. März 1982, (83/200/EWG) vom 19. April 1983 und (87/182/EWG) vom 9. März 1987 über die Förderung der Investitionstätigkeit in der Gemeinschaft (Neues Gemeinschaftsinstrument), des Beschlusses des Rates der EG (81/19/EWG) vom 20. Januar 1981 über eine Sonderhilfe für den Wiederaufbau in den von dem Erdbeben vom 23. November 1980 betroffenen Gebieten Kampaniens und der Basilikata (Italien) sowie des Beschlusses des Rates der EG (81/1013/EWG) vom 14. Dezember 1981 über eine Sonderhilfe für den Wiederaufbau in den von den Erdbeben vom Februar/März 1981 betroffenen Gebieten Griechenlands im Auftrag, für Rechnung und auf Gefahr der Europäischen Gemeinschaft abgeschlossen wurden:

		6 399 145	
Zuzüglich:	Wechselkurs-		
	angleichungen		+ 125 604
Abzüglich:	Annullierungen	201 991	
	Rückzahlungen	<u>6 176 763</u>	<u>- 6 378 754</u>
			145 995

(4) Ursprünglicher Betrag der Darlehensverträge zur Finanzierung von Vorhaben in der Türkei im Auftrag, für Rechnung und auf Gefahr der Mitgliedstaaten:

		417 215	
Zuzüglich:	Wechselkurs-		
	angleichungen		+ 13 067
Abzüglich:	Annullierungen	215	
	Rückzahlungen	<u>343 819</u>	<u>- 344 034</u>
			86 248

(5) Ursprünglicher Betrag der Verträge zur Finanzierung von Vorhaben in den Maghreb- und den Maschrikländern sowie in Malta, Zypern, der Türkei und Griechenland (Darlehen von 10 000, die vor dem EWG-Beitritt Griechenlands am 1. Januar 1981 gewährt wurden) im Auftrag, für Rechnung und auf Gefahr der Europäischen Gemeinschaft:

		607 241	
Abzüglich:	Annullierungen	16 419	
	Rückzahlungen	82 335	
	Wechselkurs-		
	angleichungen	<u>1</u>	<u>- 98 755</u>
			508 486

(6) Ursprünglicher Betrag der Verträge zur Finanzierung von Vorhaben in den Assoziierten Afrikanischen Staaten, Madagaskar und Mauritius (AASMM) sowie den Überseeischen Ländern, Gebieten und Departements (ÜLGD) im Auftrag, für Rechnung und auf Gefahr der Europäischen Gemeinschaft:

- Darlehen zu Sonder-		
bedingungen	139 483	
- Beiträge zur Bildung von		
haftendem Kapital	<u>2 503</u>	141 986
Zuzüglich:		
- Kapitalisierte Zinsen	1 178	
- Wechselkursangleichungen	<u>9 839</u>	+ 11 017
Abzüglich:		
- Annullierungen	1 574	
- Rückzahlungen	<u>103 177</u>	<u>- 104 751</u>
		48 252

(7) Ursprünglicher Betrag der Verträge zur Finanzierung von Vorhaben in den Ländern in Afrika, der Karibik und dem Pazifik (AKP-Staaten) sowie den Überseeischen Ländern und Gebieten (ÜLG) im Auftrag, für Rechnung und auf Gefahr der Europäischen Gemeinschaft:

- Bedingte oder		
nachrangige Darlehen	2 209 673	
- Beteiligungen	<u>72 367</u>	2 282 040
Zuzüglich:		
- Kapitalisierte Zinsen		+ 1 663
Abzüglich:		
- Annullierungen	296 383	
- Rückzahlungen	420 504	
- Wechselkursangleichungen	<u>15 876</u>	<u>- 732 763</u>
		1 550 940

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DAS JAHR 1999

In Tsd EUR

31.12.1999

31.12.1998

	31.12.1999	31.12.1998
1. Zinserträge und ähnliche Erträge (Anmerkung O)	9 329 487	9 303 915
2. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen	– 7 980 575	– 7 826 739
3. Erträge aus Beteiligungen	3 119	1 600
4. Provisionserträge (Anmerkung P)	18 290	20 457
5. Provisionsaufwendungen	– 3 474	– 5 133
6. Ergebnis aus Finanzgeschäften	– 339	4 096
7. Sonstige betriebliche Erträge	3 477	1 492
8. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen (Anmerkung Q):	– 183 891	– 163 665
a) Personalaufwand	134 746	127 533
b) Sonstige Verwaltungskosten	<u>49 145</u>	<u>36 132</u>
9. Wertberichtigungen (Anmerkung F):	– 8 774	– 7 556
a) auf immaterielle Anlagewerte	1 646	855
b) auf Sachanlagen	<u>7 128</u>	<u>6 701</u>
10. Wertberichtigungen auf Titel, die den Charakter von Finanzanlagen haben, auf Beteiligungen und auf Anteile an verbundenen Unternehmen	10 070	16 496
11. Zuweisung zu der Rückstellung für allgemeine Bank- risiken (Anmerkung N)	<u>– 120 000</u>	<u>– 150 000</u>
12. Jahresüberschuß	1 067 390	1 194 963

EIGENMITTEL UND ERGEBNISVERWENDUNG

Der Rat der Gouverneure hat am 14. Juni 1999 beschlossen, den Jahresüberschuß 1998, der sich nach der Dotierung der Rückstellung für allgemeine Bankrisiken mit 150 000 000 EUR auf 1 194 963 181 EUR beläuft, wie folgt zu verwenden:

- Zuweisung von 500 000 000 EUR zu den Mitteln für das Amsterdam Sonderaktionsprogramm (ASAP);
- Zuweisung des verbleibenden Betrages von 694 963 181 EUR zur zusätzlichen Rücklage.

Eigenmittel zum 31. Dezember 1999 (in Tsd EUR)

	Stand zum 31.12.1998	Verwendung des Jahresüber- schusses 1998	Übertragung aus der Zusätzlichen Rücklage	Dotierung 1999	Stand zum 31.12.1999
Kapital					
- gezeichnet	62 013 000				100 000 000 ⁽¹⁾
- nicht eingefordert	- 57 361 015				- 94 000 000 ⁽¹⁾
	<u>4 651 985</u>		+ 1 348 015 ⁽¹⁾		<u>6 000 000 ⁽¹⁾</u>
Rücklagen					
- Reservefonds	6 201 300		+ 3 798 700 ⁽¹⁾		10 000 000
- Zusätzliche Rücklage	6 008 606	+ 694 963	- 5 146 715 ⁽¹⁾		1 556 854
	<u>12 209 906</u>				<u>11 556 854</u>
Rückstellung für allgemeine Bankrisiken	750 000			120 000	870 000
Mittel für das Amsterdam Sonderaktionsprogramm	500 000	+ 500 000			1 000 000
Ergebnisse vor Verwendung	1 194 963	- 1 194 963			0
	<u>19 306 854</u>			<u>120 000</u>	<u>19 426 854</u>
Jahresüberschuß					1 067 390
					<u>20 494 244</u>

Auf Vorschlag des Direktoriums empfiehlt der Verwaltungsrat dem Rat der Gouverneure, den Jahresüberschuß 1999, der sich nach Dotierung der Rückstellung für allgemeine Bankrisiken mit 120 000 000 EUR

auf 1 067 390 168 EUR beläuft, vorzutragen (Ergebnis vor Verwendung).

(1) Kapitalerhöhung zum 1. Januar 1999

ZUSAMMENSETZUNG DES KAPITALS ZUM 31. DEZEMBER 1999

In EUR

Mitgliedstaaten	Gezeichnetes Kapital ⁽¹⁾	Nicht eingefordertes Kapital ⁽²⁾	Am 31.12.1998 eingezahlt	Übertragung aus der Zusätzlichen Rücklage	Eingezahltes Kapital ⁽²⁾
Deutschland	17 766 355 000	16 699 382 842	827 479 050	239 493 108	1 066 972 158
Frankreich	17 766 355 000	16 699 382 842	827 479 050	239 493 108	1 066 972 158
Italien	17 766 355 000	16 699 382 842	827 479 050	239 493 108	1 066 972 158
Vereinigtes Königreich	17 766 355 000	16 699 382 842	827 479 050	239 493 108	1 066 972 158
Spanien	6 530 656 000	6 140 003 092	302 618 690	88 034 218	390 652 908
Belgien	4 924 710 000	4 630 122 198	228 201 989	66 385 813	294 587 802
Niederlande	4 924 710 000	4 630 122 198	228 201 989	66 385 813	294 587 802
Schweden	3 267 057 000	3 071 033 586	151 983 002	44 040 412	196 023 414
Dänemark	2 493 522 000	2 344 363 695	115 545 254	33 613 051	149 158 305
Österreich	2 444 649 000	2 297 970 078	113 724 695	32 954 227	146 678 922
Finnland	1 404 544 000	1 320 271 348	65 339 188	18 933 464	84 272 652
Griechenland	1 335 817 000	1 255 909 988	61 900 005	18 007 007	79 907 012
Portugal	860 858 000	809 362 903	39 890 601	11 604 496	51 495 097
Irland	623 380 000	586 090 514	28 886 245	8 403 241	37 289 486
Luxemburg	124 677 000	117 219 032	5 777 303	1 680 665	7 457 968
	100 000 000 000	94 000 000 000	4 651 985 161	1 348 014 839	6 000 000 000

Der Rat der Gouverneure der Bank hat in seiner Jahressitzung am 5. Juni 1998 einstimmig die folgenden Beschlüsse gefaßt:

- (1) Der Rat der Gouverneure der EIB hat beschlossen, das gezeichnete Kapital der Bank von 62 013 Mio EUR auf 100 000 Mio EUR zu erhöhen.
- (2) Das eingezahlte Kapital der Bank beläuft sich zum 1. Januar 1999 auf 6 000 Mio EUR oder 6% des gezeichneten Kapitals von 100 000 Mio EUR; die Erhöhung des eingezahlten Kapitals erfolgt zum 1. Januar 1999 durch die Übertragung von 1 348 014 839 EUR aus der freien Zusätzlichen Rücklage der Bank.
- (*) Der Verwaltungsrat kann das Kapital einfordern, soweit dies erforderlich wird, um den Verpflichtungen der Bank gegenüber ihren Anleihegebern nachzukommen.

MITTELHERKUNFTS- UND -VERWENDUNGSRECHNUNG FÜR DAS JAHR 1999

In Tsd EUR

	31.12.1999	31.12.1998
A. Veränderung der liquiden Mittel durch die Geschäftstätigkeit		
Jahresüberschuß	1 067 390	1 194 963
Überleitung zur Liquiditätsveränderung:		
Zuweisung zu der Rückstellung für allgemeine Bankrisiken	120 000	150 000
Wertberichtigungen	8 774	7 556
Nicht Artikel 7 der Satzung unterliegende Wechselkursangleichungen	596	- 1 540
Erhöhung (Verringerung) der Zins- und Provisionsverbindlichkeiten und der im voraus erhaltenen Zinsen	362 762	732 135
Veränderung der Zins- und Provisionsforderungen	- 151 194	- 96 637
Zuschreibung der Differenz zwischen dem Einbuchungswert in das Anlageportfolio und dem Rückzahlungswert	4 756	- 10 692
Prämie Hedgingportfolio	680	12 676
Ergebnis der Geschäftstätigkeit	1 413 764	1 988 461
Nettoauszahlungen für Darlehen	- 27 288 497	- 27 934 115
Rückflüsse	14 007 544	12 926 015
Saldo der NGI-Operationen (Anmerkung I)	44 408	56 415
Veränderung des Handelsportfolios	- 25 351	- 292 151
Nettoveränderung durch die Geschäftstätigkeit	- 11 848 132	- 13 255 375
B. Veränderung der liquiden Mittel durch das Aktivgeschäft		
Einzahlung auf EBWE-Anteile (Anmerkung E)	- 8 438	- 8 438
Verkäufe von Wertpapieren	2 022 045	517 528
Käufe von Wertpapieren	- 2 013 202	- 508 515
Veränderung des Postens Sachanlagen (Anmerkung F)	- 5 437	- 7 748
Veränderung des Postens Immaterielle Anlagewerte	- 4 041	- 3 751
Veränderung sonstiger Aktivposten	12 364	- 85 295
Nettoveränderung durch das Aktivgeschäft	3 291	- 96 219
C. Veränderung der liquiden Mittel durch das Passivgeschäft		
Verbindlichkeiten aus Anleiheemissionen	29 720 169	31 256 664
Tilgung von Anleiheverbindlichkeiten	- 16 062 560	- 14 714 053
Veränderung der Forderungen aus Währungs-Swaps	- 1 208 853	- 4 576 501
Veränderung der Verbindlichkeiten aus Währungs-Swaps	- 754 036	5 043 100
Nettoveränderung der Commercial Paper	1 863 493	- 864 325
Auszahlung an die Mitgliedstaaten	0	- 1 000 000
Nettoveränderung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	- 306 998	- 310 623
Veränderung sonstiger Passivposten	- 249 067	240 136
Verkäufe von Titeln aus dem Hedgingportfolio	3 236 144	7 233 487
Käufe von Titeln für das Hedgingportfolio	- 2 238 721	- 7 174 795
Nettoveränderung durch das Passivgeschäft	13 999 571	15 133 090
Stand der liquiden Mittel		
Liquide Mittel und diesen gleichgestellte Mittel zu Beginn des Berichtszeitraums	7 891 180	7 402 585
Nettoveränderungen durch:		
(1) die Geschäftstätigkeit	- 11 848 132	- 13 255 375
(2) das Aktivgeschäft	3 291	- 96 219
(3) das Passivgeschäft	13 999 571	15 133 090
Auswirkung der Veränderung der Wechselkurse auf die liquiden Mittel und die diesen gleichgestellten Mittel	2 154 250	- 1 292 901
Liquide Mittel und diesen gleichgestellte Mittel am Ende des Berichtszeitraums	12 200 160	7 891 180
Zusammensetzung der liquiden Mittel (ohne Anlage- und Hedgingportfolio)		
Kassenbestand, Guthaben bei Zentralnotenbanken und Postgiroämtern	11 542	27 170
Wertpapiere mit einer ursprünglichen Laufzeit von bis zu drei Monaten	1 088 994	1 625 364
Forderungen an Kreditinstitute:		
- Sichtguthaben	77 228	42 472
- Terminguthaben	11 022 396	6 196 174
	12 200 160	7 891 180

ANMERKUNGEN ZU DEN FINANZAUSWEISEN ZUM 31. DEZEMBER 1999

in Tsd EUR

Anmerkung A — Zusammenfassung der wichtigsten Grundsätze der Rechnungslegung

1. Grundsätze der Rechnungslegung

Die Finanzausweise wurden nach den allgemeinen Grundsätzen der Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 8. Dezember 1986 über die konsolidierten Jahresabschlüsse von Banken und anderen Finanzinstitutionen (im folgenden: die Richtlinie) erstellt.

Die angewandten Rechnungslegungsgrundsätze stehen - soweit es sich um wichtige Posten handelt - in Einklang mit den internationalen Standards (IAS). Ausnahmen sind in den Anmerkungen zur Rechnungslegung erläutert.

2. Umrechnung der Währungen

Gemäß Artikel 4 Absatz 1 ihrer Satzung verwendet die Bank als Rechnungseinheit für die Kapitalkonten der Mitgliedstaaten und für die Erstellung der Finanzausweise den von den an der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion teilnehmenden Mitgliedstaaten verwendeten Euro.

Die Bank führt ihre Geschäfte sowohl in den Währungen der Mitgliedstaaten und in Euro als auch in Währungen von nicht zur Gemeinschaft gehörenden Ländern durch. Die Mittel der Bank setzen sich zusammen aus ihrem Kapital, ihren Anleihen und ihren angesammelten Überschüssen in den verschiedenen Währungen. Ihnen stehen Guthaben, Geldanlagen oder Darlehen in den gleichen Währungen gegenüber.

Die Aktiva und die Passiva der Bank werden auf der Grundlage der Umrechnungskurse zum Bilanzstichtag in Euro umgerechnet. Gewinne oder Verluste im Zusammenhang mit dieser Umrechnung werden über die Gewinn- und Verlustrechnung verbucht.

3. Schuldtitel öffentlicher Stellen, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind, sowie Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

In dem Bemühen, das Management ihrer liquiden Mittel zu vereinfachen und ihre Solvabilität zu stärken, hat die Bank beschlossen, folgende Portfolios zu schaffen:

3.1. Anlageportfolio

Das Anlageportfolio besteht aus Titeln, die zur Sicherstellung der Solvabilität der Bank mit der Absicht erworben wurden, sie bis zu ihrer Fälligkeit zu halten. Diese Papiere werden begeben bzw. garantiert von:

- den Mitgliedsländern der Europäischen Union, den G10-Ländern oder öffentlichen Einrichtungen dieser Länder;
- supranationalen Institutionen einschließlich multinationaler Entwicklungsbanken.

Der Einbuchungswert der Titel in diesem Portfolio sind die Anschaffungskosten oder ausnahmsweise die Übertragungskosten (insbesondere im Fall der Übertragung von Titeln des Handelsportfolios). Die Differenz zwischen dem Einbuchungswert und dem Rückzahlungswert wird gleichmäßig über die Restlaufzeit der gehaltenen Papiere verteilt.

3.2. Hedgingportfolio

Das Hedgingportfolio besteht aus Titeln mit fester Endfälligkeit. Es wird von der Bank zum aktiven Management der mit ihren Darlehens- und Anleiheaktivitäten verbundenen Zinsrisiken benutzt. Die Bestandteile dieses Portfolios werden in der Bilanz mit ihrem Anschaffungspreis verbucht. Bei einem Verkauf dieser Titel werden die erzielten Gewinne oder Verluste über die gesamte Restlaufzeit der Schuldverschreibungen verteilt.

3.3. Handelsportfolio

Das Handelsportfolio besteht aus börsennotierten Titeln, die von Finanzinstitutionen begeben und garantiert werden. Die in diesem Portfolio gehaltenen Papiere werden in der Bilanz mit ihrem Marktwert angesetzt.

3.4. Kurzfristige Titel

Um eine ausreichende Liquidität zu gewährleisten, erwirbt die Bank Geldmarkttitel mit einer Laufzeit von höchstens drei Monaten, und zwar insbesondere Schatzanweisungen und verkehrsfähige Schuldtitel von Finanzinstitutionen. Die Titel werden bis zu ihrer Fälligkeit gehalten und zum Nominalwert verbucht.

Die Schatzanweisungen werden auf der Aktivseite der Bilanz unter dem Posten 2 „Schuldtitel öffentlicher Stellen, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind“ ausgewiesen.

Die verkehrsfähigen Schuldtitel von Finanzinstitutionen werden auf der Aktivseite der Bilanz unter dem Posten 5 „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere b) von anderen Emittenten“ erfaßt.

4. Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden

4.1. Der noch nicht ausgezahlte Teil der gewährten Darlehen wird auf der Aktivseite direkt in Abzug gebracht.

Am Jahresende werden für diejenigen ausstehenden Darlehen, bei denen für den gesamten Betrag oder einen Teil davon die Einbringung gefährdet ist, Sonderrückstellungen gebildet. Diese Rückstellungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung unter dem Posten „Wertberichtigungen auf Forderungen“ verbucht.

Die Wertberichtigungen bezüglich der Zinsen auf diese Darlehen werden von Fall zu Fall von der Geschäftsleitung der Bank festgelegt.

4.2. Zinsen auf Darlehen

Die Zinsen auf Darlehen werden in der Ergebnisrechnung über die Laufzeit der Darlehen verteilt verbucht.

Sofern es sich um im Rahmen des Amsterdam Sonderaktionsprogramms gewährte Darlehen handelt, bei denen der Erhalt von Zinsen oder Provisionen von der Rentabilität des zugrundeliegenden Projekts abhängt, können die Erträge zum Zeitpunkt ihres Eingangs verbucht werden. In den anderen Fällen werden die Zinsen bei Fälligkeit verbucht.

4.3. Reverse Repos (Wertpapierpensionsgeschäfte)

Bei diesen Geschäften stellt die Bank einem Kreditinstitut liquide Mittel zur Verfügung, deren Hingabe durch die Übertragung von Wertpapieren besichert wird. Die beiden Parteien verpflichten sich dabei unwiderruflich, diese Operation durch Rückübertragung zu einem Zeitpunkt und zu einem Preis zu beenden, die im voraus bestimmt werden.

Diese Operationen werden nach dem Grundsatz „Zahlung gegen Lieferung“ abgewickelt: Der Geldnehmer liefert die Titel an die Depotstelle der Bank und erhält dafür im Gegenzug den vereinbarten Preis, wobei diese Mittel für die Bank einen Ertrag erbringen, der sich am Geldmarkt orientiert.

Derartige Operationen werden von der Bank als Kredithingabe mit garantierter Verzinsung betrachtet und auf der Aktivseite der Bilanz in der Position 3 „Forderungen an Kreditinstitute - b) Sonstige Forderungen“ ausgewiesen. Die als Sicherheit erhaltenen Wertpapiere sind unter den nicht bilanzwirksamen Posten erfaßt.

5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie Beteiligungen

Die von der Bank gehaltenen Aktien und Beteiligungen stellen eine langfristige Anlage dar. Sie werden zum Anschaffungspreis in der Bilanz verbucht. Dieser Einbuchungswert wird am Jahresende mit dem geschätzten Wert zu diesem Zeitpunkt verglichen. Wenn dieser geschätzte Wert unter dem Einbuchungswert liegt und diese Wertminderung einen dauerhaften Charakter hat, so wird eine Wertberichtigung vorgenommen.

6. Sachanlagen

Grundstücke und Gebäude werden zum Anschaffungswert abzüglich einer Erstab-schreibung auf das Gebäude der Bank auf dem Kirchberg und der aufgelaufenen normalen Abschreibungen ausgewiesen. Der geschätzte Wert der Gebäude der Bank in Luxemburg-Kirchberg und Lissabon wird linear innerhalb eines Zeitraums von 30 bzw. 25 Jahren abgeschrieben. Die Aufwendungen für Betriebs- und Geschäftsausstattung wurden bis Ende 1997 im Anschaffungsjahr abgeschrieben. Von 1998 an werden die Anlagen, Ausrüstungen und das Zubehör, das Mobiliar, die Büro- und Geschäftsausstattung sowie die Fahrzeuge in der Bilanz zu den Anschaffungskosten abzüglich der kumulierten Abschreibungen ausgewiesen. Die Abschreibungen erfolgen linear über die geschätzte Lebensdauer der erworbenen Güter:

- Anlagen, Ausrüstungen und Zubehör	10 Jahre
- Mobiliar	5 Jahre
- Büro- und Geschäftsausstattung, Fahrzeuge	3 Jahre

Kunstgegenstände werden im Anschaffungsjahr abgeschrieben.

7. Immaterielle Anlagewerte

Die immateriellen Anlagewerte umfassen die von der Bank entwickelten EDV-Programme, die nach ihrer Fertigstellung über einen Zeitraum von drei Jahren linear abgeschrieben werden.

Gemäß Standard IAS 9 müssen für eine Aktivierung u.a. folgende Voraussetzungen gegeben sein:

- 1 - das Produkt oder Verfahren ist klar definiert und die darauf entfallenden Kosten können zuverlässig ermittelt und gemessen werden;
- 2 - die Leistungsfähigkeit des Produkts oder Verfahrens kann gezeigt werden.

8. Pensionsfonds und Krankenkasse

a) Pensionsfonds

Der Hauptpensionsfonds der Bank ist ein Versorgungssystem mit definierten Leistungen, das durch Beiträge alimentiert wird und dem alle Mitarbeiter der Bank angehören. Die von der Bank und ihren Mitarbeitern geleisteten Beiträge zu diesem Fonds werden in den Aktiva der Bank investiert. Die jährlichen Beiträge werden kumuliert und zusammen mit den jährlichen Zinsen in einer spezifischen Rückstellung auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen.

Hinsichtlich der Verpflichtungen der Bank im Zusammenhang mit dem Pensionsfonds wird mindestens einmal alle drei Jahre nach dem Standard IAS 19 unter Verwendung der „projected unit credit“-Methode eine versicherungsmathematische Berechnung vorgenommen um sicherzustellen, daß die in der Bilanz ausgewiesene Rückstellung angemessen ist. Ergeben sich dabei Defizite oder Überschüsse, so werden diese über die geschätzte noch verbleibende Lebensarbeitszeit der im Dienst der Bank befindlichen Mitarbeiter verteilt.

b) Krankenkasse

Die Bank hat für ihre Mitarbeiter eine eigene Krankenkasse eingerichtet, die durch Beiträge der Bank und der Mitarbeiter alimentiert wird. Die Krankenkasse wird derzeit nach dem Grundsatz des Gleichgewichts zwischen Leistungen und Beiträgen verwaltet.

9. Rückstellung für allgemeine Bankrisiken

Dieser Posten umfaßt die Beträge, die die Bank in Anbetracht der besonderen Risiken, die mit ihrem Darlehensgeschäft und den übrigen Darlehensoperationen verbunden sind, zur Deckung der Risiken zurückzustellen beschließt.

Die Zuweisung zu dieser Rückstellung wird in Übereinstimmung mit der Richtlinie in der Gewinn- und Verlustrechnung unter dem Posten „Zuweisung zu der Rückstellung

für allgemeine Bankrisiken“ gesondert ausgewiesen, während die internationalen Rechnungslegungsstandards verlangen, daß eine solche Zuweisung im Rahmen der Ergebnisverwendung erfolgt.

10. Mittel für das Amsterdam Sonderaktionsprogramm

Dieser Posten umfaßt den in jedem Jahr vom Rat der Gouverneure festgelegten Teil des Jahresüberschusses der Bank, der im Rahmen der Umsetzung der am 16. und 17. Juni 1997 vom Europäischen Rat verabschiedeten Entschließung über Wachstum und Beschäftigung dazu bestimmt ist, die Durchführung von Risikokapitaloperationen zu erleichtern.

Die Wertberichtigungen für diese Operationen werden im Zusammenhang mit der Verwendung späterer Jahresergebnisse von diesem Posten abgezogen.

11. Besteuerung

Nach dem Protokoll über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Gemeinschaften, das einen Anhang zu dem Vertrag vom 8. April 1965 zur Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften bildet, sind die Guthaben, Einkünfte und sonstigen Vermögensgegenstände der Bank von jeder direkten Steuer befreit.

12. Währungs- oder Zins-Swaps

Die Bank führt Währungs-Swap-Geschäfte, mit denen der Erlös einer Anleihe in eine andere Währung umgetauscht wird, hauptsächlich im Rahmen ihrer Mittelaufnahme durch. Gleichzeitig schließt sie Devisentermingeschäfte ab, die sicherstellen, daß ihr die für die Bedienung der Anleihe erforderlichen Beträge bei Fälligkeit wieder in der ursprünglichen Währung zur Verfügung stehen. Die aus diesen Operationen zu erhaltenden Bruttobeträge werden in der Bilanz unter dem Posten „Sonstige Vermögenswerte – Sonstige Aktiva“ und die zu zahlenden Bruttobeträge unter dem Posten „Sonstige Verbindlichkeiten – Verschiedenes“ ausgewiesen.

Im Rahmen ihrer Hedging-Operationen führt die Bank auch Zins-Swap-Geschäfte durch. Die betreffenden Zinsen werden zeitlich gleichmäßig verbucht. Die Nominalbeträge der Zins-Swap-Geschäfte werden unter den nicht bilanzwirksamen Posten ausgewiesen.

13. Rechnungsabgrenzungsposten

Diese Posten umfassen:

auf der Aktivseite: Vor dem Abschlußstichtag verbuchte Ausgaben, die Aufwendungen für spätere Geschäftsjahre darstellen, sowie Erträge, die sich auf das abgeschlossene Geschäftsjahr beziehen, jedoch erst nach dem Abschlußstichtag fällig werden (hauptsächlich Zinsen auf Darlehen);

auf der Passivseite: Vor dem Abschlußstichtag erhaltene Einnahmen, die Erträge für spätere Geschäftsjahre darstellen, sowie Aufwendungen, die sich auf das abgeschlossene Geschäftsjahr beziehen, jedoch erst nach dem Abschlußstichtag fällig werden (hauptsächlich Zinsen auf Anleihen).

14. Zinserträge und ähnliche Erträge

Neben den Zinsen und Provisionen aus Darlehen, aus Geldanlagen und aus dem Wertpapierbestand umfaßt dieser Posten auch die Entschädigungszahlungen, die die Bank für die von ihren Darlehensnehmern getätigten vorzeitigen Darlehensrückzahlungen erhält. Um die Erträge aus Darlehen und die Kosten der Mittelaufnahme in der Rechnungslegung gleich zu behandeln, verteilt die Bank die erhaltenen Entschädigungszahlungen über die Restlaufzeit der betreffenden Darlehen.

15. Um Vergleichbarkeit mit dem jetzigen Berichtszeitraum zu erreichen, wurden verschiedene Posten des Vorjahres neu dargestellt.

Anmerkung B — Wertpapierbestand

Schuldtitle öffentlicher Stellen, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind (davon im Jahre 1999 12 641 und 1998 12 676 nicht börsennotiert)

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (börsennotiert)

	31.12.1999	31.12.1998
Schuldtitle öffentlicher Stellen, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind (davon im Jahre 1999 12 641 und 1998 12 676 nicht börsennotiert)	2 066 543	3 446 435
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (börsennotiert)	3 098 028	3 209 294
	5 164 571	6 655 729

	Einbuchungswert	Aktivierter Differenz zwischen Einbuchungswert und Rückzahlungswert	Bilanzwert	Noch zu aktivierende Differenz zwischen Einbuchungswert und Rückzahlungswert	Wert bei Fälligkeit	Marktwert
Anlageportfolio	2 449 092	43 118	2 492 210	18 426	2 473 784	2 491 050
Hedgingportfolio	1 265 865	—	1 265 865	—	1 223 890	1 159 209
Handelsportfolio	315 155	—	317 502	—	343 938	317 502
Sonstige kurzfristige Titel	1 088 994	—	1 088 994	—	1 088 994	—
	5 119 106	43 118	5 164 571			

Anmerkung C — Forderungen an Kreditinstitute (Sonstige Forderungen)

	31.12.1999	31.12.1998
Terminguthaben	7 854 434	4 612 506
Reverse Repos (*)	3 167 962	1 583 668
	11 022 396	6 196 174

(*) Dieser Posten umfaßt die mit einer Depotstelle durchgeführten Operationen, wobei diese sich auf der Grundlage eines Rahmenvertrages zur Einhaltung der vertraglichen Bedingungen verpflichten. Diese betreffen insbesondere die folgenden Punkte:

- die Lieferung gegen Zahlung;
- die Prüfung der Sicherheiten;
- die vom Geldgeber geforderte Sicherheitsspanne, die stets gegeben und ausreichend sein muß, wozu täglich der Marktwert der Titel zu überprüfen ist;

- die Organisation des Ersatzes der hinterlegten Sicherheiten unter der Voraussetzung, daß dies den vertraglich festgelegten Anforderungen entspricht.

Anmerkung D — Übersicht über die Darlehen und Garantien zum 31. Dezember 1999

1. Gesamtbetrag der gewährten Darlehen (*)

Gesamtbetrag der seit Bestehen der Bank gewährten Darlehen auf der Grundlage der am Tag der Unterzeichnung angewandten Umrrechnungskurse	290 598 102
Zuzüglich: Kapitalisierte Zinsen	28 761
Wechselkursanpassungen	+ 9 142 225
Abzüglich: Kündigungen und Annullierungen	7 615 862
Kapitalrückzahlungen	112 870 856
	- 120 486 718
Gewährte Darlehen insgesamt	179 282 370

Gewährte Darlehen

Aufgliederung des Gesamtbetrags der gewährten Darlehen

- Ausgezahlter Teil
- Noch nicht ausgezahlter Teil

an zwischen- geschaltete Kreditinstitute	direkt an den Endbegünstigten	Insgesamt
65 234 401	88 122 260	153 356 661
7 649 125	18 276 584	25 925 709
72 883 526	106 398 844	179 282 370

Gewährte Darlehen insgesamt

(*) Der Gesamtbetrag der gewährten Darlehen umfaßt sowohl den ausgezahlten als auch den nicht ausgezahlten Teil der gewährten Darlehen.

2. Satzungsmäßige Begrenzung des ausstehenden Gesamtbetrags der gewährten Darlehen und Garantien

250 Mrd; ihr steht ein Gesamtbetrag der ausstehenden Darlehen und Garantien von 179,617 Mrd gegenüber, der sich folgendermaßen aufteilt:

Gemäß Artikel 18 Absatz 5 der Satzung darf der ausstehende Gesamtbetrag der von der Bank gewährten Darlehen und Garantien 250 % des gezeichneten Kapitals nicht überschreiten.

Gewährte Darlehen insgesamt	179,282
Garantien für von Dritten gewährte Darlehen insgesamt	0,335

Auf der Basis des derzeitigen Kapitals beträgt diese Obergrenze

179,617

Anmerkung E — Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere und Beteiligungen

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Dieser Posten umfaßt:

- einen Betrag in Höhe von 106 875 000 EUR (1998: 98 437 500), den die Bank am 31. Dezember 1999 auf ihren Anteil (600 000 000 EUR) am Kapital der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) eingezahlt hat.

Die Bank hält 3,1% des gezeichneten Kapitals.

- einen Betrag in Höhe von 30 312 638 EUR (1998: 26 713 776), der Aktien im Marktwert von 36 734 807 EUR entspricht, die erworben wurden, um die Einbringung von Forderungen zu garantieren.

Beteiligungen

Dieser Posten in Höhe von 160 000 000 EUR entspricht dem Betrag, den die Bank auf ihren Anteil (800 000 000 EUR) am Kapital des Europäischen Investitionsfonds, der seinen Sitz in Luxemburg hat, eingezahlt hat.

Die Bank hält 44,5 % des gezeichneten Kapitals.

Eine Verbuchung der Anteile nach der Equity-Methode hätte keine wesentlichen Auswirkungen auf das Ergebnis und die Eigenmittel der Bank.

in Tsd EUR	Anteil in %	Eigenmittel	Jahresergebnis	Bilanzsumme
EBWE (31.12.1998)	3,1	2 926 789	(261 233)	16 046 630
EIF (31.12.1998)	44,5	413 880	27 774	436 432

Anmerkung F — Sachanlagen und immaterielles Anlagevermögen

	Grundstücke	Gebäude auf dem Kirchberg	Gebäude in Lissabon	Betriebs- und Geschäftsausstattung	Sachanlagen insgesamt	Immaterielles Anlagevermögen insgesamt
Nettobuchwert zu Beginn des Jahres	3 358	74 188	167	4 891	82 604	4 800
Zugänge während des Jahres	—	—	—	5 437*	5 437	4 041
Abschreibungen während des Jahres	—	3 830	14	3 284*	7 128	1 646
Nettobuchwert 31.12.1999	3 358	70 358	153	7 044	80 913	7 195

* davon 212 Erwerb und Abschreibung von Kunstgegenständen.

Sämtliche Grundstücke und Gebäude werden von der Bank für ihre eigenen Zwecke genutzt.

Anmerkung G — Kapitalausgleichsverbindlichkeiten gegenüber Mitgliedstaaten

Bis zum 31. Dezember 1998 hat die Anwendung der in Anmerkung Y angegebenen Umrechnungskurse gemäß Artikel 7 der Satzung eine Angleichung der Beträge der von den Mitgliedstaaten in ihrer Wäh-

rung eingezahlten Kapitalanteile zur Folge gehabt.

Im Anschluß an die Einführung des Euro am 1. Januar 1999 sind die Zahlungen der Verbindlichkeiten gegenüber den betreffenden drei Mitgliedstaaten am 29. Januar 1999 vorgenommen worden, um die Konten definitiv abzuschließen.

Anmerkung H — Im voraus erhaltene Zinsvergütungen

a) Ein Teil der der Bank von der Kommission im Rahmen des EWS überwiesenen Zinsvergütungen wurde als langfristige Vorauszahlung weitergeleitet. Diese wird in dem Aktivposten 10. a) „Forderungen aufgrund von Vorauszahlungen von EWS-Zinsvergütungen“ ausgewiesen.

b) Der Passivposten 3. b) „Im voraus erhaltene Zinsvergütungen“ umfaßt:

- die Zinsvergütungen für Darlehen zur Finanzierung von Investitionen außerhalb der Union, die auf der Grundlage der Abkommen mit den AKP-Staaten und der Finanzprotokolle mit Ländern des Mittelmeerraums gewährt wurden.

- die Zinsvergütungen, die der Bank im Rahmen des Europäischen Währungssystems gemäß Verordnung (EWG) Nr. 1736/79 des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 3. August 1979 und im Rahmen des von den EFTA-Staaten gemäß dem am 2. Mai 1992 unterzeichneten EWR-Abkommen geschaffenen Finanzierungsmechanismus für bestimmte Darlehen aus ihren eigenen Mitteln in der Union zur Verfügung gestellt wurden.

- die Zinsvergütungen, die der Bank gemäß Verordnung (EWG) Nr. 1736/79 des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 3. August 1979, geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2790/82 des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 18. Oktober 1982, für Darlehen überwiesen wurden, die auf der Grundlage der Beschlüsse des Rates der Europäischen Gemeinschaften (78/870) vom 16. Oktober 1978, (82/169) vom 15. März 1982 und (83/200) vom 19. April 1983 (Neues Gemeinschaftsinstrument) aus Mitteln der EG gewährt wurden.

Anmerkung I — Sonstige Aktiva und Passiva

	31.12.1999	31.12.1998
Sonstige Aktiva:		
- Baudarlehen und Vorschüsse an das Personal	96 377	73 821
- Saldo der auf Anleihen gezahlten Beträge und auf Darlehen erhaltenen Beträge der im Rahmen der für Rechnung der Europäischen Gemeinschaften durchgeführten NGI-Operationen (Spezialsektion)	157 272	201 680
- Zu erhaltende Anleiheerlöse	0	398 679
- Sonstige	140 593	173 575
	394 242	847 755

Sonstige Passiva:

- Konten der Europäischen Gemeinschaft:

. für Operationen im Rahmen der Spezialsektion und verschiedene, in diesem Zusammenhang zu verrechnende Beträge	160 366	131 932
. Einlagen	56 343	43 813

- Konten im Rahmen des von den EFTA-Staaten geschaffenen Finanzierungsmechanismus

- Sonstige	239 425	242 942
	456 134	766 188

Anmerkung J — Rechnungsabgrenzungsposten

	31.12.1999	31.12.1998
Aktiva		
Zu erhaltende Zinsen und Provisionen	2 620 230	2 667 438
Zu verteilende Anleihekosten	679 435	480 563
Sonstige	831	1 301
	3 300 496	3 149 302
Passiva		
Zu zahlende Zinsen und Provisionen	3 410 074	3 296 644
Zu verteilende Zinserträge	594 921	419 923
Sonstige	177 391	171 609
Zu verteilende Anleiheerlöse	735 921	667 369
	4 918 307	4 555 545

Anmerkung K — Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist)

	31.12.1999	31.12.1998
- Kurzfristige Mittel	329 539	639 574
- Eigenwechsel an Order der EBWE, die zur Kapitaleinzahlung gehalten werden	7 087	4 050
	336 626	643 624

Anmerkung L — Übersicht über die verbrieften Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 1999

Zahlbar in	Anleihen					Währungs-Swaps				Nettobetrag	
	Ausstehender Betrag zum 31.12.1998	Durchschnitts-zinssatz	Ausstehender Betrag zum 31.12.1999	Durchschnitts-zinssatz	Fälligkeit	Zu zahlende (+) bzw. zu erhaltende (–) Beträge				Ausstehender Betrag zum 31.12.1998	Ausstehender Betrag zum 31.12.1999
						31.12.1998	Durchschnitts-zinssatz	31.12.1999	Durchschnitts-zinssatz		
EUR	11 017 135	6,49	43 544 473	5,51	2000/2029	230 075	– 4,59	381 056	+ 3,13	10 787 060	43 925 529
DEM	15 332 485	5,98	3 884 329	6,63	2000/2028	5 626 474	+ 5,17	5 340 689	+ 5,19	20 958 959	9 225 018
FRF	10 454 902	7,05	5 676 471	6,83	2000/2012	529 003	+ 5,72	263 927	+ 4,56	10 983 905	5 940 398
ITL	18 634 326	7,08	8 893 190	7,10	2000/2018	245 295	+ 3,01	245 295	+ 3,11	18 879 621	9 138 485
BEF	153 942	7,01	74 120	7,41	2002/2004	119 342	+ 8,25	119 342	+ 8,25	273 284	193 462
NLG	4 044 426	6,55	3 192 038	6,68	2000/2009	1 557 764	– 3,09	1 557 764	– 3,22	2 486 662	1 634 274
IEP	314 768	7,99	118 530	7,39	2000/2003	316 135	+ 4,76	316 135	+ 4,70	630 903	434 665
LUF	867 627	7,04	815 653	7,12	2000/2007	309 867	– 6,91	309 867	– 6,91	557 760	505 786
ESP	5 681 042	7,64	5 104 939	7,76	2000/2026	2 981 892	+ 3,13	2 337 829	+ 3,20	8 662 934	7 442 768
PTE	1 589 282	5,55	1 240 123	5,79	2000/2016	1 662 591	+ 3,57	1 463 072	+ 3,68	3 251 873	2 703 195
FIM	67 275	6,28	67 275	6,28	2001/2002	157 348	+ 3,05	157 348	+ 3,21	224 623	224 623
IN-WÄHRUNGEN	68 157 210		72 611 141								
GBP	19 802 230	7,39	28 362 612	6,93	2000/2040	2 183 789	+ 7,08	2 027 728	+ 6,88	21 986 019	30 390 340
DKK	523 576	5,25	483 656	4,94	2002/2005	232 092	– 3,83	46 602	– 3,37	291 484	437 054
GRD	667 296	10,20	954 743	7,77	2000/2004	60 663	+ 11,37	211 929	– 9,35	727 959	742 814
SEK	301 959	7,20	217 810	5,70	2003/2007	229 387	+ 3,58	493 434	+ 3,45	531 346	711 244
USD	18 909 514	6,26	27 672 159	6,02	2000/2026	4 357 269	– 4,29	3 322 750	– 5,95	14 552 245	24 349 409
CHF	4 120 589	5,06	3 753 567	4,90	2000/2014	47 705	+ 7,11	172 388	+ 7,11	4 168 294	3 925 955
JPY	7 081 830	4,62	7 851 617	3,83	2000/2022	3 065 339	– 4,25	3 605 636	– 4,25	4 016 491	4 245 981
NOK	56 361	5,38	260 014	5,56	2004/2007	—	—	260 014	– 5,65	56 361	—
CAD	1 963 314	7,96	2 341 867	7,84	2000/2008	1 907 947	– 9,00	2 273 412	– 9,00	55 367	68 455
AUD	535 718	8,58	692 193	7,88	2001/2005	535 718	– 8,58	692 193	– 7,88	—	—
CZK	195 562	12,27	204 487	10,68	2000/2013	184 691	– 12,31	110 794	– 12,44	10 871	93 693
HKD	549 411	8,01	1 185 396	7,75	2001/2009	549 411	– 8,01	1 185 396	– 7,75	—	—
NZD	181 084	8,38	154 983	7,17	2001/2004	181 084	– 14,05	154 983	– 7,17	—	—
ZAR	516 570	14,23	801 340	13,79	2000/2018	409 252	– 13,26	558 089	– 13,44	107 318	243 251
HUF	27 735	17,26	76 561	12,60	2003/2004	—	—	—	—	27 735	76 561
EEK	9 638	10,00	9 587	10,00	2001/2001	9 638	– 10,00	9 587	– 10,00	—	—
TWD	159 479	6,54	381 877	6,07	2003/2004	159 479	– 6,54	381 877	– 6,07	—	—
SKK	—	—	70 752	15,58	2001/2002	—	—	70 752	– 15,58	—	—
SUMME	123 759 076		148 086 362								
Agio	8 167										
INSGESAMT	123 767 243		148 086 362								

Die Rückzahlung bestimmter Anleihen ist an Börsenindizes gebunden (historischer Wert: 2 976 Mio). Diese Anleihen sind sämtlich vollständig durch Swap-Operationen abgesichert.

Anmerkung M - Rückstellung für den Pensionsfonds der Mitarbeiter

Die für die Erbringung der Leistungen im Rahmen des Pensionsfonds erforderlichen Beträge wurden zum 30. Juni 1997 mit Unterstützung eines unabhängigen Versicherungsmathematikers nach der „projected unit credit“-Methode berechnet. Dieser Berechnung liegen die folgenden Hypothesen zugrunde:

- ein Abzinsungssatz von 6,5 % für die Bestimmung des Gegenwartswerts der erworbenen Pensionsansprüche;
- ein durchschnittliches Pensionierungsalter von 62 Jahren;
- eine auf zusammen 4 % p.a. geschätzte durchschnittliche Erhöhung der Gehälter aufgrund des Anstiegs der Lebenshaltungskosten und der Laufbahnfortschritte.

Die Rückstellung für den Pensionsfonds der Mitarbeiter hat sich folgendermaßen entwickelt:

- Rückstellung zum 31. Dezember 1998 356 763
- Im Laufe des Jahres geleistete Pensionszahlungen – 12 104

- Im Laufe des Jahres angefallene Aufwendungen für den Pensionsfonds	+ 51 239
- Rückstellung zum 31. Dezember 1999	395 898

Anmerkung N — Rückstellung für allgemeine Bankrisiken

Die Rückstellung für allgemeine Bankrisiken hat sich folgendermaßen entwickelt:

	31.12.1999	31.12.1998
Rückstellung zu Beginn des Jahres	750 000	600 000
Zuweisung	120 000	150 000
Rückstellung am Ende des Jahres	870 000	750 000

Anmerkung O — Aufgliederung der Zinserträge und ähnlicher Erträge
(Posten 1 der Gewinn- und Verlustrechnung) unter geographischen Aspekten

	31.12.1999	31.12.1998
Deutschland	1 187 974	954 695
Frankreich	1 146 025	1 104 184
Italien	1 259 349	1 591 026
Vereinigtes Königreich	1 361 692	1 243 191
Spanien	1 062 014	1 099 465
Belgien	220 618	196 995
Niederlande	146 018	141 290
Schweden	159 417	146 996
Dänemark	243 726	269 673
Österreich	78 841	66 197
Finnland	73 042	58 547
Griechenland	299 413	303 519
Portugal	449 831	484 371
Irland	139 391	173 531
Luxemburg	21 086	12 453
	<u>7 848 437</u>	<u>7 846 133</u>
Außerhalb der Union	759 677	582 035
	<u>8 608 114</u>	<u>8 428 168</u>
Nicht aufgegliederte Ergebnisse (1)	721 373	875 747
	<u>9 329 487</u>	<u>9 303 915</u>

(1) Nicht aufgegliederte Ergebnisse:

Erträge aus dem Anlageportfolio	144 693	178 956
Erträge aus dem Hedgingportfolio	90 684	208 889
Erträge aus kurzfristigen Titeln	67 549	42 663
Erträge aus Geldanlagen	418 447	445 239
	<u>721 373</u>	<u>875 747</u>

Anmerkung P — Aufgliederung der Provisionserträge (Posten 4 der Gewinn- und Verlustrechnung) unter geographischen Aspekten:

	31.12.1999	31.12.1998
Frankreich	42	99
Italien	32	45
Vereinigtes Königreich	141	96
Spanien	1	2
Dänemark	42	47
Griechenland	38	53
Irland	39	52
	<u>335</u>	<u>394</u>
Gemeinschaftsinstitutionen	17 955	20 063
	<u>18 290</u>	<u>20 457</u>

Anmerkung Q — Allgemeine Verwaltungsaufwendungen

	31.12.1999	31.12.1998
Gehälter und Bezüge	91 970	88 593
Sozialbeiträge und sonstige Personalkosten	42 776	38 940
Personalaufwand	134 746	127 533
Sonstige Verwaltungskosten	49 145 (*)	36 132
	<u>183 891 (**)</u>	<u>163 665</u>

(*) Davon 12 933 Spenden: - 10 000 für die HIPC-Initiative (Entschuldung hoch verschuldeter Länder)
- 2 933 für die Erdbebengebiete.

(**) Davon 5 017 für das Jahr 2000 betreffende Aufwendungen (31.12.1998: 5 006).

Am 31. Dezember 1999 beschäftigte die Bank 1 011 Mitarbeiter (31. Dezember 1998: 998).

Anmerkung R — Für die Bedienung von Anleihen hinterlegte Gelder

Dieser Posten betrifft die fälligen Zinsscheine und Schuldverschreibungen, deren Betrag von der Bank an die Zahlstellen überwiesen wurde, die jedoch von den Inhabern der von der Bank begebenen Schuldverschreibungen noch nicht eingelöst wurden.

Anmerkung S — Termin-Operationen im Zusammenhang mit dem Wertpapierbestand

Die Beträge beziehen sich auf die im Zusammenhang mit dem Wertpapierbestand abgewickelten Operationen, deren Wertstellungsdatum nach dem Bilanzstichtag liegt.

Anmerkung T — Geschätzter Gegenwartswert der Finanzinstrumente

Die Bank weist in der Bilanz die Finanzinstrumente ohne das Handelsportfolio auf der Basis ihrer Beschaffungskosten in der jeweiligen Währung aus, was bei einem Passivposten dem erhaltenen Betrag bzw. bei Erwerb eines Aktivpostens dem gezahlten Betrag entspricht. Der Gegenwartswert der auf der Aktivseite und auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesenen Finanzinstrumente (im wesentlichen Darlehen, Treasury, Titel und Anleihen nach Zins- bzw. Währungs-Swaps) wird ihrem Buchwert gegenübergestellt und in der Tabelle in zusammengefaßter Form angegeben.

(in Mio EUR) 31. Dezember 1999	Aktiva		Passiva	
	Buchwert (netto)	Gegen- warts- wert	Buch- wert	Gegen- warts- wert
- Darlehen	153 182	157 907	—	—
- Hedgingportfolio	1 266	1 187	—	—
- Anlageportfolio	2 492	2 545	—	—
- Handelsportfolio	318	318	—	—
- Liquide Mittel	12 200	12 200	—	—
- Anleihen nach Swaps	—	—	144 791	149 450
Insgesamt	169 458	174 157	144 791	149 450

Anmerkung U — Risikosteuerung

Folgende wichtige Risiken muß die Bank überwachen:

- * Kreditrisiko
- * Zinsrisiko
- * Liquiditätsrisiko
- * Wechselkursrisiko

Kreditrisiko

Das Kreditrisiko ergibt sich hauptsächlich aus der Darlehenstätigkeit der Bank und in geringerem Maße aus den Instrumenten des Treasury: z.B. festverzinsliche Anleihen, die im Anlageportfolio, im Hedgingportfolio oder im Handelsportfolio gehalten werden, Einlagenzertifikate oder Termineinlagen bei Banken.

Das Kreditrisiko aus dem Einsatz von derivativen Instrumenten wird weiter unten behandelt (Anmerkung V).

Die Steuerung des Kreditrisikos geht zum einen von der Messung des den Kontrahenten gegenüber eingegangenen Engagements und zum anderen von der Analyse ihrer Solvenz aus.

Was die Darlehenstätigkeit, das Treasury und die derivativen Instrumente betrifft, so wird das Kreditrisiko von einer unabhängigen Hauptabteilung „Kreditrisiken“ unter direkter Zuständigkeit des Direktors verwaltet. Hiermit hat die Bank eine operationell unabhängige Stelle für die Definition und die Überwachung des Kreditrisikos eingerichtet.

Darlehen

Um das Kreditrisiko aus ihrem Darlehensbestand einzugrenzen, gewährt die Bank Darlehen nur an solche Kontrahenten, deren Solvenz auf längere Sicht nachgewiesen werden konnte und die als ausreichend solide eingestufte Sicherheiten bieten können.

Zur effizienten Messung und Steuerung des Kreditrisikos im Darlehensbereich hat die Bank daher ihre Kredite nach allgemein anerkannten Kriterien auf der Basis der Qualität des Darlehensnehmers, der Sicherheit bzw. gegebenenfalls des Bürgen klassifiziert.

Für den Bestand der gewährten Darlehen per 31. Dezember 1999 ergibt sich nach Sicherheiten folgende Struktur (Mio EUR):

- in der Union

		Bürge					
		Mitgliedstaaten	Öffentliche Institutionen ⁽¹⁾	Banken „Zone A“	Gesellschaften ⁽¹⁾	Keine formelle Garantie ⁽²⁾	Insgesamt
Darlehensnehmer	Mitgliedstaaten					14 048	14 048
	Öffentliche Institutionen	21 434	8 147	2 136	1 205	398	33 320
	Banken „Zone A“	10 652	19 191	8 488	14 536	7 383	60 250
	Gesellschaften	4 433	429	16 641	24 971	3 838	50 312
	Insgesamt	36 519	27 767	27 265	40 712	25 667	157 930

(1) Die durch die Abtretung von Forderungen besicherten Darlehen sind nach der Art des Endbegünstigten aufgegliedert.

(2) Darlehen, für die aufgrund der hohen Solvenz des Darlehensnehmers, die bereits eine angemessene Sicherheit darstellt, keine formelle Garantie verlangt wurde. Geeignete vertragliche Klauseln sichern das Recht der Bank, beim Eintreten bestimmter Ereignisse auf unabhängige Sicherheiten zurückzugreifen.

- außerhalb der Union

Besichert durch:

Mitgliedstaaten	1 789
Gemeinschaftshaushalt	16 715 (*)
Vor-Beitritts-Fazilität	2 847
Insgesamt	21 351

(*) davon betreffen 1 599 Mio die nachstehend erläuterten Operationen mit Risikoteilung

Die Darlehen der Bank außerhalb der Gemeinschaft (mit Ausnahme der Darlehen im Rahmen der Vor-Beitritts-Fazilität) sind letztlich durch die Bürgschaft zu Lasten des Gemeinschaftshaushalts bzw. durch die Bürgschaft der Mitgliedstaaten (AKP-Länder, ÜLG) besichert. In allen

Regionen (Südafrika, Mittelmeerländer, Mittel- und Osteuropa sowie Asien und Lateinamerika) mit Ausnahme der AKP-Staaten und der ÜLG sind bei den Darlehen, für die eine staatliche Garantie zur Verfügung steht, sämtliche Risiken letztlich durch die Haushaltsgarantie der Gemeinschaft abgedeckt.

Durch den Beschluß des Rates vom 14. April 1997 (Beschluß 97/256/EG) wird das Konzept der Risikoteilung eingeführt, in dessen Rahmen das wirtschaftliche Risiko bestimmter Darlehen der Bank durch Garantien seitens Dritter abgedeckt wird, während die Haushaltsgarantie der Gemeinschaft nur zur Deckung politischer Risiken aus Devisentransferstopps, Enteignung, Krieg und inneren Unruhen zum Tragen kommt. Bisher wurden Darlehen über 1 207 Mio EUR unterzeichnet, bei denen das Konzept der Risikoteilung zur Anwendung kommt.

Die im Rahmen der Vor-Beitritts-Fazilität gewährten Darlehen (2 847 Mio EUR) sind nicht durch Haushaltsgarantien der Gemeinschaft oder der Mitgliedstaaten abgedeckt.

DARLEHEN FÜR VORHABEN AUSSERHALB DER UNION

Aufgliederung der Darlehen nach der maßgeblichen Form ihrer Besicherung (in Tsd EUR):

Finanzabkommen	Ausstehender Betrag	Finanzabkommen	Ausstehender Betrag
<i>Bürgschaft der Mitgliedstaaten:</i>		Jugoslawien - 2. Finanzprotokoll	233 205
AKP/ÜLG insgesamt		Jugoslawien - Artikel 18 (1984)	30 347
Zweites Abkommen von Lome	34 163		
AKP/ÜLG insgesamt		<i>75%ige Haushaltsgarantie der Gemeinschaft insgesamt</i>	<i>4 546 637</i>
Drittes Abkommen von Lome	276 800		
AKP/ÜLG insgesamt		<i>- 70%ige Haushaltsgarantie der Gemeinschaft:</i>	
Viertes Abkommen von Lome	1 035 469	Südafrika - 375 Mio - Beschluß vom 29.01.1997	286 645
AKP/ÜLG insgesamt		EUROMED (EIB) - 2310 Mio - Beschluß vom 29.01.1997	2 372 983
Viertes Abkommen von Lome - 2. Finanzprotokoll	442 920	MOEL - 3520 Mio - Beschluß vom 29.01.1997	3 378 102
Bürgschaft der Mitgliedstaaten insgesamt	1 789 352	Ehem. jugoslawische Republik Mazedonien - 150 Mio - 1998/2000	130 000
<i>100%ige Haushaltsgarantie der Gemeinschaft:</i>		ALA II - 900 Mio	789 640
Südafrika - 300 Mio - Beschluß des Rates der Gouverneure vom 19.06.1995	301 725	ALA INTERIM (70%ige Bürgschaft - Risikoteilung) - 122 Mio	128 646
MOEL (Mittel- und Osteuropa) - 1 Mrd - Beschluß des Rates der Gouverneure vom 29.11.1989	744 662		
MOEL - 3 Mrd - Beschluß des Rates der Gouverneure vom 2.05.1994	2 815 823	<i>70%ige Haushaltsgarantie der Gemeinschaft insgesamt</i>	<i>7 086 016</i>
MOEL - 700 Mio - Beschluß des Rates der Gouverneure vom 18.04.1991	429 710	Haushaltsgarantie der Gemeinschaft insgesamt	16 715 454
ALA I (Asien und Lateinamerika) - 750 Mio	626 119	<i>Vor-Beitritts-Fazilität</i>	
ALA INTERIM (100%ige Bürgschaft) - 153 Mio	164 762	Zypern (Vor-Beitritts-Fazilität) - 1998/2000	250 000
		MOEL (Vor-Beitritts-Fazilität) - 1998/2000	2 596 734
<i>100%ige Haushaltsgarantie der Gemeinschaft insgesamt</i>	<i>5 082 801</i>	Vor-Beitritts-Fazilität insgesamt	2 846 734
<i>75%ige Haushaltsgarantie der Gemeinschaft:</i>		Insgesamt	21 351 540
Finanzprotokolle mit Mittelmeerländern	4 078 136		
Slowenien - 1. Finanzprotokoll	145 043		
Jugoslawien - 1. Finanzprotokoll	59 906		

Nachstehend folgt eine Übersicht mit der Aufgliederung der ausstehenden ausgezahlten Darlehen per Jahresende nach den Wirtschaftsbereichen, in denen die Darlehensnehmer tätig sind (Mio EUR).

Wirtschaftsbereich	Fälligkeit				
	bis zu 1 Jahr	von 1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	Insgesamt 1999	Insgesamt 1998
Energie	2 218	8 133	11 663	22 014	21 553
Verkehr	2 655	10 108	29 325	42 088	36 393
Telekommunikation	1 546	8 465	4 683	14 694	14 377
Wasser und Abwasser, Abfallwirtschaft	892	4 366	7 274	12 532	11 365
Diverse Infrastruktur	310	1 675	4 608	6 593	4 617
Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei	47	194	241	482	487
Industrie	1 669	7 750	3 137	12 556	11 697
Dienstleistungen	230	764	696	1 690	1 398
Globaldarlehen	3 484	17 093	18 578	39 155	30 273
Bildung, Gesundheit	9	176	1 368	1 553	905
	13 060	58 724	81 573	153 357	133 065

Treasury

Das Kreditrisiko im Zusammenhang mit dem Treasury (Wertpapier-Portfolio, Commercial Paper, Terminkonten usw.) wird dadurch streng unter Kontrolle gehalten, daß ausschließlich erstrangige Kontrahenten bzw. Emittenten ausgewählt werden.

Für die Struktur der Wertpapierbestände und die ausstehenden Beträge bei den Instrumenten des Treasury hat die Geschäftsleitung Limits im wesentlichen auf der Grundlage der den Kontrahenten von den Rating-Agenturen erteilten Einstufungen festgesetzt. (Diese Limits werden von der für die Kreditrisiken zuständigen Hauptabteilung regelmäßig überprüft.)

Die nachfolgende Tabelle weist die prozentualen Anteile des Kreditrisikos der Wertpapierbestände und der Instrumente des Treasury nach der Krediteinstufung der Kontrahenten bzw. der Emittenten aus.

Prozentualer Anteil per 31. Dezember 1999	Wertpapierportfolio in %	Instrumente des Treasury in %
Rating durch Moody's oder entsprechendes Rating		
AAA	55	11
von AA1 bis AA3	44	73
A1	—	7
weniger als A1	—	9
ohne Rating	1	—
Insgesamt	100,00	100,00

Zinsrisiko

Die Bank hat eine allgemeine Organisation für das Aktiv-Passiv-Management gemäß den besten Praktiken der Finanzwirtschaft und insbesondere einen Aktiv-Passiv-Management-Ausschuß geschaffen, der direkt dem Direktorium untersteht. Dabei hat sie eine Aktiv-Passiv-Management-Strategie beschlossen, die darin besteht, die Duration der Eigenmittel auf einem Niveau von ca. 5-6 Jahren zu halten, um die Bank vor zu starken Schwankungen ihrer langfristigen Erträge zu schützen.

Im Hinblick darauf, für einen rechnerischen Eigenmittelbestand das erwähnte Ziel einer Duration von 5 bis Jahren einzuhalten, würde eine Erhöhung des Zinssatzes für sämtliche Währungen um 0,01 % zu einer Verringerung der Differenz zwischen eingesetzten und aufgenommenen Mitteln um 1 131 000 EUR führen.

Die nachstehende Tabelle weist das Zinsrisiko der Bank aus. Aufgeführt sind die Nominalbeträge nach Fälligkeiten und die entsprechenden Termine der Zinsänderungen für die wichtigsten Bilanzpositionen mit Zinsneufestsetzung.

Zeitraum der Neufestsetzung (Mio EUR)

	bis 3 Monate	von 3 bis 6 Monate	von 6 Monate bis 1 Jahr	von 1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	Insgesamt 1999	Insgesamt 1998
Aktiva							
Darlehen (Bruttowert)	53 365	5 307	7 411	41 561	45 713	153 357	133 065
Treasury netto	10 029	150	167	1 029	2 328	13 703	11 557
	63 394	5 457	7 578	42 590	48 041	167 060	144 622
Passiva							
Anleihen und Swaps	63 547	5 098	4 263	38 286	33 510	144 704	124 210
Zinsrisiko	- 153	359	3 315	4 304	14 531		

Liquiditätsrisiko

In der nachstehenden Tabelle sind Aktiva und Passiva nach Fälligkeiten, entsprechend ihrer Restlaufzeit zwischen Bilanzstichtag und vertraglicher Fälligkeit, dargestellt.

Die Aktiva und die Passiva, für die keine vertragliche Fälligkeit besteht, sind in der Kategorie „Fälligkeit nicht festgelegt“ ausgewiesen.

Liquiditätsrisiko (Mio EUR)

Fälligkeit	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	Fälligkeit nicht festgelegt	Insgesamt
Aktiva						
Kasse, Zentralbanken und Postgiroämter	11					11
Schuldtitel öffentlicher Stellen, die zur Refinanzierung bei Zentralbanken zugelassen sind	437	332	446	852		2 067
Sonstige Forderungen:						
Sichtkonten	77					77
Andere	11 022					11 022
	<u>11 099</u>	<u>0</u>				<u>11 099</u>
Darlehen:						
an Kreditinstitute	1 146	4 595	28 038	31 455		65 234
an Kunden	1 417	5 903	30 685	50 118		88 123
	<u>2 563</u>	<u>10 498</u>	<u>58 723</u>	<u>81 573</u>		<u>153 357</u>
Anleihen und andere festverzinsliche Wertpapiere	707	62	731	1 598		3 098
Forderungen aus Währungs-Swap-Verträgen	3 537	2 986	15 346	5 684		27 553
Sonstige Vermögenswerte					3 918	3 918
Summe Aktiva	18 354	13 878	75 246	89 707	3 918	201 103
Passiva						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	330	2	5			337
Verbriefte Verbindlichkeiten	8 093	10 402	69 724	59 867		148 086
Kapital, Rücklagen und Ergebnis					20 494	20 494
Sonstige Passiva					6 153	6 153
Verbindlichkeiten aus Währungs-Swap-Verträgen	3 341	2 800	14 487	5 405		26 033
Summe Passiva	11 764	13 204	84 216	65 272	26 647	201 103

Außerdem wurde ein Wertpapierbestand mit der Bezeichnung Anlageportfolio (Anmerkung B) geschaffen, durch das gleichzeitig die Solvenz der Bank gewährleistet und unvorhergesehenen Liquiditätsanforderungen nachgekommen werden soll. Dieser Wertpapierbestand enthält im wesentlichen festverzinsliche Papiere erstklassiger Emittenten, überwiegend Anleihen der Mitgliedstaaten, die normalerweise bis zu ihrer Endfälligkeit gehalten werden sollen.

Wechselkursrisiko

Die Quellen des Wechselkursrisikos sind in anderen Währungen als dem Euro gehaltene Eigenmittelbeträge sowie die Spannen auf Operationen und die allgemeinen Kosten in anderen Währungen als dem Euro. Ziel des Aktiv-Passiv-Management ist es, dieses Risiko durch Aufteilung der Nettopositionen der Bilanz in Euro einerseits und in Nicht-Euro-Währungen andererseits zu minimieren. Die Abweichungen von diesem Ziel werden durch regelmäßige Operationen auf den Devisenmärkten ausgeschaltet.

Devisenposition (in Mio EUR)

Währungen	EUR	Euro-Währungen	Pfund Sterling	US-Dollar	Sonstige Währungen	Insgesamt ohne EUR	Insgesamt
Aktiva							
Kasse, Zentralbanken und Postgiroämter	1		10			10	11
Schuldtitel öffentlicher Stellen, die zur Refinanzierung bei Zentralbanken zugelassen sind	2 019	48					2 067
Sonstige Forderungen:							
Sichtkonten	39		1	19	18	38	77
Andere	6 075		1 090	3 514	343	4 947	11 022
	6 114		1 091	3 533	361	4 985	11 099
Darlehen:							
an Kreditinstitute	17 519	24 652	11 744	8 992	2 328	23 064	65 235
an Kunden	24 266	27 812	16 778	11 894	7 372	36 044	88 122
	41 785	52 464	28 522	20 886	9 700	59 108	153 357
Anleihen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2 554	217		278	49	327	3 098
Forderungen aus Währungs-Swap-Verträgen	1 322	2 822	2 416	9 890	11 103	23 409	27 553
Sonstige Vermögenswerte	1 329	1 398	655	330	206	1 191	3 918
Summe Aktiva	55 124	56 949	32 694	34 917	21 419	89 030	201 103
PASSIVA							
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	119			216	2	218	337
Verbriefte Verbindlichkeiten:							
Begebene Schuldverschreibungen	43 542	28 895	28 121	27 672	19 011	74 804	147 241
Andere	3	171	241		430	671	845
	43 545	29 066	28 362	27 672	19 441	75 475	148 086
Kapital, Rücklagen und Ergebnis	20 494						20 494
Sonstige Passiva	2 697	1 792	703	555	406	1 664	6 153
Verbindlichkeiten aus Währungs-Swap-Verträgen	3 169	11 198	3 647	6 433	1 586	11 666	26 033
Summe Passiva	70 024	42 056	32 712	34 876	21 435	89 023	201 103
Nettoposition zum 31.12.1999	- 14 900	14 893	- 18	41	- 16		
Nettoposition zum 31.12.1998	- 12 181	10 340	1 436	38	367		

Anmerkung V — Derivate**1. Bei der Mittelbeschaffung**

Die Bank verwendet Derivate hauptsächlich im Rahmen ihrer Mittelbeschaffungsstrategie, um einerseits die aufgenommenen Mittel hinsichtlich Währungen und Zinssätzen mit denen der gewährten Darlehen in Übereinstimmung zu bringen und um andererseits die Kosten der Mittelbeschaffung zu senken.

Folgende Derivate kommen am häufigsten zum Einsatz:

- * Währungs-Swaps
- * Zins-Swaps
- * Deferred-rate-setting-Vereinbarungen (DRS)

Währungs-Swaps

Bei Währungs-Swaps handelt es sich um Verträge, in denen vereinbart wird, die durch Anleihen aufgenommenen Mittel in eine andere Währung zu tauschen. Gleichzeitig wird ein Vertrag über einen Termin-tausch abgeschlossen, durch den ein künftiger umgekehrter Tausch der beiden Währungen erreicht wird, um so zu den vorgesehenen Fälligkeiten die aufgenommenen Mittel zurückzahlen zu können.

Zins-Swaps

Bei Zins-Swaps handelt es sich um Verträge, bei denen im allgemeinen vereinbart wird, variable Zinssätze gegen feste Zinssätze bzw. umgekehrt zu tauschen.

Deferred-rate-setting-Vereinbarung (DRS)

Dieses derivative Finanzinstrument ist einem Zins-Swap-Vertrag (fester Zinssatz/variabler Zinssatz oder umgekehrt) vergleichbar. Dieses Instrument wird jedoch besonders von Instituten für langfristige Finanzierungen wie der EIB verwendet, die sich umfangreiche Beträge auf den Kapitalmärkten beschaffen.

Verwendung und damit verbundene Risiken

Mit Zins-Swaps bzw. Währungs-Swaps lassen sich die Merkmale hinsichtlich Zinssatz und Währung des Anleiheportefeuilles ändern, um so den Wünschen der Kunden der Bank entsprechen zu können. Gleichzeitig können damit jedoch auch bestimmte Kapitalmärkte in Anspruch genommen werden, indem mit einem Kontrahenten seine günstigen Konditionen bei der Inanspruchnahme dieser Märkte getauscht werden, womit eine Verringerung der Mittelbeschaffungskosten erreicht wird.

Sämtliche Zins-Swaps bzw. Währungs-Swaps auf der Grundlage des Anleiheportefolles haben dieselben Laufzeiten wie die entsprechenden Anleihen und sind somit langfristig.

Verträge über die vorstehend beschriebenen Derivate werden sämtlich einzeln mit erstklassigen Kontrahenten ausgehandelt.

Wie die in der Bilanz ausgewiesenen Finanzinstrumente so weisen auch die Derivate ein Kreditrisiko auf. Anders als bei den in der Bilanz ausgewiesenen Finanzinstrumenten, bei denen das Kreditrisiko im allgemeinen dem Nominalbetrag entspricht, macht das Kreditrisiko bei den Derivaten im allgemeinen nur einen kleinen Teil ihres Nominalwertes aus. Im Falle der Bank, die Derivate nur einzeln aushandelt,

wird das Kreditrisiko nach der von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) empfohlenen Methode des „laufenden Risikos“ bewertet. So wird das Kreditrisiko durch die positiven Ersatzwerte der genannten Verträge ausgedrückt, zuzüglich der potentiellen Risiken nach Laufzeit und Art der Transaktion und gewichtet mit einem nach der Art des Kontrahenten bestimmten Koeffizienten (gewichtetes BIZ-2-Risiko).

Die nachstehenden Tabellen geben eine Übersicht über die Fälligkeiten der Währungs-Swaps bzw. der Zins-Swaps und der DRS nach ihrem Nominalbetrag sowie nach ihrem Kreditrisiko.

Währungs-Swaps (Mio EUR)

	weniger als 1 Jahr	von 1 Jahr bis 5 Jahre	von 5 Jahre bis 10 Jahre	über 10 Jahre	Summe 31.12.1999	Summe 1998
Nominalbetrag	4 005	15 346	5 292	392	25 035	20 951
Nettoglegenwartswert	71	1 027	372	- 45	1 425	- 261
Kreditrisiko (gemäß BIZ 2, gewichtet)	55	531	170	57	813	537

Es sei daran erinnert, daß die Nominalbeträge der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Währungs-Swaps auf der Aktivseite bzw. der Passivseite der Bilanz unter „Sonstige Vermögenswerte“ bzw. unter „Sonstige Verbindlichkeiten“ ausgewiesen sind (kurzfristige Swaps siehe Punkt 2).

Zins-Swaps und DRS (Mio EUR)

	weniger als 1 Jahr	von 1 Jahr bis 5 Jahre	von 5 Jahre bis 10 Jahre	über 10 Jahre	Summe 31.12.1999	Summe 1998
Nominalbetrag	6 070	37 786	25 832	13 094	82 782	56 541
Nettoglegenwartswert	744	967	- 270	119	1 560	3 918
Kreditrisiko (gemäß BIZ 2, gewichtet)	159	406	272	182	1 019	1 139

Im allgemeinen schließt die Bank keine Optionsverträge im Rahmen ihrer Politik der Risikoabsicherung ab.

Im Rahmen ihrer Strategie der Mittelbeschaffung auf den Finanzmärkten zu möglichst niedrigen Kosten schließt die Bank jedoch Anleiheverträge ab, die namentlich Zinsoptionen bzw. Börsenindexoptionen enthalten. Für diese Anleihen werden Swapverträge abgeschlossen, um das entsprechende Marktrisiko abzudecken.

Die nachstehende Tabelle gibt eine Übersicht über die Anzahl und den Nominalbetrag der verschiedenen Optionsarten bei Anleihen.

	Integrierte Option	Börsen- index	Kupon oder vergleichbare Zinsform mit besonderer Struktur
Anzahl der Transaktionen	76	53	47
Nominalbetrag (Mio EUR)	9 093	2 976	3 493
Nettoglegenwartswert	- 161	1 250	316

Sämtliche Verträge mit integrierter oder auf Anleihen gestützter Option werden jeweils einzeln ausgehandelt.

Diese Optionen enthalten im allgemeinen kein Kreditrisiko, angenommen bestimmte Optionen auf Basis eines Börsenindex, für die jedoch Sicherheiten eingeräumt werden, die regelmäßig überwacht werden.

2. Im Rahmen des Treasury-Management

Die Bank schließt auch Verträge über kurzfristige Währungs-Swaps ab. Diese dienen der Anpassung ihrer Währungspositionen im operativen Treasury gegenüber ihrer Referenzwährung EUR, aber auch zur Deckung ihres Währungsbedarfs für die Auszahlungen auf Darlehen.

Der Nominalbetrag der kurzfristigen Währungs-Swaps stellte sich zum 31. Dezember 1999 auf 2 431 Mio EUR, nach 5 311 Mio EUR zum 31. Dezember 1998.

Es sei daran erinnert, daß die Nominalbeträge der Forderungen und Verbindlichkeiten aus kurzfristigen Währungs-Swaps ebenfalls in der Bilanz unter „Sonstige Vermögenswerte“ bzw. unter „Sonstige Verbindlichkeiten“ ausgewiesen werden.

Anmerkung W — Aufgliederung der Darlehen nach dem Projektstandort

Standort der Projekte	Anzahl	Gesamtbetrag der ausstehenden Darlehen	Noch nicht ausgezahlter Teil	Ausstehende ausgezahlte Darlehen	% des Gesamtbetrags	% Jahr 1998
1. Darlehen für Vorhaben in der Union sowie diesen gleichgestellte Darlehen						
Deutschland	621	22 573 614	386 820	22 186 794	12,59 %	11,78 %
Frankreich	412	20 827 920	2 137 302	18 690 618	11,62 %	11,26 %
Italien	1 616	27 032 247	3 382 814	23 649 433	15,08 %	17,18 %
Vereinigtes Königreich	347	23 800 159	2 942 688	20 857 471	13,27 %	12,68 %
Spanien	418	22 860 417	1 963 007	20 897 410	12,75 %	12,78 %
Belgien	100	4 122 343	172 312	3 950 031	2,30 %	2,57 %
Niederlande	53	3 026 147	714 396	2 311 751	1,69 %	1,92 %
Schweden	97	3 361 754	211 522	3 150 232	1,88 %	1,71 %
Dänemark	130	4 434 752	84 156	4 350 596	2,47 %	2,43 %
Österreich	69	2 221 247	11 527	2 209 720	1,24 %	1,04 %
Finnland	43	1 991 063	208 762	1 782 301	1,11 %	0,91 %
Griechenland	190	6 032 593	1 076 522	4 956 071	3,36 %	3,08 %
Portugal	193	11 044 014	2 643 686	8 400 328	6,16 %	6,42 %
Irland	132	2 269 112	480 156	1 788 956	1,27 %	1,52 %
Luxemburg	32	406 835	17 352	389 483	0,23 %	0,17 %
Gleichgestellte Darlehen (*)	20	1 926 615	99 053	1 827 562	1,07 %	1,27 %
Insgesamt	4 473	157 930 832	16 532 075	141 398 757	88,09 %	88,73 %

2. Darlehen für Vorhaben außerhalb der Union

2.1. AKP-Länder und ÜLG

Kenia	11	171 810	78 000	93 810		
Simbabwe	14	125 457	18 030	107 427		
Jamaika	11	124 525	6 752	117 773		
Namibia	8	122 565	50 225	72 340		
Trinidad und Tobago	6	107 095	3 500	103 595		
Ghana	5	87 042	31 774	55 268		
Mauritius	11	86 408	14 324	72 084		
Senegal	3	77 764	54 001	23 763		
Côte d'Ivoire	10	76 107	2 500	73 607		
Für sämtliche AKP-Länder	2	75 732	5 713	70 019		
Botsuana	9	71 507	424	71 083		
Nigeria	3	69 272	0	69 272		
Barbados	6	67 483	38 508	28 975		
Mosambik	3	60 299	29 747	30 552		
Lesotho	3	59 334	54 000	5 334		
Papua-Neuguinea	6	52 347	0	52 347		
Bahamas	4	43 936	5 922	38 014		
Afrika/Regionalvorhaben	2	35 660	0	35 660		
Mauretanien	2	26 287	15 000	11 287		
Mali	1	22 750	0	22 750		
Kamerun	6	22 479	5 000	17 479		
Westafrika/Regionalvorhaben	2	20 528	15 000	5 528		
Karibik/Regionalvorhaben	1	20 274	16 000	4 274		
Uganda	2	18 363	6 500	11 863		
Santa Lucia	4	14 551	0	14 551		
Guinea	2	13 620	0	13 620		
Französisch-Polynesien	4	12 781	5 000	7 781		
Dominikanische Republik	2	11 882	3 000	8 882		
Gabun	2	10 500	10 500	0		
Dominika	1	10 000	10 000	0		
Britische Jungferninseln	3	8 047	5 000	3 047		
Kaimaninseln	3	7 651	0	7 651		
Fidschi	4	6 530	0	6 530		
Malawi	4	5 926	0	5 926		
Niederländische Antillen	4	5 849	1 000	4 849		
St. Vincent und die Grenadinen	2	5 801	4 000	1 801		
Tonga	3	4 252	0	4 252		
Suriname	1	4 090	2 120	1 970		
Grenada	1	4 078	2 401	1 677		
Neukaledonien und Dependenz	1	3 841	0	3 841		
Falklandinseln	2	3 812	1 500	2 312		
Aruba	3	3 203	2 000	1 203		
Belize	2	2 857	162	2 695		
Demokratische Republik Kongo	1	2 436	0	2 436		
Togo	1	893	0	893		
Seychellen und Dependenz	1	628	0	628		
Kongo	2	616	0	616		
Zentralafrika/Regionalvorhaben	1	433	0	433		
Montserrat	1	50	0	50		
Zwischensumme	186	1 789 351	497 603	1 291 748	1,00 %	1,07 %

(*) Darlehen, die nach Maßgabe von Artikel 18 Absatz 1 Unterabsatz 2 der Satzung für im Interesse der Union liegende Projekte außerhalb der Hoheitsgebiete der Mitgliedstaaten gewährt wurden und den Darlehen in der Union gleichgestellt sind.

Anmerkung W - Aufgliederung der Darlehen nach dem Projektstandort (Fortsetzung)

Standort der Projekte	Anzahl	Gesamtbetrag der ausstehenden Darlehen	Noch nicht ausgezahlter Teil	Ausstehende ausgezahlte Darlehen	% des Gesamtbetrags	% Jahr 1998
2.2. Südafrika Zwischensumme	15	588 370	205 692	382 678	0,33 %	0,26 %
2.3. Länder des Mittelmeerraums						
Ägypten	36	1 305 199	370 184	935 015		
Marokko	31	1 240 498	581 244	659 254		
Algerien	25	1 182 240	224 000	958 240		
Tunesien	38	754 902	331 123	423 779		
Türkei	13	567 550	173 007	394 543		
Libanon	13	511 662	271 011	240 651		
Zypern	16	452 230	297 894	154 336		
Jordanien	29	408 749	174 616	234 133		
Gazastreifen/Westjordanland	9	185 133	159 532	25 601		
Israel	3	50 091	0	50 091		
Syrien	3	26 014	0	26 014		
Malta	3	16 852	0	16 852		
Zwischensumme	219	6 701 120	2 582 611	4 118 509	3,74 %	3,88 %
2.4. Länder Mittel- und Osteuropas						
Polen	32	2 757 926	1 550 721	1 207 205		
Tschechische Republik	22	1 822 466	904 612	917 854		
Rumänien	23	1 373 744	936 532	437 212		
Ungarn	25	1 276 935	410 162	866 773		
Slowakei	19	903 496	267 704	635 792		
Slowenien	18	831 146	469 387	361 759		
Bulgarien	15	666 706	439 000	227 706		
Litauen	14	237 933	128 574	109 359		
Lettland	10	191 431	135 592	55 839		
Ehem. jugoslawische Republik Mazedonien	8	160 029	92 000	68 029		
Estland	9	106 181	47 000	59 181		
Kroatien	6	93 421	0	93 421		
Ehem. Föderative Republik Jugoslawien	15	73 295	0	73 295		
Albanien	5	67 842	52 700	15 142		
Bosnien und Herzegowina	1	984	0	984		
Zwischensumme	222	10 563 535	5 433 984	5 129 551	5,89 %	5,19 %
2.5. Länder Asiens und Lateinamerikas						
Brasilien	8	352 731	67 375	285 356		
Argentinien	5	217 229	18 415	198 814		
Philippinen	6	193 616	101 532	92 084		
Indonesien	3	148 163	126 263	21 900		
Thailand	3	136 624	70 000	66 624		
Peru	2	90 257	0	90 257		
China	2	84 907	33 595	51 312		
Mexiko	2	80 336	26 611	53 725		
Panama	1	55 544	0	55 544		
Indien	1	55 263	52 444	2 819		
Vietnam	1	55 000	55 000	0		
Costa Rica	1	47 428	0	47 428		
Pakistan	2	45 015	42 348	2 667		
Chile	1	43 425	0	43 425		
Regionalvorhaben Andenpakt	1	40 704	28 162	12 542		
Regionalvorhaben Mittelamerika	1	35 000	35 000	0		
Paraguay	1	17 000	17 000	0		
Uruguay	1	10 922	0	10 922		
Zwischensumme	42	1 709 164	673 745	1 035 419	0,95 %	0,87 %
Zusammen	684	21 351 540	9 393 635	11 957 905	11,91 % *	11,27 %
Insgesamt	5 157	179 282 372	25 925 710	153 356 662	100,00 %	100,00 %

* Ohne Vor-Beitriffs-Fazilität 10,3 %

Anmerkung X — IAS 14 - Segmentberichterstattung

Im Hinblick auf die in der geänderten IAS 14 definierten Kriterien ist die Bank der Ansicht, daß die von ihr vergebenen Darlehen das wichtigste Produkt darstellen, das sie ihren Kunden anbietet. Ihre Organisationsstruktur und ihre Managementinstrumente sind auf die Weiterentwicklung und die Distribution dieses Produkts ausgerichtet. Daher wurden in Anwendung des genannten Standards die Kriterien für die Segmentbildung folgendermaßen definiert:

- primäres Kriterium: das Darlehen als Produkt;

- sekundäres Kriterium: seine geographische Verteilung.

Die über die geographische Segmentbildung offenzulegenden Informationen finden sich in den folgenden Anmerkungen:

- Aufgliederung der Zinserträge und ähnlicher Erträge unter geographischen Aspekten (Anmerkung O)
- Aufgliederung der Darlehen nach dem Projektstandort (Anmerkung W)
- Sachanlagen und immaterielles Anlagevermögen nach ihrem Standortland (Anmerkung F).

Anmerkung Y — Umrechnungskurse

Für die Aufstellung der Bilanzen zum 31. Dezember 1999 und 31. Dezember 1998 wurden nachstehende Umrechnungskurse zugrunde gelegt:

1 Euro =	<u>31.12.1999</u>		<u>31.12.1998</u>
EURO-11:			
Deutsche Mark	1,95583	(*)	1,95583
Französische Francs	6,55957	(*)	6,55957
Italienische Lire	1936,27	(*)	1936,27
Spanische Peseten	166,386	(*)	166,386
Belgische Francs	40,3399	(*)	40,3399
Holländische Gulden	2,20371	(*)	2,20371
Österreichische Schilling	13,7603	(*)	13,7603
Finnmark	5,94573	(*)	5,94573
Portugiesische Escudos	200,482	(*)	200,482
Irische Pfund	0,787564	(*)	0,787564
Luxemburgische Francs	40,3399	(*)	40,3399
PRE-IN:			
Pfund Sterling	0,62170		0,705455
Dänische Kronen	7,44330		7,44878
Drachmen	330,300		329,689
Schwedische Kronen	8,56250		9,48803
NICHT- GEMEINSCHAFTS- WÄHRUNGEN:			
US-Dollar	1,00460		1,16675
Schweizer Franken	1,60510		1,60778
Libanesische Pfund	1511,04		1759,46
Japanische Yen	102,730		132,800
Kanadische Dollar	1,46080		1,80613
Australische Dollar	1,54220		1,89932
CFA-Francs	655,957		655,957
Tschechische Kronen	36,1030		35,1939
Hongkong-Dollar	7,80330		9,10065
Neuseeland-Dollar	1,93570		2,20892
Rand	6,18701		6,84883

(*) Am 31.12.1998 unwiderruflich festgesetzt.

Bestätigungsvermerk der externen Abschlußprüfer

An den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses der
Europäischen Investitionsbank
Luxemburg

Gemäß dem von der Bank am 20. Juni 1996 erteilten Auftrag haben wir die vorstehenden Finanzausweise der Europäischen Investitionsbank (laut nachfolgender Aufstellung) für das am 31. Dezember 1999 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft. Für diese Finanzausweise zeichnet die Geschäftsleitung der Europäischen Investitionsbank verantwortlich. Unsere Verantwortung erstreckt sich auf die Erteilung des Bestätigungsvermerks aufgrund der von uns vorgenommenen Abschlußprüfungen.

Wir haben unsere Abschlußprüfungen nach internationalen Prüfungsgrundsätzen durchgeführt. Nach diesen Grundsätzen muß durch die Planung und Durchführung unserer Prüfungen in angemessener Weise sichergestellt sein, daß die Finanzausweise keine wesentlichen unzutreffenden Darstellungen enthalten. Eine Abschlußprüfung umfaßt die stichprobenweise Prüfung der Nachweise der in den Finanzausweisen enthaltenen Beträge und Angaben. Eine Abschlußprüfung umfaßt auch die Beurteilung der von der Geschäftsleitung angewandten Rechnungslegungsgrundsätze und von ihr gemachten wesentlichen Annahmen und Schätzungen sowie die Beurteilung des Gesamtbildes, das sich aus den Finanzausweisen ergibt. Wir sind der Ansicht, daß unsere Prüfungshandlungen eine angemessene Grundlage für unseren Bestätigungsvermerk darstellen.

Wir sind der Überzeugung, daß die Finanzausweise in Übereinstimmung mit den in der Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften niedergelegten Grundsätzen für die Jahresabschlüsse und konsolidierten Abschlüsse von Banken und sonstigen Finanzinstituten und den internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen - Ausnahmen sind in den Anmerkungen zur Rechnungslegung erläutert - ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Finanzlage der Europäischen Investitionsbank zum 31. Dezember 1999, ihrer Ertragslage sowie der finanziellen Veränderungen für das zu diesem Zeitpunkt beendete Geschäftsjahr geben.

Unser Bestätigungsvermerk erstreckt sich auf die folgenden Finanzausweise:

Bilanz
Status der Spezialsektion
Gewinn- und Verlustrechnung
Eigenmittel und Ergebnisverwendung
Zusammensetzung des Kapitals
Mittelherkunfts- und -verwendungsrechnung
Anmerkungen zu den Finanzausweisen

ERNST & YOUNG
Aktiengesellschaft



Catherine ALEXANDER



Kenneth A. HAY

Luxemburg, den 22. Februar 2000

Prüfungsausschuß

Der Prüfungsausschuß erstattet dem Rat der Gouverneure Bericht; dieser hat vor der Genehmigung des Jahresberichts und der Finanzausweise der Bank für 1999 folgende Erklärung entgegengenommen:

Erklärung des Prüfungsausschusses

Der Ausschuß, der gemäß Artikel 14 der Satzung und Artikel 25 der Geschäftsordnung der Europäischen Investitionsbank zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit ihrer Geschäfte und ihrer Bücher eingesetzt wurde,

nach Kenntnisnahme der Unterlagen, deren Prüfung er seinem Auftrag entsprechend für erforderlich hielt,

nach Kenntnisnahme und Erörterung der Berichte der Abschlußprüfer Ernst & Young,

unter Bezugnahme auf den Jahresbericht 1999 und die Finanzausweise für das am 31. Dezember 1999 abgeschlossene Geschäftsjahr, wie sie vom Verwaltungsrat in seiner Sitzung vom 22. Februar 2000 festgestellt wurden,

unter Bezugnahme auf die Artikel 22, 23 und 24 der Geschäftsordnung,

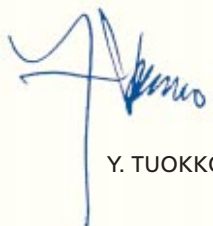
bestätigt hiermit:

daß die Geschäfte der Bank während des Geschäftsjahres 1999 entsprechend den in der Satzung und der Geschäftsordnung festgelegten Formalitäten und Verfahrensvorschriften durchgeführt wurden,

daß die Finanzausweise mit der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung, dem Status der Spezialsektion, den Anmerkungen zu den Finanzausweisen sowie sämtlichen sonstigen, in den Finanzausweisen enthaltenen Finanzinformationen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild von der Vermögens- und Finanzlage der Bank im Hinblick auf die Aktiv- und Passivseite sowie der Ergebnisse ihrer Tätigkeit und ihrer Mittelherkunft und -verwendung im Geschäftsjahr 1999 vermitteln.

Luxemburg, den 28. März 2000

Der Prüfungsausschuß



Y. TUOKKO



M. SOMERS



A. HANSEN



Die finanzierten Projekte

Die Finanzierungen in der Europäischen Union	103
Die Finanzierungen außerhalb der Europäischen Union	116
Beitrittsländer	116
Länder der Partnerschaft Europa-Mittelmeer	118
Afrika, Karibik, Pazifik und ÜLG	119
Südafrika	121
Asien und Lateinamerika	121
Westlicher Balkan	121
Statistische Übersichten	123

Darlehen im Gesamtbetrag von 27 765 Millionen Euro



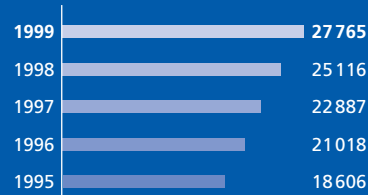


Finanzierungen in der Europäischen Union

Der Gesamtbetrag der im Jahre 1999 für Investitionsvorhaben in der Union **unterzeichneten Darlehen** beläuft sich auf 27 765 Mio. Dies entspricht einem Anstieg um 10,5% gegenüber dem Vorjahresbetrag von 25 116 Mio (vgl. Aufgliederung in der nachstehenden Tabelle).

Diese Finanzierungen erfolgen aus eigenen Mitteln der Bank, bei denen es sich im wesentlichen um die Erlöse der an den Kapitalmärkten begebenen Anleihen und die Eigenmittel (eingezahltes Kapital und Rücklagen) handelt. Sie werden von der EIB auf eigene Rechnung durchgeführt und in ihrer Bilanz ausgewiesen.

Die EIB arbeitet eng mit einer großen Anzahl von Finanzinstitutionen und Geschäftsbanken zusammen. Sie räumt diesen Globaldarlehen ein, die der Finanzierung kleiner oder mittlerer Investitionsvorhaben in den Bereichen Industrie, Dienstleistungen, Bildung, Gesundheit und Infrastruktur dienen. Darüber hinaus gewährt sie auch Einzeldarlehen über zwischengeschaltete Banken und Finanzierungseinrichtungen.



Unterzeichnete Darlehensverträge nach Ländern (Mio EUR)

	1999		1995-1999	
	Betrag	%	Betrag	%
Belgien	226	0,8	3 546	3,1
Dänemark	898	3,2	3 893	3,4
Deutschland	5 534	19,9	19 958	17,3
Griechenland	1 436	5,2	4 148	3,6
Spanien	4 048	14,6	15 289	13,2
Frankreich	4 295	15,5	14 568	12,6
Irland	87	0,3	1 074	0,9
Italien	4 053	14,6	19 513	16,9
Luxemburg	105	0,4	389	0,3
Niederlande	311	1,1	2 220	1,9
Österreich	606	2,2	2 251	2,0
Portugal	1 603	5,8	6 983	6,1
Finnland	576	2,1	2 009	1,7
Schweden	544	2,0	3 252	2,8
Vereinigtes Königreich	3 348	12,1	14 817	12,8
Gleichgestellte Operationen (¹)	97	0,3	1 483	1,3
Europäische Union	27 765	100	115 392	100

(1) Vorhaben, die für die Union von Bedeutung sind und ihren Standort außerhalb der Hoheitsgebiete der Mitgliedstaaten haben (Artikel 18 Absatz 1 Unterabsatz 2 der Satzung).

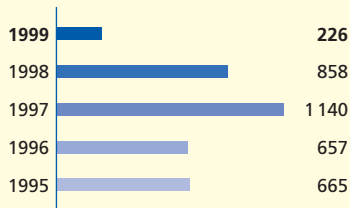
Anmerkung:

In den folgenden Verzeichnissen der Finanzierungen sind die Ziele der Gemeinschaftspolitik, denen die Einzeldarlehen Rechnung tragen, in der Randspalte gekennzeichnet. Für die verschiedenen Ziele werden die nachstehenden Symbole verwendet:

- Regionalentwicklung
- ★ Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und europäische Integration
- ✦ Umweltschutz und Strukturverbesserung städtischer Gebiete
- Infrastruktur von gemeinsamem Interesse
- ▼ Energiepolitische Ziele
- ▲ Humankapital

Die Globaldarlehen kommen jeweils, sofern nichts anderes angegeben ist, mehreren Sektoren und Zielen zugute.

Die für die einzelnen Projekte aufgeführten Beträge lauten auf Mio EUR.



Belgien



Unterzeichnete Darlehen: 226 Mio

davon

Einzeldarlehen: 77 Mio

Globaldarlehen: 149 Mio

Die **Einzeldarlehen** kamen der Wasser- und Abfallwirtschaft (50 Mio) sowie der Industrie (27 Mio) zugute.

1999 unterzeichnete Darlehen:

Einzeldarlehen

Modernisierung und Ausbau von
Kanalisations- und Kläranlagen in Flandern
Aquaflin N.V.

49,6

÷

Errichtung einer Fabrik für die Herstellung
von Ethylen-Vinylalkohol-Kopolymerharz
(EVOH) im Hafen von Antwerpen
Eval Europe N.V.

27,3

★

Globaldarlehen

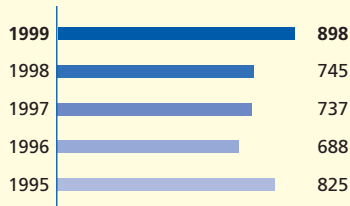
Finanzierung kleiner und mittlerer Vorhaben

- *KBC Bank N.V.*

99,2

- *Banque Bruxelles Lambert S.A.*

49,6



Dänemark



Unterzeichnete Darlehen: 898 Mio

davon

Einzeldarlehen: 898 Mio

Die **Einzeldarlehen** betrafen die Bereiche Verkehr (666 Mio), Telekommunikation (198 Mio) und Dienstleistungen (27 Mio) sowie die Wasser- und Abfallwirtschaft (8 Mio).

1999 unterzeichnete Darlehen:

Einzeldarlehen

Modernisierung der Kurz- und
Mittelstreckenflotte

Scandinavian Airline System - SAS

105,4

●

Bau einer festen Verbindung für den
Straßen- und Schienenverkehr über den
Großen Belt zwischen den Inseln Seeland
und Fünen

A/S Storebæltsforbindelsen

342,6

■●

Bau einer festen Verbindung für den
Straßen- und Schienenverkehr über den
Øresund zwischen Kopenhagen (DK) und
Malmö (SE)

Øresundskonsortiet

102,1

●

Bau einer Stadtbahn in Kopenhagen

Ørestadsselskabet I/S

115,7

÷

Modernisierung und Ausbau des Fest- und
des Mobilfunknetzes

Tele Danmark A/S

197,9

■●

Ausbau und Modernisierung einer
kommunalen Müllbeseitigungsanlage in
Glostrup westlich von Kopenhagen

Vestforbrænding I/S

7,7

▼÷

Modernisierung bzw. Installierung
automatischer Briefpostverteilungsanlagen
und Bau neuer automatischer
Paketverteilungsanlagen an zehn
Standorten

Post Danmark A/S

26,8

●





Deutschland

Unterzeichnete Darlehen: 5 534 Mio

davon

Einzeldarlehen: 2 292 Mio

Globaldarlehen: 3 220 Mio

KMU-Fazilität/ASAP: 22 Mio



Die **Einzeldarlehen** betrafen die Bereiche Energie (209 Mio) und Verkehr (559 Mio), die Wasser- und Abfallwirtschaft (327 Mio), die Strukturverbesserung städtischer Gebiete (249 Mio) sowie die Industrie (597 Mio) und das Bildungs- und Gesundheitswesen (351 Mio).

In den **ostdeutschen Bundesländern** betrafen sie hauptsächlich das Bildungs- und das Gesundheitswesen, wobei insbesondere die Modernisierung und Renovierung von Krankenhäusern in Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen zu nennen ist, sowie die Stadterneuerung in Berlin. Darüber hinaus kamen Finanzierungen für die Modernisierung des Briefpostverteilensystems und die Errichtung von Briefpostzentren als Teil eines neuen Logistiksystems der gesamten Bundesrepublik zugute.

Die **Einzeldarlehen** und die **Teilfinanzierungen aus Globaldarlehen** zugunsten von Projekten in den ostdeutschen Bundesländern machten 1999 mehr als 50% des Gesamtbetrags der EIB-Finanzierungen in Deutschland aus.

1999 unterzeichnete Darlehen:

Einzeldarlehen

Modernisierung und Erneuerung des Stromübertragungs- und -verteilungsnetzes (Thüringen und Bayern)

Bayernwerk AG 175,9 ■ ▼

Erneuerung und Modernisierung des Mittelspannungsstromnetzes im Raum Leipzig (Sachsen)

Energie Sachsen Brandenburg AG 12,4 ■ ▼

Bau eines Pipeline-Systems für die Lieferung von norwegischem Erdgas von Dornumersiel (Nordseeküste) nach Salzwedel

Netra GmbH Norddeutsche Erdgas Transversale 20,5 ■ ▼

Bau eines Autobahntunnels unter der Elbe in Hamburg

ARGE 4. Röhre Elbtunnel 153,4 ● ✦

Bau eines Stadtbahnnetzes in Saarbrücken (Saarland)

Stadtbahn Saar GmbH 92,0 ■ ✦

Bau von zwei Abschnitten der Autobahn A60 zwischen Bitburg und Wittlich (Rheinland-Pfalz)

ARGE A-60 100,2 ●

Bau eines Tunnels unter dem Engelberg im Verlauf der Autobahn A81 bei Stuttgart (Baden-Württemberg)

ARGE Engelberg 54,4 ●

Bau eines Straßenabschnitts mit 2x2 Fahrspuren zur Umgehung der Ortschaft Farchant (Oberbayern)

ARGE „Ortsumgehung Farchant“ 48,3 ●

Bau eines Tunnels mit 2x2 Fahrspuren bei Bremerhaven (Niedersachsen)

ARGE Wesertunnel 48,2 ■ ●

Bau eines dritten Terminals für die Fluggastabfertigung, eines Bahnhofs für Hochgeschwindigkeitszüge und eines Parkhauses auf dem Flughafen Köln/Bonn (Nordrhein-Westfalen)

Flughafen Köln/Bonn GmbH 25,6 ●

Erweiterung und Modernisierung des Flughafens Nürnberg (Bayern)

Flughafen Nürnberg GmbH 25,6 ■ ●



Flughafen Köln/Bonn

Kanalisations- und Kläranlagen:

- in Nordrhein-Westfalen

Wasserverband Eifel-Rur 58,9 ■ ✦

Ruhrverband 23,1 ■ ✦

- im Saarland

Entsorgungsverband Saar EVS 73,4 ■ ✦

- in Hamburg

Hamburger Stadtentwässerung 40,0 ✦

- in Düsseldorf

Landeshauptstadt Düsseldorf 20,0 ✦

- in Nürnberg (Bayern)

Stadt Nürnberg 18,0 ✦

- in Baden-Württemberg

Zweckverband Bodensee-Wasserversorgung 11,0 ✦

- in Freiburg i.B. (Baden-Württemberg)

Stadt Freiburg im Breisgau 11,0 ✦

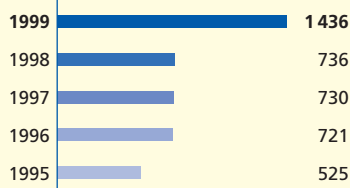
- in Konstanz (Baden-Württemberg)

Stadt Konstanz 10,6 ✦

- in Herford (Nordrhein-Westfalen)

Herforder Abwasser GmbH 10,6 ✦

Förderung der
Bildungsinfrastruktur



Bau einer Verbrennungsanlage für kommunale Abfälle und Gewerbemüll in Nürnberg (Bayern)
Thermische Abfallbehandlung
Nürnberg GmbH 50,0 ▼÷

Stadterneuerung und städtische Umwelt:

- Errichtung von Gebäuden am Potsdamer Platz im Zentrum von Berlin
DaimlerChrysler AG 153,4 ■÷

- in Mannheim
Stadt Mannheim 31,0 ÷▲

- in Stuttgart
Landeshauptstadt Stuttgart 11,0 ÷

Erweiterung und Modernisierung der Messehallen von Berlin
Land Berlin 75,7 ■★

Errichtung einer Wafer-Fabrik für die Herstellung von Mikroprozessoren sowie eines Entwicklungszentrums in Dresden (Sachsen)
AMD Saxony Manufacturing GmbH 134,3 ■★

Bau einer pharmazeutischen Mehrzweck-Synthesanlage in Ingelheim (Rheinland-Pfalz)
Boehringer Ingelheim Pharma KG 30,0 ÷★

Errichtung einer Fabrik zur Herstellung von LWC-Papier in Augsburg (Bayern)
Haindl Papier GmbH 179,0 ÷★

Modernisierung von Briefpostzentren 205,9 ■●

Erweiterung eines Versandlagers für ein Versandhaus in Haldensleben (Sachsen-Anhalt)
Otto Versand GmbH & Co 48,1 ■

Modernisierung und Sanierung von Krankenhäusern:

- in Mecklenburg-Vorpommern
Land Mecklenburg-Vorpommern 208,6 ■▲

- in Jena, Nordhausen und Eisenberg
Freistaat Thüringen 41,4 ■▲

Ausbau der Einrichtungen für die Primär- und Sekundarstufe sowie im Hochschulsektor (Fortbildung, Abendkurse)
Land Berlin 56,0 ■▲

Erweiterung einer Fachhochschule und Bau von Universitätsbibliotheken
Freistaat Thüringen 16,0 ■▲

Errichtung eines Gebäudes für die Hochschule für Film und Fernsehen (HFF) auf dem Gelände der Babelsberg Filmstudios in Potsdam
Hochschule für Film und Fernsehen Konrad Wolf Potsdam-Babelsberg 18,8 ■▲

Globaldarlehen

Finanzierung kleiner und mittlerer Vorhaben

- Kreditanstalt für Wiederaufbau	754,5
- Commerzbank AG	616,0
- Deutsche Bank AG	499,7
- Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale	352,4
- Sächsische Aufbaubank GmbH	200,0
- Landesbank Baden-Württemberg	150,9
- Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale	130,6
- Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg Girozentrale	102,8
- WGG-Bank, SGZ-Bank, GZB-Bank	77,8
- Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG	52,6
- Dresdner Bank AG	50,0
- IKB Deutsche Industriebank	49,7
- Westdeutsche Landesbank Girozentrale	45,1
- Norddeutsche Landesbank Girozentrale	40,0
- Investitionsbank des Landes Brandenburg	36,8
- Landesbank Sachsen Girozentrale	28,9
- Landesbank Saar Girozentrale	17,6
- DGZ-DekaBank	15,2

Operationen im Rahmen der KMU-Fazilität des ASAP

- Deutsche Venture Capital Gesellschaft mbH & Co Fonds II KG	15,3
- Innovationsfonds Schleswig-Holstein & Hamburg GmbH	6,8



Griechenland

Unterzeichnete Darlehen: 1 436 Mio
davon
Einzeldarlehen: 1 369 Mio
Globaldarlehen: 67 Mio

Die **Einzeldarlehen** waren für den Energiesektor (77 Mio), die Bereiche Verkehr (826 Mio) und Telekommunikation (77 Mio) sowie für die Industrie (89 Mio) bestimmt.

Des weiteren wurden Griechenland im Rahmen einer Soforthilfe 300 Mio für die Instandsetzung der Infrastruktur in den durch das Erdbeben zerstörten Vororten von Athen gewährt.

1999 unterzeichnete Darlehen:

Einzeldarlehen

Errichtung eines gasbefeuerten Kombikraftwerks in Komotini (Thrakien)
DEI - Dimosia Epirisi Ilektrismou (Public Power Corporation) 77,1 ■▼

Bau von zwei U-Bahnlinsen in Athen
Attiko Metro SA 320,0 ■÷

Bau des neuen internationalen Flughafens von Athen bei Spata
Athens International Airport SA 173,8 ■●



Bau der nördlichen Umgehungsautobahn von Athen als Teil der Straßenverbindung Patras-Athen-Thessaloniki und Anbindung an den neuen internationalen Flughafen von Athen Attiki Odos JV	286,0	■●
Bau einer Umgehungsstraße um die Stadt Patras als Teil der Straßenverbindung Patras-Athen-Thessaloniki-Evzoni Hellenische Republik	46,2	■●
Zweiter Abschnitt des Aufbaus eines Mobilfunknetzes STET (Hellas) SA	76,7	■●

Instandsetzung von Basisinfrastruktureinrichtungen, Wiederaufbau- und Reparaturarbeiten in kleinen und mittleren Betrieben und an privaten Wohngebäuden, die durch das Erdbeben in der Region Attika zerstört oder beschädigt wurden Hellenische Republik	300,0	■
Bau einer Polypropylen-Produktionsanlage in Aspropyrgos (bei Athen) und in Thessaloniki Hellenic Petroleum SA	73,0	■
Verlagerung von Teigwarenfabriken in das Industriegebiet nördlich von Athen Misko Pasta Manufacturing SA	16,0	■✦★

Globaldarlehen

Finanzierung kleiner und mittlerer Vorhaben	
- Alpha Credit Bank SA	30,4
- Ergobank SA	18,5
- Bank of Cyprus Ltd	18,3



Bau der U-Bahn von Athen

Spanien

Unterzeichnete Darlehen: 4 048 Mio

davon

Einzeldarlehen: 3 147 Mio

Globaldarlehen: 874 Mio

KMU-Fazilität/ASAP: 27 Mio



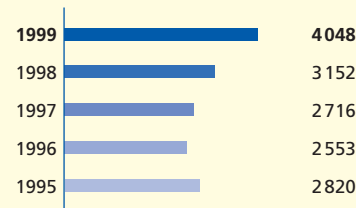
Die Einzeldarlehen waren für den Energiesektor (677 Mio), die Bereiche Verkehr (1 309 Mio) und Telekommunikation (658 Mio), die Wasser- und Abfallwirtschaft (144 Mio) sowie für die Industrie und den Dienstleistungssektor (308 Mio) bestimmt. Auf Vorhaben im Bildungs- und im Gesundheitswesen entfielen 51 Mio.

1999 unterzeichnete Darlehen:

Einzeldarlehen

Verbund der Hochspannungsnetze Spaniens und Marokkos Red Eléctrica de España SA	51,1	■▼
Ausbau des Stromübertragungs- und -verteilungsnetzes ENDESA SA	396,0	■▼
IBERDROLA SA	230,0	■▼
Modernisierung des nationalen Eisenbahnnetzes und von Nahverkehrsnetzen sowie Verbesserung des rollenden Materials Red Nacional de los Ferrocarriles Españoles	84,1	■●✦
Ausbau des U-Bahnnetzes von Madrid (ARPEGIO) Areas de Promoción Empresarial SA	270,4	✦
Modernisierung des Eisenbahnnetzes im Großraum Valencia und Alicante Ferrocarrils de la Generalitat Valenciana	12,0	■✦
Ausbau von 22 Abschnitten des Nationalstraßennetzes Königreich Spanien	400,0	■●
Bau von drei Straßentunnels im Stadtgebiet von Bilbao Túneles de Artxanda, Concesionaria de la Diputación Foral de Bizkaia, S.A.	40,0	■●

Verbesserung des Regionalstraßennetzes Comunidad Autónoma de Castilla La Mancha	38,5	■
Erster Abschnitt des Baus einer Schnellstraße mit 2x2 Fahrspuren zwischen León und Burgos (Kastilien-León) Comunidad Autónoma de Castilla y León	36,1	■●
Ausbau des Straßennetzes in der Region Madrid Comunidad de Madrid	30,0	■●



Bau einer Papierfabrik bei Saragossa

Autobahn
León-Burgos



Modernisierung und Erweiterung des Flughafens Madrid-Barajas
Ente Público de Aeropuertos Españoles y Navegación Aérea 147,3 ■●

Anschaffung von 20 Flugzeugen verschiedener Airbus-Typen zur Erneuerung und Erweiterung der Passagierflugzeugflotte
Iberia Líneas Aéreas de España SA 150,0 ●

Aufbau eines zweiten Telefonfestnetzes
Retevisión SA 300,0 ■●

Modernisierung des Telefonfestnetzes
Telefónica SA 237,5 ■●

Schaffung eines integrierten Telekommunikationsnetzes im Baskenland
Euskaltel SA 120,0 ■●

Kanalisations- und Kläranlagen:

- in der Region Katalonien
Junta de Saneamiento de Cataluña 24,0 ■+

- in der Region Valencia
Entidad Pública de Saneamiento de Aguas Residuales de la Comunidad Valenciana 42,0 ■+

Verbesserung des Straßennetzes sowie der Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen in der autonomen Region Extremadura
Comunidad Autónoma de Extremadura 48,1 ■+

Verbesserung des Straßennetzes und Instandsetzung historischer Gebäude in der Region Aragón
Comunidad Autónoma de Aragón 36,1 ■●+

Verbesserung des Straßennetzes und Erhöhung der Wasserspeicherkapazität in der Region Katalonien
Gestio d'Infraestructures SA (Gisa) 34,0 ■●+

Bau und Instandsetzung ländlicher Infrastruktur in Andalusien: Landstraßen, Dämme und Bewässerungskanäle
Comunidad Autónoma de Andalucía 59,1 ■●+

Verbesserung der städtischen Infrastruktur von Valencia
Ayuntamiento de Valencia 30,0 ■+

Bau einer Fabrik für die Wellpappeproduktion bei Saragossa (Aragón)
SAICA - Sociedad Anónima Industrias Celulosa Aragonesa 70,0 ■+

Bau einer Fabrik zur Herstellung von Zeitungs- und Druckpapier in Fuenlabrada südlich von Madrid
Papelera Peninsular SA 22,8 ■

Modernisierung und Erweiterung von Produktionsanlagen für Pkw-Komponenten in Eskoriatza (Guipúzcoa)
Fagor Ederlan SC 12,0 ■

Bau einer Fabrik zur Herstellung von Floatglas in Sagunto bei Valencia
Glafilk AIE 55,0 ■

Erweiterung und Modernisierung von zwei Verbrauchergroßmärkten in Molina de Segura (Murcia) und Valladolid (Kastilien-León)
Eroski Sociedad Cooperativa Limitada de Consumo SC 18,0 ■

Sanierung historischer Baudenkmäler in den Regionen Sevilla, Córdoba, Cádiz, Granada, Málaga und Jerez
Comunidad Autónoma de Andalucía 12,0 ■+

Errichtung eines Wissenschaftsmuseums und eines Meeresaquariums in Valencia
Ciudad de las Artes y de las Ciencias, S.A. 90,0 ■+

Bau und Ausstattung eines neuen Bezirkskrankenhauses in Lugo und von drei örtlichen Krankenhäusern; Ausbau oder Renovierung von diversen Krankenhäusern
Comunidad Autónoma de Galicia 50,6 ■▲

Globaldarlehen

Finanzierung kleiner und mittlerer Vorhaben	
- Instituto de Crédito Oficial	247,6
- Banco Santander Central Hispano S.A.	180,0
- Banco Bilbao Vizcaya	120,0
- Caja de Ahorros y Pensiones de Barcelona	120,0
- Deutsche Bank SAE	60,1
- Caja de Ahorros y Monte de Piedad de Madrid	60,0
- Caja de Ahorros del Mediterráneo y Grupo de Empresas del Mediterráneo S.A.	36,1
- Caja Laboral Popular Sociedad Cooperativa de Crédito Ltda	30,0
- Institut Català de Finances	20,0

Operationen im Rahmen der KMU-Fazilität des ASAP

- Inversiones en Telecomunicaciones FCR, parallele Beteiligung zu Retevisión Móvil, S.A. (AMENA), Verwaltung durch Ahorro Corporación Desarrollo, S.A.	19,5
- EBM Principia FCR, parallele Beteiligung zu Fundación Retevisión, Verwaltung durch EBM, S.A.	8,0



Frankreich

Unterzeichnete Darlehen: 4 295 Mio

davon

Einzeldarlehen: 1 506 Mio

Globaldarlehen: 2 778 Mio

KMU-Fazilität/ASAP: 11 Mio



Die **Einzeldarlehen** waren für die Bereiche Abfallverwertung (43 Mio) und städtische Infrastruktur (26 Mio) sowie das Bildungswesen (34 Mio) bestimmt. Die Darlehen im Verkehrssektor erreichten 1 404 Mio.

1999 unterzeichnete Darlehen:

Einzeldarlehen

Verbesserung der Autobahnverbindungen über die Caisse Nationale des Autoroutes (CNA)

- A20, Abschnitt Brive-Cahors-Montauban der Achse Vierzon-Montauban
ASF - Société des Autoroutes du Sud de la France SA

60,0 ■●

- A66, Abschnitt Toulouse-Pamiers der Achse Paris-Toulouse-Barcelona
ASF - Société des Autoroutes du Sud de la France SA

50,0 ■●

- A83, Abschnitt Oulmes-Niort
ASF - Société des Autoroutes du Sud de la France

50,0 ■●

- A29, Abschnitt Neuchâtel-Amiens-St Quentin (Picardie)
SANEF - Société des Autoroutes du Nord et de l'Est de la France

15,0 ■●

Bau der Autobahnverbindung zwischen Cergy-Pontoise und dem Flughafen Roissy-Charles de Gaulle nördlich von Paris
Département du Val d'Oise

45,7 ●

Modernisierung des Netzes der gemischtwirtschaftlichen Autobahn-Konzessionsgesellschaften

640,0 ■●

Ausbau des Straßennetzes
Région de la Guadeloupe

30,0 ■

Bau von zwei Straßenbahnlinien in Lyon
SYTRAL - Syndicat Mixte des Transports pour le Rhône et les Alpes

152,5 ✱

Anschaffung von 23 Flugzeugen der Typen Airbus A319 und A321
Groupe Air France SA

300,0 ●

Erweiterung der Terminalanlagen auf dem Flughafen Basel-Mülhausen (Elsaß)
Aéroport de Bâle-Mulhouse

61,0 ●

Eerrichtung einer Abfallverwertungsanlage in Saint-Germain-en-Laye (Département Yvelines)
Azalys SA

42,8 ▼✱

Städtebauliche Maßnahmen in Lyon-Gerland: Bau der neuen Ecole Normale Supérieure, Anlegen eines Stadtparks und Ausbau der Hauptverkehrsstraße
Communauté Urbaine de Lyon

53,4 ✱▲

Verbesserung der städtischen Umwelt von Bastia (Département Haute-Corse)
Stadt Bastia

6,1 ■✱

Globaldarlehen

Finanzierung kleiner und mittlerer öffentlicher Infrastrukturvorhaben
Crédit Local de France

1 005,3

Finanzierung kleiner und mittlerer Vorhaben

- Caisse Nationale de Crédit Agricole

752,0

- Banque Nationale de Paris

400,0

- Société Générale

200,0

- Banque Fédérative du Crédit Mutuel

100,0

- Crédit Commercial de France

100,0

- Crédit du Nord

100,0

- Caisse Centrale de Crédit Coopératif

75,0

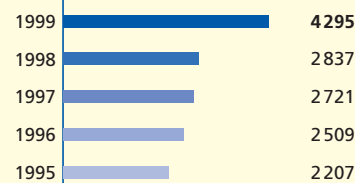
- Compagnie Financière du Crédit Mutuel de Bretagne

45,0

Operationen im Rahmen der KMU-Fazilität des ASAP

Caisse des Dépôts et Consignations

11,4



Verbesserung der Autobahnverbindungen



Irland

Unterzeichnete Darlehen: 87 Mio

davon

Globaldarlehen: 62 Mio

KMU-Fazilität/ASAP: 25 Mio



1999 unterzeichnete Darlehen:

Globaldarlehen

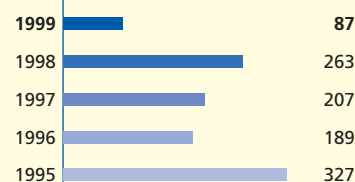
Finanzierung kleiner und mittlerer Vorhaben
Allied Irish Bank

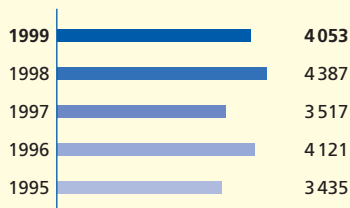
61,7

Operationen im Rahmen der KMU-Fazilität des ASAP

Industrial Credit Corporation

25,4





Unterzeichnete Darlehen: 4 053 Mio
davon
Einzeldarlehen: 2 920 Mio
Globaldarlehen: 1 118 Mio
KMU-Fazilität/ASAP: 15 Mio

Die **Einzeldarlehen** verteilen sich auf den Energiesektor (420 Mio), die Bereiche Verkehr (1 559 Mio) und Telekommunikation (364 Mio) sowie die Wasser- und Abfallwirtschaft (325 Mio).

In der Industrie und im Dienstleistungssektor wurden 174 Mio sowie im Bildungs- und im Gesundheitswesen 79 Mio bereitgestellt.

1999 unterzeichnete Darlehen:

Einzeldarlehen

Verbund der Stromnetze Italiens und Griechenlands

ENEL 75,0 ■▼

Erschließung von zwei Ölvorkommen auf dem Festland im Val d'Agri bei Potenza (Basilikata)

Enterprise Oil Italiana 200,0 ■▼

Modernisierung eines Teils des italienischen Autobahnnetzes

Autostrade - Concessioni e Costruzioni Autostrade 300,0 ■●

Abschnitt Bologna (Emilia-Romagna) - Florenz (Toskana) des Hochgeschwindigkeits-Eisenbahnnetzes

Treno Alta Velocità - TAV 741,8 ●

Abschnitt Rom-Neapel des Hochgeschwindigkeits-Eisenbahnnetzes

Treno Alta Velocità - TAV 258,2 ■●

Erweiterung des Flughafens Leonardo da Vinci in Fiumicino

Aeroporti di Roma 155,0 ●

Erweiterung der Personen- und Fracht-abfertigungseinrichtungen auf dem Flughafen Malpensa (Lombardei)

SEA - Società Esercizi Aeroportuali 103,7 ●

Aufbau eines Telekommunikations-Festnetzes

Infostrada 258,0 ■●

Modernisierung des Telekommunikations-Festnetzes in Süditalien

Telecom Italia 105,9 ■●

Verbesserung der Wasserversorgung und -verteilung der Stadt Palermo

Azienda Municipalizzata Acquedotto di Palermo 36,1 ■÷

Verbesserung der städtischen Umwelt:

- in Bologna (Emilia-Romagna)

Stadt Bologna 52,0 ÷

- in Venedig

Stadt Venedig 52,0 ■÷

Modernisierung und Ausbau der Stromverteilungsnetze; Sanierung von Kläranlagen im Raum Rom

ACEA - Azienda Comunale Energia e Ambiente 206,6 ▼÷

Instandsetzung der durch die Erdbeben im Herbst 1997 beschädigten Infrastruktur sowie der Gebäude und Baudenkmäler in den Regionen Umbrien und Marken

Region Marken 123,0 ■

Modernisierung und Erweiterung der Produktionsanlagen für Warmwasserbereiter und Badezimmerrüstung in neun Fabriken

Merloni Termosanitari 15,5 ■★

Erweiterung einer Fabrik zur Herstellung von Unterseekabeln bei Neapel (Kampanien)

Pirelli Cavi e Sistemi 16,0 ■★

Errichtung einer Fabrik für Gebäck und Modernisierung einer Fabrik für Kuchen in Melfi-San Nicola bei Potenza (Basilikata)

Barilla Alimentare 22,6 ■

Forneria Lucana 22,6 ■

Bau einer Industriegasanlage in Sarroch (Sardinien)

Air Liquide Italia 36,2 ■÷

Ausbau von drei Fabriken zur Herstellung von Hygienepapier bei Lucca (Toskana)

Industria Cartarie Tronchetti 5,2 ■★



Fabrik zur Herstellung von Teigwaren



Kläranlage im Raum Rom



Verlagerung einer Teigwarenfabrik in die Industriezone von Parma (Emilia-Romagna)
Barilla Alimentare

20,0 ■ ✱ ★

Errichtung des neuen Obst- und Gemüsegroßmarkts in Rom
Centro Agro Alimentare Roma

36,2 ✱

Modernisierung eines Lehrkrankenhauses in Padua (Venetien)
Azienda Ospedaliera di Padova

16,6 ▲

Erweiterung der technischen Hochschule in Turin (Piemont)
Politecnico di Torino

62,0 ▲

Globaldarlehen

Finanzierung kleiner und mittlerer Vorhaben

- Banca Popolare di Verona	180,0
- Rolo Banca 1473	180,0
- Banca Carige	77,5
- Banca Monte dei Paschi di Siena	75,0

- Banco di Brescia	60,0
- Banca Popolare dell'Emilia Romagna	51,7
- San Paolo IMI	51,7
- Banca Popolare Commercio e Industria	50,0
- Credito Emiliano	50,0
- Banca Popolare di Bergamo - Credito Varesino	50,0
- Cassa di Risparmio di Firenze	50,0
- Credito Bergamasco	50,0
- Cassa di Risparmio in Bologna	50,0
- Banca Popolare di Vicenza	50,0
- Efibanca	30,0
- Banca Popolare di Milano	25,8
- Banca Nazionale del Lavoro	25,8
- Banca Popolare di Novara	10,3

Operationen im Rahmen der KMU-Fazilität des ASAP

Euromobiliare VC Fund - Raffaello Jersey LP	15,0
---	------

Luxemburg

Unterzeichnete Darlehen: 105 Mio
davon
Einzeldarlehen: 105 Mio

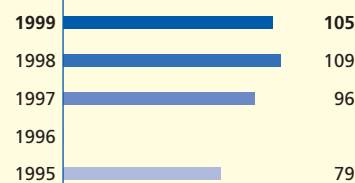


1999 unterzeichnete Darlehen:

Einzeldarlehen

Kauf von vier Frachtflugzeugen und eines Flugsimulators im Rahmen der Modernisierung und Erweiterung der Flotte
Cargolux Airlines International SA

105,0 ●



Niederlande

Unterzeichnete Darlehen: 311 Mio
davon
Einzeldarlehen: 100 Mio
Globaldarlehen: 211 Mio



1999 unterzeichnete Darlehen:

Einzeldarlehen

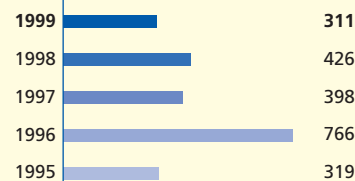
Modernisierung und Ausbau von Trinkwasserversorgungsnetzen im Süden des Landes

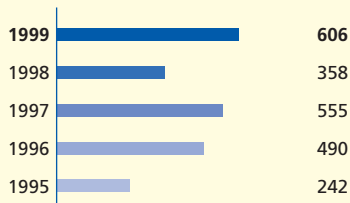
Waterleiding Maatschappij Limburg NV 100,0 ✱

Globaldarlehen

Finanzierung kleiner und mittlerer Vorhaben

- Bank Nederlandse Gemeenten NV	136,1
- SNS Bank Nederland NV	75,0





Österreich


Unterzeichnete Darlehen: 606 Mio
 davon
Einzeldarlehen: 343 Mio
Globaldarlehen: 248 Mio
KMU-Fazilität/ASAP: 15 Mio

Die **Einzeldarlehen** betrafen die Bereiche Energie (129 Mio) und Verkehr (117 Mio) sowie die Wasserwirtschaft (20 Mio), die Industrie und den Dienstleistungssektor (77 Mio).

1999 unterzeichnete Darlehen:

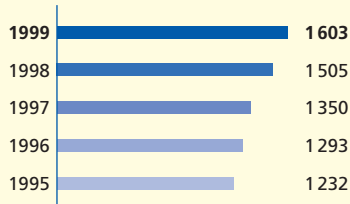
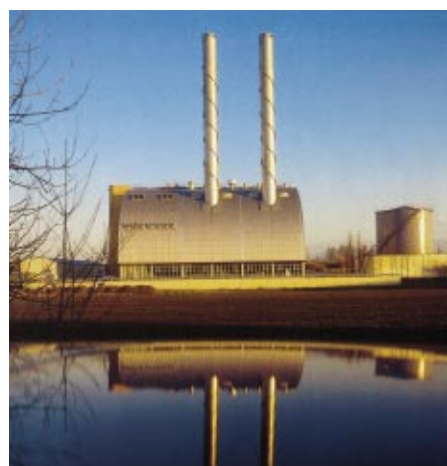
Einzeldarlehen

Bau einer Müllverbrennungsanlage mit Dampferzeugung für industrielle Zwecke in Lenzing (Oberösterreich) Reststoffverwertung Lenzing Invest GmbH & Co KG	13,0 ▼ ÷ ★
Ausbau und Modernisierung des Fernwärmenetzes in Wien Fernwärme Wien GmbH	32,0 ▼
Bau eines Wasserkraftwerks an der Donau und Sanierung des Flußgebiets unterhalb von Wien Österreichische Donaukraftwerke AG	97,0 ▼
Ausbau und Modernisierung des Abwasserentsorgungssystems der Stadt Graz Stadt Graz	6,5 ÷
Modernisierung einer Ölraffinerie in Schwechat bei Wien OMV AG	73,0 ▼ ÷
Modernisierung und Erweiterung der Mittel- und Langstreckenflotte Österreichische Luftverkehrs AG	117,0 ●
Forschung und Entwicklung im Hinblick auf Produktinnovationen in den Bereichen Metallurgietechnik, Energie- und Umwelttechnik in Linz (Oberösterreich) VA Technologie AG	4,5 ▼ ÷ ★

Globaldarlehen

Finanzierung kleiner und mittlerer Vorhaben	
- Bank Austria AG	182,9
- Raiffeisen Zentralbank Österreich AG	33,9
- Österreichische Hotel- und Tourismusbank	16,2
- Bank für Arbeit und Wirtschaft AG	15,0
Operationen im Rahmen der KMU-Fazilität des ASAP	
Invest Equity Beteiligungs-AG	14,5

Fernwärme
Wien



Portugal


Unterzeichnete Darlehen: 1 603 Mio
 davon
Einzeldarlehen: 1 598 Mio
KMU-Fazilität/ASAP: 5 Mio

Die **Einzeldarlehen** betrafen den Energiesektor (121 Mio), die Bereiche Verkehr (935 Mio) und Telekommunikation (249 Mio), die Wasser- und Abwasserwirtschaft sowie die Müllbeseitigung (193 Mio) und die Industrie (100 Mio).

1999 unterzeichnete Darlehen:

Einzeldarlehen

Bau und Erweiterung von Erdgastransport- und -verteilungsnetzen:	
- im Norden des Landes Portgás - Sociedade de Produção e Distribuição de Gás SA	27,9 ■ ▼
- in der Region Setúbal (Süden) Setgás - Sociedade de Produção e Distribuição de Gás SA	22,5 ■ ▼
Bau eines Wasserkraftwerks am Guadiana (Alentejo) Empresa de Desenvolvimento e Infra-estruturas do Alqueva SA	70,0 ■ ▼

Verbesserung des Autobahnnetzes in der Region Porto

Aenor Auto-estradas do Norte SA 450,0 ■●

Modernisierung und Verbreiterung von bestehenden und Bau von neuen Autobahnabschnitten zwischen Abrantes und Guarda (Nordostportugal)

SCUTVIAS Auto-estradas da Beira Interior SA 358,3 ■●

Ausbau des Nationalstraßennetzes

Junta Autónoma de Estradas 127,2 ■●

Aufbau eines Mobilfunknetzes

Optimus Telecomunicações SA 249,4 ■●

Bau einer kommunalen Müllverbrennungsanlage mit Stromerzeugung im Großraum Porto

LIPOR - Serviço Intermunicipalizado de Tratamento de Lixos da Região do Porto 45,4 ■▼✚

Ausbau des Trinkwasserverteilungs- und Kanalisationsnetzes in der Stadtgemeinde St. Maria da Feira südlich von Porto

Indaqua Feira - Indústria de Águas de Santa Maria da Feira 80,0 ■✚

Bau von Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsnetzen in ganz Portugal

Águas do Barlavento Algarvio SA 8,0 ■✚

Águas do Cávado SA 8,0 ■✚

Águas do Douro e Paiva SA 10,0 ■✚

Águas do Sotavento Algarvio SA 8,0 ■✚

Empresa Portuguesa das Águas Livres SA 12,5 ■✚

Sanest - Sistema Multimunicipal de Saneamento da Costa do Estoril 8,0 ■✚

Simria - Sistema Multimunicipal de Saneamento da Ria de Aveiro 8,0 ■✚

Sanierung von Sozialwohnungen in Lissabon

Câmara Municipal de Lisboa 5,0 ■✚

Kapazitätserweiterung eines Werks zur Herstellung von ungestrichenem, holzfreiem Papier in Figueira da Foz nördlich von Lissabon

Soporcel - Sociedade Portuguesa de Celulose SA 100,0 ■

Operationen im Rahmen der KMU-Fazilität des ASAP

Banco Português de Investimento - SGPS SA 5,0



Erweiterung des Erdgasnetzes

Finnland

Unterzeichnete Darlehen: 576 Mio

davon

Einzeldarlehen: 442 Mio

Globaldarlehen: 100 Mio

KMU-Fazilität/ASAP: 34 Mio



Die **Einzeldarlehen** verteilen sich auf die Bereiche Energie (19 Mio), Verkehr (38 Mio), Telekommunikation (200 Mio), städtische Infrastruktur (17 Mio) sowie Industrie (168 Mio).

1999 unterzeichnete Darlehen:

Einzeldarlehen

Instandsetzung eines Heizkraftwerks und Verbesserung städtischer Infrastrukturen in der Stadt Tampere

Stadt Tampere 30,3 ▼✚

Verbesserung der städtischen Infrastruktur und der Hafenanlagen in Kotka

Kotkan Satama Oy 10,0 ■●▼✚

Modernisierung von sechs Abschnitten des Eisenbahnnetzes

Republik Finnland 33,6 ■●

Ausbau und Modernisierung des Fest- und des Mobilfunknetzes

Sonera Oyj 200,0 ■●

Modernisierung von sieben Produktionsanlagen für die Herstellung von Zellstoff

UPM - Kymmene Corp. 168,0 ■✚★

Globaldarlehen

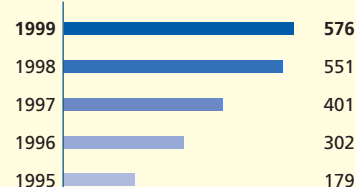
Finanzierung kleiner und mittlerer Vorhaben

Municipality Finance Ltd 100,0

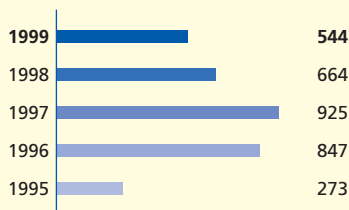
Operationen im Rahmen der KMU-Fazilität des ASAP

- Ekvitec Technology Mezzanine Fund ILP 16,8

- CapMan FinnVenture V ET 16,8



Mobilfunk



Verstärkte Ausstattung von
Bildungseinrichtungen mit
Informationstechnik



Schweden



Unterzeichnete Darlehen: 544 Mio

davon

Einzeldarlehen: 533 Mio

Globaldarlehen: 11 Mio

Die **Einzeldarlehen** kamen den Bereichen Energie (72 Mio), Verkehr (209 Mio), Abwasser- und Müll-
beseitigung (39 Mio), Verbesserung der städtischen Infrastruktur (16 Mio) sowie Industrie und Dienst-
leistungen (140 Mio) zugute. Darüber hinaus waren 57 Mio für das Bildungswesen bestimmt.

1999 unterzeichnete Darlehen:

Einzeldarlehen

Ausbau und Modernisierung der Netze für
die Verteilung von Strom, Fernwärme und
Fernkühlungsenergie:

- im Großraum Stockholm
Stockholm Energi AB 38,2 ▼

- in Göteborg
Göteborg Energi AB 28,6 ▼+

Bau eines Heizkraftwerks in Eskilstuna bei
Stockholm
Eskilstuna Energi och Miljö AB 5,7 ▼+

Errichtung einer Müllverbrennungsanlage
zur Wärme- und Stromerzeugung in Umeå
Umeå Energi AB 27,3 ▼+

Modernisierung der Kurz- und
Mittelstreckenflotte
Scandinavian Airline System SAS 106,6 ●

Bau einer festen Verbindung für den
Schienen- und Straßenverkehr über den
Öresund zwischen Kopenhagen (Dänemark)
und Malmö (Schweden)
Öresundskonsortiet 102,1 ●

Ausbau und Modernisierung einer
regionalen Kläranlage in Lidingö,
Großraum Stockholm
Käppalaförbundet 11,4 +

Verbesserung und Erweiterung der
Infrastruktur in der Stadt Umeå

Umeå Kommun 16,2 +

Investitionen zur Verbesserung der
Umweltsituation und der Energieeffizienz in
zwei Raffinerien in Göteborg und in Lysekil
an der Westküste Schwedens

Preem Petroleum AB 41,4 ■ ▼ +

Modernisierung und Erweiterung von
Produktionsanlagen für Spezialmetalle in
Sandviken nördlich von Stockholm

Sandvik AB 31,0 ■

Erhöhung der Produktionskapazität einer
Zellstofffabrik und Errichtung eines neuen
Sägewerks in Mönsterås nördlich von
Kalmar

Södra Skogsägarna Ekonomisk Förening 44,8 ■ ★

Bau von dreizehn Postverteilungszentren in
ganz Schweden

Posten AB 23,3 ■ ●

Modernisierung und Ausbau der Grund-
und Sekundarschulen in Malmö

Stad i Malmö 56,7 ▲

Globaldarlehen

Finanzierung kleiner und mittlerer
Infrastrukturvorhaben

Kommuninvest i Sverige AB 10,5

Finanzierung von Projekten

gemäß Artikel 18 Absatz 1 Unterabsatz 2 der Satzung

Auf der Grundlage von Artikel 18 Absatz 1 Unterabsatz 2 der Satzung der Bank wurde 1999 ein Darlehen
in Höhe von 96,6 Mio für ein Vorhaben (in Norwegen) gewährt, das außerhalb der europäischen Ho-
heitsgebiete der Mitgliedstaaten liegt, jedoch von direkter Bedeutung für die Europäische Union ist.

1999 unterzeichnete Darlehen:

Einzeldarlehen

Bau einer vierspurigen gebührenpflichtigen
Autobahn im E18-Korridor in der Provinz
Vestfold

E18 Vestfold AS 96,6 ●



Vereinigtes Königreich

Unterzeichnete Darlehen: 3 348 Mio

davon

Einzelanleihen: 2 800 Mio

Globalanleihen: 494 Mio

KMU-Fazilität/ASAP: 54 Mio



Die **Einzelanleihen** wurden in den Bereichen Energie (459 Mio), Verkehr (1 102 Mio), Telekommunikation (381 Mio), Wasserwirtschaft und Stadterneuerung (385 Mio) sowie Industrie (473 Mio) gewährt.

1999 unterzeichnete Darlehen:

Einzelanleihen

Erweiterung und Überholung der Stromübertragungs- und -verteilungsnetze in Nordschottland
Scottish and Southern Energy plc 304,7 ■ ▼

Ausbau und Erneuerung der Stromübertragungs- und -verteilungsnetze in Nordirland
Northern Ireland Electricity plc 154,4 ■ ▼

Verbesserung der Eisenbahnstrecke von London nach Glasgow
Railtrack plc 617,8 ■ ●

Bau eines neuen Luftfrachtterminals auf dem Flughafen Heathrow, London
British Airways plc 141,8 ●

Modernisierung der Langstreckenflotte
British Airways plc 297,7 ●

Modernisierung und Kapazitätserweiterung der Häfen von Liverpool (Merseyside) und Sheerness (Kent)
The Mersey Docks and Harbour Co 45,0 ■ ●

Verbesserung der Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsinfrastruktur:
- in den Midlands
Severn Trent Water Ltd 154,4 ■ ✦

- in Südwestengland
Wessex Water Services Ltd 154,4 ✦

Zusammenfassung bestehender Telefonfestnetze und Kabelfernsehtetze zu einem kombinierten Festsprech-, Datenübertragungs- und Multimedienetz
Cable & Wireless Communications plc 380,9 ■ ●

Neu- bzw. Umbau von Sozialwohnungen sowie Werkheimen zur beruflichen Ausbildung in Stadterneuerungsgebieten
THFC (Social Housing Finance) Ltd 61,0 ■ ✦
The Housing Finance Corporation Ltd 15,2 ■ ✦

Erweiterung und Modernisierung einer Vitaminproduktionsanlage in Dalry (Schottland)
Roche Products Ltd 120,1 ■ ✦

Errichtung eines Werks zur Herstellung von Spanplatten in Knowsley (Merseyside)
Sonae (UK) Ltd 52,5 ■ ✦

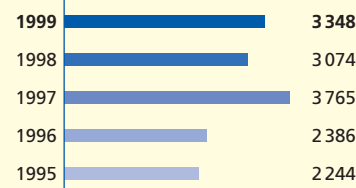
Modernisierung eines Werks in Halewood (Merseyside) sowie Anpassung an die Umweltschutzbestimmungen in verschiedenen Werken der Gruppe im Vereinigten Königreich und auf dem europäischen Festland
Ford Motor Co. Ltd 300,0 ■ ✦

Globalanleihen

Finanzierung kleiner und mittlerer Vorhaben
- *Barclays Bank plc* 456,8
- *Lloyds Bank plc* 37,5

Operationen im Rahmen der KMU-Fazilität des ASAP

- *The Baring English Growth Funds* 46,3
- *Midland Enterprise Fund (MEF) for the North West* 2,4
- *HSBC Fund for Wales & HSBC Fund for Yorkshire & Humberside* 2,4
- *MEF for the South East* 1,5
- *MEF for the South West* 1,1



Finanzierungen außerhalb der Europäischen Union

Finanzierungstätigkeit 1999 (Mio EUR)

	Insgesamt	aus eigenen Mitteln	aus Risikokapitalmitteln*
Beitrittsländer	2 373	2 373	
Mittel- und Osteuropa	2 173	2 173	
(davon Vor-Beitritts-Fazilität)	(1 267)	(1 267)	
Zypern	200	200	
(davon Vor-Beitritts-Fazilität)	(200)	(200)	
Länder der Partnerschaft Europa/Mittelmeer (ohne Zypern)	802	745	56
AKP/ÜLG	341	196	145
Südafrika	150	150	
Asien, Lateinamerika	310	310	
Westlicher Balkan	60	60	
Insgesamt	4 035	3 834	201

* Aus Haushaltsmitteln der Union oder der Mitgliedstaaten

Anmerkung:

Im folgenden Verzeichnis der Finanzierungen sind die Darlehen aus eigenen Mitteln der EIB mit ♦ und die Operationen aus Haushaltsmitteln mit ■ gekennzeichnet.

Die für die einzelnen Projekte in dieser Liste aufgeführten Beträge lauten auf Mio EUR.

Die Beträge der im Rahmen der Vor-Beitritts-Fazilität vergebenen Darlehen sind kursiv wiedergegeben.

1999	2 373
1998	2 375
1997	1 541
1996	1 156
1995	981

Beitrittsländer

Rumänien

395,5

Sanierung des Fernwärmenetzes der Stadt Cluj-Napoca
Rumänien

3,5 ♦

Instandsetzung und Fertigstellung von Autobahnabschnitten auf der paneuropäischen Achse IV
Rumänien

210,0 ♦

Modernisierung des Straßenbahnnetzes in Bukarest
Rumänien

63,0 ♦

Erneuerung des rollenden Materials und Fertigstellung der Netzinfrastruktur der U-Bahn in Bukarest
Rumänien

60,0 ♦

Modernisierung des Straßenbahnnetzes in Temesvar
Rumänien

19,0 ♦

Anschaffung von Flugzeugen des Typs ATR42 durch die nationale Luftfahrtgesellschaft TAROM und Instandsetzung des Wartungshangars der Fluggesellschaft auf dem Flughafen Bukarest-Otopeni

Rumänien 40,0 ♦

Slowenien

375,0

Bau eines Autobahnabschnitts der prioritären Achse V des transeuropäischen Straßennetzes zwischen Blagovica und Vransko
Druzba za Avtoceste v Republiki Sloveniji d.d. (DARS)

175,0 ♦

Bau eines Autobahnabschnitts der prioritären Achse V des transeuropäischen Straßennetzes zwischen Kozina und Srmin
Druzba za Avtoceste v Republiki Sloveniji d.d. (DARS)

160,0 ♦

Ausbau des ersten GSM-Mobilfunknetzes
Mobitel Telekomunikaciske Storitve DD ____ 40,0 ❖

Polen 347,0

Modernisierung des Abschnitts Minsk-Mazowiecki-Terespol der Eisenbahnstrecke E20 von Warschau nach Terespol (weißrussische Grenze)
Polskie Koleje Panstwowe ____ 200,0 ❖

Finanzierung kleiner und mittlerer Vorhaben
Globaldarlehen an die HypoVereinsbank Polska SA ____ 100,0 ❖

Finanzierung kleiner und mittlerer Vorhaben
Globaldarlehen an die BRE Bank SA ____ 47,0 ❖

Slowakei 270,0

Modernisierung des Eisenbahnnetzes und Anschaffung von rollendem Material
Železnice Slovenskej Republiky ____ 200,0 ❖

Errichtung eines Automobilwerks in Bratislava
Volkswagen Slovakia, a.s. ____ 40,0 ❖

Finanzierung kleiner und mittlerer Vorhaben
Globaldarlehen an die Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG, HypoVereinsbank Slovakia, a.s. ____ 30,0 ❖

Tschechische Republik 270,0

Bau von Umgehungsstraßen und Ausbau des Europastraßennetzes
Konsolidáční Banka Praha, spu ____ 100,0 ❖

Instandsetzung vorrangiger Abschnitte des Straßen- und Autobahnnetzes
Konsolidáční Banka Praha, spu ____ 95,0 ❖

Instandsetzung und Ausbau der Wasserversorgungs- und Kanalisationsnetze in Prag
Stadt Prag ____ 50,0 ❖

Finanzierung kleiner und mittlerer Vorhaben
Globaldarlehen an die Hypovereinsbank CZ, a.s. ____ 25,0 ❖

Ungarn 170,0

Bau eines Heizkraftwerks für die Energieversorgung eines Chemiewerks in Kazincbarcika im Nordosten des Landes
BC - Eroemue Kft ____ 20,0 ❖

Bau eines Kombiheizkraftwerks auf dem Gelände einer bestehenden Anlage in Debrecen im Osten des Landes
Debreceni Kominalt Ciklusu Eroemue Kft ____ 15,0 ❖

Bau eines Werks für Dieseleinspritzpumpen in Székesfehérvár südöstlich von Budapest
Denso Manufacturing Hungary Kft ____ 35,0 ❖

Errichtung einer Delayed-Coking-Anlage in der Raffinerie Duna und Modernisierung des Tankstellennetzes
Magyar Olaj-és Gázipari Rt (MOL) ____ 50,0 ❖

Finanzierung kleiner und mittlerer Vorhaben
Globaldarlehen an die Raiffeisen Bank Rt ____ 30,0 ❖

Finanzierung kleiner und mittlerer Vorhaben
Globaldarlehen an die Bank Austria Creditanstalt Hungary Rt ____ 20,0 ❖

Bulgarien 128,0

Modernisierung der Eisenbahnstrecke Plovdiv-Dimitrovgrad-Svilengrad
Republik Bulgarien ____ 80,0 ❖

Bau von Kanalisations- und Kläranlagen in drei Städten in der unteren Maritsa-Ebene
Republik Bulgarien ____ 28,0 ❖

Finanzierung kleiner und mittlerer Vorhaben
Globaldarlehen an die HypoVereinsbank Bulgaria GmbH ____ 20,0 ❖

Lettland 98,0

Verbesserung der Hafeninfrastruktur von Ventspils
Ventspils Port Authority ____ 8,0 ❖

Modernisierung des Telefonfestnetzes
Lattelekom Ltd ____ 50,0 ❖

Instandsetzung und Modernisierung von kommunalen Umwelt- und anderen Infrastruktureinrichtungen
Republik Lettland ____ 20,0 ❖

Finanzierung kleiner und mittlerer Vorhaben
Globaldarlehen an die Vereinsbank Riga AIS ____ 20,0 ❖

Litauen 84,0

Modernisierung der Eisenbahninfrastruktur
Republik Litauen ____ 18,0 ❖

Weiterer Ausbau des GSM-Mobilfunknetzes
UAB Bité GSM ____ 45,0 ❖

Instandsetzung und Modernisierung der Kläranlage von Panevezys
Republik Litauen ____ 6,0 ❖

Instandsetzung und Modernisierung von kommunalen Umwelt- und anderen Infrastruktureinrichtungen
Republik Litauen ____ 15,0 ❖

Estland 35,0

Modernisierung und Ausbau von Abschnitten der Via Baltica und der Straße Tallinn-Narva
Republik Estland ____ 15,0 ❖

Finanzierung kleiner und mittlerer Vorhaben
Globaldarlehen an die Eesti Uhispank (Union Bank of Estonia) ____ 20,0 ❖

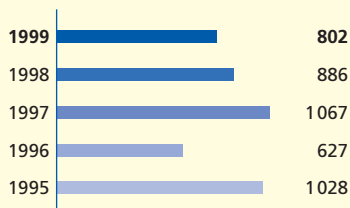
Zypern 200,0

Bau des zweiten Abschnitts des ölbefeuerten Kraftwerks in Vasilikos an der Südküste der Insel
Electricity Authority of Cyprus ____ 100,0 ❖

Erweiterung und Verbesserung des Hauptstraßennetzes
Republik Zypern ____ 100,0 ❖



Hafen von Klaipeda



Länder der Partnerschaft Europa-Mittelmeer (ohne Zypern)

Maghreb-Länder 395,4

Marokko 263,0

Verbesserung der Trasse und zweigleisiger Ausbau der Strecke zwischen den Städten Sidi Kacem und Fes

Office National des Chemins de Fer - ONCF 55,0 ❖

Anschaffung von Hafenausrüstung und Verbesserung der Infrastruktur in acht großen Häfen

Office d'Exploitation des Ports 30,0 ❖

Modernisierung von Dämmen und Molen in sechs der wichtigsten marokkanischen Häfen

Königreich Marokko 32,0 ❖

Instandsetzung und Ausbau der Schmutz- und Regenwasserkanalisation; Bau einer Kläranlage in der Stadt Meknès

Régie autonome de distribution d'eau et d'électricité de Meknès 23,0 ❖

Instandsetzung und Ausbau der Schmutz- und Regenwasserkanalisation und Bau einer Kläranlage in der Stadt Agadir

Régie Autonome Multiservices d'Agadir 21,0 ❖

Modernisierung und Verbesserung der Umweltverträglichkeit der Produktionsanlagen für Schwefelsäure, Phosphorsäure und Düngemittel in den zwei Chemiewerken der Gruppe in Safi und Jorf Lasfar

Office Chérifien des Phosphates 100,0 ❖

Beteiligung am Kapital der SPPP
Bedingtes Darlehen an die Société de participation et de promotion du partenariat „Moussahama“ S.A. (SPPP)

2,0 ■

Bedingtes Darlehen an: Banque de Développement Economique de Tunisie, Banque de Tunisie SA, Compagnie Tunisienne d'Investissement et de Financement, Société de Participations et de Promotions des Investissements, Société d'Investissement et de Développement du Centre Ouest, Tuninvest Sicar, Tunisie Leasing und Tunisie Sicar

30,0 ■

Stärkung der Eigenmittel und Quasi-Eigenmittel einer auf die Verwaltung von Hotels der gehobenen Kategorie spezialisierten Gesellschaft
Bedingtes Darlehen an die Banque de Tunisie S.A.

4,3 ■

Maschrik-Länder 298,3

Ägypten 188,3

Bau einer Gasleitung vom Suez-Kanal nach Meet Nama (nördlich von Kairo)

Egyptian Natural Gas Co. - GASCO 28,3 ❖

Modernisierung und Erweiterung des Abwassersystems in Alexandria

Arabische Republik Ägypten 30,0 ❖

Installierung eines Hydrocrackers und zugehöriger Anlagen in Sues

MISR Oil Processing Company SAE 100,0 ❖

Bau einer Luftzerlegungsanlage zur Herstellung von Industriegasen bei Alexandria

Messer Gases Dekheila SAE 5,0 ❖

Finanzierung umweltfreundlicher Infrastrukturen für Hotelanlagen und andere Fremdenverkehrsprojekte im Süden der Halbinsel Sinai und am Roten Meer
Globaldarlehen an die National Bank of Egypt

25,0 ❖

Jordanien 80,0

Ausbau der Phosphatgrube Eshidiya im Südosten Jordaniens

Jordan Phosphate Mines Company Ltd 30,0 ❖

Bau einer Fabrik für chemische Düngemittel und Tierfutter in Aqaba

Kemira Arab Potash Co. Ltd 30,0 ❖

Bau neuer Produktionsanlagen für Brom und Bromderivate in Safi am Ufer des südlichen Toten Meeres

Jordan Bromine Company Ltd 20,0 ❖

Libanon 30,0

Finanzierung von Projekten für die industrielle Modernisierung
Globaldarlehen an die Libanesische Republik

30,0 ❖

Sonstige Mittelmeerländer 108,0

Türkei 90,0

Ausbau und Instandsetzung des Kanalisationsnetzes von Tarsus an der Südküste; Bau eines Regenwasserkanalisationsnetzes und einer biologischen Kläranlage

Republik Türkei 38,0 ❖

Tunesien 132,4

Verbesserung des Straßennetzes im Großraum Tunis sowie in anderen großen Städten des Landes

Tunesische Republik 53,1 ❖

Anlegung einer Deponie für Gips, ein Abfallprodukt aus der Düngemittelproduktion, in Gabès

Groupe Chimique Tunisien - GCT 45,0 ❖

Stärkung der Eigenkapitalbasis von privaten Unternehmen in der Modernisierungsphase sowie von kürzlich privatisierten bzw. noch in der Privatisierung befindlichen öffentlichen Unternehmen



Instandsetzung des
Straßennetzes im Gazastreifen



Finanzierung von Kombi- und Heizkraftwerken für die Eigenerzeugung von Wärme und Strom im industriellen Sektor
Globaldarlehen an die
 - *Sinaiyatirim Bankasi AS (SYKB)* _____ 20,0 ❖
 - *Turkiye Sinai Kalkinma Bankasi AS (TSKB)* _____ 20,0 ❖

Finanzierung von Beteiligungen an Investitionsfonds
Bedingtes Globaldarlehen an die Türkiye Sinai Kalkinma Bankasi AS (TSKB) _____ 12,0 ■

Gazastreifen-Westjordanland 18,0
Modernisierung kleiner und mittlerer Infrastruktureinrichtungen in den Bereichen Verkehr, Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallbeseitigung in kleineren Gemeinden
Palestinian National Authority _____ 10,0 ❖

Finanzierung kleiner und mittlerer Vorhaben sowie zeitlich begrenzte Beteiligung am Kapital der PBC
Bedingtes Globaldarlehen an die Palestinian Banking Corp. _____ 8,0 ■

Afrika, Karibik, Pazifik (AKP) und ÜLG

Afrika 286,9

Ostafrika 94,0

Kenia 73,0

Bau eines neuen Erdwärmekraftwerks sowie der dazugehörigen Stromübertragungsleitungen und Schalt- und Umspannwerke in Nairobi
Republik Kenia für die Kenya Power and Distribution Company Ltd _____ 41,0 ❖

Bau einer neuen Verzinkungsanlage für Stahlblech in Mariakani in der Nähe von Mombasa
 - *Mabati Rolling Mills Ltd* _____ 5,0 ❖
 - *Bedingte Darlehen an die Mabati Rolling Mills Ltd* _____ 4,0 ■

Finanzierung kleiner und mittlerer Vorhaben
Bedingtes Globaldarlehen an: ABN Amro Bank, Barclays Bank of Kenya Ltd, Crédit Agricole Indosuez, Development Bank of Kenya Ltd, East African Development Bank, Industrial Development Bank Ltd, Kenya Commercial Bank Ltd, National Bank of Kenya Ltd, Stanbic Bank Kenya Ltd und Standard Chartered Bank Kenya Ltd _____ 23,0 ■

Uganda 11,0

Schaffung eines zweiten nationalen Fest- und Mobilfunknetzes
 - *MTN - Mobile Telephone Network Uganda Ltd* _____ 6,5 ❖
 - *Bedingtes Darlehen an die MTN - Mobile Telephone Network Uganda Ltd* _____ 3,5 ■
 - *Bedingtes Darlehen an die Development Finance Company of Uganda Ltd für die MTN - Mobile Telephone Network Uganda Ltd* _____ 1,0 ■

Tansania 9,0

Finanzierung kleiner und mittlerer Vorhaben des privaten Sektors
Bedingtes Globaldarlehen an die CRDB Bank Ltd, East African Development Bank und Stanbic Bank Tanzania Ltd _____ 9,0 ■

Seychellen 1,0

Instandsetzung und Ausbau des Wasserversorgungssystems Le Niol auf der Hauptinsel Mahé des Archipels
Bedingtes Darlehen an die Republik Seychellen _____ 1,0 ■

Westafrika 93,0

Senegal 81,0

Ausbau des nationalen Telekommunikationsnetzes
Société Nationale des Télécommunications du Sénégal _____ 18,0 ❖

Verdoppelung der Produktionskapazität für Phosphorsäure und Schwefelsäure in der Fabrik in Darou sowie Erschließung eines neuen Phosphatvorkommens in Tobène
Industries Chimiques du Sénégal - ICS _____ 54,0 ❖

Finanzierung kleiner und mittlerer Vorhaben
Bedingtes Globaldarlehen an: Banque Internationale pour le Commerce et l'Industrie du Sénégal, Compagnie Bancaire de l'Afrique Occidentale, Crédit Lyonnais Sénégal und Société Générale de Banques au Sénégal S.A. _____ 8,0 ■

Finanzierung kleiner und mittlerer Vorhaben und Leasingoperationen
Bedingtes Globaldarlehen an die Société Financière d'Équipement S.A. _____ 1,0 ■

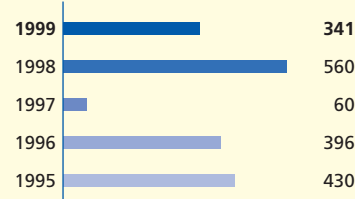
Mauretanien 6,0

Ausbeutung von Granitlagerstätten im Raum Choum und Atar
Bedingtes Darlehen an die Granits et Marmes de Mauritanie S.A. _____ 3,0 ■

Finanzierung kleiner und mittlerer Vorhaben
Bedingtes Globaldarlehen an die Générale de Banque de Mauritanie _____ 3,0 ■

Regionalvorhaben Westafrika 6,0

Kapitalbeteiligung am westafrikanischen Unternehmensfonds zur Entwicklung von Unternehmen des Privatsektors in der Region
Bedingtes Darlehen an den West Africa Enterprise Fund _____ 6,0 ■





Anlage für die Garnelenzucht
in Madagaskar

Südliches Afrika	84,9	Zentral- und Äquatorialafrika	15,0
Mosambik	42,4	Kamerun	15,0
Ausbau des Stromverbunds zwischen Südafrika, Swasiland und Mosambik sowie Stromversorgung der Aluminiumhütte in Mozal (Mosambik)		Finanzierung kleiner und mittlerer Vorhaben des privaten Sektors	
- Motraco-Companhia de Transmissao de Moçambique Sarl	17,4	- Globaldarlehen an die Banque Internationale du Cameroun pour l'Epargne et le Crédit, den SCB Crédit Lyonnais Cameroun und die Standard Chartered Bank Cameroon SA	5,0
- Bedingtes Darlehen an die Electricidade de Moçambique	7,0	- Bedingtes Globaldarlehen an die Banque Internationale du Cameroun pour l'Epargne et le Crédit, den SCB Crédit Lyonnais Cameroun und die Standard Chartered Bank Cameroon SA	10,0
Modernisierung und Erweiterung einer Speiseölschmelze und einer Seifenfabrik		Karibik	28,3
Bedingtes Darlehen an die Companhia Industrial do Monapo Sarl	1,0	Haiti	16,0
Instandsetzung und Modernisierung einer Zuckerfabrik und einer Zuckerrohrplantage nördlich von Maputo		Instandsetzung und Ausbau der Wasserversorgungsanlagen von Pétion-Ville	
- Maragra Açúcar Sarl	3,5	Bedingtes Darlehen an die Republik Haiti für die Centrale Autonome Métropolitaine d'Eau Potable	16,0
- Bedingtes Darlehen an die Maragra Açúcar Sarl	3,5	Dominica	10,0
Finanzierung kleiner und mittlerer Vorhaben		Bau eines Wärmekraftwerks in Tarou Cliffs im Westen der Insel	10,0
Bedingtes Globaldarlehen an: Banco Austral Sarl, Banco Comercial de Moçambique Sarl, Banco Comercial e de Investimentos, Banco de Fomento, Banco International de Moçambique und Banco Standard Totta de Moçambique, ulc (Moçambique) Sarl	10,0	Regionalvorhaben Karibik	2,0
Simbabwe	13,5	Kapitalbeteiligung am Tiona Fund zur Übernahme von Kapital- und Quasi-Kapitalbeteiligungen an kleinen Unternehmen des Privatsektors	2,0
Modernisierung eines Teils des simbabwischen Stromübertragungsnetzes (im zentralen und südöstlichen Teil des Landes)		Trinidad und Tobago	0,3
Zimbabwe Electricity Supply Authority (ZESA)	12,0	Machbarkeitsstudie über die Errichtung eines Instituts für die Gewährung von Mikrokrediten	
Erschließung und Betrieb einer Tagebau-Kupfermine in Sanyati		Bedingtes Darlehen an die Development Finance Ltd DFC	0,3
Bedingtes Darlehen an die Munyati Mining Company Ltd	1,5	Pazifik	7,0
Namibia	13,0	Vanuatu	5,0
Modernisierung und Ausbau von Anlagen in den Bereichen Wasserversorgung, Abwasserreinigung, Stromübertragung und Straßenbau in Windhuk		Modernisierung des wichtigsten Flughafens des Landes in Port-Vila auf der Insel Efate	
- Republik Namibia	10,5	Bedingtes Darlehen an die Republik Vanuatu	5,0
- Bedingtes Darlehen an die Republik Namibia für die Stadt Windhuk	2,5	Kiribati	2,0
Madagaskar	9,0	Finanzierung kleiner und mittlerer Vorhaben	
Errichtung einer Anlage für die Garnelenzucht		- Bedingtes Darlehen an die Republik Kiribati	0,5
Bedingtes Darlehen an die Société Aquaculture de la Mahajamba	1,0	- Bedingtes Globaldarlehen an die Development Bank of Kiribati	1,5
Finanzierung kleiner und mittlerer Vorhaben		ÜLG	19,0
Bedingtes Darlehen an: BFV - Société générale, Banque Malgache de l'Océan Indien (BMOI), BNI - Crédit Lyonnais Madagascar und Union Commercial Bank (UCB)	8,0	Französisch-Polynesien	10,0
Swasiland	7,0	Finanzierung kleiner und mittlerer Vorhaben	
Ausbau des Stromverbunds zwischen Südafrika, Swasiland und Mosambik sowie Stromversorgung der Aluminiumhütte in Mozal (Mosambik)		- Globaldarlehen an die Banque Socredo	5,0
Bedingtes Darlehen an den Swasiland Electricity Board	7,0	- Bedingtes Globaldarlehen an die Banque Socredo	5,0
		Britische Jungferninseln	5,0
		Ausbau des internationalen Flughafens auf Beef Island	
		Britische Jungferninseln	5,0



Aruba 2,5

Finanzierung kleiner und mittlerer Vorhaben	
- Globaldarlehen an die Aruban Investment Bank	2,0 ❖
- Bedingtes Globaldarlehen an die Aruban Investment Bank NV	0,5 ■

Falklandinseln 1,5

Erhöhung der Brennstofflagerkapazität Stanley Services Ltd	1,5 ❖
--	-------

Südafrika

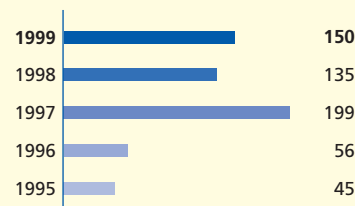
Südafrika 149,6

Erschließung der Gasvorkommen von Mossel Bay Central Energy Fund	40,0 ❖
--	--------

Ausbau des Stromverbunds zwischen Südafrika, Swasiland und Mosambik sowie Stromversorgung der Aluminiumhütte in Mozal (Mosambik) Motraco-Companhia de Transmissão de Moçambique Sarl	14,6 ❖
--	--------

Modernisierung und Verbesserung der gebührenpflichtigen Straße zwischen dem Gauteng-Gebiet und der Region Kwazulu-Natal N3 Toll Concession (PTY) Ltd	45,0 ❖
--	--------

Finanzierung kleiner und mittlerer Vorhaben, hauptsächlich in den Bereichen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung Globaldarlehen an die Development Bank of Southern Africa	50,0 ❖
--	--------



Asien und Lateinamerika

Asien und Lateinamerika 310,1

Brasilien 153,7

Modernisierung und Erweiterung eines Mobilfunknetzes im südlichen Bundesstaat Rio Grande do Sul Celular CRT SA	57,7 ❖
--	--------

Modernisierung von Reifenfabriken Pirelli Pneus SA	37,0 ❖
--	--------

Finanzierung kleiner und mittlerer Vorhaben Globaldarlehen an den Banco ABN Amro SA und an den Banco BBA Creditanstalt SA	59,0 ❖
---	--------

Regionalvorhaben - Mittelamerika 35,0

Finanzierung des Wiederaufbaus und/oder der Erweiterung von Vorhaben des Privatsektors im Zusammenhang mit den vom Hurrikan Mitch verursachten Schäden in den Bereichen Industrie, Dienstleistungen, Energie, Telekommunikation und Umwelt Globaldarlehen an den Banco Centroamericano de Integración Económica	35,0 ❖
---	--------

Mexiko 26,6

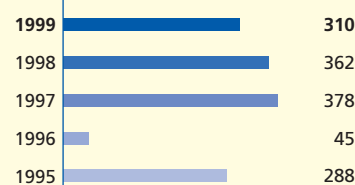
Bau und Betrieb eines Gasverteilungsnetzes im Großraum Mexiko Consorcio Mexi-Gas	26,6 ❖
--	--------

Thailand 70,0

Bau und Betrieb eines mit Erdgas befeuerten Kombikraftwerks im Industriepark Chonburi südöstlich von Bangkok Bowin Power Company Ltd	70,0 ❖
--	--------

China 24,8

Bau einer Trinkwasseraufbereitungsanlage in der Stadt Chengdu (Provinz Sichuan) Chengdu Générale des Eaux - Marubeni Waterworks Co. Ltd	24,8 ❖
---	--------



Westlicher Balkan

Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien (FYROM) 60,0

Bau der Umgehungsstraße von Skopje und Ausbau der Nord-Süd-Achse Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	60,0 ❖
--	--------



Verteilung von Erdgas



Statistische Übersichten

Seite

Abschnitt I **Finanzierungen in der Europäischen Union** (unterzeichnete Verträge)

Tabelle A	nach Ländern und Zielen im Jahre 1999	124
Tabelle B	nach Ländern und Zielen 1995-1999	124
Tabelle C	nach Ländern und Wirtschaftsbereichen 1999	125
Tabelle D	nach Ländern und Wirtschaftsbereichen 1995-1999	125
Tabelle E	nach Wirtschaftsbereichen 1999	126
Tabelle F	nach Wirtschaftsbereichen 1995-1999	127
Tabelle G	nach Regionen 1999 und 1995-1999	128

Abschnitt II **Finanzierungen außerhalb der Europäischen Union** (unterzeichnete Verträge)

Tabelle H	In Kraft befindliche oder ausgehandelte Abkommen, Finanzprotokolle und Beschlüsse (Stand 1. April 2000)	131
Tabellen I und J	nach Ländern und Wirtschaftsbereichen im Jahre 1999	132
Tabelle K	in den AKP-Staaten und den ÜLG 1995-1999 nach Ländern und Wirtschaftsbereichen	133
Tabelle L	in den Beitrittsländern	134
Tabelle M	in den Ländern der Partnerschaft Europa-Mittelmeer	134
Tabelle N	in Südafrika	134
Tabelle O	in den Ländern Asiens und Lateinamerikas	135
Tabelle P	in den Ländern des westlichen Balkans	135

Abschnitt III **Unterzeichnete Anleihen**

Tabelle Q	Unterzeichnete Anleihen 1999	136
Tabelle R	Unterzeichnete Anleihen (nach Swaps) 1995-1999	138
Tabelle S	Mittelbeschaffung in ECU/EUR 1981-1999	138

Tabelle A: Einzeldarlehen in der Europäischen Union im Jahre 1999
nach Ländern und Zielen ⁽¹⁾

(Mio EUR)

	Regional- entwicklung	Human- kapital *	Europäische Verkehrs- und Telekommunikations- infrastruktur	Natürliche und städtische Umwelt	Energie- politische Ziele	Wettbewerbs- fähigkeit der Industrie
Belgien	—	—	—	50	—	27
Dänemark	541	—	775	123	8	—
Deutschland	1 488	351	662	976	259	419
Griechenland	1 369	—	583	336	77	16
Spanien	2 726	51	1 644	812	677	—
Frankreich	851	34	1 222	255	43	—
Irland	—	—	—	—	—	—
Italien	1 546	79	1 923	439	482	57
Luxemburg	—	—	105	—	—	—
Niederlande	—	—	—	100	—	—
Österreich	—	—	117	97	220	18
Portugal	1 598	—	1 185	193	166	—
Finnland	412	—	244	208	40	168
Schweden	141	57	232	131	141	45
Vereinigtes Königreich	2 206	—	1 483	858	459	—
Gleichgestellte Operationen ⁽²⁾	—	—	97	—	—	—
Insgesamt	12 877	571	10 269	4 577	2 571	749

(1) Da verschiedene Finanzierungen gleichzeitig mehreren Zielsetzungen dienen, übersteigt die Addition der einzelnen Rubriken die Gesamtsumme der Finanzierungen.

(2) Den Finanzierungen in der Europäischen Union gleichgestellte Operationen, die gemäß Artikel 18 Absatz 1 Unterabsatz 2 der Satzung der Bank genehmigt wurden.

Tabelle B: Einzeldarlehen in der Europäischen Union 1995-1999
nach Ländern und Zielen

(Mio EUR)

	Regional- entwicklung	Human- kapital *	Europäische Verkehrs- und Telekommunikations- infrastruktur	Natürliche und städtische Umwelt	Energie- politische Ziele	Wettbewerbs- fähigkeit der Industrie
Belgien	1 263	—	1 801	312	92	64
Dänemark	1 936	—	2 928	654	487	106
Deutschland	7 714	918	2 649	4 461	2 439	1 407
Griechenland	3 434	70	1 768	441	782	16
Spanien	10 301	434	6 476	3 405	1 968	9
Frankreich	3 967	56	3 943	1 283	103	992
Irland	381	—	98	120	96	—
Italien	9 798	79	6 701	4 799	2 488	1 419
Luxemburg	79	—	293	79	79	—
Niederlande	—	—	616	787	260	160
Österreich	503	—	508	414	576	515
Portugal	6 833	126	3 643	1 871	954	11
Finnland	1 016	—	1 255	524	212	168
Schweden	1 115	57	1 879	737	727	199
Vereinigtes Königreich	8 105	56	5 388	4 625	2 373	750
Gleichgestellte Operationen	—	—	840	75	619	—
Insgesamt	56 443	1 796	40 786	24 587	14 253	5 816

* Gemäß den Schlußfolgerungen des Europäischen Rates Köln wurden die Einschaltungsbedingungen für Vorhaben im Gesundheitswesen im Juli 1999 den für Projekte im Bildungswesen geltenden angepaßt.

Tabelle C: Finanzierungen in der Europäischen Union im Jahre 1999
nach Ländern und Wirtschaftsbereichen

(Mio EUR)

	Insgesamt	Einzel- darlehen	Infrastruktur			Industrie Dienstleist. Landwirtschaft	Bildung Gesund- heit	Global- darlehen (*)
			Verkehr und Tele- kommunikation	Wasser und Sonstiges	Energie			
Belgien	226	77	—	50	—	27	—	149
Dänemark	898	898	864	8	—	27	—	—
Deutschland	5 534	2 292	560	575	209	597	351	3 243
Griechenland	1 436	1 369	903	300	77	89	—	67
Spanien	4 048	3 147	1 967	144	677	308	51	901
Frankreich	4 295	1 507	1 404	69	—	—	34	2 789
Irland	87	—	—	—	—	—	—	87
Italien	4 053	2 920	1 923	325	420	174	79	1 133
Luxemburg	105	105	105	—	—	—	—	—
Niederlande	311	100	—	100	—	—	—	211
Österreich	606	343	117	20	129	78	—	263
Portugal	1 603	1 598	1 185	193	120	100	—	5
Finnland	576	442	238	17	19	168	—	134
Schweden	544	533	209	55	73	141	57	10
Vereinigtes Königreich	3 348	2 800	1 483	385	459	473	—	548
Gleichgestellte Operationen .	97	97	97	—	—	—	—	—
Insgesamt	27 765	18 226	11 052	2 240	2 182	2 181	571	9 539
(*) davon: - Traditionelle Globaldarlehen								6 369
- Portefeuille-Ansatz								2 962
- KMU-Fazilität/ASAP (ohne ETF)								209

Tabelle D: Finanzierungen in der Europäischen Union 1995-1999
nach Ländern und Wirtschaftsbereichen

(Mio EUR)

	Insgesamt	Einzel- darlehen	Infrastruktur			Industrie Dienstleist. Landwirtschaft	Bildung Gesund- heit	Global- darlehen (*)
			Verkehr und Tele- kommunikation	Wasser und Sonstiges	Energie			
Belgien	3 546	2 292	1 801	250	92	149	—	1 254
Dänemark	3 893	3 721	3 090	97	220	313	—	173
Deutschland	19 958	9 945	2 180	2 572	2 186	2 089	919	10 012
Griechenland	4 148	3 434	2 193	300	782	89	70	714
Spanien	15 289	11 731	7 341	1 389	1 633	934	434	3 558
Frankreich	14 568	6 130	4 659	275	—	1 140	56	8 438
Irland	1 074	381	121	83	96	54	27	693
Italien	19 513	13 972	6 077	2 356	3 139	2 322	79	5 541
Luxemburg	389	372	293	—	—	79	—	17
Niederlande	2 220	1 563	616	648	140	160	—	657
Österreich	2 251	1 675	508	144	407	616	—	575
Portugal	6 983	6 833	5 057	589	867	195	126	150
Finnland	2 009	1 714	1 249	17	140	308	—	295
Schweden	3 252	3 095	1 975	235	534	295	57	157
Vereinigtes Königreich	14 817	12 302	5 594	2 483	2 604	1 565	56	2 516
Gleichgestellte Operationen .	1 483	1 483	840	24	619	—	—	—
Insgesamt	115 392	80 643	43 593	11 464	13 457	10 306	1 823	34 749
(*) davon: - Traditionelle Globaldarlehen								28 608
- Portefeuille-Ansatz								5 664
- KMU-Fazilität/ASAP (ohne ETF)								477

Tabelle E: Finanzierungen in der Europäischen Union 1999
nach Wirtschaftsbereichen

(Mio EUR)

	Betrag	in % der Einzel- darlehen	in % des Gesamt- betrags
Energie und Infrastruktur	15 474	84,9	55,7
Energie	2 182	12,0	7,9
Produktion	609	3,3	2,2
Strom	387	2,1	1,4
Erdöl und Erdgas	200	1,1	0,7
Wärme	22	0,1	0,1
Transport und Verteilung	1 574	8,6	5,7
Strom	1 442	7,9	5,2
Erdöl und Erdgas	71	0,4	0,3
Wärme	61	0,3	0,2
Verkehr	8 926	49,0	32,1
Straßen und Autobahnen	3 605	19,8	13,0
Luftverkehr	2 015	11,1	7,3
Eisenbahn	1 736	9,5	6,3
Städtischer Verkehr	974	5,3	3,5
Außergewöhnliche Projekte	547	3,0	2,0
Seeschifffahrt	49	0,3	0,2
Telekommunikation	2 126	11,7	7,7
Netze, Vermittlungsstellen und internationale Kabel	1 702	9,3	6,1
Mobilfunk	424	2,3	1,5
Wasserversorgung, Abwasser- und Müllbeseitigung	1 259	6,9	4,5
Wasserfassung, -aufbereitung und -verteilung	733	4,0	2,6
Abwasser- und Müllbeseitigung	524	2,9	1,9
Städtische Infrastruktur	980	5,4	3,5
Stadterneuerung	523	2,9	1,9
Kombinierte Vorhaben zur Strukturverbesserung städtischer Gebiete	457	2,5	1,6
Industrie, Dienstleistungen, Bildung, Gesundheit, Landwirtschaft	2 752	15,1	9,9
Industrie	1 688	9,3	6,1
Papier und Pappe, Druckerei- und Verlagswesen	590	3,2	2,1
Transportmittelindustrie	312	1,7	1,1
Chemie	259	1,4	0,9
Elektrotechnik, Elektronik	150	0,8	0,5
Erdölverarbeitung	114	0,6	0,4
Agrar- und Nahrungsmittelindustrie	81	0,4	0,3
Glas, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	55	0,3	0,2
Holzgewerbe	53	0,3	0,2
Metallerzeugung und -bearbeitung, Metallerzeugnisse	31	0,2	0,1
Kautschuk und Kunststoffe	27	0,1	0,1
Herstellung von Maschinen und Ausrüstung	15	0,1	0,1
Dienstleistungen	478	2,6	1,7
Dienstleistungen für Unternehmen und Gebietskörperschaften	256	1,4	0,9
Erbringung von öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	115	0,6	0,4
Handel	102	0,6	0,4
Forschung und Entwicklung	5	—	—
Bildung, Gesundheit	571	3,1	2,1
Gesundheitswesen	317	1,7	1,1
Ausbildung, Fortbildung	254	1,4	0,9
Landwirtschaft, Fischerei, Forstwirtschaft	15	0,1	0,1
Summe Einzeldarlehen	18 226	100,0	65,6
Summe Globaldarlehen	9 539	—	34,4
Insgesamt	27 765	—	100,0

Tabelle F: Finanzierungen in der Europäischen Union 1995-1999
nach Wirtschaftsbereichen

(Mio EUR)

	Betrag	in % der Einzel- darlehen	in % des Gesamt- betrags
Energie und Infrastruktur	68 514	85,0	59,4
Energie	13 457	16,7	11,7
Produktion	6 653	8,3	5,8
Strom	4 577	5,7	4,0
Erdöl und Erdgas	1 328	1,6	1,2
Wärme	748	0,9	0,6
Transport und Verteilung	6 803	8,4	5,9
Erdöl und Erdgas	3 316	4,1	2,9
Strom	3 245	4,0	2,8
Wärme	243	0,3	0,2
Verkehr	33 628	41,7	29,1
Straßen und Autobahnen	12 422	15,4	10,8
Eisenbahn	9 089	11,3	7,9
Luftverkehr	5 180	6,4	4,5
Städtischer Verkehr	3 607	4,5	3,1
Außergewöhnliche Projekte	2 714	3,4	2,4
Seeschifffahrt	555	0,7	0,5
Zentren für kombinierten Verkehr und sonstige	61	0,1	0,1
Telekommunikation	9 965	12,4	8,6
Netze, Vermittlungsstellen und internationale Kabel	5 589	6,9	4,8
Mobilfunk	3 719	4,6	3,2
Satelliten und Bodenstationen	657	0,8	0,6
Wasserversorgung, Abwasser- und Müllbeseitigung	6 814	8,4	5,9
Wasserfassung, -aufbereitung und -verteilung	3 463	4,3	3,0
Abwasser- und Müllbeseitigung	3 351	4,2	2,9
Städtische Infrastruktur	4 650	5,8	4,0
Stadterneuerung	2 814	3,5	2,4
Kombinierte Vorhaben zur Strukturverbesserung städtischer Gebiete	1 836	2,3	1,6
Industrie, Dienstleistungen, Bildung, Gesundheit, Landwirtschaft	12 129	15,0	10,5
Industrie	8 566	10,6	7,4
Transportmittelindustrie	3 420	4,2	3,0
Chemie	1 306	1,6	1,1
Papier und Pappe, Druckerei- und Verlagswesen	944	1,2	0,8
Elektrotechnik, Elektronik	813	1,0	0,7
Erdölverarbeitung	622	0,8	0,5
Metallerzeugung und -bearbeitung, Metallerzeugnisse	467	0,6	0,4
Herstellung von Maschinen und Ausrüstung	343	0,4	0,3
Agrar- und Nahrungsmittelindustrie	212	0,3	0,2
Glas, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	190	0,2	0,2
Kautschuk und Kunststoffe	111	0,1	0,1
Holzgewerbe	109	0,1	0,1
Textil- und Bekleidungsindustrie	30	—	—
Dienstleistungen	1 599	2,0	1,4
Dienstleistungen für Unternehmen und Gebietskörperschaften	878	1,1	0,8
Erbringung von öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	299	0,4	0,3
Handel	294	0,4	0,3
Forschung und Entwicklung	121	0,1	0,1
Fremdenverkehr, Freizeit	7	—	—
Bildung, Gesundheit	1 823	2,3	1,6
Gesundheitswesen	1 018	1,3	0,9
Ausbildung, Fortbildung	805	1,0	0,7
Landwirtschaft, Fischerei, Forstwirtschaft	141	0,2	0,1
Summe Einzeldarlehen	80 643	100,0	69,9
Summe Globaldarlehen	34 749	—	30,1
Insgesamt	115 392	—	100,0

Tabelle G: Finanzierungen nach Regionen 1999 und 1995-1999

Die nachfolgende Tabelle enthält eine Aufgliederung der unterzeichneten Darlehen nach Regionen. Die mehrere Regionen betreffenden Einzeldarlehen wurden - soweit möglich - aufgeteilt. EUROSTAT-Schätzungen des BIP pro Einwohner für 1999 in Kaufkraftparitäten (EUR15=100). Arbeitslosenquote 1998 (EUR15=10,1) Einwohnerzahl 1996

(Mio EUR)

	BIP/ Einwohner	Arbeits- losenquote (%)	Einwohnerzahl (Tsd)	1999	1995-1999
Belgien	112	9,3	10 157	226	3 546
Brüssel	173	14,3	949	—	283
Flandern	115	6,2	5 890	77	531
Wallonien	89	13,5	3 318	—	524
Multiregionale Vorhaben	—	—	—	—	953
Globaldarlehen	—	—	—	149	1 254
Dänemark	119	5,4	5 262	898	3 893
Raum Kopenhagen	—	—	—	225	1 131
Östlich des Großen Belt	—	—	—	171	1 046
Westlich des Großen Belt	—	—	—	171	873
Multiregionale Vorhaben	—	—	—	330	671
Globaldarlehen	—	—	—	—	173
Deutschland	108	9,8	81 896	5 534	19 958
Hamburg	192	8,4	1 708	193	392
Bremen	149	11,9	679	51	420
Hessen	148	7,1	6 017	—	273
Baden-Württemberg	124	6,0	10 344	129	594
Bayern	124	5,7	12 016	321	755
Nordrhein-Westfalen	110	8,7	17 916	138	625
Saarland	105	9,6	1 084	165	220
Schleswig-Holstein	103	7,3	2 733	—	56
Niedersachsen	102	8,8	7 796	15	347
Berlin	102	13,7	3 465	285	1 814
Rheinland-Pfalz	94	6,8	3 988	130	181
Brandenburg	67	17,6	2 548	19	1 011
Sachsen	64	17,9	4 555	147	761
Sachsen-Anhalt	61	21,5	2 731	50	259
Mecklenburg-Vorpommern	61	19,6	1 820	209	373
Thüringen	61	18,5	2 497	233	390
Multiregionale Vorhaben	—	—	—	206	1 473
Globaldarlehen	—	—	—	3 243	10 012
Griechenland	68	10,8	10 476	1 436	4 148
Attika	77	12,2	3 448	1 096	2 002
Nordgriechenland	65	10,3	3 381	138	510
Zentralgriechenland	58	10,4	2 635	58	141
Multiregionale Vorhaben	—	—	—	77	781
Globaldarlehen	—	—	—	67	714
Spanien	79	19,1	39 669	4 048	15 289
Madrid	101	17,0	5 021	499	1 274
Katalonien	99	14,3	6 087	288	1 373
Navarra	98	9,3	520	29	112
Balearen	97	11,5	762	16	357
Baskenland	92	17,9	2 096	201	635
La Rioja	89	11,7	265	29	39
Aragón	89	11,4	1 187	154	377
Kantabrien	77	18,6	527	12	163
Kastilien-León	76	18,9	2 506	118	428
Comunidad Valenciana	74	17,4	4 012	290	1 041
Kanarische Inseln	74	19,8	1 609	116	300
Asturien	74	20,5	1 087	20	143
Murcia	67	17,4	1 098	38	125
Kastilien-La Mancha	66	16,9	1 713	118	305
Galicien	63	17,2	2 741	62	940
Andalusien	57	29,9	7 240	142	1 332
Estremadura	55	28,8	1 070	192	326
Multiregionale Vorhaben	—	—	—	823	2 462
Globaldarlehen	—	—	—	901	3 558

Tabelle G: Finanzierungen nach Regionen 1999 und 1995-1999 (Fortsetzung)

	(Mio EUR)				
	BIP/ Einwohner	Arbeits- losenquote (%)	Einwohnerzahl (Tsd)	1999	1995-1999
Frankreich	104	11,4	58 372	4 295	14 568
Ile-de-France	160	10,4	11 044	89	384
Haute-Normandie	106	12,9	1 783	—	169
Elsaß	105	7,0	1 708	61	61
Rhône-Alpes	100	9,8	5 625	206	1 249
Franche-Comté	93	8,6	1 117	—	243
Centre	92	10,3	2 437	—	67
Provence-Côte d'Azur	92	15,1	4 465	—	456
Aquitaine	92	12,0	2 895	—	34
Pays de la Loire	91	10,4	3 166	25	56
Lothringen	89	10,1	2 311	—	454
Midi-Pyrénées	87	11,4	2 513	107	471
Bretagne	86	9,6	2 868	—	162
Poitou-Charentes	86	10,8	1 625	25	40
Nord - Pas-de-Calais	85	15,9	4 004	—	452
Picardie	85	14,1	1 866	15	268
Korsika	82	13,7	261	6	6
Limousin	81	8,5	718	3	21
Languedoc-Roussillon	78	17,2	2 254	—	290
Übersee-Departements	47	32,0	1 644	30	159
Multiregionale Vorhaben	—	—	—	940	1 087
Globaldarlehen	—	—	—	2 789	8 438
Irland	97	7,9	3 634	87	1 074
Italien	103	12,3	58 450	4 053	19 513
Emilia-Romagna	133	5,7	4 003	445	769
Lombardei	132	5,7	9 106	104	836
Trentino-Südtirol	128	3,3	933	2	354
Friaul - Julisch-Venetien	126	5,8	1 209	—	116
Venetien	124	5,2	4 524	69	481
Ligurien	119	10,9	1 685	—	131
Piemont	118	8,8	4 370	62	799
Latium	114	12,3	5 305	490	1 720
Toskana	111	8,3	3 589	376	587
Marken	106	6,6	1 472	92	637
Umbrien	98	8,9	843	42	146
Abruzzen	90	9,5	1 295	—	763
Molise	79	17,6	337	3	164
Sardinien	73	21,5	1 692	45	556
Apulien	71	21,2	4 160	16	530
Basilikata	69	18,5	620	262	922
Sizilien	66	25,6	5 191	70	951
Kampanien	66	24,9	5 880	202	989
Kalabrien	59	27,0	2 113	10	121
Multiregionale Vorhaben	—	—	—	633	2 402
Globaldarlehen	—	—	—	1 133	5 541
Luxemburg	169	2,8	416	105	389
Niederlande	107	4,0	15 523	311	2 220
West-Nederland	115	3,9	7 250	—	991
Zuid-Nederland	104	3,6	3 431	100	100
Oost-Nederland	93	3,7	3 213	—	236
Multiregionale Vorhaben	—	—	—	—	236
Globaldarlehen	—	—	—	211	657

Tabelle G: Finanzierungen nach Regionen 1999 und 1995-1999 (Fortsetzung)

(Mio EUR)

	<i>BIP/ Einwohner</i>	<i>Arbeits- losenquote (%)</i>	<i>Einwohnerzahl (Tsd)</i>	1999	1995-1999
Österreich	112	4,8	8 059	606	2 251
Ostösterreich	127	5,2	3 395	202	545
Westösterreich	108	3,9	2 894	18	270
Südösterreich	90	5,2	1 770	7	352
Multiregionale Vorhaben	—	—	—	117	508
Globaldarlehen	—	—	—	263	575
Portugal	70	4,7	9 927	1 603	6 983
Lissabon und Tejo-Tal	89	5,7	3 312	27	2 138
Algarve	71	6,1	346	—	44
Nordportugal	62	4,8	6 538	603	1 441
Zentralportugal	61	2,1	1 711	458	720
Alentejo	60	8,0	522	70	124
Madeira	54	3,7	258	—	95
Azoren	50	4,0	242	—	6
Multiregionale Vorhaben	—	—	—	439	2 263
Globaldarlehen	—	—	—	5	150
Finnland	97	12,7	5 125	576	2 009
Uusimaa	130	8,8	1 319	19	269
Etelä-Suomi	91	13,2	1 813	198	614
Pohjois-Suomi	83	16,7	559	10	166
Väli-Suomi	83	13,0	706	—	115
Itä-Suomi	74	17,0	703	15	35
Multiregionale Vorhaben	—	—	—	200	514
Globaldarlehen	—	—	—	134	295
Schweden	101	8,9	8 841	544	3 252
Stockholm	123	6,9	1 735	78	565
Mellersta Norrland	99	12,2	392	—	54
Smaland Med Öarna	98	6,7	809	45	122
Västsverige	98	9,1	1 755	41	411
Norra Mellansverige	97	10,6	860	31	31
Övre Norrland	97	11,1	525	43	147
Sydsverige	93	10,1	1 265	159	919
Östra Mellansverige	92	8,9	1 500	6	85
Multiregionale Vorhaben	—	—	—	130	762
Globaldarlehen	—	—	—	10	157
Vereinigtes Königreich	100	6,2	58 782	3 348	14 817
Südostengland	107	4,1	7 893	263	2 505
Schottland	100	7,3	2 141	583	1 338
East Anglia	98	5,8	5 126	—	712
Südwestengland	95	4,5	4 840	212	397
East Midlands	94	4,7	4 140	130	388
West Midlands	93	6,2	5 315	178	976
Nordwestengland	91	6,4	6 889	546	1 259
Yorkshire and Humberside	89	7,1	5 034	5	782
Nordengland	85	9,3	2 600	49	492
Wales	83	7,0	2 920	—	895
Nordirland	81	8,8	1 663	154	198
Multiregionale Vorhaben	—	—	—	679	2 360
Globaldarlehen	—	—	—	548	2 516
Gleichgestellte Operationen	—	—	—	97	1 483
Insgesamt			374 589	27 765	115 392

Tabelle H: In Kraft befindliche oder ausgehandelte Abkommen, Finanzprotokolle und Beschlüsse (Stand: 1. April 2000)

(Mio EUR)

		Finanzierungen aus Haushaltsmitteln			
	Abkommen, Finanzprotokoll oder Beschluß	Ende des Geltungszeitraums	Darlehen aus eigenen Mitteln der EIB ⁽¹⁾	Risiko-kapital-operatio-nen ⁽²⁾	Zinsvergütungen auf Darlehen der EIB
Länder Afrikas, des karibischen Raums und des Pazifischen Ozeans (AKP)					
Überseeische Länder und Gebiete (ÜLG)					
AKP ⁽³⁾	2. Finanzprotokoll zum 4. Abkommen von Lome	2000	1 658	1 000	ja
ÜLG ⁽⁴⁾	Post-Lome & Investitionsfazilität	2005	1 700	2 200 ⁽⁵⁾	—
	Beschluß des Rates	2000	35	30	ja
Republik Südafrika	Beschluß des Rates	2000	375	—	—
	Beschluß des Rates	2007	825	—	—
Mittelmeerraum ^{(6) (7)}	Beschluß des Rates	2000	2 310	200 ⁽⁸⁾	ja ⁽⁹⁾
	Beschluß des Rates	2007	6 425	—	—
Türkei	Beschluß des Rates - TERRA-Programm zum Wiederaufbau in den türkischen Erdbebengebieten	2003	600	—	—
Mittel- und Osteuropa ⁽¹⁰⁾	Beschluß des Rates	2000	3 520	—	—
	Beschluß des Rates	2007	8 680	—	—
Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	Finanzprotokoll	2000	150	—	20 ⁽¹¹⁾
Bosnien und Herzegowina	Beschluß des Rates	2000	100	—	19
Asien und Lateinamerika ⁽¹²⁾	Beschluß des Rates	2000	900	—	—
	Beschluß des Rates	2007	2 480	—	—
Vor-Beitritts-Fazilität ⁽¹³⁾	Fazilität der EIB	2000	3 500	—	—
Vor-Beitritts-Fazilität II	Fazilität der EIB	2003	8 500	—	—

(1) Für diese Darlehen werden Zinsvergütungen aus Mitteln des Europäischen Entwicklungsfonds für Investitionsvorhaben in den AKP-Staaten und den ÜLG gewährt. Die für Zinsvergütungen erforderlichen Beträge werden auf die nichtrückzahlbare Hilfe angerechnet.

(2) Von der EIB vergeben und verwaltet.

(3) Afrika: Angola, Äquatorial-Guinea, Äthiopien, Benin, Botsuana, Burkina Faso, Burundi, Côte d'Ivoire, Demokratische Republik Kongo, Dschibuti, Eritrea, Gabun, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Kamerun, Kap Verde, Kenia, Komoren, Lesotho, Liberia, Madagaskar, Malawi, Mali, Mauretanien, Mauritius, Mosambik, Namibia, Niger, Nigeria, Republik Kongo, Ruanda, São Tomé und Príncipe, Sambia, Senegal, Seychellen, Sierra Leone, Simbabwe, Somalia, Sudan, Swasiland, Tansania, Togo, Tschad, Uganda, Zentralafrikanische Republik. Karibik: Antigua und Barbuda, Bahamas, Barbados, Belize, Dominica, Dominikanische Republik, Grenada, Guyana, Haiti, Jamaika, St. Kitts und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, Suriname, Trinidad und Tobago. Pazifik: Fidschi, Kiribati, Papua-Neuguinea, Salomonen, Samoa, Tonga, Tuvalu, Vanuatu.

(4) Grönland, Mayotte, St. Pierre und Miquelon, Neukaledonien und Dependenz, Französisch-Polynesien, Französische Süd- und Antarktische Gebiete, Wallis und Futuna, Aruba, Niederländische Antillen, Anguilla, Britisches Antarktis-Territorium, Britisches Territorium im Indischen Ozean, Britische Jungferninseln, Kaimaninseln, Falklandinseln, Südgeorgien und Sandwichinseln, Montserrat, Pitcairn, St. Helena und Dependenz, Turks- und Caicosinseln.

(5) Investitionsfazilität des Europäischen Entwicklungsfonds, deren Mittel von der EIB vergeben und verwaltet werden.

(6) Ägypten, Algerien, Gazastreifen und Westjordanland, Israel, Jordanien, Libanon, Malta, Marokko, Syrien, Tunesien, Türkei, Zypern.

(7) Die aufgrund der vorangegangenen Finanzprotokolle verfügbaren Beträge können gleichzeitig eingesetzt werden, wobei dies entweder die gesamten vorgesehenen Mittel oder Restbeträge betrifft.

(8) Indikativer Betrag.

(9) Für die Finanzierungen der EIB zugunsten von Umweltschutzprojekten.

(10) Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn.

(11) Vorgesehen für Zinsvergütungen auf Darlehen der EIB zugunsten von Infrastrukturprojekten, die von Interesse für die Gemeinschaft und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien sind.

(12) Asien: Bangladesch, Brunei, Darussalam, China, Indien, Indonesien, Laos, Macao, Malaysia, Mongolei, Nepal, Pakistan, Philippinen, Singapur, Südkorea, Sri Lanka, Thailand, Vietnam, Yemen. Lateinamerika: Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Costa Rica, Ecuador, El Salvador, Guatemala, Honduras, Kolumbien, Mexiko, Nicaragua, Panama, Paraguay, Peru, Uruguay, Venezuela.

(13) Für die Länder, die den Beitritt zur Europäischen Union beantragt haben, d.h. Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn, Zypern.

Tabelle I: Finanzierungen in den Beitrittsländern 1999
nach Ländern und Wirtschaftsbereichen

(Mio EUR)

	Wirtschaftsbereich						
	Insgesamt	(davon Vor- Beitritts-Fazilität)	Energie	Verkehr Telekommunikation	Wasser und Sonstiges	Industrie Dienstlei- stungen	Global- darlehen
MITTEL- UND OSTEUROPA (MOEL)	2 173	(1 267)	39	1 578	119	125	312
Rumänien	396	—	4	392	—	—	—
Slowenien	375	(375)	—	375	—	—	—
Polen	347	(347)	—	200	—	—	147
Tschechische Republik	270	(270)	—	195	50	—	25
Slowakei	270	—	—	200	—	40	30
Ungarn	170	(170)	35	—	—	85	50
Bulgarien	128	—	—	80	28	—	20
Lettland	98	(70)	—	58	20	—	20
Litauen	84	—	—	63	21	—	—
Estland	35	(35)	—	15	—	—	20
ZYPERN	200	(200)	100	100	—	—	—
Insgesamt	2 373	(1 467)	139	1 678	119	125	312
(davon Vor-Beitritts-Fazilität)							
MOEL	—	(1 267)	(35)	(835)	(50)	(85)	(262)
Zypern	—	(200)	(100)	(100)	—	—	—

Tabelle J: Finanzierungen außerhalb der Europäischen Union 1999 (ohne Beitrittsländer)
nach Ländern und Wirtschaftsbereichen

(Mio EUR)

	Insgesamt	Eigene Mittel	Haushalts- mittel	Energie	Telekommunikation	Verkehr	Wasser und Sonstiges	Industrie Dienstlei- stungen	Global- darlehen
LÄNDER DER PARTNERSCHAFT EUROPA-MITTELMEER	802	745	56	28	170	122	334	147	
Marokko	263	261	2	—	117	44	100	2	
Ägypten	188	188	—	28	—	30	105	25	
Tunesien	132	98	34	—	53	—	49	30	
Türkei	90	78	12	—	—	38	—	52	
Jordanien	80	80	—	—	—	—	80	—	
Libanon	30	30	—	—	—	—	—	30	
Gazastreifen/Westjordanland	18	10	8	—	—	10	—	8	
AKP-ÜLG	341	196	145	98	43	23	77	100	
Afrika	287	173	114	87	33	7	77	83	
Ostafrika	94	53	42	41	11	1	9	32	
Westafrika	93	72	21	—	18	—	57	18	
Südliches Afrika	85	43	42	46	4	6	11	18	
Zentral- und Äquatorialafrika	15	5	10	—	—	—	—	15	
Karibik	28	10	18	10	—	16	0,25	2	
Pazifik	7	—	7	—	5	—	—	2	
ÜLG	19	14	5	2	5	—	—	13	
SÜDAFRIKA	150	150	—	55	45	—	—	50	
ASIEN, LATEINAMERIKA (ALA)	310	310	—	97	58	25	37	94	
Lateinamerika	215	215	—	27	58	—	37	94	
Brasilien	154	154	—	—	58	—	37	59	
Regionales Vorh. - Mittelamerika	35	35	—	—	—	—	—	35	
Mexiko	27	27	—	27	—	—	—	—	
Asien	95	95	—	70	—	25	—	—	
Thailand	70	70	—	70	—	—	—	—	
China	25	25	—	—	—	25	—	—	
WESTLICHER BALKAN	60	60	—	—	60	—	—	—	
Ehem. jugosl. Republik Mazedonien	60	60	—	—	60	—	—	—	
Insgesamt	1 662	1 461	201	278	376	170	448	391	

Tabelle K: Finanzierungen in den AKP-Staaten und den ÜLG 1995-1999
nach Ländern und Wirtschaftsbereichen

(Mio EUR)

						Wirtschaftsbereich			
	Insgesamt	Eigene Mittel	Haushaltsmittel	Energie	Telekommunikation	Verkehr	Wasser und Sonstiges	Industrie Dienstleistungen	Globaldarlehen
AFRIKA	1 314,0	693,6	620,4	434,1		193,3	153,3	226,4	306,9
<i>Südliches Afrika</i>	<i>548,7</i>	<i>341,7</i>	<i>207,0</i>	<i>188,3</i>		<i>62,1</i>	<i>135,3</i>	<i>90,3</i>	<i>72,7</i>
Namibia	113,6	108,2	5,4	57,3		39,1	6,3	2,9	8,0
Mosambik	102,9	58,9	44,0	24,4		—	—	68,5	10,0
Sambia	68,0	—	68,0	32,0		—	—	6,0	30,0
Lesotho	54,0	54,0	—	—		—	54,0	—	—
Mauritius	49,0	49,0	—	10,0		23,0	16,0	—	—
Botsuana	46,6	46,6	—	6,6		—	40,0	—	—
Madagaskar	43,2	—	43,2	25,0		—	4,0	4,5	9,7
Simbabwe	30,4	25,0	5,4	25,0		—	—	5,4	—
Malawi	25,0	—	25,0	—		—	15,0	—	10,0
Swasiland	15,0	—	15,0	7,0		—	—	3,0	5,0
Komoren	1,0	—	1,0	1,0		—	—	—	—
<i>Westafrika</i>	<i>343,1</i>	<i>182,5</i>	<i>160,6</i>	<i>137,7</i>		<i>45,9</i>	<i>17,0</i>	<i>96,1</i>	<i>46,4</i>
Senegal	100,0	72,0	28,0	—		21,4	15,0	54,6	9,0
Regionalvorhaben	56,4	20,0	36,4	30,0		—	—	—	26,4
Côte d'Ivoire	56,1	41,5	14,6	33,6		11,5	—	7,0	4,0
Ghana	38,0	34,0	4,0	34,0		—	—	—	4,0
Mauretanien	30,4	15,0	15,4	—		—	2,0	25,4	3,0
Burkina Faso	29,8	—	29,8	9,8		13,0	—	7,0	—
Guinea	25,5	—	25,5	25,0		—	—	0,5	—
Mali	6,8	—	6,8	5,3		—	—	1,5	—
Guinea-Bissau	0,2	—	0,2	—		—	—	0,2	—
<i>Ostafrika</i>	<i>338,6</i>	<i>115,9</i>	<i>222,7</i>	<i>82,0</i>		<i>44,8</i>	<i>1,0</i>	<i>38,0</i>	<i>172,8</i>
Kenia	150,1	98,0	52,1	41,0		—	—	9,1	100,0
Äthiopien	81,0	—	81,0	41,0		21,0	—	9,0	10,0
Uganda	72,3	17,9	54,4	—		11,0	—	19,6	41,8
Tansania	34,1	—	34,1	—		12,8	—	0,3	21,0
Seychellen	1,0	—	1,0	—		—	1,0	—	—
<i>Zentral- und Äquatorialafrika</i>	<i>53,7</i>	<i>23,5</i>	<i>30,2</i>	<i>26,1</i>		<i>10,5</i>	—	<i>2,1</i>	<i>15,0</i>
Kamerun	37,0	13,0	24,0	20,5		—	—	1,5	15,0
Gabun	11,1	10,5	0,6	—		10,5	—	0,6	—
Sao Tomé und Príncipe	5,6	—	5,6	5,6		—	—	—	—
<i>Multiregionales Vorhaben</i>	<i>30,0</i>	<i>30,0</i>	—	—		<i>30,0</i>	—	—	—
KARIBIK	346,9	279,5	67,4	145,0		62,0	50,0	0,9	89,0
Jamaika	79,0	79,0	—	—		60,0	7,0	—	12,0
Trinidad und Tobago	55,3	53,0	2,3	45,0		—	—	0,3	10,0
Barbados	50,0	50,0	—	50,0		—	—	—	—
Bahamas	34,0	34,0	—	20,0		—	14,0	—	—
Regionalvorhaben	27,0	20,0	7,0	—		—	—	—	27,0
Dominikanische Republik	26,0	11,0	15,0	—		—	—	—	26,0
Haiti	24,0	—	24,0	—		—	16,0	—	8,0
Dominica	13,0	10,0	3,0	10,0		—	—	—	3,0
Guyana	8,3	—	8,3	—		—	7,8	—	0,5
St. Lucia	8,0	8,0	—	8,0		—	—	—	—
Grenada	5,8	4,0	1,8	4,0		—	1,8	—	—
Suriname	4,7	4,0	0,7	4,0		—	—	0,7	—
St. Vincent und die Grenadinen	4,0	4,0	—	4,0		—	—	—	—
Antigua	3,4	—	3,4	—		—	3,4	—	—
Belize	2,5	2,5	—	—		—	—	—	2,5
St. Kitts und Nevis	2,0	—	2,0	—		2,0	—	—	—
PAZIFIK	71,0	36,7	34,3	—		16,7	—	48,6	5,7
Papua-Neuguinea	46,0	25,0	21,0	—		—	—	46,0	—
Fidschi	10,6	8,0	2,6	—		8,0	—	2,6	—
Vanuatu	5,0	—	5,0	—		5,0	—	—	—
Tonga	3,7	3,7	—	—		3,7	—	—	—
Kiribati	2,0	—	2,0	—		—	—	—	2,0
Samoa	2,0	—	2,0	—		—	—	—	2,0
Regionalvorhaben	1,7	—	1,7	—		—	—	—	1,7
SÄMTLICHE AKP-STAA TEN	21,1	—	21,1	—		—	—	—	21,1
Summe AKP-Staaten	1 753,0	1 009,8	743,2	579,1		272,0	203,3	276,0	422,6
ÜLG	36,0	18,5	17,5	9,4		11,0	—	0,6	15,0
Insgesamt	1 789,0	1 028,3	760,7	588,5		283,0	203,3	276,6	437,6

Tabelle L: Finanzierungen in den Beitrittsländern 1995-1999
nach Ländern und Wirtschaftsbereichen

(Mio EUR)

	Insgesamt	(davon Vor- Beitritts-Fazilität)	Wirtschaftsbereich					
			Energie	Telekommunikation	Verkehr	Wasser und Sonstiges	Industrie Dienstlei- stungen	Global- darlehen
MITTEL- UND OSTEUROPA (MOEL)	8 028	(2 587)	800		5 085	789	537	817
Polen	1 937	(952)	180		1 015	320	140	282
Tschechische Republik	1 595	(520)	255		1 025	250	—	65
Rumänien	1 238	—	99		1 082	—	47	10
Ungarn	915	(485)	70		255	110	210	270
Slowakei	763	—	181		462	—	40	80
Slowenien	622	(515)	—		612	—	—	10
Bulgarien	473	—	—		300	53	100	20
Litauen	222	—	10		181	21	—	10
Lettland	188	(80)	6		112	35	—	35
Estland	76	(35)	—		41	—	—	35
ZYPERN	399	(250)	130		112	55	—	102
Insgesamt	8 427	(2 837)	930		5 197	844	537	919
<i>(davon Vor-Beitritts-Fazilität)</i>								
MOEL	—	(2 587)	(35)		(1 820)	(160)	(240)	(332)
Zypern	—	(250)	(100)		(100)	—	—	(50)

Tabelle M: Finanzierungen in den Ländern der Partnerschaft Europa-Mittelmeer 1995-1999 (ohne Zypern)
nach Ländern und Wirtschaftsbereichen

(Mio EUR)

	Insgesamt	Eigene Mittel	Haushalts- mittel	Wirtschaftsbereich					
				Energie	Telekommunikation	Verkehr	Wasser und Sonstiges	Industrie Dienstlei- stungen	Global- darlehen
Ägypten	979	939	40	78		90	215	529	68
Marokko	856	809	47	95		367	174	100	121
Algerien	580	580	—	470		30	30	50	—
Türkei	557	545	12	134		76	245	—	102
Tunesien	525	458	67	60		178	110	49	128
Libanon	330	327	3	27		30	210	—	63
Jordanien	281	270	11	20		30	67	123	41
Gazastreifen/Westjordanland . .	214	194	20	35		43	70	27	39
Israel	68	68	—	—		—	35	—	33
Malta	18	15	3	—		—	15	—	3
Insgesamt	4 409	4 205	204	919		844	1 171	878	598

Tabelle N: Finanzierungen in Südafrika 1995-1999
nach Wirtschaftsbereichen

(Mio EUR)

Wirtschaftsbereich						
	Insgesamt	Energie	Verkehr Telekommunikation	Wasser und Sonstiges	Industrie Dienstlei- stungen	Global- darlehen
Südafrika	585	156	45	45	—	339
Insgesamt	585	156	45	45	—	339

Tabelle O: Finanzierungen in den Ländern Asiens und Lateinamerikas 1995-1999
nach Ländern und Wirtschaftsbereichen

(Mio EUR)

	Wirtschaftsbereich					
	Insgesamt	Energie	Verkehr Telekommunikation	Wasser und Sonstiges	Industrie Dienstlei- stungen	Global- darlehen
Lateinamerika	797	82	230	130	222	134
Brasilien	333	55	58	—	162	59
Argentinien	158	—	45	113	—	—
Peru	77	—	77	—	—	—
Mexiko	77	27	—	—	50	—
Panama	50	—	50	—	—	—
Regionales Vorhaben (Andenpakt)	40	—	—	—	—	40
Regionales Vorhaben (Mittelamerika)	35	—	—	—	—	35
Paraguay	17	—	—	17	—	—
Uruguay	10	—	—	—	10	—
Asien	586	361	50	175	—	—
Philippinen	172	72	50	50	—	—
Indonesien	146	46	—	100	—	—
Thailand	88	88	—	—	—	—
China	80	55	—	25	—	—
Vietnam	55	55	—	—	—	—
Pakistan	45	45	—	—	—	—
Insgesamt	1 382	443	280	305	222	134

Tabelle P: Finanzierungen in den Ländern des westlichen Balkans 1995-1999
nach Ländern und Wirtschaftsbereichen

(Mio EUR)

	Wirtschaftsbereich					
	Insgesamt	Energie	Verkehr Telekommunikation	Wasser und Sonstiges	Industrie Dienstlei- stungen	Global- darlehen
Ehem. jugosl. Rep. Mazedonien	130	—	130	—	—	—
Albanien	68	12	51	—	—	5
Insgesamt	198	12	181	—	—	5

Tabelle Q: Unterzeichnete Anleihen 1999

Ausgabe- monat	Ausgabeland	Zeichnungs- währung	Art der Operation	Betrag in der Zeichnungswährung (in Mio)	Betrag in Mio EUR	Laufzeit (Jahre)	Nominal- verzinsung (%)
1. Mittelbeschaffung							
Langfristige Operationen (vor Swaps)							
ÖFFENTLICHE ANLEIHEN							
Januar	Italien	EUR	(2)	200	200,0	30	10,500
	Luxemburg	EUR		1 000	1 000,0	10	4,000
	Luxemburg	USD		1 000	857,1	5	5,000
	Luxemburg	USD		250	214,3	10	5,375
	Luxemburg	EUR		1 000	1 000,0	10	4,000
	Luxemburg	USD	(1)	500	428,5	7	5,250
	Luxemburg	NZD	(1)	100	45,3	5	6,000
	Luxemburg	ZAR	(1)	200	29,2	5	15,000
Februar	Schweiz	CHF		1 000	622,0	15	3,500
	Italien	EUR	(2)	150	150,0	20	10,500
	Italien	EUR	(2)	75	75,0	30	10,000
	Griechenland	GRD	(1)	30 000	91,0	3	6,000
	Hongkong	HKD	(1)	300	33,0	3	variabel
	Luxemburg	USD	(1)	150	128,6	6	5,625
	Luxemburg	ZAR	(1)	100	14,6	10	14,750
	Luxemburg	USD	(1)	300	257,1	3	5,000
	Luxemburg	USD		250	214,3	10	5,250
	Luxemburg	USD		250	214,3	10	5,375
	Luxemburg	GBP		124	175,9	30	Nullkupon
	Luxemburg	CAD	(1)	25	13,8	5	5,500
	Luxemburg	EUR		300	300,0	7	7,000
	Vereinigtes Königreich	GBP		100	141,8	11	5,500
	Vereinigtes Königreich	GBP		250	354,4	30	6,000
März	Deutschland	NOK	(1)	600	67,6	5	4,875
	Griechenland	GRD	(1)	30 000	91,0	3	6,000
	Griechenland	GRD	(1)	10 000	30,3	3	6,000
	Luxemburg	EUR/PLN	(1)	100	23,5	3	9,750
	Luxemburg	ZAR	(1)	50	7,3	5	15,000
	Luxemburg	USD	(1)	100	85,7	10	8,000
	Tschechische Republik	CZK	(1)	3 000	85,2	10	8,200
	Vereinigtes Königreich	GBP		100	141,8	11	5,500
	Luxemburg	GBP		50	74,7	39	Nullkupon
	Luxemburg	USD	(1)	1 000	930,9	6	5,375
April	Luxemburg	EUR	(4)	2 000	2 000,0	10	4,000
	Vereinigtes Königreich	GBP		200	300,2	11	5,500
	Vereinigtes Königreich	GBP	(2)	200	300,2	40	5,000
	Belgien	EUR		50	50,0	7	Nullkupon
	Griechenland	GRD	(1)	10 000	30,7	3	6,000
Mai	Griechenland	GRD	(1)	10 000	30,7	3	6,000
	Italien	EUR	(3)	150	150,0	6	variabel
	Italien	EUR	(3)	150	150,0	5	variabel
	Italien	EUR		100	100,0	15	step-up
	Luxemburg	USD	(1)	1 000	930,9	10	5,875
	Vereinigtes Königreich	GBP		100	150,1	22	5,375
	Vereinigtes Königreich	ZAR	(1)	100	15,0	10	13,500
	Ungarn	HUF	(1)	8 000	31,4	5	11,750
	Luxemburg	ZAR	(1)	200	30,1	6	13,000
	Luxemburg	ZAR	(1)	100	15,0	10	14,750
	Luxemburg	USD	(1)	500	465,5	3	6,000
	Luxemburg	USD	(1)	250	232,7	3	6,000
	Luxemburg	EUR		75	75,0	4	7,250
	Vereinigtes Königreich	GBP		100	150,1	22	5,375
	Vereinigtes Königreich	GBP		300	450,2	4	6,000
Juni	Vereinigtes Königreich	GBP		33	50,0	39	Nullkupon
	Vereinigtes Königreich	GBP		100	150,1	5	6,000
	Vereinigtes Königreich	GBP		150	225,1	4	6,000
	Vereinigtes Königreich	GBP		125	187,6	10	5,500

Tabelle Q: Unterzeichnete Anleihen 1999 (Fortsetzung)

Ausgabe- monat	Ausgabeland	Zeichnungs- währung	Art der Operation	Betrag in der Zeichnungswährung (in Mio)	Betrag in Mio EUR	Laufzeit (Jahre)	Nominal- verzinsung (%)
Juli	Italien	EUR		450	450,0	15	4,350
	Luxemburg	ZAR	(1)	120	19,2	10	13,500
	Luxemburg	ZAR	(1)	150	24,0	6	13,000
	Vereinigtes Königreich	GBP		150	228,6	5	6,000
	Vereinigtes Königreich	GBP		250	380,9	10	5,500
August	Belgien	NOK	(1)	500	61,7	5	6,000
	Griechenland	GRD	(1)	5 000	15,4	3	6,000
	Italien	EUR		150	150,0	7	variabel
	Luxemburg	EUR		100	100,0	5	7,000
	Luxemburg	EUR		50	50,0	5	8,200
	Luxemburg	USD	(1)	250	242,1	3	6,000
	Vereinigtes Königreich	GBP		250	380,9	6	6,125
	Vereinigtes Königreich	SKK	(1)	1 000	22,1	2	15,500
	Luxemburg	EUR		577	577,2	6	3,875
	Luxemburg	USD	(1)	750	726,2	5	6,250
September	Luxemburg	USD		250	242,1	9	5,375
	Luxemburg	EUR	(4)	1 500	1 500,0	5	5,250
	Tschechische Republik	SKK	(1)	2 000	44,1	3	15,625
	Australien	AUD	(1)	400	244,0	6	6,000
	Belgien	NOK	(1)	500	60,4	5	6,125
Oktober	Luxemburg	EUR	(1)	500	500,0	3	4,000
	Luxemburg	ZAR	(1)	100	15,6	10	13,500
	Luxemburg	ZAR	(1)	100	15,6	6	13,000
	Luxemburg	USD	(1)	100	93,8	5	7,125
	Vereinigtes Königreich	GBP		125	193,1	22	5,375
	Vereinigtes Königreich	GBP		125	193,1	9	6,250
	Vereinigtes Königreich	GBP		75	115,8	29	6,000
	Vereinigtes Königreich	GBP		200	308,9	15	6,250
	Taiwan	TWD		6 000	178,7	5	5,900
	Ungarn	HUF	(1)	4 500	17,5	5	11,750
	Luxemburg	EUR	(4)	1 000	1 000,0	3	4,500
	Luxemburg	EUR	(4)	2 000	2 000,0	6	4,875
	Vereinigtes Königreich	JPY	(1)	75 000	665,7	5	0,875
November	Vereinigtes Königreich	GBP		150	231,7	22	5,375
	Vereinigtes Königreich	GBP		100	154,4	22	5,375
	Vereinigtes Königreich	GBP		100	154,4	10	5,500
	Vereinigtes Königreich	GBP		175	270,3	29	6,000
	Vereinigtes Königreich	GBP		250	386,1	5	6,000
	Japan	GBP	(1)	105	162,2	3	6,000
	Luxemburg	ZAR	(1)	100	15,6	10	13,500
	Luxemburg	ZAR	(1)	100	15,6	11	13,000
	Vereinigtes Königreich	GBP		100	154,4	22	5,375
	99 Operationen				26 729,7		

(1) MFN; (2) mit Austauschmöglichkeit zwischen fester und variabler Verzinsung; (3) Einmal-Kupon; (4) EARN

PRIVATPLAZIERUNGEN

9	USD	(1)	198	183,4	variabel-6,45
6	HKD	(1)	3 950	480,5	7-8,75
1	GBP	(1)	530	807,6	variabel
2	EUR	(1)	45	45,2	variabel-Nullkupon
1	JPY	(1)	10 930	87,6	3,000
19 Operationen				1 604,3	

Summe 118 Operationen 28 334,0

Anmerkung: Die Nullkupon-Anleihen sind ausgehend vom Nominalbetrag mit dem Emissionskurs multipliziert.

2. Euro-Umtauschprogramm

Juli	Luxemburg	EUR	961	961,1	3,875-4,000
Summe 2 Operationen				961,1	
INSGESAMT 120 Operationen				29 295,1	

Tabelle R: Unterzeichnete Anleihen (nach Swaps) 1995-1999

(Mio EUR)

	1995		1996		1997		1998		1999	
	Betrag	%	Betrag	%	Betrag	%	Betrag	%	Betrag	%
1. Mittelbeschaffung										
Europäische Union										
ECU/EUR (*)	400	3,2	500	2,8	1 300	5,6	3 554	11,8	12 422	43,8
DEM	2 397	19,3	5 285	30,1	3 437	14,9	4 675	15,5	—	—
FRF	342	2,8	655	3,7	2 590	11,2	847	2,8	—	—
ITL	3 343	27,0	4 398	25,1	5 044	21,9	4 219	14,0	—	—
BEF	—	—	19	0,1	—	—	—	—	—	—
NLG	145	1,2	84	0,5	17	0,1	—	—	—	—
IEP	135	1,1	102	0,6	58	0,3	—	—	—	—
LUF	193	1,6	65	0,4	99	0,4	—	—	—	—
ESP	1 574	12,7	2 034	11,6	2 599	11,3	1 102	3,7	—	—
PTE	1 004	8,1	358	2,0	1 092	4,7	395	1,3	—	—
FIM	18	0,1	34	0,2	45	0,2	128	0,4	—	—
Summe Euro-11	9 551	77,1	13 533	77,1	16 280	70,7	14 921	49,6	12 422	43,8
DKK	—	—	88	0,5	134	0,6	30	0,1	186	0,7
GBP	996	8,0	2 168	12,4	2 875	12,5	8 069	26,8	6 974	24,6
GRD	149	1,2	97	0,6	161	0,7	255	0,8	15	0,1
SEK	77	0,6	191	1,1	189	0,8	120	0,4	60	0,2
Summe „Pre-in“	1 223	9,9	2 544	14,5	3 359	14,6	8 474	28,2	7 236	25,5
Summe	10 774	86,9	16 078	91,6	19 639	85,3	23 395	77,7	19 658	69,3
davon: zu festen Zinssätzen	5 720	46,1	8 970	51,1	10 242	44,5	13 956	46,4	4 641	16,4
zu variablen Zinssätzen	5 054	40,8	7 108	40,5	9 397	40,8	9 439	31,4	15 017	53,0
Außerhalb der Europäischen Union										
CHF	323	2,6	165	0,9	566	2,5	125	0,4	622	2,2
CZK	—	—	—	—	—	—	11	0,0	85	0,3
HUF	—	—	—	—	—	—	28	0,1	49	0,2
JPY	771	6,2	580	3,3	541	2,4	—	—	—	—
NOK	—	—	—	—	—	—	60	0,2	—	—
USD	528	4,3	698	4,0	2 211	9,6	6 451	21,4	7 825	27,6
ZAR	—	—	33	0,2	68	0,3	29	0,1	116	0,4
Summe	1 622	13,1	1 476	8,4	3 387	14,7	6 703	22,3	8 697	30,7
davon: zu festen Zinssätzen	1 338	10,8	1 156	6,6	2 116	9,2	2 001	6,6	1 865	6,6
zu variablen Zinssätzen	284	2,3	320	1,8	1 271	5,5	4 702	15,6	6 833	24,1
INSGESAMT	12 395	100,0	17 553	100,0	23 025	100,0	30 098	100,0	28 355	100,0
davon: zu festen Zinssätzen	7 058	56,9	10 126	57,7	12 358	53,7	15 957	53,0	6 506	22,9
zu variablen Zinssätzen	5 338	43,1	7 427	42,3	10 668	46,3	14 141	47,0	21 850	77,1
Lang- und mittelfristige Operationen										
- Öffentliche Anleihen	12 080	97,5	17 066	97,2	22 438	97,5	29 660	98,5	26 743	94,3
- Privatplazierungen	315	2,5	487	2,8	587	2,5	438	1,5	1 613	5,7
davon mittelfristige Notes	829	6,7	2 989	17,0	5 377	23,4	5 633	18,7	8 709	30,7
2. Euro-Umtauschprogramm										
	—	—	—	—	—	—	1 318 (¹)	—	961 (¹)	—
INSGESAMT	—	—	—	—	—	—	31 417	—	29 317	—

(*) 1995-1996: ECU; 1997-1998: EUR mit Zahlung in ECU; 1999: EUR

(1) 1998: DEM FRF ITL; 1999: EUR FRF ITL

Tabelle S: Mittelbeschaffung in ECU/EUR 1981-1999 (*)

(Beträge in Mio)

Jahr	Zu festen Zinssätzen		Zu variablen Zinssätzen				In ECU/EUR insgesamt (A)	In allen Währungen insgesamt (B)	A/B in %
	Vor Swaps	Nach Swaps	Nach Swaps	Commercial Paper	Einlagen- zertifikate	Insgesamt			
1981-1994	10 360	10 260	2 175	1 200	400	4 121	14 046	114 296	12,29
1995	400	200	200	—	—	200	400	12 395	3,23
1996	650	500	—	—	—	—	500	17 553	2,85
1997	1 300	1 300	—	—	—	—	1 300	23 025	5,65
1998	3 500	2 850	704	—	—	704	3 554	30 098	11,81
1999	11 253	2 155	10 267	—	—	10 267	12 422	28 355	43,81
Insgesamt	27 463	17 265	13 346	1 200	400	15 292	32 222	225 724	14,27

(*) Mittelbeschaffung (ohne Treasury).

1997-1998 Begebung von auf Euro lautenden Anleihen mit Zahlung in ECU. Ab 1999 Einführung des Euro.

Umrechnungskurse

Für die Erstellung der Statistiken über ihre Finanzierungstätigkeit und ihre Mittelbeschaffung verwendet die EIB während eines Quartals jeweils die Umrechnungskurse des letzten Werktags des vorhergegangenen Quartals. Für 1999 lauten diese Kurse wie folgt:

		1999			
1 Euro =	EUR				
Österreichische Schilling	ATS	13,7603			
Belgische Francs	BEF	40,3399			
Deutsche Mark	DEM	1,9583			
Spanische Pesetas	ESP	166,386			
Finnmark	FIM	5,94573			
Französische Francs	FRF	6,55957			
Irische Pfund	IEP	0,787564			
Italienische Lire	ITL	1 936,27			
Luxemburgische Francs	LUF	40,3399			
Holländische Gulden	NLG	2,20371			
Portugiesische Escudos	PTE	200,482			
		31.12.1998	31.03.1999	30.06.1999	30.09.1999
		1. Quartal 99	2. Quartal 99	3. Quartal 99	4. Quartal 99
Dänische Kronen	DKK	7,44878	7,43170	7,43410	7,43320
Pfund Sterling	GBP	0,705455	0,666300	0,656300	0,647500
Griechische Drachmen	GRD	329,689	325,900	324,450	328,700
Schwedische Kronen	SEK	9,48803	8,88700	8,74700	8,72350
US-Dollar	USD	1,16675	1,07420	1,03280	1,06650
Japanische Yen	JPY	132,800	127,810	124,820	112,670

Die EIB dankt den Projektträgern und Lieferanten, die ihr freundlicherweise die Verwendung der Aufnahmen in diesem Bericht gestattet haben:

Fränk Weber (Umschlagseite, S. 76, 140, 142, 144), Tony Stone Images (S. 6, 15, 29, 30, 49, 52, 54), Benelux Press (S. 8, 16, 17, 25, 26, 31, 46, 48), Arge 4. Röhre Elbtunnel (S. 10), La Vie du Rail, Barberon (S. 12, 14), La Vie du Rail, Recoura (S. 18), La Vie du Rail, Besnard (S. 24), La Vie du Rail (S. 104), Flughafen Hannover (S. 19), ACEA (S. 22, 110), Stadt Malmö (S. 23, 114), DaimlerChrysler (S. 26), Klaipeda State Seaport (S. 32), Barcs Endre (S. 34, 35, 36), Sue Cunningham (S. 36, 37), The Stock Market (S. 56), Allo Photo, Paris (S. 60), Imedia (S. 66, 68, 72), Konrad Scheel (S. 67, 69, 70, 71, 72), J.P. Kieffer (S. 75), Europäische Kommission (S. 115), EVAL Europe (S. 104), Flughafen Köln/Bonn (S. 105), Marcel Minnée (S. 106, 111), Metro Athen (S. 107), SAICA (S. 107), GICAL (S. 108), Barilla (S. 110), Cargolux (S. 111), Fernwärme Wien (S. 112), Sonera (S. 113).

Zusätzliche Auskünfte über die Tätigkeit der EIB können bei der Hauptabteilung Information und Kommunikation, Herrn Paul Löser, eingeholt werden (Tel. (+352) 4379 3138, Fax (+352) 4379 3189).



Anschriften

Europäische Investitionsbank

100, bd Konrad Adenauer

L - 2950 Luxemburg

Tel. (+352) 4379 - 1

Fax (+352) 43 77 04

H320 Videokonferenz (+352) 43 93 67

Internet

www.eib.org

E-mail: info@eib.org

Hauptabteilung Italien:

Via Sardegna, 38

I - 00187 Rom

Tel. (+39) 06 47 19 - 1

Fax (+39) 06 42 87 34 38

Videokonferenz (+39) 06 48 90 55 26

Büro in Athen:

364, Kifissias Ave & 1, Delfon

GR - 152 33 Halandri/Athen

Tel. (+30) 1 682 45 17 - 9

Fax (+30) 1 682 45 20

Büro in Berlin:

Lennéstraße, 17

D - 10785 Berlin

Tel. (+49) 030 59 00 479 - 0

Fax (+49) 030 59 00 47 99

Büro in Lissabon:

Avenida da Liberdade, 144-156, 8°

P - 1250 Lissabon

Tel. (+351) 21 342 89 89

oder (+351) 21 342 88 48

Fax (+351) 21 347 04 87

Büro in London:

68, Pall Mall

GB - London SW1Y 5ES

Tel. (+44) 020 7 343 1200

Fax (+44) 020 7 930 9929

Büro in Madrid:

Calle José Ortega y Gasset, 29

E - 28006 Madrid

Tel. (+34) 91 431 13 40

Fax (+34) 91 431 13 83

Repräsentationsbüro in Brüssel:

Rue de la Loi, 227

B - 1040 Brüssel

Tel. (+32) 2 230 98 90

Fax (+32) 2 230 58 27

Videokonferenz (+32) 2 280 11 40

Wichtigste Publikationen

Satzung der EIB:

In der Satzung der EIB sind die für die Bank maßgeblichen rechtlichen, finanziellen und administrativen Rahmenbedingungen festgelegt. Sie ist dem EG-Vertrag als Protokoll beigefügt und Bestandteil dieses Vertrags. Erhältlich in allen Amtssprachen der Europäischen Union.

Allgemeine Veröffentlichungen:

• Jahresbroschüre:

Diese Broschüre wird jedes Jahr auf den neuesten Stand gebracht. Sie vermittelt in anschaulicher Weise einen Überblick über die wichtigsten Zielsetzungen und Tätigkeitsbereiche der Bank innerhalb und außerhalb der Europäischen Union.

Erhältlich in allen Amtssprachen der Europäischen Union.

• Videokassetten:

In dem Videofilm „40 Jahre Europäische Investitionsbank“ (1998) werden Aufgabe und Tätigkeit der EIB dargestellt.

Erhältlich in Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch, Spanisch und Portugiesisch.

• EIB-Informationen:

Periodisch erscheinende Veröffentlichung mit aktuellen Informationen über die Tätigkeit der EIB.

Erhältlich in allen Amtssprachen der Europäischen Union.

40 Jahre Finanzierungstätigkeit

Statistiken zur Finanzierungstätigkeit der Bank. Veröffentlicht 1998.

Erhältlich in Deutsch, Englisch und Französisch.

EIB Papers - Cahiers BEI:

In dieser halbjährlich erscheinenden Publikation werden die Ergebnisse der von der Abteilung Wirtschafts- und Finanzstudien der EIB durchgeführten Untersuchungen sowie Artikel von nicht der Bank angehörenden Wissenschaftlern und Fachleuten veröffentlicht.

Erhältlich in Englisch.

Neue Reihe.

Band 4 Nr. 1 - 1999: „European Banking after EMU“

Band 4 Nr. 2 - 1999: „The 1999 EIB Prize - Recent EIB Research“.

Veröffentlichungen über einzelne Länder:

Die Finanzierungsmöglichkeiten der EIB in einzelnen Ländern bzw. bestimmten geographischen Regionen (EU-Mitgliedsländer, Mittel- und Osteuropa, Mittelmeerraum, Afrika/Karibik/Pazifik, Südafrika, Asien und Lateinamerika) werden in diversen Broschüren beschrieben.

Veröffentlichungen zu bestimmten Themenkreisen:

• Darlehensvergabe und Mittelaufnahme der EIB in der Zeit der Umstellung auf den Euro.

Praktischer Leitfaden. Veröffentlicht 1998.

Erhältlich in allen Amtssprachen der Europäischen Union.

• Informationspolitik

Bestimmungen betreffend den Zugang der Öffentlichkeit zu Unterlagen der EIB. Veröffentlicht 1997.

Erhältlich in allen Amtssprachen der Europäischen Union.

• Aufgaben und Tätigkeit im Umweltbereich

In dieser Unterlage werden der grundsatzpolitische Rahmen, die Normen und die Verfahren im Umweltbereich dargelegt.

Veröffentlicht im Juni 1996.

Erhältlich in allen Amtssprachen der Europäischen Union.

• Leitfaden für die Auftragsvergabe bei von der EIB finanzierten Projekten

Aufgabe dieses Leitfadens ist es, die Projektträger und ihre Lieferanten über die Modalitäten zu informieren, die hinsichtlich der Auftragsvergabeverfahren, der Information der potentiellen Bieter und der Einhaltung der entsprechenden Gemeinschaftsbestimmungen mit den Finanzierungen der EIB verbunden sind.

Erschienen im Juni 1996.

Erhältlich in allen Amtssprachen der Europäischen Union.

Berichte der Einheit für die Evaluierung der Operationen der EIB:

• Evaluierung von 17 Projekten im Wasserwirtschaftssektor im Mittelmeerraum (1999).

• Auswirkungen der Mittelbeschaffungstätigkeit der EIB auf die Integration neuer Kapitalmärkte (1999).

Detaillierte und regelmäßig aktualisierte Informationen über die EIB können auch über die folgende Internet-Adresse abgerufen werden:

Internet: www.eib.org

Alle Veröffentlichungen und Videofilme der EIB sowie ein vollständiges Verzeichnis der vorrätigen Publikationen sind auf Anfrage bei der Hauptabteilung Information und Kommunikation erhältlich.

Fax (+352) 4379 3189



Für eine Finanzierung der EIB in Betracht kommende Projekte

In der Europäischen Union müssen die Projekte, die für eine Finanzierung der EIB in Betracht kommen, zu einem oder mehreren der folgenden Ziele beitragen:

Ausgewogene Entwicklung der Wirtschaft. Die von der EIB finanzierten Projekte fördern die Weiterentwicklung der Wirtschaft in den benachteiligten Regionen.

Verkehr, Telekommunikation und Transeuropäische Netze (TEN): Die EIB finanziert Projekte wie den Bau, die Modernisierung oder den Ausbau von Straßen und Eisenbahnen, Brücken, Flughäfen und Häfen sowie Telekommunikations- und Energieversorgungsnetzen, die die Integration Europas stärken und den Personen- und Güterverkehr sowie den Austausch von Informationen verbessern.

Sicherung der Energieversorgung: Die EIB unterstützt mit ihren Finanzierungen die Realisierung der energiepolitischen Ziele der Europäischen Union: Diversifizierung der Energieversorgung aus zuverlässigen Quellen außerhalb der Union, Erschließung eigener Energiequellen der Union, Energieeinsparung und Verbund der Distributionsnetze in der Union.

Natürliche und städtische Umwelt. Reduzierung der Luftverschmutzung, Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung, Schutz der Böden, Aufforstung, Erhaltung des kulturellen Erbes, Verbesserung des Lebensrahmens in den Städten.

Gesundheit und Bildung. Ausbau und Modernisierung der Infrastruktur im Gesundheits- und im Bildungswesen.

Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Integration der europäischen Industrie: Förderung fortgeschrittener Technologien sowie von Investitionen, die zu einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen Unternehmen verschiedener Mitgliedstaaten der Union führen.

Kleine und mittlere Unternehmen. Bestimmte Investitionen von KMU in der Industrie und im Dienstleistungssektor werden indirekt in Form von Globaldarlehen an Banken und Finanzinstitute mitfinanziert.

Wagniskapitalfinanzierungen. Die auf die Entwicklung von Wagniskapitalfinanzierungen zugunsten von innovativen bzw. rasch wachsenden KMU abzielenden Operationen werden in Zusammenarbeit mit Banken und Finanzinstituten der Mitgliedstaaten abgeschlossen.

Außerhalb der Europäischen Union beteiligt sich die EIB durch die Bereitstellung langfristiger Finanzierungsmittel zugunsten von Projekten in rund 150 Drittländern an der Umsetzung der Entwicklungs- und Kooperationspolitik der Union. Sie stellt ihre Mittel auf der Grundlage der in den jeweiligen Finanzprotokollen bzw. Abkommen festgelegten spezifischen Bedingungen für Investitionen in Mittel- und Osteuropa, im Mittelmeerraum, in den Ländern Afrikas, des karibischen Raums und des Pazifischen Ozeans sowie in Asien und in Lateinamerika bereit.

Einzeldarlehen

Empfänger: Einzeldarlehen können Projektträger aus dem privaten und dem öffentlichen Sektor sowie Finanzinstitute erhalten.

Beträge: Einzeldarlehen werden für große Projekte ab 25 Mio EUR bis zu einer Höhe von maximal 50% der Investitionskosten direkt von der EIB gewährt.

Laufzeiten: Die Laufzeit der Darlehen beträgt bei Projekten in der Industrie bis zu 12 Jahren und bei Infrastrukturvorhaben bis zu 20 Jahren, in Ausnahmefällen auch länger.

Währungen: Die Darlehen werden entsprechend den Wünschen der Darlehensnehmer in Euro, in den anderen nicht zum Euro-Raum gehörenden Währungen der Union oder in Währungen von Drittländern wie dem US-Dollar, dem Yen oder dem Schweizer Franken gewährt. Die Auszahlung kann in einer einzigen Währung oder in einer Kombination von Währungen erfolgen.

Zinssätze: Es kommen feste Zinssätze mit oder ohne Revisionsklausel oder variable Zinssätze zur Anwendung.

Rückzahlung: Die Rückzahlung erfolgt normalerweise halbjährlich oder jährlich. Für den Durchführungszeitraum eines Projekts kann eine tilgungsfreie Zeit für das Kapital eingeräumt werden. Bei Endfälligkeit rückzahlbare Darlehen sind ebenfalls möglich.

Gebühren: Generell werden weder Bearbeitungsgebühren noch Bereitstellungsprovisionen oder andere Gebühren in Rechnung gestellt.

Globaldarlehen

Globaldarlehen werden Banken und anderen Finanzinstituten eingeräumt. Diese vergeben die Mittel in Einklang mit den Kriterien der EIB für kleine und mittlere Investitionsvorhaben weiter.

Empfänger: Mittel aus Globaldarlehen können Gebietskörperschaften oder Unternehmen mit bis zu 500 Beschäftigten und einem Anlagevermögen von maximal 75 Mio EUR erhalten.

Vorhaben: Mitfinanziert werden neue Vorhaben von KMU oder von Gebietskörperschaften durchgeführte kleine Infrastrukturvorhaben im Volumen von maximal 25 Mio EUR.

Beträge: Mit Mitteln aus Globaldarlehen werden maximal 50% der Investitionskosten finanziert. Die Laufzeiten betragen zwischen 5 und 12 Jahren (bei neuen Bauvorhaben ausnahmsweise 15 Jahre). Das zwischengeschaltete Institut kann seinerseits weitere Mittel für die Finanzierung des Projekts bereitstellen.

Sicherheiten, Zinssätze: Besicherung und Zinssatz werden mit dem zwischengeschalteten Finanzinstitut vereinbart, das den Beschluß zur Finanzierung entsprechend den mit der EIB vereinbarten Kriterien faßt.

Auszahlung und Verwaltung des Darlehens: erfolgen über das zwischengeschaltete Finanzinstitut.



Aufgabe und Tätigkeit der Europäischen Investitionsbank

Unsere Aufgabe ist es, die Ziele der Europäischen Union durch die langfristige Finanzierung tragfähiger Investitionen zu fördern.

- **Wir erfüllen diese Aufgabe im Dienste der Union**

Die EIB wurde durch den Vertrag von Rom gegründet. Ihre Kapitaleigner sind die Mitgliedstaaten; die Finanzminister dieser Staaten bilden den Rat der Gouverneure der Bank.

- **Unsere Beteiligung schafft zusätzlichen Nutzen**

- durch die fachkundige Prüfung und Begleitung der Investitionsvorhaben unserer Darlehensnehmer

Wir finanzieren Projekte und Programme, die sich nach eingehender Prüfung als gesamtwirtschaftlich, technisch, ökologisch und finanziell tragfähig erweisen. Jedes Investitionsprojekt wird bis zur Fertigstellung begleitet.

- durch unseren Finanzierungsbeitrag

Mit unseren Darlehen erleichtern wir die Einschaltung anderer Banken und Finanzierungsinstitute und erweitern somit die Palette der Finanzierungsmöglichkeiten. Zur Refinanzierung unseres Aktivgeschäfts nehmen wir umfangreiche Anleihemittel auf und tragen damit insbesondere in der Union zur Entwicklung der Kapitalmärkte bei.

- **Wir bieten erstklassige Bedingungen**

Unsere finanzielle Solidität beruht auf der Stärke und dem Engagement unserer Kapitaleigner, unserem unabhängigen professionellen Urteil und der Qualität unseres Darlehensportefeuilles. Sie befähigt uns, Anleihen zu den jeweils günstigsten Bedingungen aufzunehmen, die wir in unseren Darlehenskonditionen weitergeben.

- **Wir arbeiten mit anderen partnerschaftlich zusammen**

Unsere Finanzierungspolitik wird eng mit den Mitgliedstaaten und den anderen Institutionen der Europäischen Union abgestimmt. Mit Wirtschaftsunternehmen, Banken und den großen internationalen Organisationen, die in unserem Bereich tätig sind, verbindet uns intensive Zusammenarbeit.

- **Wir beschäftigen qualifizierte, mehrsprachige Mitarbeiter aus allen Mitgliedsländern**

Die Mitarbeit am Aufbau Europas ist unsere Motivation.

Gedruckt von Jouve S.A., F-75001 Paris, auf Papier „Art Silk“, hergestellt nach „Nordic Swan“-Normen.